

FINANZIELLE KRIEGSBEREITSCHAFT UND KRIEGFÜHRUNG

VON

Dr. J. RIESSER

GEHEIMER JUSTIZRAT UND ORDENTL. HONORAR-PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BERLIN

ZWEITE STARK VERMEHRTE
UND VÖLLIG NEU BEARBEITETE AUFLAGE



JENA
VERLAG VON GUSTAV FISCHER
1913

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Von

Dr. Riesser,

Geh. Justizrat und ordentl. Honorarprofessor an der Universität in Berlin,
ist ferner erschienen:

Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit
der Entwicklung der
Gesamtwirtschaft in Deutschland. Vierte verbesserte und vermehrte
Auflage. Mit 1 Übersichtskarte. 1912. Preis: 16 Mark, geb. 17 Mark 50 Pf.

Der deutsche Ökonomist vom 14. Mai 1910 (über die 3. Aufl.):

Eine Empfehlung des Buches macht der Name des Verfassers unnötig. Herr Geheimrat Riesser war geradezu berufen, das Buch über unsere Großbanken zu schreiben, er beherrscht die Materie und das außerordentlich umfangreiche Material in vollkommenem Maße. Die Resultate wissenschaftlicher Denkarbeit und in langjähriger Praxis erworbener Erfahrung liegen an dem Buche vor. Nieder- auf die Gründe und Ursachen Urteil formuliert, da weiß die Verdienste und in das rechte Licht fern, und seine Ausfall Selbstbeschränkung.

Von 1848 bis

Großbanken und
der Gesamtwirtschaft

Inhalt: I. Einleitung. — II. Die Jahre 1870. 1. Skizze der ältesten heutigen Kreditinstitute der ersten Epoche (1848—1870). 2. Die deutsche Konzentration der Bankenperiode (1870 bis heute). 3. Der Einfluß der Banken und ihrer Konzentration auf die Industriekonzentration. 4. Der Einfluß der Industriekonzentration auf die Bankenkonzentration. — VI. Die durch die Konzentrationsbewegung geschaffene Lage; Vorteile und Gefahren der Konzentration; die Aussichten für die Zukunft. — Sachregister.

Riessers Großbankenbuch, das in kurzer Zeit in vierter Auflage erscheinen konnte, ist in den Fachkreisen zu einem so unentbehrlichen Hausbuch geworden, daß es nahelag, einen Teil seines wesentlichen Inhalts auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. In dieser Volksausgabe werden nun auch alle diejenigen, für die das umfangreiche Werk nicht in Betracht kam, Gelegenheit haben, die Entwicklung des neudeutschen Wirtschaftslebens in dem Brennpunkt seiner Äußerungen, der Entwicklung des Bankwesens, zu verfolgen und von berufener Feder dargestellt zu sehen. Für alle Angehörigen des Handels und der Industrie, besonders die Studierenden der Handelshochschulen und die Mitglieder der staatswissenschaftlichen Seminare, für Beobachter und private Teilnehmer des Geldmarktes wird daher diese Volksausgabe des wichtigen Werkes von Bedeutung sein.

Monopole, Kartelle und Trusts in ihren Beziehungen zur Organisation
der kapitalistischen Industrie. Dargestellt
an der Entwicklung in Großbritannien. Von Dr. Hermann Levy, a. o. Professor
an der Universität Heidelberg und hauptamtlicher Dozent an der
Hochschule in Mannheim. 1909. Preis: 7 Mark 50 Pf

Kartell-Rundschau, 1910, Nr. 4:

Niemand hat bisher die Eigentümlichkeiten der Kartell- und Trustentwicklung der englischen Industrie gegenüber der in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika so klar aufgedeckt und in ihren Ursachen die Schlussfolgerungen so genau erklärt wie Levy; niemand hat die Bedeutung der Schutzzölle und anderer Verhältnisse für die Kartellfrage gleich gut erkannt. Bei der Wichtigkeit, die heute der Frage der wirtschaftlichen Organisation überall zukommt, liegt darin ein nicht zu unterschätzendes Verdienst, das um so größer deshalb ist, weil Levy in seiner Arbeit rein wissenschaftlich vorgeht und die Ergebnisse seiner Forschungen streng sachlich und unbeeinflusst von jenem Interessensstandpunkt formuliert.

DER J. 1460

**FINANZIELLE
KRIEGSBEREITSCHAFT
UND 1E10142349
KRIEGFÜHRUNG**

VON

Dr. J. RIESSER

GEHEIMER JUSTIZRAT UND ORDENTL. HONORAR-PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT BERLIN

ZWEITE STARK VERMEHRTE
UND VÖLLIG NEU BEARBEITETE AUFLAGE



JENA
VERLAG VON GUSTAV FISCHER
1913

N.ro INVENTARIO PRE 16278

Alle Rechte vorbehalten.

Weimar. — Druck von R. Wagner Sohn.

Vorwort zur zweiten Auflage.

Wenn das vorliegende Buch in dieser seiner zweiten Auflage sowohl um mehr als das Doppelte vermehrt ist, wie inhaltlich durch Aufnahme neuer Abschnitte und durch die Erörterung einer ganzen Reihe von neuen Fragen als ein fast völlig neues Werk erscheint, so wird dies fast als selbstverständlich erscheinen müssen.

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage (1909) ist auf dem hier behandelten Gebiete, das immer größere Kreise interessiert und auch in der Tat kaum jemandem völlig fremd bleiben darf, eine Reihe wissenschaftlicher Erörterungen veröffentlicht worden, denen sich noch während des Drucks dieses Buches angereiht haben:

J. F. Kleindinst, Die deutschen Kriegsanleihen in den Jahren 1870 und 1871 (Hirths Annalen des Deutschen Reiches 1913, Nr. 4, 1. Teil, S. 252—287).

M. Biermer, Die finanzielle Mobilmachung (Vorträge, zweite aus dem Nachlaß herausgegebene und vermehrte Auflage, bearbeitet von Prof. Dr. Rob. Liefmann, 55 S., 1913, Emil Roth, Gießen).

Fritz Neubürger, (Inaug.-Dissert.), Die Kriegsbereitschaft des deutschen Geld- und Kapitalmarktes, 120 S., Berlin, Franz Siemenroth, 1913.

Henke, Hauptmann im Gr. Generalstabe, Das deutsche Geldwesen im Kriege, (Vierteljahrshefte f. Truppenführung und Heereskunde, herausgegeben v. Gr. Generalstabe, X. Jahrg. 1913, S. 260—279).

Es sind aber auch inzwischen sehr viele und wichtige Ereignisse eingetreten und Erfahrungen gemacht worden, die, in Verbindung mit der stets willkommenen sachlichen Kritik meiner

früheren Darlegungen, zur Nachprüfung, Vertiefung und Erweiterung des bisherigen Inhalts zwingenden Anlaß boten.

Ich erinnere hier in erster Linie an die aus den überaus interessanten Verhandlungen der Bank-Enquête-Kommission und aus den Ausführungen der von ihr vernommenen Sachverständigen erwachsene Bankgesetznovelle vom 1. Juni 1909. Es ist ferner zu denken an die sich gleichfalls an jene Verhandlungen anschließenden und neuerdings wieder seitens des Reichsbankdirektoriums in dankenswerter Weise veranlaßten Erörterungen und Vorschläge hinsichtlich der Liquiditätsfrage und der Bar-Reserven bei den Kreditbanken, bei den sonstigen privaten sowie den öffentlichen Kreditinstituten, insbesondere bei den Sparkassen und Genossenschaften, also an überaus wichtige Fragen, deren Lösung, in Verbindung mit derjenigen einer Hebung des Kurses der Staatspapiere, durch die Verhandlungen des IV. Allgemeinen Deutschen Bankiertages in München vom 17. und 18. September 1912 in sehr beachtenswerter Weise gefördert worden ist.

Ich erinnere ferner an die Forderungen nach Vermehrung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank und nach Erhöhung des Kriegsschatzes, welche erfreulicher Weise nunmehr in dem Gesetzentwurf „über die Änderungen im Finanzwesen“ vom 28. März 1913 vorgeschlagen wird, aus dem auch noch andere wichtige Vorschriften von unmittelbarer oder mittelbarer Bedeutung für unser Thema sind.

Endlich kommen wesentlich in Betracht die praktischen Lehren und Erfahrungen, welche aus den Einwirkungen der Marokkowirren von 1911 und des Balkankrieges von 1912/13 auf die Gesamtwirtschaft und die Geldmärkte sowie auf die Börsen in Deutschland und in anderen Staaten, insbesondere aber auch auf die finanzielle Kriegsbereitschaft, gewonnen werden können und müssen.

Es versteht sich von selbst, daß ich mich bei der Auswahl weder von vorgefaßten optimistischen, noch von pessimistischen

Ansichten leiten ließ; ich war vielmehr, wie sachliche Kritiker sicherlich anerkennen werden, bemüht, in erster Linie die Tatsachen selbst zu Worte kommen zu lassen und so dem Leser auch von den meinigen abweichende Schlußfolgerungen aus diesen Tatsachen zu ermöglichen.

Aber ich bin auch hier von gewissen Gesichtspunkten ausgegangen, die für mich stets den Ausgangspunkt und zugleich das Ziel meiner Darlegungen und meiner Überzeugungen bilden und denen ich als Vorsitzender des IV. Allgem. Deutschen Bankiertages zu München etwa dahin Ausdruck gegeben habe:

Alle Nationen haben ihre Fehler und ihre Schwächen, mitunter am meisten die, die am meisten glauben, uns kritisieren zu dürfen, und jedes Volk hat seine Schwächen und Fehler, wenn es sie nicht, sobald es sie erkannt hat, abstellt, zu büßen und mit Recht zu büßen.

Aber ein Volk, das, wie das deutsche, allen Grund hat, auf seine Kraft und auf seine Erfolge stolz zu sein und mit Zuversicht in seine Zukunft zu blicken, darf angesichts solcher Fehler keiner Entmutigung Raum geben, sondern es darf, nach Abstellung dieser Fehler, nur einen Ruf kennen, den Ruf: Vorwärts!

In diesem Sinne habe ich auch in dem vorliegenden Buche ernst, offen und in ungeschminkter Weise auf die Fehler und Schwächen unseres Geld- und Kreditsystems aufmerksam gemacht, und in diesem Sinne allein wünsche ich meine Kritik aufgefaßt und verwertet zu sehen.

Ist dies Optimismus, so will ich diesen Vorwurf gern auf mir sitzen lassen.

Rom, den 16. April 1913.

Riesser.

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
§ 1. Einleitung	1—11
I. Tragweite und Ziel der Untersuchung	1—2
II. Die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen einer Kriegserklärung	2—11
§ 2. Finanzielle Kriegsbereitschaft	11
I. Die Kosten eines künftigen Krieges	11—23
1. Die Kosten des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 auf deutscher und französischer Seite . .	13—16
2. Die Kosten des Burenkrieges (11. Oktober 1899 bis 31. Mai 1912) auf englischer Seite	16
3. Die Kosten des Russisch-Japanischen Krieges (20. Febr. 1904 bis Ende August 1905) auf russischer und japanischer Seite	17
4. Die französischen Ausgaben für Marokko von 1907 ab einschließlich des im Frühjahr 1911 be- gonnenen Feldzuges	17
5. Die Kosten des Italienisch-Türkischen Krieges wegen Tripolis (vom Oktober 1911 ab) . .	17—18
6. Die Kosten eines künftigen Krieges auf deutscher Seite	18—23
II. Die finanzielle Kriegsbereitschaft Deutschlands, insbesondere gegenüber derjenigen anderer Groß- staaten	24
1. Die Schulden des Reiches- und der Bundesstaaten	24
Tilgung der Reichsanleihen	26—27
Vorbemerkungen; die Berechnung der Staats- schulden; die Wirkung der letzteren auf die finan- zielle Leistungsfähigkeit der Bevölkerung; die Ver- gleichbarkeit der Staatsschulden-, Steuer- und Ab- gaben-Lasten verschiedener Staaten und die Ver- gleichbarkeit der Kopfquoten-Belastungen . .	27—36
Die Staatsschulden von Frankreich, Deutsch- land, Rußland, Österreich-Ungarn,	

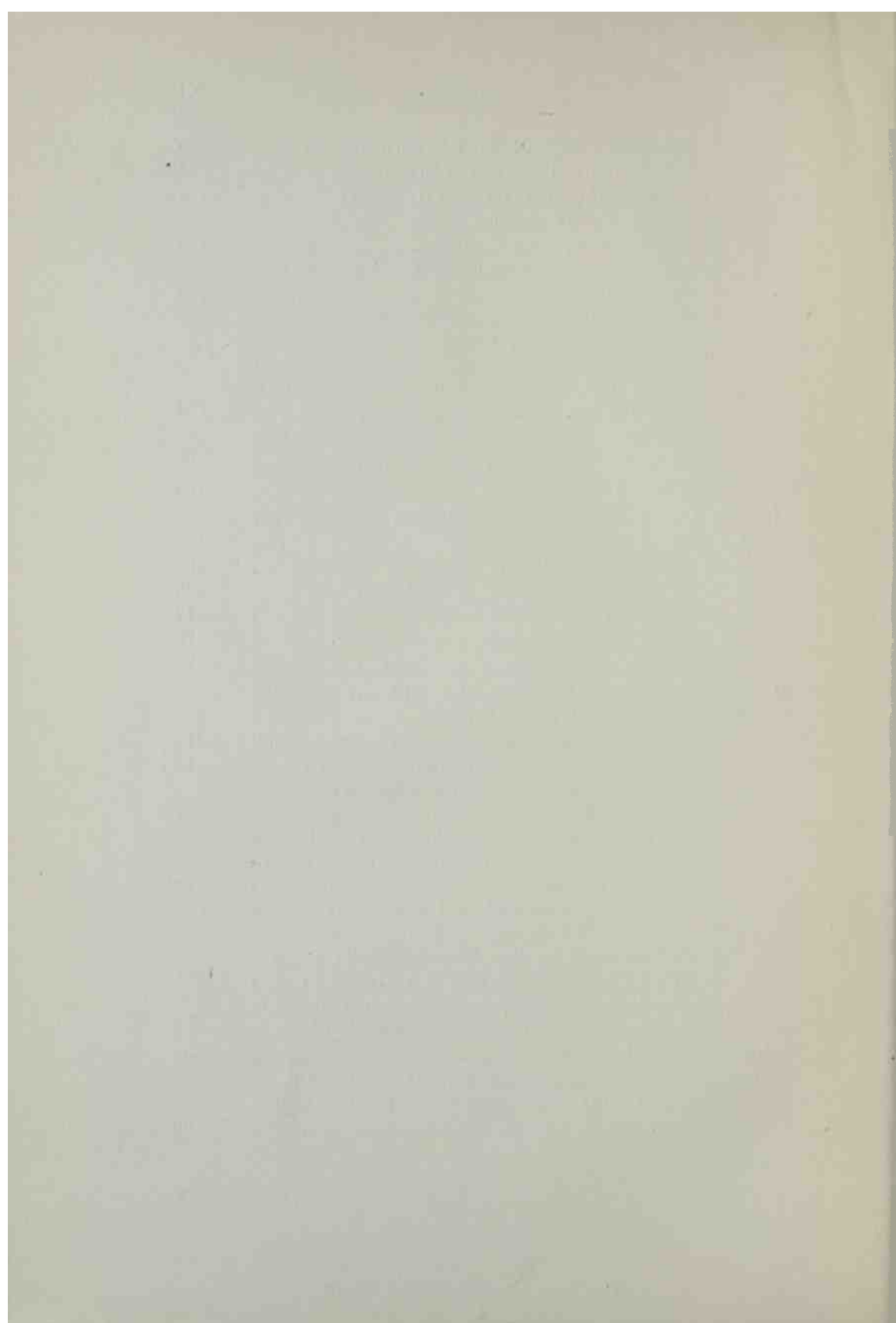
	Seite
Großbritannien und Italien und die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung . . .	36—38
2. Die Ausgaben für Heer und Flotte während der Jahre 1908—1912 in:	
Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Rußland	38—41
Die Heeres- und Flotten-Ausgaben dieser 6 Großmächte in den 30 Jahren 1881—1910	42
3. Volks-Vermögen, Volks-Einkommen und jährliche Ersparnisse in Deutschland	42—43
Der wissenschaftliche Wert der hier zu Grunde liegenden Schätzungen	44—46
Andere und mit größerer Sicherheit festzustellende, für die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung wichtige Faktoren	46—49
4. Die Kurse der Staats-Anleihen .	49
Vergleichung der Kurse der 3proz. deutschen Reichs-Anleihe, der 3proz. französischen Rente und der 2½proz. englischen Konsols	49—50
Künstliche Mittel zur Hebung des Kurses der Staatspapiere	50—52
Die Vergleichbarkeit des Kurses der Staatspapiere in verschiedenen Ländern	52
Die Kurse der italienischen Rente an der Berliner Börse	55
5. Die Reichsbank	56
Banknoten-Ausgabe	57
Der Reservefonds der Reichsbank	58
Giro-Verkehr in Verbindung mit dem Post-Überweisungs- und Scheck-Verkehr	58
Die Scheck-Austausch-Stelle	60
Der Bestand an Devisen; die Devisen-Politik als Unterstützung der Diskont-Politik	60
Die englischen Devisen und deren Realisierbarkeit im Kriege	62
Die zeitweise übermäßige Inanspruchnahme der Reichsbank	63
Gründe und Mittel zur Abhilfe	66
a) Verbesserung der Zahlungs-Organisation, insbesondere des Giro-Scheck-Abrechnungs- und	

	Seite
Post-Scheck- und Überweisungs-Verkehrs. Abschaffung des Scheck-Stempels	71
b) Erhöhung des Goldbestandes der Reichsbank durch Heranziehung von Gold aus dem inneren Verkehr und aus dem Ausland	72
c) Die Versuche der Verteilung der jetzt auf die Quartalstermine zusammengedrängten periodischen Zahlungen und Erhebungen auf andere Termine	75
d) Verbesserung der Bilanz- und Kassen-Liquidität aller Staatsstellen, sowie der öffentlichen und Privat-Betriebe, insbesondere der Kreditbanken, Sparkassen und Genossenschaften, und Vermeidung jedes Übermaßes der Kreditgewährung	75
6. Die deutschen Kreditbanken	76
Eine etwaige Illiquidität im wesentlichen Symptom einer Illiquidität der Gesamtwirtschaft	77
Verbesserung der Banken-Liquidität durch Verstärkung der Bar-Reserven, insbesondere durch Erhöhung der Giro-Guthaben bei der Reichsbank	78
Die natürlichen Grenzen solcher Maßregeln	81
Der Liquiditäts-Grad und Liquiditäts-Schlüssel	84
Die Möglichkeit von Kredit-Einschränkungen zur Hebung der Liquidität	86
Die Veröffentlichung zweimonatlicher Roh-Bilanzen, Vereinbarungen über die Verzinsung von Depositionen und sonstigen fremden Geldern sowie über höhere Akzept-Provisionen	87
Verbesserung der Elastizität der Kreditmittel	89
Unbegründete Vorwürfe	91
7. Die öffentlichen Sparkassen	92
Das preußische Gesetz betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 23. Dezember 1912	93
Die Liquidität der Sparkassen	95
8. Die Genossenschaften, insbesondere Kreditgenossenschaften	97
Die Liquidität	97
9. Die Reserven der deutschen Aktiengesellschaften	98

	Seite
10. Die deutschen Börsen	100
Aufgaben, Widerstands- und Aufnahmefähigkeit	101
Die Börse als Zentralstelle für Angebot und Nachfrage, also für die Kauf- und Verkauf-Aufträge des In- und Auslandes	103
Charakter und Herkunft der „Angstverkäufe“ bei kritischen, insbesondere kriegesischen Zeiten .	104
Der Wert der Vorwürfe, die namentlich in solchen Zeiten gegen „die Börse“ erhoben werden . .	105
Interventionskäufe der Banken	105
Die Notwendigkeit der berufsmäßigen Spekulation, insbesondere für die Aufnahme und Übernahme von Staatsanleihen und speziell von Kriegsanleihen	106
11. Der Zahlungsmittelvorrat, insbesondere der Goldbestand Deutschlands	107
Zusammensetzung und Gesamtbetrag unseres Zahlungsmittelvorrats	107
Der deutsche Goldbestand	109
Der durchschnittliche Goldbestand der Reichsbank und der Zentralnotenbanken von Frankreich, England, Österreich-Ungarn, Rußland und Italien im Jahre 1912	111
Der Bedarf an Zahlungsmitteln während der Mobilmachungswochen und der Kriegsdauer . . .	113
12. Die deutsche Wirtschaft während der Marokkowirren (1911) und des Balkankrieges (1912)	114
a) während der Marokkowirren	115
b) während des Balkankrieges	122
§ 3. Finanzielle Mobilmachung	125
I. Der Mobilmachungsbedarf an Zahlungsmitteln	125
1. Der Bedarf für die Mobilmachung von Heer und Flotte (Staatlicher Realbedarf)	125
2. Der Realbedarf von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft (Wirtschaftlicher Realbedarf)	126
3. Der Angstbedarf nach Zahlungsmitteln und die Angstreserven an Zahlungsmitteln in den ersten Wochen nach der Mobilmachung . . .	127

	Seite
II. Die vorläufige Befriedigung dieses Mobil- machungsbedarfs	128
Vorbemerkungen: Ersparnisse an den im Friedens- etat vorgesehenen Ausgaben	128
Das Kriegsleistungsgesetz vom 13. Juni 1873 . .	128
Erhöhung des Goldbestandes der Reichsbank durch die kleinen Banknoten von 50 und 20 M. . . .	130
Den Goldkriegsschatz des Juliusturms von 120 Mill. M.	133
Die Ausgabe weiterer Reichskassenscheine von 10 und 5 M. bis zur Höhe von 120 Mill. M. nach Annahme des Gesetzentwurfes über die „Ände- rungen im Finanzwesen“ von 1913	133
Charakter, Wert und Aufgaben der in letzterem Gesetzentwurf vorgeschlagenen Silber-Reserve bis zur Höhe von 120 Mill. M.	136
Der Metall-Bestand und die Noten-Ausgabe der Reichsbank im Kriegsfall	139
Die Kriegsdarlehnskassen, ihre Vorgeschichte, ihre Aufgaben und Organisation, sowie die von ihnen auszugebenden Darlehnskassenscheine	143
III. Die finanziellen Hilfsmaßregeln . . .	148
1. Vorbemerkungen betr. art. 3 der Novelle vom 1. Juni 1909 zum Bankgesetz vom 14. März 1875	148
2. Ermächtigung des Reichskanzlers	148
a) zur Suspension und Abänderung von Vor- schriften des Bankgesetzes	149
b) zur Suspension des § 5 Abs. 1 und 2 des Reichs- gesetzes betr. die Ausgabe von Reichskassen- scheinen vom 30. April 1874; des § 9 des Münz- gesetzes vom 1. Juni 1909 und des art. 9 Abs. 2 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873	150
3. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Deckungspflicht hinsichtlich der Banknoten (§§ 17 und 44 Ziff. 3 des Bankgesetzes)	151
4. Die im Kriegsfall sofort notwendige Suspension der Einlösungspflicht der Reichsbank und der Privatnotenbanken hinsichtlich ihrer Bank- noten gemäß §§ 4 Abs. 1, 18 und 44 Ziff. 4 des Bankgesetzes und der Einlösungspflicht hinsichtlich der Kriegs-Darlehnskassenscheine (Zwangskurs)	152
5. Erweiterung des § 13 Ziff. 3 a—e des Bankgesetzes	159

	Seite
6. Keine Suspension der Bank-Publizität	160
7. Kein Wechsel-Moratorium	164
IV. Wirtschaftliche Hilfsmaßregeln	165
1. Ausfuhr- und Durchfuhr-Verbote	165
2. Ausfuhr-Zölle	166
3. Aufhebung, Verminderung oder Erhöhung von Einfuhrzöllen	166
4. Ausnahme-Tarife für den Eisenbahntransport	166
5. Etwaige Abänderung oder Erweiterung der Vor- schriften über die zollfreien Niederlagen und Frei- bezirke und über die reinen und gemischten Transitlager	166
6. Etwaige Änderung der Vorschriften über Ein- fuhrscheine	167
§ 4. Finanzielle Kriegführung	168
I. Die Deckung der Kriegskosten in anderen Ländern	168
1. Im Kriege von 1870/71 auf Seiten Deutschlands	168
2. Im Burenkriege auf Seiten Englands	168
3. Im Russisch-japanischen Kriege	172
a) Auf Seiten Rußlands	173
b) Auf Seiten Japans	179
II. Folgerungen für eine künftige finanzielle Kriegführung Deutschlands	186
1. Die Notwendigkeit einer gesunden Finanzpolitik	186
2. Deckung von Kriegskosten durch Steuern	189
3. Deckung der Kriegskosten durch Inanspruchnahme des Staatskredits	191
4. Die Notwendigkeit eines schon im Frieden perio- disch zu berufenden „finanziellen und wirtschaft- lichen Generalstabs“	193
5. Verteilung der definitiven Deckung der Kriegs- kosten auf längere Zeit	196
6. Zwangs-Anleihen, ihre besondere Natur und die Frage ihrer Notwendigkeit	201
7. Der Wert des Hinweises auf das ungünstige Zeich- nungsergebnis der Kriegsanleihe vom Juli 1870	202
Schluß-Bemerkungen	205
Anlage: Die Kriegs-Anleihen des Norddeutschen Bundes im Kriege 1870/71 und die Kurse der Bundes-Anleihen und Schatzscheine während des Krieges	206



§ 1. Einleitung.

I. Tragweite und Ziel der Untersuchung.

Dem Aufmarsch der militärischen Kräfte auf Grund eines sorgfältig vorbereiteten Mobilmachungsplans hat, wie ich schon früher ausführte,¹⁾ der Aufmarsch der finanziellen Kräfte auf Grund eines tunlichst gleichfalls schon in Friedenszeiten zu entwerfenden finanziellen Mobilmachungsplans zu entsprechen. Denn auch hinsichtlich des finanziellen Aufmarsches, dessen Lücken und Schwächen sich ebenso bitter rächen können wie die des taktischen Aufmarsches, muß es als eine der elementarsten Regeln gelten, daß man sich nicht ohne schwere Verluste erst angesichts des Feindes in Gefechtsformation setzen kann.²⁾

Von diesen Gedanken ausgehend, beabsichtige ich, in den nachstehenden Erörterungen zu prüfen:

1. inwieweit wir bereits im Frieden für einen Krieg finanziell vorbereitet sind: Finanzielle Kriegsbereitschaft (§ 2);
2. in welcher Weise wir bei Kriegsausbruch die vorhandenen Mittel und Kräfte für Kriegszwecke liquid stellen (mobil machen) können: Finanzielle Mobilmachung (§ 3);
3. in welcher Weise wir bei der zu erwartenden längeren Dauer eines künftigen Krieges³⁾ hierfür die finanziellen Mittel

¹⁾ Riesser, Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken, 2. Aufl., 1906, S. 17 (jetzt 4. Aufl. unter dem Titel: Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, 1912, S. 19—20).

²⁾ S. mein Referat auf dem Hamburger Bankiertage vom 5. Sept. 1907 über Stand und Aussichten der Börsengesetzreform (Verhandlungen S. 26 und Separat-Ausgabe bei Leonh. Simion Nachf., Berlin 1907, S. 39).

³⁾ Sicherlich mit Recht weisen General der Infanterie z. D. W. v. Blume in dem Werk: „Die Grundlagen unserer Wehrkraft“, Berlin 1899, S. 168 ff. und ebenso

beschaffen können und sollen: Finanzielle Kriegführung (§ 4).

Eine derartige Trennung der einzelnen Abschnitte ist sowohl aus theoretischen wie aus praktischen Gründen erforderlich.

II. Die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen einer Kriegserklärung.

Gleichzeitig mit der planmäßigen militärischen Mobilmachung, mitunter aber auch schon vorher, falls der Krieg schon längere Zeit erwartet war, tritt ein Zustand ein, den man als eine private finanzielle Mobilmachung bezeichnen kann und der sich in der Regel nicht planmäßig, sondern planlos und nicht in Ruhe, sondern in fieberhafter, oft ganz sinnloser Hast vollzieht.

Ein jeder sucht zunächst sich selbst „mobil“, d. h. liquide zu machen, da er von seinen Gläubigern denselben Mangel an ruhiger Überlegung voraussetzt, dessen er sich selbst schuldig weiß, und des richtigen Eingangs der Zahlungen seiner Schuldner nicht mehr glaubt sicher sein zu können.

So beginnt diese plötzliche Liquidstellung in der Regel damit, daß die Gläubiger ihre Ausstände in stürmischer Eile einziehen, ihre Spareinlagen von den Sparkassen und Genossenschaften, ihre Depositen von den privaten und öffentlichen Banken, ihre Giro-Guthaben bei der Reichsbank zurückziehen. Wer aber derartige Mittel nicht oder nicht in ausreichendem Maße besitzt, sucht sie sich zu verschaffen, indem er Kredite, die er gewährt hat, kündigt, Waren, Rohstoffe, Fabrikate, Wert-

Gen.-Leutnant z. D. v. Liebert im Bank-Archiv vom Mai 1905, S. 121 den oft geäußerten Gedanken zurück, daß ein künftiger Krieg angesichts der Größe der Heere, der Vervollkommnung der Kampfmittel, der Schwierigkeiten der Verpflegung und der Höhe der finanziellen Opfer nur von kurzer Dauer sein könne. Das Gegenteil wird schon durch die Zahl der an einem künftigen Krieg nach und nach teilnehmenden Länder, durch den Umfang der ihnen zu Gebote stehenden Hilfsmittel usw. sowie durch die Erfahrungen des letzten russisch-japanischen und des Balkan-Krieges wahrscheinlich gemacht.

papiere ohne Wahl und Unterscheidung an den Markt wirft und zu jedem Preise verkauft oder verpfändet.

Zugleich aber suchen die Schuldner, ängstlich geworden, ob sie in der Lage sein werden, den von allen Seiten anstürmenden Anforderungen Stand zu halten, ob sie ihre Wechsel werden zahlen, ihre Waren, Rohstoffe, Fabrikate und Wertpapiere noch zu einigermaßen angemessenen Preisen werden realisieren können, ob ihnen ihre Kredite nicht gekündigt werden und ob sie unter diesen Umständen und Angesichts der Einberufung des größten Teils ihrer Arbeiter und Angestellten, ihr Geschäft überhaupt oder mit Aussicht auf Gewinn werden fortbetreiben können, sich um jeden Preis neue Mittel zu verschaffen und sich nicht nur einmal, sondern vielfach gegen alle Eventualitäten zu decken.

Durch den gemeinsamen Ansturm der Gläubiger und Schuldner, dem sich die Spekulation zugesellt, die ihre schwebenden Hausse-Engagements nun plötzlich auf allen Waren-, Kapital- und Effektenmärkten mit einem Male zur Lösung bringt, verschiebt sich naturgemäß das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage, kommt das große Gebäude der wirtschaftlichen Kräfte ins Schwanken, welches in letzter Linie auf Kredit, also auf Vertrauen, beruht, fallen die Preise auf allen Märkten, welche letzteren bereits zuvor durch politische Beängstigungen unruhig und unsicher geworden waren, steigt der Bankdiskont und stockt der Pulsschlag des gesamten wirtschaftlichen Lebens.

Das gemeinsame Ziel aber aller derer, die während der ersten 8 bis zu 14 Tagen nach einer Kriegserklärung oder Mobilmachung in überstürzter Eile die Kapital-, Effekten- und Warenmärkte in Anspruch nehmen, ist nun, wo bereits die Zahlungssurrogate, die bisher im Vertrauen auf den Zahlungs- oder Einlösungskredit des Ausstellers anstandslos umliefen, vielfach zurückgewiesen werden, die Beschaffung von Geld. Geld ist die Losung, d. h. in erster Linie metallische Zahlungsmittel und in zweiter Linie auch Banknoten, welche jetzt

in Deutschland (seit der Banknovelle vom 1. Juni 1909) der Gläubiger als Befriedigung seiner Forderung anzunehmen verpflichtet, der Schuldner zur Zahlung seiner Geldverpflichtungen mit befreiender Wirkung zu leisten berechtigt ist. Geld, wie es der Schuldner in seiner Besorgnis zu benötigen glaubt zur Deckung und sogar Überdeckung seiner vorhandenen oder auch nur als möglich anzunehmenden, bekannten und unbekannten, ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben, Wechsel-, Steuer- und sonstigen Verpflichtungen; Geld, das ihm die Fortführung seiner Geschäfte ermöglichen soll, wenn etwa die bisher gewährten Kredite gekündigt werden sollten, Geld, welches auch jeder Mann der ins Feld ziehenden Truppen zur Regelung seiner Verpflichtungen und zur Versorgung seiner Angehörigen an sich zieht, soweit er es bekommen kann.

Wer aber schon vorher im Besitze von Zahlungsmitteln war, gibt sie um keinen Preis heraus und so reichen sich Vorsicht und Angst bei Geschäftsleuten und Kapitalisten die Hand, um namentlich auch die metallischen Zahlungsmittel, die in den Kassen der Reichsbank dreifachen Dienst tun und in den Kassen der Banken im Kreditverkehr produktiv angelegt werden könnten, entweder im Zahlungsverkehr festzuhalten oder zu Hause aufzustapeln. Dieser „Angstbedarf“ aber und jene „Angstreserven“¹⁾ treiben naturgemäß zunächst den Preis für kurzfristigen Wechsel-Kredit, also den Bankdiskont, dann den Zinsfuß überhaupt, in die Höhe, während sie andererseits die Schuld daran tragen, daß durch Angstverkäufe das ganze Preisniveau der Waren, Grundstücke, Hypotheken und Wertpapiere in mitunter jedes vernünftige Maß überschreitender Weise heruntergedrückt wird.

Bei dem Kampfe um Zahlungsmittel wirkt zunächst, obwohl in einer weniger stürmischen Weise, auch der reale

¹⁾ Treffende Ausdrücke in der ausgezeichneten Abhandlung von Mor. von Ströll, Das deutsche Geldwesen im Kriegsfall. Sonderabdruck aus Schmollers Jahrb. f. Gesetzgebung usw. XXIII. Heft 1—2, Leipzig, Duncker & Humblot 1899.

Zahlungsmittelbedarf derjenigen Industrie- und Handelszweige mit, welche, im Gegensatz zu den vielfach sofort ins Stocken geratenden Luxus- und Export-Industrien, durch die Kriegserklärung einen besonderen Aufschwung nehmen, weil sie an den Waffen-, Uniform-, Munitions-, Getreide-, Vieh-, Pferde- und sonstigen Lieferungen für Kriegsmaterial an Heer und Flotte beteiligt sind, und die deshalb, um sich ihrerseits zu diesen Lieferungen in den Stand zu setzen, einen besonders großen Bedarf an Zahlungsmitteln haben.

Aber auch sie haben zunächst einen schweren Stand, da ein gewaltiger Prozentsatz gerade der kräftigsten Arbeiter, Angestellten und Hilfskräfte ihrer produktiven Arbeit infolge der Mobilmachung entzogen wird. Mit den stark dezimierten Kräften gilt es nun, in Landwirtschaft, Handel und Industrie den teilweise gehemmten, teilweise fieberhaft gesteigerten Geschäftsgang fortzusetzen, während der Absatz, soweit er nicht durch den Krieg selbst hervorgerufen oder gefördert wird, wie dies u. a. bei der Eisen- und Kohlen-Industrie und bei der Landwirtschaft der Fall sein wird, stockt, weil jeder seine Bedürfnisse, soweit irgend möglich, einzuschränken sucht.

Die Schwierigkeiten der Produktion und des Absatzes erhöhen sich noch dadurch, daß die Verkehrsmittel — in erster Linie die Eisenbahnen — zum großen Teil zunächst lediglich für den Transport der Truppen zur Verfügung stehen,¹⁾ Briefe und Depeschen schwer oder nur langsam oder gar nicht befördert werden und die Schifffahrt vielfach unterbrochen oder erschwert ist, sowie dadurch, daß die Arbeitslöhne, Frachtkosten, Zinsen und andere Spesen der Produktion in erheblicher Weise

¹⁾ Daß jetzt im Deutschen Reich, was im Kriege von 1870/71 nur zu einem ganz geringen Teile der Fall war, die Eisenbahnen zum weitaus größten Teil Staatsbahnen sind, wird der raschen Durchführung der militärischen Mobilmachung ungemein zu Gute kommen. In Betreff der Benutzung der Eisenbahnen zu Militärtransporten im Kriege ist, außer der Verordnung vom 1. April 1876 (zur Ausführung des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873), die sog. Kriegstransportordnung (Kaiserl. Verordnung vom 26. Januar 1887) ergangen.

steigen. Alles dies sind Übelstände, die sich für Deutschland umsomehr erhöhen müssen, je mehr sich sein Übergang aus dem einstigen reinen Agrarstaat in einen vorwiegenden Industriestaat verschärft.

Alles in allem zeigen die Zustände in den ersten 8 bis 14 Tagen nach einer Kriegserklärung erfahrungsmäßig das Bild einer akuten wirtschaftlichen und finanziellen Krisis. Mit der Überwindung des ersten Aufregungszustandes, aber beginnt die Krisis, entweder von selbst oder durch die nachstehend zu schildernden Schritte der zuständigen Organe veranlaßt, abzuflauen. Die zurückgehaltenen Zahlungsmittel werden nunmehr aus allen ihren Reservoirs und Schlupfwinkeln dem legitimen (Real-)Bedarf der Gesamtwirtschaft zur Verfügung gestellt, und es beginnt nun entweder, wenn inzwischen günstige Nachrichten vom Kriegsschauplatz eingetroffen sind, eine stürmische Aufwärtsbewegung oder, falls ungünstige oder gar keine Nachrichten vorliegen, ein langsames sich Einrichten der Gesamtwirtschaft auf den tatsächlichen Zustand der Dinge.

Bis dies aber geschehen, also in der finanziellen Sturm- und Drangperiode der ersten 8 bis 14 Tage nach der Kriegserklärung oder Mobilmachung, ist es vor allem nötig, daß diejenigen Organe sofort in planmäßiger, ruhiger und sicherer Weise eingreifen, auf deren Hilfe und Einschreiten gerade in diesen Tagen in erster Reihe gerechnet werden muß, um die Krisis, also die Gleichgewichtsstörungen, so rasch als möglich zu beseitigen. Diese Organe sind im wesentlichen die Reichsbank (mit den Landes-Notenbanken und Staatsinstituten) und die Kreditbanken.

Welche Schritte die Reichsbank einzuschlagen hat, um jenen Goldvorrat schon im Frieden zu steigern und im Kriege zu erhalten, dessen zureichende Höhe ein Lebensbedürfnis für den Beginn und eine nicht hoch genug anzuschlagende wesentliche Voraussetzung für die glückliche Durchführung eines Krieges ist, wird unten gezeigt werden (S. 55 ff.). Dort werden

auch die Bedingungen erörtert werden, unter denen allein die Kreditbanken den schweren Aufgaben gewachsen sein können, die auch ihnen bei Beginn und während der ganzen Dauer des Krieges obliegen (S. 76 ff.).

Während der ersten Tage oder Wochen nach der Kriegserklärung aber, in welchen erfahrungsgemäß auch der Gegner bestrebt ist, durch alle möglichen Mittel, insbesondere durch plötzliche Kündigung von Guthaben, durch Massenverkäufe deutscher Wertpapiere usw., unsere Börsen und Märkte zu schädigen, müssen die Kreditbanken vor allem, im Verein mit der Reichsbank, mit allen Mitteln darauf bedacht sein,¹⁾ den Fieberzustand zu beseitigen, welcher dann einzutreten pflegt. Vor allem müssen sie versuchen, dem Zusammenraffen von Barmitteln aus allen Sammelstellen und Schlupfwinkeln entgegenzutreten, damit der Normalzustand, also in erster Linie das Vertrauen zu den Grundlagen unseres Zahlungs- und Kredit-systems, so rasch als möglich wiederhergestellt werde, wie es allen den Bargeldumlauf ersparenden Einrichtungen und der allgemeinen Annahme aller Geldsurrogate zu Grunde liegt. Ohne jene Einrichtungen und diese Geldsurrogate läßt sich ein normaler Geld- und Kreditverkehr heute nicht mehr denken und durchführen, und nur, wenn sie wieder in den Vordergrund des Zahlungsverkehrs treten, können die Mittel, die durch den Zahlungsverkehr gebunden waren, wieder dem Kreditverkehr zugeführt werden.

Zu den hier anwendbaren Mitteln gehört in erster Linie,²⁾ daß die Banken alle restriktiven Maßregeln, wie die Kün-

¹⁾ Vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken usw. 4. Aufl. (1912), S. 21.

²⁾ Es gehört aber auch dazu, daß man sich gerade im Kriegsfall alle Experimente enthält, welche die Gefahr, die man beseitigen will, vergrößern, durch die man also „den Teufel durch den Beelzebub“ zu vertreiben sucht. Dazu rechne ich den von Otto Neurath in seiner Abhandlung: Uneinlösliches Girogeld im Kriegsfall (Schmollersches Jahrbuch f. Gesetzgebung usw. NF. 33. Jahrg., S. 120) zur Erwägung gestellten Vorschlag: „alle Guthaben bei Banken, Sparkassen und verwandten Instituten im Kriegsfall für uneinlösliche Giro-Guthaben zu erklären, über die nur mit Schecks „zur Verrechnung“ verfügt werden könnte“.

digung von Krediten, die Ablehnung der Akzeptierung von Tratten oder der Diskontierung von Kundenwechseln usw., soweit nur irgend möglich, vermeiden,¹⁾ und daß sie darauf bedacht sind, durch weithin sichtbare Interventionen am Markte nicht etwa die gesunkenen Kurse sofort wieder zu heben, was, zumal bei der Höhe der Beträge und der großen Zahl der Papiere, um die es sich handelt, in der Regel aussichtslos wäre, sondern, was dabei auch stets die nächste Absicht ist, den Kurssturz möglichst zum Stillstand zu bringen und dadurch die, welche den Verkaufsandrang auf allen Märkten veranlassen, wieder zur Besinnung und zur ruhigen Überlegung zu bringen. Eine ruhigere Überlegung wird aber von selbst dahin führen, daß Depositen und Spareinlagen nicht weiter gekündigt und zinslos liegen gelassen, sondern wieder eingeliefert, Wertpapiere nicht ferner zu den schlechtesten Kursen an den Markt geworfen, Kredite nicht weiter gekündigt, Verpflichtungen durchgehalten oder langsamer und vorsichtiger abgewickelt werden u. dgl. m.

Diese Ziele werden um so sicherer erreicht werden, je mehr die Kreditbanken in solchen Zeiten durch äußerste eigene Beschränkung in der Zurückziehung von Giro-Guthaben und in der Rediskontierung von Wechseln bei der Reichsbank ein Beispiel von Ruhe und Sicherheit geben.

Alles dies wird aber nur möglich sein, wenn die Kreditbanken, ohne deren tatkräftige Mitarbeit die Reichsbank ihre Aufgaben im Kriegsfall nicht glatt und erfolgreich durchführen kann, schon in Friedenszeiten das tun, was möglich ist, um diese Hilfe im Kriege auch wirklich leisten zu können.

Ich sage ausdrücklich: Das tun, was möglich ist. Unmöglich wäre, angesichts der Fülle der an die Kreditbanken herantretenden und auch im Interesse der Gesamtwirtschaft von

¹⁾ Vgl. Walter Bagehot, *Lombard Street* (Ed. 1896), S. 199: "What is wanted, and what is necessary to stop a panic, is to diffuse the opinion, that, though money may be dear, still money is to be had".

ihnen zu befriedigenden Ansprüche und der Überfülle der von ihnen zu bewältigenden Aufgaben, eine bereits im Frieden herzustellende volle Kriegsbereitschaft, die auf eine Beseitigung oder Lahmlegung ihrer Geschäftsbereitschaft hinauslaufen würde.

Was aber — wenn auch natürlich angesichts jener Ansprüche und Aufgaben nur innerhalb gewisser Grenzen — schon in Friedenszeiten möglich ist, das ist einerseits die Herstellung eines möglichst elastischen Kreditsystems, damit es den im Kriegsfall sich in plötzlicher und stürmischer Weise steigernden Kreditbedürfnissen gewachsen sei, und andererseits die Herbeiführung eines möglichst befriedigenden Verhältnisses der (sofort oder rasch greifbaren) Aktiven zu den Verpflichtungen, insbesondere zu den alsbald oder in kurzer Frist fälligen Verpflichtungen, also der Liquidität der Bilanz.

Bei alledem ist nur an die wirtschaftlichen und finanziellen Faktoren und Abhelfemaßregeln gedacht.

Es darf jedoch nicht daran vergessen werden, in wie starkem Maße gerade bei solchen Fieberzuständen, wie sie in allen Ländern und Zeiten ein plötzlicher Übergang vom vollen Frieden, vielleicht von gerade besonders günstiger Konjunktur in Industrie und Handel, zum Kriegszustande mit sich bringt, auch psychologische Faktoren mitwirken.

Es muß daher der nur zu leicht in solchen Zeiten eintretenden fieberhaften Massensuggestion, die auch oft aus der Unkenntnis von der wahren Lage der Verhältnisse entsteht, schon in Friedenszeiten durch öffentliche Belehrung über das richtige und notwendige Verhalten (s. unten S. 83) energisch und dauernd entgegengetreten werden, was sowohl seitens der Presse, insbesondere seitens der Fachpresse, wie seitens der Wissenschaft und der zur Vertretung von Handel, Gewerbe und Industrie berufenen amtlichen Stellen, wie endlich seitens der privaten Vertretungen dieser Stände bei jeder sich bietenden Gelegenheit in Wort und Schrift geschehen sollte.

Insbesondere ist dem leider viel verbreiteten Wahn entgegenzutreten, daß im Falle einer feindlichen Okkupation irgendwelche Einlagen oder Depositen, mögen sie bei öffentlichen Anstalten (Staatsbanken, öffentlichen Sparkassen usw.) oder bei privaten Unternehmungen (Kreditbanken, privaten Sparkassen, Genossenschaften usw.) liegen, irgendeiner Beschlagnahme seitens der feindlichen Macht unterliegen könnten. Es ist dabei nicht nur auf die in dieser Beziehung auf Grund allgemeinen Gewohnheitsrechts feststehenden völkerrechtlichen Grundsätze, sondern auch auf die ausdrückliche Anerkennung hinzuweisen, welche diese Grundsätze neuerdings gefunden haben in der zwischen einer Reihe von Staaten, darunter auch Deutschland, vereinbarten „Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ vom 18. Oktober 1907 (RGBl. von 1910, S. 107), in deren Abschnitt II, Kap. 1, Art. 53 es heißt:

„Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: das Geld und die Wertpapiere des Staates, sowie die dem Staate zustehenden eintreibbaren Forderungen, die Waffenniederlagen, Beförderungsmittel, Vorrathshäuser und Lebensmittelvorräte, sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen.“

Endlich sollte durch ständige Belehrung in Wort und Schrift den weitesten Kreisen eine klare Erkenntnis derjenigen (in diesem Buche geschilderten) Maßregeln beigebracht werden, welche bereits im Frieden zur Vorbereitung der finanziellen und wirtschaftlichen Mobilmachung und Kriegführung getroffen sind, Maßregeln auch staatlicher Natur, die, obwohl sie meist auch unseren Gegnern bekannt sind, oft ganz ohne Not mit dem Schleier des Amtsgeheimnisses bedeckt werden.¹⁾

¹⁾ Ich denke dabei z. B. an die Zwecke und Organisation der Kriegsdarlehenskassen, die ja schon in den Kriegen von 1866 und 1870 (ja sogar schon im Jahre 1848) tätig gewesen, also auch im Ausland nicht unbekannt sind. (Zahl und Sitz der Kassen; Art der lombardfähigen Unterlagen; rechtliche Natur der Scheine usw.)

Einen Krieg werden diejenigen Länder am besten führen und, was nicht minder wichtig ist, bis zur Erreichung seiner Ziele energisch durchführen können, welche sich stützen können nicht nur auf den Patriotismus, die Tüchtigkeit des Heeres und der Flotte, die Opferwilligkeit und die feste Überzeugung des Volkes von der unbedingten Notwendigkeit des Krieges — Faktoren, die allerdings in erster Linie erforderlich sind — sondern auch auf eine Reihe anderer überaus bedeutender Tatsachen. Dazu gehört namentlich: ein geordnetes staatliches Finanzwesen; eine nicht zu große Belastung des Einzelnen durch Steuern, Abgaben und soziale Lasten; ein in breiten Schichten festbegründeter Wohlstand der Bevölkerung, der auch die weiteren Opfer, wie ein Krieg sie mit sich bringt, unbedenklich zugemutet werden können, und endlich das Vorhandensein starker Hilfstruppen, bestehend in zu jeder Intervention fähigen und bereiten öffentlichen und privaten Banken sowie in kräftigen und widerstandsfähigen Börsen und in einem elastischen Zahlungs- und Kredit-system.

Ob und inwieweit diese Voraussetzungen für Deutschland vorhanden sind, soll im folgenden (S. 24ff.) untersucht werden.

§ 2. Finanzielle Kriegsbereitschaft.

I. Die Kosten eines künftigen Krieges.¹⁾

Die Kosten eines künftigen Krieges sind um so schwerer zuverlässig zu berechnen, als wir nicht mit Sicherheit wissen, nach wieviel Fronten er geführt werden muß, und ob wir nicht, wenn wir ihn z. B. nur nach zwei Fronten zu führen haben würden,

¹⁾ Für die Kosten der Kriege vom siebenjährigen Krieg ab bis 1870 und die Art der Beschaffung der Kriegsmittel vgl. Ludwig, Hauptmann im Generalstabe des Gouvernements Metz, Kriegführung und Geld, in den Vierteljahrsheften für Truppenführung und Heereskunde, herausgegeben vom Generalstabe IV. Jahrg. 2. Heft S. 293 bis 331 und 3. Heft S. 488 bis 523, und zwar: im siebenjährigen Kriege für Preußen und Österreich (S. 301—307); in den Kriegen der Revolutionszeit und Napoleons für

genötigt sein könnten, noch starke mobile Truppenkörper nach weiteren Fronten oder Punkten zur Beobachtung etwaiger Überfallsgelüste und zur Sicherung von Grenzen oder Landesteilen zu senden.

Aber selbst dann, wenn diese Schwierigkeiten nicht vorhanden wären, ist jede, insbesondere aber jede private Schätzung der für die Mobilmachung und die Kriegsführung erforderlichen Kosten auch bei größter Vorsicht erheblichen Irrtümern ausgesetzt, zumal für die Mobilmachungskosten unserer heutigen Flotte und für einen etwaigen Seekrieg die Erfahrungen aus dem deutsch-französischen Kriege nicht ausreichen, anderweite Erfahrungen aber nicht ohne weiteres übertragbar sind.

Wie schwer sich die Kosten eines künftigen Krieges selbst von amtlicher Seite und selbst da berechnen lassen, wo solche Erfahrungen vorliegen, geht am schlagendsten aus der Tatsache hervor, daß der englische Kriegsminister und der Schatzkanzler am 20. Oktober 1899 die Kosten des englischen Krieges in Südafrika (des Burenkrieges) auf 10 Millionen Pfund Sterling und die Dauer des Krieges auf die Zeit vom 11. Oktober 1899 (Kriegsbeginn) bis zum 31. März 1900 schätzten, während die Kosten tatsächlich (s. unten sub 2) 211 256 000 £ betrugen und die Kriegsdauer sich bis zum 31. Mai 1902 erstreckte.¹⁾

Die zur Vergleichung heranziehbaren Kriegskostenbeträge aus den letzten großen Kriegen sind folgende:

Frankreich und Österreich (S. 311—318 und 320); in den vielfachen Kriegen von 1792—1815 für England (S. 318/319); in den Kriegen des 19. Jahrhunderts, insbes. im Krimkriege für Rußland (S. 320—322); im Kriege gegen Italien von 1859 für Österreich (S. 323/324); im amerikanischen Sezessionskriege für Nordamerika (S. 324 bis 329); im Kriege von 1866 für Preußen, Österreich und Italien (S. 329—331); außerdem jetzt Reinhold Wagner, Oberstleutnant a. D., Grundlagen der Kriegstheorie, (Berlin, Ernst Siegf. Mittler & Sohn, 1912), Anlage zum dritten Buch, Kap. 6: Das Geld zum Kriege S. 325—421.

¹⁾ Vgl. Wilh. Hilsenbeck, Die Deckung der Kosten des Krieges in Südafrika von 1899—1902 auf Seiten Englands (J. G. Cottasche Buchhandlung, Stuttgart und Berlin 1904) S. 13/14.

1. Die Kosten des deutsch-französischen Krieges 1870/71.

a) Auf deutscher Seite.

Die eigentlichen (reinen) Kriegskosten auf deutscher Seite hat Adolph Wagner¹⁾ auf Grund der amtlichen Abrechnungen berechnet auf 1551 Mill. M. und zwar vom 17. Juli 1870 bis 18. März 1871 = 245 Kriegstage, wonach sich der Tagesbedarf auf . . 6,33 Mill. M. und der Geldbedarf pro Mann und Tag auf . . . 3,75 M. bei einer durchschnittlichen Heeresstärke von 1254376²⁾ Mann berechnen würde.³⁾ In diesen Abrechnungen steckten aber nicht:

- a) die ohne Zweifel gleichfalls verbrauchten Beträge, welche bis Ausbruch des Krieges im Juli 1870 auf Grund des Friedensetats für Heer und Flotte noch zur Verfügung standen und vom Oberstleutnant a. D. Reinhold Wagner⁴⁾ auf die Hälfte des für das ganze Jahr bewilligten Betrages von 280825056 M., also auf rund 140 Mill. M., geschätzt werden;
- b) die Invaliden- und Witwenpensionen sowie die Waisengelder;

¹⁾ Adolph Wagner, Das Reichsfinanzwesen im 3. Jahrg. des v. Holtzendorffschen (jetzt Schmollerschen) Jahrb. f. Gesetzgebung, Leipzig 1874 S. 118, 119; von dem nämlichen Betrage von 1551 Mill. M. für Deutschland (d. h. für den Nordd. Bund und die süddeutschen Staaten) geht auch aus v. Blume, Militärpolitische Aufsätze, Berlin, Ernst Siegr. Mittler & Sohn 1906, S. 9.

²⁾ Diese Zahl würde sich für diese 245 Tage aus Bd. 5 Anl. 196 S. 864 des deutschen Generalstabswerkes über den Krieg von 1870/71 ergeben.

³⁾ Jos. Ritter v. Renauld, Edler v. Kellenbach, Oberst a. D., ging in seinem Buch: Die finanzielle Mobilmachung der deutschen Wehrkraft (Leipzig, Duncker & Humblot 1901) S. 41/42 gleichfalls mit Ad. Wagner von 245 Tagen und danach von einer Gesamtdurchschnittsstärke der deutschen mobilen und immobilen Truppen von 1254376 Mann aus, welche er aber nach der späteren Abhandlung: Was würde ein Krieg die modernen Großstaaten kosten? („Zeit im Bild“ IX. Jahrg. No. 21 S. 506 Anm. 1) nur für die Zeit vom 17. Juli bis 18. März 1871 für zutreffend hält.

⁴⁾ Reinhold Wagner, Oberstleutnant a. D., Die Grundlagen der Kriegstheorie (mit einem Vorwort von General z. D. v. Beseler), Berlin, Siegr. Mittler & Sohn, 1912 S. 402/403.

- c) die Entschädigungen für Verluste an Privateigentum (Kriegsschäden) und für Kriegsleistungen;
- d) die nicht vergüteten und die gestundeten Naturalleistungen des eigenen Landes und Frankreichs;
- e) die Unterstützungen für die Familien des Beurlaubtenstandes;
- f) die sogenannten Retablissementskosten, d. h. die für die Wiederausrüstung und Wiederherstellung des Heeres, der Flotte und der Eisenbahnen nach dem Kriege aufgewendeten Kosten.¹⁾

Für die sub b—e bezeichneten Kriegskosten i. w. S. setzt v. Blume in der oben ²⁾ bezeichneten Schrift weiter rund 200 Mill. M. ein, so daß er die während des Kriegszustandes erforderlich gewesenen Beträge, abgesehen von den, wie er ausdrücklich bemerkt, hinzuzurechnenden Beträgen sub a, welche auf Grund des in Kraft gebliebenen Friedensetats geleistet wurden, und abgesehen von den sub f erwähnten Retablissementskosten, auf rund **1750 Mill. M.** berechnet.

Daraufhin schätzt v. Blume die Kriegskosten i. w. S. auf 5,7 Mill. M. pro Tag, und zwar für die Zeit vom ersten Mobilmachungstag, — als solchen bezeichnet er mit Ad. Wagner den 17. Juli 1870 — bis zum Tage der Ratifikation des Frankfurter Friedens (18. Mai 1871), = 305 Tage.

Bei Berechnung des Geldbedarfs pro Mann und Tag wird man nun aber weder von diesen 305 Tagen, noch von den 245 Kriegstagen, die Ad. Wagner annimmt (17. Juli 1870 bis 18. März 1871), ausgehen dürfen, sondern man wird mit Reinh. Wagner die Zeit vom 16. Juli 1870 (erster Mobil-

¹⁾ Ad. Wagner rechnet 144 Mill. Tlr. besonders hinzu für nach dem Kriege erforderlich gewesene Verstärkungen der Festungen und Flotte.

²⁾ S. 13 Anm. 1.

machungstag) bis Ende Juni 1871 als „finanziellen Kriegszustand“ anzunehmen haben, da bis zu etwa diesem Tage die Demobilmachung, abgesehen von 50 000 Mann, die als Okkupationstruppen zunächst noch in Frankreich blieben,¹⁾ im wesentlichen vollzogen war.

Für diese Zeit von 350 Tagen betrug die durchschnittliche Heeresstärke auf deutscher Seite, nicht die für 245 Tage (16. Juli 1870 bis 18. März 1871) von Ad. Wagner nach Bd. 5 Anl. 196 des Generalstabswerks berechneten 1 254 376 Mann (s. oben S. 13 und Anm. 2), sondern nur 1 180 009 Mann, so daß, bei Berechnung der eigentlichen Kriegskosten auf 1551 Mill. M., der Geldbedarf pro Mann und Tag sich auf 3,75 M. gestellt hat.

Berücksichtigt man nun, um von den eigentlichen Kriegskosten von 1551 Mill. M. zu den Kriegskosten i. w. S. zu kommen, nicht (mit v. Blume) nur die oben sub b—e bezeichneten Ausgaben, sondern ferner, was auch v. Blume für angemessen hält, die oben sub a bezeichneten Beträge, so kommen zu den 1551 Mill. M. noch hinzu: die für den Posten sub a von Reinh. Wagner geschätzten 140 „ „ und die für die Posten b—e gleichfalls von Reinh. Wagner²⁾ geschätzten rund 500 „ „
so daß sich die Kriegskosten i. w. S. in Summa, abgesehen vom Posten f (Retablissementskosten), auf 2191 Mill. M. oder rund 2200 „ „ gestellt haben.

Danach sind auf deutscher Seite während des Kriegszustandes, also in 350 Tagen, an Kriegskosten i. w. S. aus-

¹⁾ Für die Verpflegung dieser Okkupationstruppen bis zu ihrem Rückmarsch über die Grenzen vergütete die französische Regierung nach einer am 11. März 1871 in Ferrieres abgeschlossenen Konvention 1³/₄ Fr. für jede Mundportion und 2¹/₂ Fr. für jede Futterration (vgl. Reinhold Wagner a. a. O. S. 403).

²⁾ Dieser Betrag ist durchaus nicht zu hoch, da in dem von W. v. Blume (a. a. O. S. 9) zu den 1551 Mill. M. hinzugerechneten Beträge von 200 Mill. M. nicht

gegeben worden: 6,3 Mill. M. pro Tag, und, bei einer durchschnittlichen Kriegsstärke von 1 180 009 Mann, pro Mann und Tag **5,34 M.**

b) Auf französischer Seite.

Die Gesamtausgaben für den Krieg 1870/71 (einschl. der an Deutschland gezahlten Kriegskostenentschädigung von 5 Milliarden M., jedoch ohne Retablissementskosten und ohne die dem Lande zugefügten allgemeinen Kriegsschäden) wurden 1873 von dem damaligen Finanzminister Magne auf **9,287 Mill. Fr.**, von dem späteren Finanzminister Mathieu-Bodet auf **9820 643 000 Fr.** angegeben;¹⁾ die reinen Kriegskosten aber (ohne die Verproviantierung von Paris) sind in jener Aufstellung Bodets²⁾ auf 1912,6 Mill. Fr. oder . . . **1529,6 Mill. M.** angegeben worden. Der Tagesbedarf läßt sich, mangels genauer Angaben über die Dauer des französischen finanziellen Kriegszustandes und über die Durchschnittszahl der mobilen Truppen nicht mit Sicherheit berechnen, noch weniger der Bedarf pro Mann und Tag.

2. Die Kosten des Krieges in Südafrika³⁾ vom 11. Oktober 1899 bis 31. Mai 1902 berechneten sich auf englischer Seite bei einer Kriegsstärke von etwa 200 000—230 000 Mann auf 211 256 000 £, also auf **4307 582 400 M.**⁴⁾

nur die auch oben (sub f) nicht mitgerechneten Retablissementskosten, sondern, wie er ausdrücklich sagt, auch die oben mitgerechneten Invaliden- und Witwenpensionen und Waisengelder nicht enthalten sind, — für die letzteren beiden Posten und für (weitere) Entschädigungen für Verluste an Privateigentum sind nach Reinh. Wagner (a. a. O. S. 404) nach dem Kriege noch rund 1150 Mill. M. ausgegeben worden.

¹⁾ Nach Paul Leroy-Beaulieu, *Traite de la Science des Finances*, Bd. II (1877) S. 455/456. Das stimmt auch mit den Berechnungen von Leon Say; es sind aber sicherlich in diesem Betrage die Retablissementskosten und die Pensionen nicht enthalten.

²⁾ Abgedruckt im Anhang 1 S. 27 bei Alb. E. Fr. Schäffle, *Der nächste Krieg in Zahlen*, 2. Aufl. Tübingen 1887 (H. Laupp).

³⁾ Wilh. Hilsebeck, *Die Deckung der Kosten des Krieges in Südafrika*, Stuttgart, J. G. Cotta 1904, insbes. S. 65 und T. 95 (Tab. 45).

⁴⁾ Die reinen Kriegskosten betrugen nach Karl Helfferich, *Das Geld im russisch-japanischen Kriege*, Ernst Siegf. Mittler & Sohn, Berlin 1906, S. 236 auf

3. Die Gesamtausgaben für den russisch-japanischen Krieg vom 20. Februar 1904 bis Ende August 1905 betrugen:

a) auf russischer Seite Rubel 2 282 834 241,84, zu M. 2,16 umgerechnet, = **4 930,9 Mill. M.**¹⁾

b) auf japanischer Seite Yen 1982 190 000, zu M. 2,0929 umgerechnet, = **4 146,7 Mill. M.**²⁾

4. Für Marokko hatte Frankreich vom Jahre 1907 ab bis zum 31. Dezember 1911 (Beginn des Feldzuges Frühjahr 1911) ausgegeben 143 743 032 Fr.³⁾; hierzu kommen für 1912 an bisherigen Nachforderungen 133 677 363 Fr., wovon 132,2 Mill. Fr. für das Heer und 1,5 Mill. Fr. für die Flotte.

Die Nachforderungen für 1913 sind noch nicht festgestellt, werden aber voraussichtlich mindestens 120 Mill. Fr. betragen.

Außerdem soll die marokkanische Regierung (Gouvernement Marocain) nach einem am 18. März d. J. den Kammern vorgelegten Gesetzentwurfe zu einer Anleihe von 230 Mill. Fr. ermächtigt werden, die zu Hafen-, Wege- und Telephonanlagen usw. verwandt werden soll, aber auch noch 70 Mill. Fr. für militärische Ausgaben vor dem 1. Dezember 1909 enthält, die Frankreich vertragsmäßig übernommen hat. Die Gesamtkosten, die aus der Marokkoaffäre überhaupt für Frankreich entstehen werden, schätzt man auf 2 Milliarden Fr.

5. Für den italienisch-türkischen Krieg wegen Tripolis von Oktober 1911 ab wurden nach Mitteilung des Schatzministers Tedesco von Ende November 1912 die effektiven Kriegskosten aufitalienischer Seite berechnet auf . 545 Mill. L.

russischer Seite M. 2873 Mill. M. = 21 M. auf den Kopf der Bevölkerung und auf japanischer Seite M. 2424 Mill. M. = 52 M. auf den Kopf der Bevölkerung.

¹⁾ Nach dem definitiven Russischen Reichsbudget für das Jahr 1907, S. 37 der französischen Übersetzung.

²⁾ Nach dem finanziellen Jahrbuch für Japan 1906, S. 12.

³⁾ Vgl. O. Schwarz, Die Finanzen der europäischen und der wichtigeren außereuropäischen Staaten in Schanz Finanz.-Archiv 29. Jahrg., Bd. II (1912), S. 213 Anm. 1. Die oben sub 4 und 5 gemachten weiteren Angaben beruhen auf schriftlichen Mitteilungen des Herrn Verfassers letzterer Abhandlung.

Außerdem werden die Kosten für weitere militärische Operationen in Libyen, Reparaturen und Erneuerungen der Flotte, Wiederauffüllung der Magazine usw., auf fernere 200 Mill. L. geschätzt, von denen dem Kolonialminister zunächst 50 Mill. L. für Tripolis zur Verfügung gestellt wurden. Diese Summe wird aber kaum ausreichen, da bis auf weiteres etwa 20000 bis 40000 Mann dauernd in Tripolis gehalten werden müssen¹⁾ und bis heute beständige Kämpfe dort stattfinden.

6. Wenn nach diesen Erfahrungen die Kosten eines künftigen Krieges für Deutschland geschätzt werden sollen, so ist zunächst die etwaige Stärke der auf deutscher Seite aufzustellenden mobilen und immobilen Truppen in Heer und Flotte zu berechnen.

Hierbei muß v. Renaulds Berechnung,²⁾ wonach uns Ende des Jahres 1912, unter Abrechnung von 25% Ausfall, 10,24 Millionen Köpfe, nämlich:

4,88 Mill. Ausgebildete und
<u>5,36 „ „</u> größtenteils Unausgebildete
10,24 Millionen

zu Gebote stehen würden, aus naheliegenden militärischen und wirtschaftlichen Gründen ganz ausscheiden,³⁾ aus wirtschaftlichen schon deshalb, weil, wie Otto Gerlach mit Recht einwandte,⁴⁾ durch eine Einberufung von 10¹/₄ Millionen Männern

¹⁾ Nichts von alledem bringt, obwohl es doch nötig gewesen wäre, die im Übrigen vielfach interessante Abhandlung von Giovanni Nicotra, *L'Italie économique pendant l'année de la Guerre*, Okt. 1911 bis Sept. 1912 (*Revue Economique Internationale* X. Jahrg. Bd. I No. 7, 17.—20. Febr. 1913 S. 319—346).

²⁾ v. Renauld, *Die finanzielle Mobilmachung der deutschen Wehrkraft* (1901) S. 5—9.

³⁾ Dies wird zwar auch von v. Renauld in seiner späteren Abhandlung: „Finanzielle Mobilmachung“ im Bank-Archiv vom Dezember 1904 in gewissem Sinne zugegeben (S. 37, Anm. X), aber nur, weil das gleichzeitige Zusammenberufen der gesetzlich möglichen Streitkräfte von 10,24 Millionen mit einem Jahresbedarf von etwa 22 Milliarden „finanziell unmöglich“ sei (S. 39). Ich glaube, daß es auch schon aus rein militärischen Gründen (Leitung? Verpflegung?) ausgeschlossen sein würde.

⁴⁾ Otto Gerlach-Königsberg (Oktober 1913) in seiner Besprechung des Buches von Renauld in Schmollers Jahrb., N. F., 28. Jahrg., S. 381.

(wobei der Landsturm mitgerechnet ist), unserer deutschen Nationalwirtschaft fast die gesamte männliche Bevölkerung im Alter von 18—45 Jahren entzogen würde, deren Anzahl 1900 rund 10 984 000 und nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 rund 12 846 000 betrug.

Man wird daher — jedenfalls zunächst — von militärisch, wirtschaftlich wie finanziell gleichermaßen möglichen Zahlen, bei denen auch die Erreichung des militärisch in die erste Reihe zu stellenden Ziels der Niederwerfung des Gegners berücksichtigt ist, also etwa von einer Verdoppelung der oben mitgeteilten Durchschnittszahl von 1870/71 (1254376 Mann), somit von $2\frac{1}{2}$ bis 3 Millionen Einzuberufenden¹⁾ auszugehen haben.

Wir wollen unsererseits 3 Millionen Ausgebildete (von denen etwa 2 Millionen auf die Feldarmee und 1 Million für Ersatz- und Besatzungstruppen zu rechnen wären) als die voraussichtlich — mindestens zunächst — in Betracht kommende Zahl für Heer und Flotte annehmen.

Was die Kosten eines mit einer solchen Truppenstärke — voraussichtlich nach mehreren Fronten — zu führenden künftigen Krieges betrifft, so würden wir, um einen Anhalt zu haben, naturgemäß von den oben ermittelten deutschen Kosten des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 auszugehen haben, dabei aber die vorstehend geschätzte, sehr viel höhere Truppenzahl in Heer und Flotte ebenso berücksichtigen müssen, wie die erheblichen Kosten eines voraussichtlich gleichzeitig zu führenden Seekrieges, für welche der deutsch-

¹⁾ Mit $2\frac{1}{2}$ Millionen Einberufenen rechnet v. Blume in den Militärpolitischen Aufsätzen, S. 9; mit 3 Millionen Gen.-Leutnant z. D. v. Liebert in dem Aufsatz: „Die finanzielle Mobilmachung“ im Bank-Archiv vom Mai 1905 (IV. Jahrg. No. 8) S. 122, indem er zunächst die 5,36 Unausgebildeten (mit Ausnahme des Rekrutenjahrgangs) ganz streicht und von den 4,88 Ausgebildeten noch rund $1\frac{3}{4}$ Millionen der ältesten Jahrgänge wegläßt; allerdings enthält dieser Aufsatz des Gen.-Leutnants v. Liebert die Bemerkung, die wohl auch schon 1905 etwas optimistisch war: „Seitdem nun auch die Schrecken des Zweibundes und des möglichen Krieges nach zwei Fronten für lange, vielleicht für immer, geschwunden sind“ usw.

französische Krieg von 1870/71 so gut wie keine Anhaltspunkte gewährt.

Endlich wäre die inzwischen eingetretene, starke Verteuerung der Lebensmittel und einer Reihe von anderen Kriegsbedürfnissen nicht außer Augen zu lassen.

Unter Anwendung dieser Methode und unter Berücksichtigung aller vorgedachten Momente glaubt v. Blume¹⁾ die Kosten eines künftigen Krieges — und zwar die Kriegskosten im weiteren Sinne — schätzen zu können:

für den Tag auf zwischen	13 u.	16 Mill. M.
„ „ Monat „ „	390 u.	480 „ „
„ „ das Jahr „ „	4680 u.	5760 „ „

wobei er nur eine „doppelte Machtentfaltung“, also eine Kriegsstärke von rund $2\frac{1}{2}$ Mill. Mann, annimmt.

Ich selbst bin schon in der ersten Auflage dieses Buches,²⁾ was ich nach sorgfältiger Prüfung hier wiederhole, unter Berücksichtigung eines aus den obigen Gründen notwendigen Zuschlages zu den früher ermittelten Kosten des 70^{er} Krieges (s. oben S. 15/16) und bei Annahme einer Stärke von 3 Mill. Mann für Heer und Flotte, schon für die eigentlichen (reinen) Kriegskosten zu einer als Minimalbetrag anzusehenden Summe von **6 M.** pro Mann und Tag, also zu folgenden (höheren) Beträgen gelangt:

für den Tag zu	18 Mill. M.
„ „ Monat (zu 30 Tagen) zu	540 „ „
„ „ das Jahr (zu 365 Tagen) zu	6570 „ „

Dabei sind nicht mitgerechnet:

die indirekten Kosten, also insbesondere nicht die Unterstützungen an die Familien der einberufenen Reservisten und Landwehrleute, welche Kosten von den Kreisen usw. zunächst vorzulegen, vom Reiche aber nach dem Friedensschlusse zu ersetzen sind;

¹⁾ a. a. O. S. 9.

²⁾ S. 10.

die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes vom 13. Juni 1873 von Kreisen, Kommunen, Lieferungsverbänden, Verkehrsunternehmungen, Privaten usw. aufzuwendenden Kriegsleistungen (s. unten S. 128/129);

die Invaliden-¹⁾ u. Witwen-Pensionen sowie die Waisengelder;

ferner nicht die sog. Retablissementskosten (s. oben S. 14 sub f) und ebenso nicht

die Entschädigungen für Zerstörung und Beschädigung von Privateigentum.

Völlig abgesehen ist natürlich von der Einstellung irgendwelcher Summen für die evtl. überaus bedeutenden Schädigungen des Erwerbslebens, namentlich der Industrie, des Handels und der Schifffahrt.

Die annähernde Richtigkeit der hier als Minimalbetrag der eigentlichen (reinen) Kriegskosten für Heer und Flotte angenommenen 6 M. pro Mann und Tag läßt sich auch auf einem anderen Wege nachweisen:

Die etatmäßige Friedenspräsenzstärke

1. des deutschen Heeres beträgt nach dem Reichshaushaltsetat für 1912: 27 267 Offiziere, 90 416 Unteroffiziere, 531 004 Gemeine und die Gesamtkopfzahl einschließlich der noch hinzutretenden Militärärzte, Zahlmeister, Veterinäre, Büchsenmacher zusammen **656 144 Mann.**
2. der kaiserlichen Marine nach dem gleichen Etat **64 525 Mann.**²⁾

Die Friedensausgaben für das deutsche Heer (Soll-Ausgaben) sind veranschlagt auf **1037,46 Mill. M.** und zwar (in Millionen Mark):

¹⁾ Zur Deckung dieser Pensionen sind von der französischen Kriegsentschädigung von 1871 561 Mill. M. zurückgelegt worden, die aber jetzt aufgebraucht sind. (Im Etat für 1910 war nur noch ein Rest von 33 498 M. enthalten, im Etat für 1912 nichts mehr; vgl. v. Blume, Was würde Deutschland ein Krieg kosten? im Leipziger Tageblatt vom 26. Juli 1908 No. 205.)

²⁾ Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 33. Jahrg. 1912 S. 328 Tab. XIV und S. 329.

A. Im ordentlichen Etat für 1912:

a) für fortdauernde Ausgaben . .	688,41
Quote an Bayern	96,94
Allgemeiner Pensionsfonds . . .	92,73
b) für einmalige Ausgaben. . . .	142,62

B. Im außerordentlichen Etat für 1912 16,76

in Summa 1037,46 Mill. M.

oder pro Tag 1037,46 Mill.: $365 = 2,84$ „ „
und pro Mann und Tag: $2,84 \text{ Mill.} : 656144 = 4,3 \text{ M.}$

Man würde also, was wohl ausreichen dürfte, auf diese 4,3 M. Friedenskosten etwa 40% zuzuschlagen haben, um zu den oben berechneten 6 M. (reinen) Kriegskosten pro Mann und Tag zu gelangen.

Die Friedensausgaben für die Kaiserliche Marine (Soll-Ausgaben, abzüglich der Ausgaben für das Kiautschou-Gebiet) sind veranschlagt auf 473,62 Mill. M. und zwar (in Millionen Mark):

A. Im ordentlichen Etat für 1912:

a) für fortdauernde Ausgaben	
für die Verwaltung	180,95
allgemeiner Pensionsfonds . . .	11,63
b) für einmalige Ausgaben	
Verwaltung	198,47

B. Im außerordentlichen Etat für 1912

Verwaltung	82,57
----------------------	-------

Summa 473,62 Mill. M.

oder pro Tag $473,62 : 365 = 1,30$ „ „
und pro Mann und Tag: $1,30 \text{ Mill. M.} : 64525 = 20,1 \text{ M.}$

Unsere gesamte Wehrkraft (Heer und Flotte) kostet demnach im Frieden pro Tag: 4,14 Mill. M. (Heer 2,84, Flotte 1,30 Mill. M.)

und pro Mann und Tag $4,14 : 720669 (656144 + 64525 = 720669) = 5,74 \text{ M.}$

Man kann also wohl die oben angenommenen 6 M. pro Mann und Tag für Heer und Flotte (ungeachtet der 20,1 M. Friedenskosten pro Mann und Tag für die Flotte allein) als Minimalbedarf annehmen, weil die aktive Schlachtflotte schon im Frieden die volle Besatzung hat und immer kriegsbereit ist, die Reserveschlachtflotte aber $\frac{1}{3}$ des Maschinenpersonals und $\frac{1}{4}$ des übrigen Personals der Kriegsbesatzung besitzt, so daß also die Hauptkosten für die Flotte schon im Frieden bestehen und sich im Kriege kaum in dem Maße (relativ) erhöhen dürften wie beim Landheer.

Nicht zu vergessen ist aber, daß während des Krieges der Friedensetat neben dem Kriegsetat in Kraft bleibt¹⁾ und ferner, daß es sich, wie ich nochmals betonen möchte, bei den oben ausgerechneten **6570 Mill. M.** also rund $6\frac{1}{2}$ Milliarden M. pro Jahr, nur um die reinen (eigentlichen) Kriegskosten für Heer und Flotte handelt.

Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres betrug nach dem Reichshaushaltsetat für 1912:

27 267 Offiziere,
90 416 Unteroffiziere,
531 004 Gemeine,

wozu noch die Militärärzte, Zahlmeister, Veterinäre, Büchsenmacher usw. kamen, so daß die Gesamtkopfzahl des Heeres betrug 656 144

Die Gesamtkopfzahl der deutschen Flotte (Marine) aber betrug 64 525.²⁾

Nach der Wehrvorlage von 1913 soll die Heerestärke vermehrt werden um:

4000 Offiziere,
15000 Unteroffiziere und
117 000 Gefreite und Gemeine, also um eine Gesamtkopfzahl
von 136 000.

¹⁾ Ad. Wagner a. a. O. S. 61 und v. Blume, Militärpolit. Aufsätze S. 9.

²⁾ Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 33. Jahrg. 1912 S. 328 Tab. XIV und S. 329.

II. Die finanzielle Kriegsbereitschaft Deutschlands,¹⁾ insbesondere gegenüber derjenigen anderer Großstaaten.

1. Staatsschulden.

Am 1. April 1911 betrugen im Deutschen Reich und den Einzelstaaten zusammen die Staatsschulden **20394052600 Mill. M.**²⁾ eingeteilt

	in eine Fundierte Schuld	in eine Schwebende Schuld
in Millionen Mark:		
für das Reich von	4 523,7	300,0
für die Bundesstaaten von	14 879,7	690,7
	19 403,4	990,7
	990,7	
	20 394,1	

Die fundierte und schwebende Schuld des Reiches allein betrug also zusammen 4823,7 Mill. M. Der Jahresbedarf der Reichs- und Staatsschulden (für Verzinsung, Tilgung und Verwaltungskosten) betrug nach den Voranschlägen für das Rechnungsjahr 1911:

bei den Reichsschulden	285,7	Mill. M.
bei den Schulden der Bundesstaaten	666,2	„ „
also insgesamt	951,9	Mill. M.

Der ordentliche Reinertrag der Erwerbsanstalten des Reichs und der Bundesstaaten (nach den Voranschlägen für das Rechnungsjahr 1911) stellte sich auf . 1,092 Mill. M., so daß dieser Reinertrag den Gesamtbedarf für die Schulden des Reiches und der Bundesstaaten überschritt um 140,1 Mill. M.

Vom ordentlichen Reinertrag der Erwerbsanstalten des Reichs und der Bundesstaaten³⁾ im vorerwähnten Betrag von
1 092 011 700 M.

¹⁾ Es können natürlich hier nur die wesentlichsten Faktoren berührt werden, welche für diese Kriegsbereitschaft bestimmend sind.

²⁾ Vgl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 21. Jahrg. 1912, II, 30 sub V und 32.

³⁾ eod. II, 21.

entfielen auf Erträge aus:

Domänen 32116600 M.
 Forsten 145228300 „
 Bergwerken 18139000 „
 Staatseisenbahnen (wovon allein auf Preußen

520 854 500 und auf Bayern 83 243 500) . . 729165400 „
 Post und Telegraphie 103559300 „

Am 31. März 1912 betrugen die Schulden des Reichs rund 5 Milliarden M., nämlich einschl. der neu ausgegebenen 80 Mill. M. Schuldverschreibungen M. 4894012000, wozu noch 120 Mill. M. Reichskassenscheine traten.¹⁾ Durch § 3 des Finanzgesetzes vom 28. Mai 1912 wurde der Reichskanzler ermächtigt, Schatzanweisungen bis zur Höhe von 350 Mill. M. zu vorübergehender Verstärkung der Betriebsmittel auszugeben.

Die Entwicklung der Schulden des Reichs und der Bundesstaaten von 1902 bis 1911 einschl. war die folgende:²⁾

In Millionen Mark:

Gesamtschulden	1902	1903	1904 ³⁾	1905	1906
des Reichs	2 813,5	2 813,5	3 103,5	3 203,5	3 543,5
der Bundesstaaten	11 292,5	11 776,3	11 902,9	12 244,7	12 494,6
Reich und Bundesstaaten .	14 106,0	14 589,8	15 006,4	15 448,2	16 038,1

Gesamtschulden	1907	1908	1909	1910	1911
des Reichs	3 803,5	4 003,5	4 253,5	4 896,6	4 823,7
der Bundesstaaten	12 960,4	13 343,3	14 280,5	15 425,3	15 570,4
Reich und Bundesstaaten .	16 763,9	17 346,8	18 534,0	20 321,9	20 394,1

¹⁾ Von den früher ausgegebenen, am 1. Juli 1912 fällig gewordenen 200 Mill. M. 4 % Schatzanweisungen wurden 60 Mill. M. eingelöst und 160 Mill. M. teils bis 1914, teils bis 1916 verlängert. Vgl. hierzu und zu Obigem O. Schwarz, Die Finanzen der europäischen und der wichtigeren außereuropäischen Staaten in Schanz Finanz-Archiv 29. Jahrg. Bd. I S. 190.

²⁾ Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, herausgeg. v. Kaiserl. Statist. Amte 21. Jahrg. 1912, II, 7.

³⁾ Von 1904—1911 nach den Voranschlägen, 1912 und 1903 nach den Rechnungen; die definitiven Zahlen für 1911 sind oben angegeben.

Die Vorschriften über die Tilgung der deutschen Reichsanleihen sind zum Teil geändert worden. Gemäß § 3 des Gesetzes betr. Änderungen im Finanzwesen vom 15. Juli 1909 kommen folgende, auch jetzt noch recht unzulängliche Tilgungsvorschriften zur Anwendung:

„Die Tilgung der Reichsanleiheschuld hat vom 1. April 1911 ab nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zu erfolgen:

Die Bestimmungen, welche für die Tilgung der zu werbenden Zwecken bereits ausgegebenen Anleihen gelten, bleiben in Kraft. Zur Tilgung der bis 30. September 1910 begebenen sonstigen Anleihen ist jährlich mindestens 1% des an diesem Tage vorhandenen Schuldkapitals, unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen, zu verwenden.

Zur Tilgung des vom 1. Oktober 1910 ab begebenen Schuldkapitals sind jährlich

- a) von dem für werbende Zwecke bewilligten Anleihebeträge mindestens 1,9%;
- b) im übrigen mindestens 3%,

in beiden Fällen unter Hinzurechnung der ersparten Zinsen, zu verwenden.

Als ersparte Zinsen sind $3\frac{1}{2}\%$ der zur Tilgung verwendeten Summen anzusetzen.

Die danach zur Schuldentilgung erforderlichen Beträge sind jährlich durch den Reichshaushalts-Etat bereitzustellen. Abschreibungen vom Anleihesoll und Anrechnungen auf offene Kredite bis zur Höhe der zur Schuldentilgung zur Verfügung stehenden Beträge sind einer Tilgung gleichzuachten“.

Man hat im Reiche in der letzten Zeit¹⁾ infolge von Überschüssen, welche 1910 117,7 Mill. und 1911 etwa 250 Mill. betrugen, außerordentliche Schulden in erheblichem Umfange tilgen können.

¹⁾ Vgl. zu den Ausführungen des Textes O. Schwarz a. a. O. S. 183.

In Preußen dürfte das Defizit des Etats im Jahre 1912 ganz verschwunden sein; schon in den Jahren 1910 u. 1911 konnten etwa 200 Mill. M. in den neuen Eisenbahnausgleichsfonds gelegt werden.

In Frankreich¹⁾ ergab der Voranschlag für 1910 ein Defizit von 159,5 Mill. Fr. = 127,6 Mill. M., derjenige für 1911 ein solches von 80 Mill. M., während es für 1912 auf 122 Mill. M. angenommen ist; man hat aber infolge gesteigerter Einnahmen für 1910 und 1911 geglaubt, das Defizit verschwinden lassen zu können, hat auch im Voranschlag für 1913 das Gleichgewicht hergestellt, dabei jedoch manche Ausgaben auf Spezialrechnungen gebracht, die in den Etat gehören, z. B. die Ausgaben für Marokko. Zur Tilgung der Staatsschulden sah das französische Budget für 1911 147,9 Mill. Fr. vor, wovon 49,8 Mill. Fr. auf die amortisablen Anleihen entfielen.

Rußland hat infolge der überaus günstigen Ernten von 1909 und 1910 im Jahre 1910 den erheblichen Überschuß von 503 Mill. M. erzielt, wird auch im Jahre 1911 günstig, wenn auch nicht so günstig, abgeschlossen haben und konnte in den Jahren 1910, 1911 und 1912 von der Ausgabe neuer Anleihen absehen.

In Österreich-Ungarn hat die Finanzgebarung des Staates naturgemäß gelitten durch die erheblichen Kosten, welche die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, ferner die, bis auf die Südbahn, erfolgte Durchführung der Eisenbahn-Verstaatlichung, die Vermehrung der Rüstungen zu Wasser und Lande, der Reformen auf dem Gebiete der Sozialversicherung, die Besoldungserhöhungen und die Sanierung der Landesfinanzen im Gefolge hatten, und welche im wesentlichen durch Aufnahmen von Anleihen gedeckt wurden.

In Großbritannien ergab sich infolge besonderer Umstände für 1910 ein sehr erheblicher Überschuß von 637 Mill. M.; auch für 1911 wurde ein solcher von 131 Mill. M. erzielt und der

¹⁾ Auch für die nachstehenden Zahlen und Angaben zu vergleichen O. Schwarz a. a. O. S. 183—185 und S. 212—213.

Voranschlag von 1912 sah, ohne Steuererhöhung, einen solchen von 6,1 Mill. M. vor. Zur Tilgung der Staatsschulden stellte das Budget von 1911/12 ein: £ 7 Mill. = 140 Mill. M., welcher Betrag aber bei der parlamentarischen Beratung um weitere £ 5 Mill. erhöht wurde, sodaß der Gesamttilgungsbetrag £ 12 Mill. ausmachte.

In Italien hatte man bis zur Ausgabe von 300 Mill. Lire 4⁰/₁₀ Schatzscheinen auf Grund des Gesetzes vom 2. März 1912 (s. unten S. 56), ungeachtet der erheblichen Kosten des Krieges mit der Türkei wegen Tripolis, sowohl von Steuererhöhungen wie von Anleihen abgesehen und die Kriegskosten (s. oben S. 17/18) aus Beständen und Überschüssen gedeckt.¹⁾ Sollte noch eine Anleihe nötig werden, so beabsichtigt man, sie nur im Inlande aufzunehmen.

Wenn ich nach diesen Bemerkungen dazu übergehe, die Staatsschulden der vorerwähnten 6 Großmächte anzugeben, und wenn ich ferner festzustellen versuche, wieviel die Staatsschuldenbelastung in den 6 Staaten auf den Kopf der Bevölkerung ausmacht, so muß noch folgendes vorausgeschickt werden:

Schon die Zusammenstellungen der Staatsschulden der 6 erwähnten Großmächte (S. 36), und ebenso diejenigen über die Ausgaben für Heer und Flotte (S. 38), sind wissenschaftlich und wirtschaftlich nicht unanfechtbar und deshalb auch zu Schlüssen auf die finanzielle Leistungs- und Tragfähigkeit der Bevölkerung der einzelnen Staaten, worauf es hier in erster Linie ankommt, wenig verwertbar.

In weit höherem Grade aber gilt dies von der allen Tabellen nachfolgenden oder eingefügten Berechnung der Staatsschuldenlast und der Ausgaben für Heer und Flotte auf den Kopf der Bevölkerung, so daß man also diesen Tabellen im besten Falle nur einen mit größter Vorsicht zu benutzenden relativen Vergleichswert zugestehen kann.

Was zunächst die Staatsschulden angeht, so ist schon

¹⁾ Vgl. Giovanni Nicotra, *L'Italie économique pendant l'année de la guerre* (in der *Revue Economique Internationale* 10. Jahrg. Bd. I No. 2 v. Febr. 1913 S. 316—346).

ihr Betrag, der nach den Etats aufgestellt ist, nicht allen Zweifeln entzogen, da manche Kosten (z. B. gewisse Flottenkosten) in manchen Staaten, um den Etat günstiger erscheinen zu lassen, auf Spezialrechnungen gebucht sind,¹⁾ für die dann spezielle Deckungsmittel gesucht werden. Außerdem kann die Staatsschuldenbelastung auch deshalb nicht maßgebend sein, weil in den verschiedenen Staaten und selbst in einem und demselben Staate, je nach Lage der Umstände und des Etats, ganz verschiedene Grundsätze darüber gelten, ob und inwieweit die erforderliche Deckung von Staatsausgaben auf dem Wege von Anleihen oder von Steuererhöhungen beliebt wird.

Endlich ist natürlich die Staatsschuldenlast in ihrer Wirkung auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bevölkerung eine grundverschiedene, je nachdem die Staatsschulden, wie dies in Deutschland in so großem Umfange der Fall ist (s. oben S. 24/25) für produktive Unternehmungen, z. B. für Staatseisenbahnen, ausgegeben sind — die Zinsen solcher werbenden Schulden werden in der Regel nicht von der Bevölkerung, sondern von den Reinerträgen der Unternehmungen getragen — oder nicht. Die bloße Gegenüberstellung der Staatsschulden verschiedener Länder bietet auch aus diesem Grunde nur ein sehr rohes Vergleichsmittel.

In Bezug auf die Belastung mit Steuern und Abgaben, für die ich in der ersten Auflage dieses Buches (S. 14) eine besondere Tabelle (für das Jahr 1906) für 8 Großmächte (nebst Kopfquoten) gegeben hatte, welche übrigens die kommunalen Abgaben unberücksichtigt ließ, kommen noch weit größere Bedenken in Betracht, und zwar nach den verschiedensten Richtungen.

Zunächst ist der Begriff derjenigen Beträge, welche man als Steuern und als Abgaben zu betrachten hat, in den einzelnen Staaten ganz verschieden, so daß je nach der in einem Staate

¹⁾ Vgl. O. Schwarz a. a. O. S. 213 für Frankreich (Budget für 1912: 90 bis 100 Mill. Fr. für Marokko; 54 Mill. Fr. für die Flotte; 30 Mill. Fr. für Telegraphen- und Telefon-Ausgaben auf Spezialrechnungen).

herrschenden Auffassung Zweifel möglich sind, ob und inwieweit hier Gerichts-, Post-, Telegraphen-, Telephon-, Stempel-, Register-, Besitzwechselgebühren als „Gebühren“ oder „Abgaben“ zu betrachten sind.

Vielfach umfaßt der Posten: Abgaben zugleich die „Gebühren“, obwohl die letzteren im allgemeinen nur Äquivalente für gewisse Staatsleistungen sind, so daß die Einzelziffern ohne Prüfung dessen, was dafür vom Staate geleistet wird, kaum verglichen werden können. Das französische „Enregistrement“ enthält sicherlich Einnahmen, die wir in Deutschland als Gebühren bezeichnen. Selbst in Deutschland wird in einem Bundesstaat mitunter das als Gebühr bezeichnet, was in einem anderen Bundesstaat Steuer genannt wird, oder es baut ein Bundesstaat das als „Gebühr“ aus, was ein anderer bereits als Steuer auferlegt hat, und ähnliche Unterschiede bestehen z. B. zwischen Österreich und Deutschland.

Andererseits wird man im allgemeinen die Schulgebühren zu den Gebühren rechnen müssen, die in England, soweit der Staat in Betracht kommt, fehlen, aber nur deshalb, weil sie dort ausschließlich von den Gemeinden oder Instituten erhoben werden u. a. m.

Noch mehr aber variieren die Begriffe hinsichtlich dessen, was in den einzelnen Staaten seitens der Staatsgewalt selbst oder durch Selbstverwaltungskörper, so in den Provinzen, Kreisen, Gemeinden usw., oder durch Zweckverbände, Gutsverbände, Kirchen, öffentliche Sozietäten usw. an Steuern und Abgaben erhoben wird, wie denn auch die statistische Erlassung namentlich der Fälle letzterer Art vielfach durchaus lückenhaft ist.

Auch ist es an sich überaus schwierig, in Staaten mit staatlichen Monopolverwaltungen (so in Italien Salz, Wachsstreichhölzer und Tabak, in Österreich und Frankreich Tabak usw.) dasjenige richtig zu bestimmen, was hier als „Steuer“ betrachtet werden kann; noch schwieriger aber ist es, dasjenige genau festzustellen, was gegenüber den etwa entsprechen-

den Steuern von Staaten ohne Monopolverwaltung als Steuer eingestellt werden kann und vergleichbar ist.¹⁾

Hinsichtlich der unten sub 2 für 6 Großmächte nach den Angaben des Nauticus wiedergegebenen Tabellen der Ausgaben für Heer und Flotte (S. 38) sind besondere Zweifel geltend zu machen, ganz abgesehen davon, daß sie nur die absoluten vom Staate aufzubringenden Ausgaben umfassen, ohne erkennen zu lassen, wieviel davon aus Anleihen oder aus Reinerträgen von Betriebsverwaltungen gedeckt und wieviel von den Steuerzahlern aufgebracht wird.

Zunächst ist nicht zu ersehen, ob und inwieweit in den einzelnen Rechnungsabschlüssen oder Voranschlägen (Etats) nach einheitlichen Grundsätzen vorgegangen worden ist, ob und inwieweit z. B. die Militär- und Marine-Pensionen, die Ausgaben aus den Invalidenfonds usw. überall in die Ausgaben eingestellt worden sind,²⁾ und ob und inwieweit nicht neben den Rechnungsabschlüssen oder Etats, nach welchen jene Tabellen aufgestellt sind, Spezial-Rechnungen und Spezial-Etats existieren, welche die ersteren wesentlich modifizieren.³⁾

Die Sache liegt sogar im großen und ganzen so, daß die hier aufgeworfenen Fragen im Zweifel zu verneinen sind; es umfassen z. B. die Heeres- und Flottenbudgets von England, Österreich-Ungarn und Rußland auch die Heeres- und Flotten-Pensionen, während sie in Deutschland, Frankreich und Italien auf Sonderetats gebucht werden.⁴⁾

¹⁾ Vgl. insbes. Ad. Wagner, Gutachten in den „Materialien zur Beurteilung der Wohlstandsentwicklung Deutschlands im letzten Menschenalter“ (Anlageband III zu den Reichsfinanzvorlagen v. 1908) S. 115. Nach dem oben gesagten dürften auch die vom Reichsschatzamt eben jetzt der Reichstagskommission unterbreiteten Zahlen, nach denen auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland eine Gesamtsteuerbelastung von M. 62,75, in Großbritannien von M. 106,07, in Frankreich von M. 96,09, in Österreich von M. 41,98 entfällt, nur mit Vorsicht zu benutzen sein.

²⁾ Vgl. zu den Zahlen des Nauticus für 1907 und 1908 Joh. Plenge in der Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft Jahrg. 1908 Heft 4 (Act. 1908) S. 716 und 717 Anm. 1.

³⁾ Vgl. O. Schwarz a. a. O. S. 213.

⁴⁾ S. O. Schwarz, 30 Jahre Rüstungslasten der europäischen Großmächte, im „Tag“ vom 12. März 1913 (No. 60).

Die Ausgaben für Heer und Flotte sind aber auch an sich notwendigerweise für die verschiedenen Staaten (sogar schon für den nämlichen Staat in verschiedenen Zeiten), ganz verschieden zu bewerten, weil ihre Höhe in erheblichem Umfange beeinflußt wird durch die zur Zeit ihrer Aufstellung in dem betreffenden Staate herrschenden Preise der Lebensmittel, Arbeitslöhne, Rohmaterialien, Fabrikate usw.

Andererseits sind in einer Reihe von Staaten, so in England und in Deutschland, die Gendarmeriekosten auf den Ziviletat gebucht, in Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn und Rußland aber auf den Heeresetat,¹⁾ so daß man, um vergleichbare Zahlen zu erhalten, diese Kosten entweder in den erstgedachten Ländern den Heeresausgaben hinzurechnen müßte, oder sie, wenn man dies unterläßt, in den letztgedachten Ländern mit mehreren hundert Millionen Mark (in Frankreich mit fast einer Milliarde Mark) von den Heeresausgaben ganz oder (da, wo die Gendarmerie auch Zivilaufgaben zu erfüllen hat) mindestens zum Teil von den Heeresausgaben abzuziehen hätte.

Schließlich darf, wenn nur ein Jahr oder bestimmte Einzeljahre bei den verschiedenen Staaten gegenübergestellt sind, nicht außer Acht gelassen werden, daß eine solche Vergleichung schon deshalb zu willkürlichen und falschen Schlüssen führen muß, weil, zufälliger oder beabsichtigter Weise,²⁾ vielleicht solche Vergleichsjahre zum Ausgangspunkte genommen werden, in welchen das eine Land besonders wenig, das andere dagegen besonders viel ausgegeben hat, und zwar letzteres Land vielleicht gerade deshalb, weil es in diesen Jahren seine Rüstungen, mit denen es in den letztvorangegangenen Jahren im Rückstand geblieben war, zu vervollständigen hatte.

¹⁾ Vgl. O. Schwarz an letzterwähnter Stelle.

²⁾ Vgl. Edmond Théry im *Matin* vom 20. Febr. 1913 (1883, 1893, 1907 und 1912).

Gegen die Berechnungen derjenigen Quote aber, welche Staatsschulden, Steuern, Abgaben und Ausgaben für Heer und Flotte auf den Kopf der Bevölkerung ausmachen, sprechen nicht etwa nur die vorerörterten allgemeinen Bedenken der Unsicherheit und völligen oder teilweisen Unvergleichbarkeit des zu Grunde zu legenden Zahlenmaterials. Vielmehr sind solche Kopfquotenberechnungen aus einer Reihe von speziellen Gründen unzuverlässig und überaus leicht irreführend, sollten also entweder gar nicht oder nur mit größter Vorsicht und mit allen Vorbehalten benutzt werden, namentlich, sofern man daraus Schlüsse auf die finanzielle Leistungs- und Tragfähigkeit der Bevölkerung ziehen will.

Zunächst ist klar, daß alle Staatsschulden, Steuern, Abgaben und Lasten gerade in Bezug auf die finanzielle Leistungs- und Tragfähigkeit der Bevölkerung, je nach der Größe des Landes und vor allem je nach dessen Bevölkerungsziffer, verschieden wirken müssen.

Hiervon abgesehen, wird sich naturgemäß bei Staaten mit stark steigender oder an sich sehr bedeutender Bevölkerungsziffer, wie bei Deutschland und Rußland, selbst bei gleichem oder höherem Umfang ihrer Staatsschulden, Rüstungsausgaben, Steuern und Lasten, eine relativ geringe Kopfbelastung ergeben, während diese bei Staaten mit kleinerer Bevölkerungsziffer, wie bei Frankreich, naturgemäß größer sein muß.

Zu diesen Gründen, welche gegen jede Kopfquoten-Berechnung sprechen, treten aber in den Einzelfällen bei der Einzelbetrachtung noch recht viele Sonderbedenken.

So hat Ad. Wagner¹⁾ mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß in Preußen und den anderen deutschen Einzelstaaten mit starkem Domänenbesitz und mit vom Staate verwalteten Forsten, Bergwerken und Hüttenbetrieben, vor allem aber mit Staatseisenbahnen, die Bruttoetats natürlich sehr stark anschwellen müssen, da die in diese eingestellten

¹⁾ Ad. Wagner a. a. O. S. 114.

Betriebsausgaben jener Staatsbetriebe 30, 40, ja selbst über 50% der gesamten Staats-Brutto-Ausgaben betragen. Es können daher die in diesen Staaten zu berechnenden Kopfquoten der Gesamtausgaben unmöglich in Vergleich gebracht werden mit den Kopfquoten der Ausgaben derjenigen Staaten, in denen eine eigene Staatsbahnverwaltung ganz, wie in Großbritannien, oder fast ganz, wie z. Z. noch in Frankreich, fehlt.

Auch in einem und demselben Staat, z. B. in Preußen, wo sich der Staatsbahnbesitz erst nach und nach ausdehnte, würden Kopfquoten aus früherer und späterer Zeit nicht ohne weiteres vergleichbar sein.

Gegen die Vergleichung von Kopfquoten der Steuerbelastungen der einzelnen Länder spricht aber auch die Tatsache, daß sich deren Bevölkerungen zu gleichen Zeitpunkten (ebenso wie die Bevölkerungen des nämlichen Staates zu verschiedenen Zeitpunkten) hinsichtlich des Geschlechts und Lebensalters und hinsichtlich der weiteren wirtschaftlich und sozial ins Gewicht fallenden Faktoren, so insbesondere hinsichtlich des Volksreichtums und der verschiedenen Kinderzahl,¹⁾ ferner hinsichtlich der Erwerbstätigkeit und der Erwerbsfähigkeit, der Gliederung in einzelne Erwerbsstände und der Zugehörigkeit der Erwerbstätigen zu den letzteren, in ganz verschiedener Weise zusammensetzen,²⁾ ohne daß die statistische Erfassung dieser Momente in den verschiedenen Ländern gleichmäßig ausreichend wäre oder auch nur nach den gleichen Grundsätzen vorginge. Auch ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß ja doch die nicht steuerfähige und nicht erwerbsfähige Kinderquote bei der Ermittlung der Steuertragsfähigkeit der Gesamtbevölkerung nicht außer Betracht gelassen werden kann und deshalb statt Kopfquoten der gesamten, nur Steuer-

¹⁾ Joh. Plenge, Die Finanzen der Großmächte in d. Zeitschr. f. d. ges. Staatswissensch. 64. Jahrg. (1908) S. 765.

²⁾ Vgl. Ad. Wagner a. a. O. S. 117.

belastungsquoten pro Kopf der erwachsenen, also über 15jährigen Bevölkerung zu berechnen wären, und daß man nicht vergessen darf, daß in manchen Ländern mit geringerem Kinderzuwachs, z. B. Frankreich, fast $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung die Steuerlast zu tragen haben, was dort naturgemäß eine weit günstigere Lage ergibt, als in den Ländern, in denen etwa schon $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung diese Last übernehmen muß.¹⁾

Für die finanzielle Leistungsfähigkeit der Bevölkerung kommt aber zudem, worauf, in Ergänzung der obigen Einwendungen, gleichfalls aufmerksam zu machen ist, ungemein viel darauf an, ob die Gesamtbevölkerung eines Landes einen sehr erheblichen Teil ihrer Lebensdauer in Erwerbstätigkeit verbringt, wie in Deutschland, oder einen weniger erheblichen, wie in Frankreich; ob ferner in einem Lande, z. B. in Frankreich, der Einzelne während der Dauer seiner geschäftlichen Tätigkeit, eben um sie früher beenden zu können, durchschnittlich sparsamer ist, also in der Regel durchschnittlich auch reicher wird, als das einzelne Glied der Bevölkerung eines anderen Staates, und ob endlich in einem Staate, wie z. B. in Deutschland, die verfügbaren Kapitalien, infolge der weit stärkeren Industrialisierung und Kommerzialisierung, einerseits im Durchschnitt erheblich produktiver sind,²⁾ wie in einem anderen, wo diese Umstände nicht in gleichem Umfange mitwirken. z. B. in Frankreich, andererseits aber bedeutend mehr festgelegt, also weniger verfügbar sind. Das sind fast durchweg Faktoren, die sich der statistischen Erfassung ganz oder zum größten Teile entziehen, die aber doch auf die finanzielle Leistungs- und Tragfähigkeit der Bevölkerungen einen oft viel bedeutenderen Einfluß ausüben, als die in den mitgeteilten Tabellen, namentlich aber als die in den mitgeteilten Kopfquoten sich ausdrückenden Zahlen.

¹⁾ eod. S. 120.

²⁾ Vgl. Evert im „Tag“ vom 23. Aug. 1906 und den Artikel „Statistisches zur Finanzlage“, in den „Grenzboten“ vom 9. Juli 1908 (67. Jahrg. No. 28).

Von der abermaligen Beigabe einer Tabelle über die „Belastung der Bevölkerung mit Steuern und Abgaben“ aus neuester Zeit habe ich aber nicht nur aus den vorgedachten, sondern auch aus weiteren Gründen dieses Mal Abstand genommen.

Eine solche Tabelle würde den Zweck, dem sie in diesem Buche zu dienen hätte, nur dann erreichen können, wenn sie durch weitere Angaben ergänzt würde, insbesondere durch solche über alle indirekten Steuern, (deren Begriff übrigens schon schwankend und in den einzelnen Staaten durchaus nicht identisch ist), über die Zölle, die kommunalen Abgaben, die Gebühren und die so erheblichen sozialen Lasten.¹⁾

Hierüber aber liegt nur zum kleinsten Teil ein auch nur einigermaßen befriedigendes statistisches Material aus neuester Zeit vor.

Mit den aus dem vorstehenden sich ergebenden sachlichen und Gewissensvorbehalten können nunmehr die ziffermäßigen Angaben über die Staatsschulden und die Ausgaben für Heer und Flotte als relative Vergleichswerte folgen:

Es betragen die Staatsschulden:²⁾

In Mark:

In Frankreich (1. 1. 12)	. . .	26 046 319 800 M.
„ Deutschland (1. 4. 11)	. . .	20 600 596 900 „
„ Rußland (1. 1. 12)	. . .	19 313 943 700 „
„ Österreich-Ungarn (31. 12. 11)		15 713 098 600 „
„ Großbritannien (31. 3. 12)	. . .	13 447 424 000 „
„ Italien (30. 6. 11)	. . .	11 590 073 600 „

¹⁾ Hierüber können erschöpfende und wissenschaftlich vergleichbare Ziffern für die hier in betracht gezogenen 6 Großmächte überhaupt nicht gegeben werden (vgl. Fr. Zahn, Belastung durch die deutsche Arbeiterversicherung, in der Zeitschr. f. d. ges. Versicherungswissenschaft XII, Heft 6). In Deutschland kommen neuerdings noch die erheblichen Lasten der Angestellten-Versicherung hinzu (RGes. v. 20. Dez. 1911).

²⁾ Vgl. für Italien O. Schwarz, Die Finanzen der europäischen und der wichtigeren außereuropäischen Staaten in Schanz Finanz-Archiv 29. Jahrg. Bd. I, 1912, S. 231; für Deutschland nach den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs, Jahrg. 1912, II S. 8, 30, 31 und (für die Reichsschulden) ergänzt nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 22. März 1912 (Anlage Nr. 542 zu den Verhandlungen des

Auf den Kopf der Bevölkerung (für 1911) Mark:

		auf eine Bevölkerung von rund	
In Frankreich . . .	657,70 M.	39,6 Millionen	(1911)
„ Italien	334,28 „	34,7 „	(1911)
„ Deutschland . . .	314,85 „	65,4 „	(1911)
„ Österreich-Ungarn	305,76 „	51,4 „ ¹⁾	(1910)
„ Großbritannien .	296,45 „	45,4 „	(1911)
„ Rußland	117,83 „	163,9 „	(1911)

Hiernach blieb 1911/12 die Staatsschuldenlast Deutschlands in Höhe von 20,6 Milliarden M. hinter derjenigen von Frankreich um etwa $5\frac{1}{2}$ Milliarden M. zurück, während sie den Schuldenstand von Rußland um 1,3, von Österreich-Ungarn um etwa 5, von Großbritannien um 7 und von Italien um etwa 9 Milliarden M. überstieg.

Die Belastung auf den Kopf der Bevölkerung aber blieb 1911/12 in Deutschland mit 314,85 M. weit hinter der von Frankreich (657,70), dessen weit niedrigere Bevölkerungsziffer freilich zu berücksichtigen ist, etwas hinter der von Italien (334,28), zurück, während sie die von Österreich-Ungarn (305,76) unbedeutend, die von Großbritannien (296,45) nicht unerheblich, die von Rußland aber (117,83), wobei natürlich dessen gewaltige Bevölkerungsziffer in betracht kommt, sehr bedeutend überstieg.

Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß von den fundierten deutschen Staatsschulden von etwa $19\frac{1}{2}$ Milliarden M. zu Anfang 1911 etwa $11\frac{1}{2}$ Milliarden (11 416 250 Mill.) M., also erheblich mehr als die Hälfte, solche Schulden waren, welche in Eisenbahnunternehmungen²⁾ gewinnbringend angelegt waren, was in Großbritannien und Frankreich — derzeit wenigstens — nur in einem geringen Maße der Fall ist.

Reichstags, 13. Legislatur-Periode, I. Session 1912 S. 31. Für Frankreich, Rußland, Österreich-Ungarn und Großbritannien nach dem „Gothaischen Genealogischen Hofkalender nebst diplomatisch-statistischem Jahrbuch“ Jahrg. 1913 S. 791, 1102, 1031 u. 869.

¹⁾ Mit Einschluß von Bosnien und der Herzegowina.

²⁾ Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 21. Jahrg., 1912, II, 33.

2. Ausgaben für Heer und Flotte.

In 1000 Mark.¹⁾

Jahr	Deutsches Reich*)				
	Bevölkerung Mill.	Armee		Marine	
		insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.	insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.
1908	63,3	827 459	13,07	337 708	5,33
1909	64,2	868 628	13,31	410 701	6,39
1910	64,9	831 222	12,81	426 204	6,57
1911	65,7	808 699	12,31	450 330	6,85
1912	66,6	947 825	14,23	461 983	6,94

*) Deutsches Reich bis 1910 nach dem Rechnungsabschluß, für 1911 und 1912 nach den Etats. Ausgaben für Armee einschließlich Bayern, Württemberg und Sachsen, Ausgaben für Marine ausschließlich Kiautschou-Schutzgebiet, einschließlich Zentralverwaltung für Kiautschou.

Jahr	Großbritannien*)				
	Bevölkerung Mill.	Armee		Marine	
		insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.	insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.
1908	44,2	547 930	12,40	656 499	14,85
1909	44,6	555 614	12,46	728 974	16,34
1910	45,0	559 960	12,44	824 554	18,32
1911	45,2	546 876	12,10	905 607	20,04
1912	45,6	568 340	12,46	899 342	19,72

*) Großbritannien (nicht, wie der Nauticus sagt, England) bis 1910 nach den Abschlüssen, für 1911 und 1912 nach den Etats.

Jahr	Frankreich*)				
	Bevölkerung Mill.	Armee		Marine	
		insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.	insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.
1908	39,4	668 216	16,96	264 628	6,72
1909	39,5	696 904	17,64	278 152	7,04
1910	39,5	697 720	17,66	300 460	7,61
1911	39,6	718 483	18,14	333 144	8,41
1912	39,7	736 399	18,55	338 623	8,53

*) Frankreich bis 1909 nach den Abschlüssen, später nach den Etats.

¹⁾ Nach dem „Nauticus“ Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen, Jahrg. 1912, S. 496 ff., dessen Zusammenstellung aber auch die Jahre 1903 bis 1912 und auch Japan

II. Die finanz. Kriegsbereitschaft Deutschlands, insbes. gegenüber anderen Großstaaten. 39

Jahr	Italien *)				
	Bevölkerung Mill.	Armee		Marine	
		insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.	insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.
1908	34,0	241 266	7,10	132 798	3,91
1909	34,3	271 600	7,92	127 213	3,71
1910	34,5	381 122	11,05	191 588	5,55
1911	34,8	316 533	9,10	156 172	4,48
1912	35,0	338 049	9,66	173 509	4,96

*) Italien bis 1910 nach den Abschlüssen, für 1911 und 1912 nach den Etats.

Jahr	Österreich-Ungarn *)				
	Bevölkerung Mill.	Armee		Marine	
		insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.	insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.
1908	48,8	479 246	9,82	69 925	1,43
1909	51,0	405 169	7,94	53 922	1,06
1910	51,5	407 151	7,91	56 744	1,10
1911	52,0	444 031	8,54	104 769	2,01
1912	52,3	455 801	8,72	118 794	2,27

*) Österreich-Ungarn bis 1908 nach den Abschlüssen, später nach den Etats.
Die Ausgaben für Armee enthalten die Aufwendungen der Gesamtmonarchie sowie diejenigen der beiden Reichshälften für die Landesverteidigung.

Jahr	Rußland *)				
	Bevölkerung Mill.	Armee		Marine	
		insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.	insgesamt	auf den Kopf der Bevölkerung M.
1908	147,6	918 306	6,22	187 707	1,27
1909	149,5	1 050 073	7,02	195 534	1,31
1910	151,5	1 046 301	6,91	243 509	1,61
1911	153,6	1 047 598	6,82	237 730	1,55
1912	155,7 ¹⁾	1 067 684	6,86	354 956	2,28

*) Rußland bis 1910 nach den Abschlüssen, für 1911 und 1912 nach den Etats.
und die Vereinigten Staaten von Amerika umfaßt, welche letzteren in obigen Tabellen außer Betracht geblieben sind.

¹⁾ Ohne zentralasiatische Provinzen, daher die Differenz gegen die Ziffer auf S. 37.

Mit den aus obigen Vorbemerkungen sich ergebenden Vorbehalten, die hier allerdings zum Teil recht erhebliche Differenzen ergeben, zeigen diese Tabellen, daß für 1912 sich die Ausgaben der sechs vorerwähnten Mächte folgendermaßen stellten:

	Deutsch- land	Groß- britannien	Frankreich	Italien	Österreich- Ungarn	Rußland
Für die Armee } in 1000 M.	947 825	568 340	736 399	338 049	455 801	1 067 684
Für die Flotte }	461 983	899 342	338 623	173 509	118 794	354 956
Auf den Kopf der Bevölkerung:						
Armee-Ausg. } M.	14,23	12,46	18,55	9,66	8,72	6,86
Flotten-Ausg. }	6,94	19,72	8,53	4,96	2,27	2,28

Im Jahre 1912 wurden also Deutschlands Ausgaben für das Heer allein mit 947 825 000 M. nur durch die 1 067 684 000 „, Rußlands übertroffen, das natürlich in der Kopfbelastung mit 6,86 M. wegen der Größe seiner Bevölkerung hinter allen übrigen Staaten zurückblieb. Hinsichtlich der Kopfquoten der Heeresausgaben allein blieb Deutschland mit . . 14,23 M. stark hinter Frankreich, wo diese mit 18,55 „, am stärksten waren (s. jedoch obige Vorbemerkungen), zurück, übertraf aber sämtliche übrigen Staaten, auch Großbritannien, (12,46 M.), recht erheblich.

Die Ausgaben Deutschlands für die Flotte allein standen im Jahre 1912 mit 461 983 000 M. ungemein hinter denen Großbritanniens mit 899 342 000 „, zurück, übertrafen aber die der übrigen Staaten erheblich, auch die Rußlands mit 354 956 000 „, und Frankreichs mit 338 623 000 „.

In der Kopfbelastung durch die Flottenausgaben allein erreichte Deutschland im Jahre 1912 mit . . 6,94 M. nur etwa den dritten Teil von Großbritannien mit . 19,72 „, und wurde auch von der Kopfbelastung Frankreichs mit 8,53 „, erheblich übertroffen.

Rechnet man die Ausgaben der sechs Mächte für Heer und Flotte im Jahre 1912 zusammen, so ergibt sich in:

	Deutsch- land	Groß- britannien	Frankreich	Italien	Österreich- Ungarn	Rußland
Gesamtbelastung in 1000 M. .	1 409 808	1 467 682	1 075 022	511 558	574 595	1 422 640
Auf den Kopf der Bevölkerung .	21,17	32,18	27,08	14,62	10,99	9,14

Hiernach war im Jahre 1912 die Gesamtbelastung für Heer und Flotte in Großbritannien mit . 1 467 682 000 M. am höchsten; es folgt Rußland mit . . . 1 422 640 000 „ dann, also an dritter Stelle, Deutschland mit 1 409 808 000 „ und an vierter Stelle Frankreich mit . . 1 075 022 000 „

Hinsichtlich der Kopfbelastung durch die Ausgaben für Heer und Flotte zusammen für 1912 hatte Groß-britannien mit 32,18 M. bei weitem die erste Stelle, Frankreich mit 27,08 „ die zweite und Deutschland mit 21,17 „ die dritte Stelle, während Rußland naturgemäß in-folge seiner riesigen Bevölkerung auch hier wieder mit 9,14 „ die kleinste Kopfquote hat.

Für den dreißigjährigen Zeitraum von 1881—1910 stellt Otto Schwarz,¹⁾ unter tunlichster Berücksichtigung der oben erörterten Verschiedenheiten der einzelnen Etats, folgende sehr instruktive und zweifellos mit größtmöglicher Sorgfalt ausgearbeitete Tabelle der Heeres- und Flottenausgaben zu-sammen (einschl. Pensionen) auf:

In Milliarden Mark.

	Deutsch- land	Groß- britannien	Frankreich	Österreich- Ungarn	Italien	Rußland
1881/1890 . .	5,6	5,9	8,3	2,7	3,3	5,5
1891/1900 . .	7,9	8,3	8,5	3,3	3,2	8,0
1901/1910 . .	11,7	16,7	10,1	4,5	3,8	16,8
Insgesamt:	25,2	30,9	26,9	10,5	10,3	30,3

¹⁾ In der oben S. 31 Anm. 4 erwähnten Abhandlung im „Tag“.

Hier steht Großbritannien, das seine Ausgaben für Heer und Flotte in der letzten Dekade (1901—1910) mehr als verdoppelt hat, mit 30,9 Milliarden M. an erster, Rußland, das gleichfalls in der nämlichen Dekade jene Ausgabe verdoppelte, mit 30,3 „ „ an zweiter, Frankreich mit 26,9 „ „ an dritter, Deutschland mit 25,2 „ „ an vierter Stelle, woran sich selbst dann nichts ändert, wenn man bei Frankreichs Ausgaben fast eine Milliarde M. für die Kosten der Gendarmerie abziehen will.

3. In Bezug auf die Höhe des deutschen Volksvermögens sowie des deutschen Volkseinkommens und der jährlichen Ersparnisse, also derjenigen Beträge, um die das deutsche Volksvermögen jährlich durch Erübrigungen aus dem deutschen Volkseinkommen vermehrt wird, verweise ich im allgemeinen auf die Ausführungen in meinem Buche: „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland,“ 4. Aufl., S. 80—86 und auf die dort angegebene Literatur.¹⁾

Es ergibt sich daraus, daß die neueren Schätzungen und Berechnungen

a) des deutschen Volksvermögens sich zwischen
200—360 Milliarden M.

bewegen, also, sogar bei Anwendung der nämlichen Berechnungs-Methoden (s. S. 43/44), Differenzen von nicht weniger als 160 Milliarden M. ergeben;

¹⁾ Dort sind auch auf S. 83 Anm. 2 die Schätzungen des englischen und französischen Volksvermögens angegeben, welches letztere Edmund Thery, der es für 1906 auf 201 Milliarden Fr. geschätzt hatte, für 1908, also zwei Jahre später, auf 243,9 Milliarden Fr. berechnet (La fortune publique de la France im Economiste Europeen von 1908). Geht man von etwa 200 Milliarden M. aus, so würde dies freilich — angesichts der geringeren Bevölkerungszahl — in Frankreich etwa 5100 M. auf den Kopf der Bevölkerung ausmachen, gegenüber rund 4000 M. in Deutschland und 7700 M. in Großbritannien.

- b) des deutschen Volkseinkommens, obwohl hier für viele deutsche Bundesstaaten — die Richtigkeit der Veranlagungen vorausgesetzt — relativ jedenfalls ziemlich sichere Unterlagen gegeben sind, sich heute (1913) zwischen **25—30 Milliarden M.** bewegen, was ein Jahreseinkommen auf den Kopf der Bevölkerung von etwa 484 M. bedeuten würde, aber doch auch Differenzen von 5 Milliarden M. bestehen läßt.
- c) der jährlichen deutschen Ersparnisse, welche, unter Zugrundelegung des nach dem Durchschnitt verschiedener Perioden berechneten jährlichen Zuwachses an ergänzungssteuerpflichtigem Vermögen in Preußen von 1,7 Milliarden M., bei Umrechnung nach dem Bevölkerungsverhältnis ($\frac{3}{5}$) auf das ganze Reich, heute **3,7 Milliarden M.** ergeben würden.¹⁾

Alle diese Schätzungen können aber nur mit großen Vorbehalten wiedergegeben und benutzt werden.²⁾ Denn wenn man für die Berechnungen des Volksvermögens und Volkseinkommens von der sogenannten objektiven Methode ausgeht, die den Betrag des Volksvermögens nach großen Besitzgruppen (Grund und Boden, Häuser, Waren, Eisenbahnen, Schiffe, Edelmetalle, Wertpapiere, Kostbarkeiten, Hauseinrichtungen, Kanäle,

¹⁾ Ein Artikel in den „Grenzboten“ vom 9. Juli 1908 (67. Jahrg. No. 28) schätzte für das Jahr 1908 das deutsche Nationalvermögen auf 200—216 Milliarden M. (wovon 130 Milliarden M. auf Preußen) und die deutschen jährlichen Ersparnisse auf etwa 4 Milliarden M. Die letztere Berechnung stützte sich auf einen Jahreszuwachs an ergänzungssteuerpflichtigem Vermögen in Preußen von etwa 1,8 (ev. 1,7) Milliarden M., auf die jährliche Neuaufnahme von Börsenwerten in Höhe von rund 3,15 Milliarden M. und auf die jährlichen Neueinlagen in Sparkassen, (die freilich durchaus nicht durchweg reine „Spareinlagen“ darstellen) von rund 500 Mill. M. sowie in Genossenschaftsbanken von etwa 150 Mill. M.

²⁾ Vgl. zu allem folgenden: Ad. Wagner, Zur Methodik der Statistik des Volkseinkommens und Volksvermögens mit besonderer Berücksichtigung der Steuerstatistik in der Zeitschr. des Kgl. Preuß. Statist. Bureaus 44. Jahrg. (1904) S. 41—122 und dessen an das Reichsschatzamt abgegebenes Gutachten vom 2. Nov. 1908, abgedruckt als Anlage B zu den anlässlich der Reichsfinanzreform-Vorlagen von 1908 vom Reichsschatzamt herausgegebenen „Materialien zur Beurteilung der Wohlstands-entwicklung Deutschlands“ (Anlageband III).

Straßen usw.) ermitteln will, so scheitert diese Methode, zumal sie meist nur private Ermittlungen bieten kann, schon an der mehr oder weniger erheblichen Unvollständigkeit jener statistischen Grundlagen und noch mehr an den überaus großen Schwierigkeiten der vielfach nötigen Wertschätzungen, die in weitem Maße dem Ermessen, also der Willkür, Tür und Tor offen lassen, insbesondere bei der Bemessung des Werts (gemeinen Werts? Gebäudesteuernutzungswerts? Ertragswerts? Brandversicherungswerts?) der Grundstücke und Gebäude, und ebenso, soweit das Volkseinkommen festgestellt werden soll, an den vielfach willkürlichen oder zweifelhaften Schätzungen oder Annahmen der Erträge der Gesamtwirtschaft.

Bei der sogenannten subjektiven Methode aber, welche auf der, wenigstens relativ, zuverlässigeren Grundlage der allgemeinen Vermögens- und Einkommensteuern beruht, ist zunächst bedenklich, daß diese Steuern, vorläufig wenigstens, nicht in allen deutschen Bundesstaaten existieren, und daß, wie es scheint, auch gelegentlich des sogenannten „Wehrbeitrages“ von 1913 die dringend notwendige Gelegenheit versäumt werden soll, von Reichswegen die Veranlagung des Vermögens, und zwar durch unabhängige Reichsbehörden, also nach für das ganze Reich einheitlich zu gestaltenden Grundsätzen und Methoden, durchzuführen und ebenso die Durchführung zu überwachen.

Eine schematische Umrechnung der preußischen Ergebnisse aber, etwa nach dem Bevölkerungsverhältnis ($\frac{3}{10}$), auf das Deutsche Reich, wie sie, bisher jedenfalls, allein möglich war, ist aus naheliegenden Gründen absolut willkürlich.

Zunächst ist die Schichtung, der Erwerbs- und Spartrieb und der Wohlstand der einzelnen deutschen Bundesstaaten ebenso verschieden, wie dort, wo die gedachten Einkommen- und Vermögenssteuern überhaupt existieren, die Grundsätze und Methoden, nach denen bei den Einkommen-, Kapitalrenten-, Grund- und Gebäude-Steuern usw. entweder veranlagt oder

auch nur geschätzt wird, und es sind ferner bei den einzelstaatlichen Einkommensteuern auch die Einkommensbeträge, die von jeder Einkommensteuer frei bleiben, völlig verschieden.

Daß alle diese Gründe in noch viel höherem Grade jeder wissenschaftlich unanfechtbaren Vergleichung von Volksvermögen und Volkseinkommen verschiedener europäischer Staaten entgegenstehen, ist von selbst klar, zumal hier auch noch die Verschiedenheit des Geldwerts, also des landesüblichen Zinsfußes, zu berücksichtigen ist, der für die Ermittlung des „Werts“ aller steuerlich erfaßbaren Objekte und für den Kapitalisierungs-Zinsfuß maßgebend ist.

Dabei ist auch nicht zu vergessen, worauf Ad. Wagner mit Recht aufmerksam macht,¹⁾ daß ein aus solchen Aufstellungen — gegenüber früheren Vergleichsperioden des gleichen Landes oder gegenüber anderen Ländern — sich etwa ergebender größerer Betrag des Volksvermögens oder der Rente durchaus noch keinen sicheren Schluß auf eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der betreffenden Bevölkerung gestattet. Vielmehr kann z. B. die Rente sich lediglich auf Grund eingetretener Steigerung der Verkaufspreise der Rohstoffe, Produkte oder Fabrikate oder wegen Sinkens der Generalunkosten, z. B. der Arbeitslöhne, erhöht haben, sodaß dann nur eine Verschiebung der Einkommens- und Vermögenslage zu Gunsten oder zu Lasten einzelner Klassen der nämlichen Bevölkerung (z. B. der Produzenten oder Konsumenten) eingetreten wäre. Oder es können, insbesondere bei Grundstücken — aber auch bei Wertpapieren — Wertsteigerungen lediglich zufälliger und vorübergehender Art (Konjunktur-Steigerungen usw.) vorliegen, die durchaus keinen Schluß auf dauernde Wertsteigerungen gestatten. Ich trete daher durchaus der Schlußfolgerung bei, zu der Ad. Wagner²⁾ gelangt, daß es richtiger sein würde, „für das Problem der Feststellung und Vergleichung der wirtschaftlichen Lage und

¹⁾ a. a. O. (Materialien usw.) S. 129.

²⁾ a. a. O. S. 131.

Leistungsfähigkeit und der finanziellen Tragfähigkeit von der Benutzung der Statistik des ganzen Volkseinkommens und Vermögens lieber ganz abzusehen“, noch mehr aber von einer Kopfquoten-Berechnung und -Vergleichung.

Jedenfalls muß man sich bei Vergleichen und Schlüssen, die auf solchen statistischen Unterlagen beruhen, klar darüber sein, daß es immer nur „ein mehr oder weniger plumpes und rohes Verfahren ist, dessen man sich für solche Zwecke auf diesem Gebiete bedienen kann“.

Für die Wohstandsentwicklung und für die Leistungs- und Tragfähigkeit der Bevölkerung wird man sich also — obgleich auch hier nur vorsichtig und mit den nötigen Vorbehalten — an solche statistische Daten halten müssen, welche, wenigstens in der Regel, einigermaßen sichere Schlüsse nach diesen Richtungen gestatten, so insbesondere an die Statistiken über:

Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungswachstum;¹⁾

die Ein- und Auswanderung;²⁾

das Verhältnis der erwerbstätigen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung³⁾ und die

Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Berufsgruppen;⁴⁾

die Bodenbenutzung;⁵⁾

den Viehstand,⁶⁾ die Preise für Getreide und Vieh⁷⁾ und

die Großhandelspreise wichtiger Waren;⁸⁾

¹⁾ Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 33. Jahrg. 1912 S. 1, 2, 4 und Anhang (Internationale Übersichten) S. 3*.

²⁾ eod. S. 6, 30 und Anhang S. 7*.

³⁾ eod. Anhang S. 13* Tab. 8.

⁴⁾ eod. Anhang S. 14* Tab. 9.

⁵⁾ eod. S. 35—41 und Anhang S. 18—20*.

⁶⁾ eod. S. 46—50 und Anhang S. 21*.

⁷⁾ eod. Anhang S. 22*.

⁸⁾ eod. S. 296 (1902—1911).

die Kohlen- und Roheisen-Gewinnung und deren Verbrauch,¹⁾
sowie die Edelmetall-Gewinnung;²⁾
ferner die Produktions-,³⁾ Lohn-,⁴⁾ Arbeits- und Stellenlosig-
keits-Statistiken⁵⁾ und die statistischen Angaben über:
die Zahl der in- und ausländischen Arbeiter;⁶⁾
die Eheschließungen, auch nach den Altersstufen;⁷⁾
den Verkehr (Personen- und Güterverkehr zu Wasser
und zu Lande⁸⁾ und den Nachrichten- also Post-, Tele-
graphen- und Telephon-Verkehr);⁹⁾
den Status der Reichsbank und der übrigen 4 Noten-
banken;¹⁰⁾
die Kapitalanlagen,¹¹⁾ Emissionen, Gründungen und Um-
wandlungen;¹²⁾
die Sparkassen-Einlagen, -Guthaben und -Bücher;¹³⁾
der Banken, insbesondere die Bankdepositen¹⁴⁾ und den
Zahlungs- und Kredit-Verkehr;
das Versicherungs-,¹⁵⁾ Genossenschafts-¹⁶⁾ und Wohnungs-
wesen;

¹⁾ eod. S. 72—77, 87, 97 und 304; Anhang S. 26* und 27*.

²⁾ eod. Anhang S. 31*.

³⁾ eod. S. 87—132.

⁴⁾ eod. S. 70 und 71.

⁵⁾ eod. S. 399—414.

⁶⁾ eod. S. 52—54, 10, 410.

⁷⁾ eod. S. 20 und 22.

⁸⁾ eod. S. 139, 140, 141, 143—146; Anhang S. 38* und 40*; eod. S. 152 bis 164; 171—180, 182; Anhang S. 44* und 46*.

⁹⁾ eod. S. 134—135 und Anhang S. 32x—37*.

¹⁰⁾ eod. S. 279, 280—284; Anhang S. 66x—68*.

¹¹⁾ eod. S. 286—292.

¹²⁾ eod. S. 382—396; Riesser, Die deutschen Großbanken usw. 4. Aufl. S. 280—326 und Beilage V (S. 673—699) und VI (S. 700—717).

¹³⁾ eod. S. 294 und 295.

¹⁴⁾ Riesser a. a. O. und S. 166—192.

¹⁵⁾ Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 33. Jahrg. 1912 S. 356—381.

¹⁶⁾ eod. S. 397—398.

die Ein- und Ausfuhr;¹⁾
 die landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe und deren Art (Groß-, Mittel- und Klein-Betriebe)²⁾ und die Zu- oder Abnahme der in diesen Betrieben beschäftigten Selbständigen und Abhängigen;³⁾
 die Streiks und Aussperrungen;⁴⁾
 die Ergebnisse der Einkommen-, Vermögens-, Gewerbe- und Erbschaftssteuern, soweit dieselben auf Grund der nämlichen Gesetze und nach den nämlichen Methoden ermittelt sind, sowie die Vermögensverteilung, die Zu- und Abnahme der überhaupt steuerpflichtigen Bevölkerung und der einzelnen Steuerklassen;
 die Beträge der Wechselstempelsteuern;⁵⁾
 die Zolleinnahmen,⁶⁾ sowie die offiziellen Diskont- und Marktzins- (Privatdiskont-) Sätze;⁷⁾
 die Wechselkurse⁸⁾ und Staatsanleihenkurse⁹⁾ (s. jedoch unten S. 50 ff.);
 den Bestand und die Ergebnisse der Handelsflotte (Seeschifffahrt)¹⁰⁾;
 die Konkurse und deren Ergebnisse¹¹⁾;
 die Reisen und sonstige Luxusausgaben sowie die Luxussteuern
 und endlich über die Wohlstandsentwicklung¹²⁾ und

¹⁾ eod. S. 186—249; 250—256 und Anhang S. 54*, 60x und 62*.

²⁾ eod. S. 32, 52.

³⁾ Riesser a. a. O. S. 98 und Anm. 2.

⁴⁾ Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 33. Jahrg. 1912 S. 66.

⁵⁾ eod. S. 354.

⁶⁾ eod. S. 347—353.

⁷⁾ eod. S. 284; Anhang S. 64*.

⁸⁾ eod. S. 285; Anhang S. 64* und 65*.

⁹⁾ eod. S. 286 und Anhang S. 68*.

¹⁰⁾ eod. S. 165—169 und Anhang S. 42*.

¹¹⁾ eod. S. 312—326.

¹²⁾ Vgl. hierüber bis 1908 namentlich die „Materialien zur Beurteilung der Wohlstandsentwicklung Deutschlands“, herausgegeben vom Reichsschatzamt (Anlage III) zu den Reichsfinanzreform-Vorlagen von 1908.

über den Gesamtverbrauch von Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen.¹⁾

Einige besonders wichtige Zahlen aus dieser Liste (seit der ersten Hälfte der 90er Jahre bis Ende 1911) sind unten (S. 64, 65) näher angegeben, nämlich über unseren Auslandshandel (Ein- und Ausfuhr im Spezialhandel), ferner über unsere Kohlen- und Roheisen-Produktion, den Güterverkehr auf unseren Eisenbahnen und die Guthaben bei unseren Sparkassen.

4. Die Kurse der Staats-Anleihen.

Nach der im „Bank-Archiv“²⁾ veröffentlichten Statistik betrug:

Im Februar 1913 (in Prozenten)

	Bei der 3% deut- schen Reichsanleihe	Bei der 3% franz. Rente ³⁾	Bei den 2½% engl. Konsols ³⁾
Der Durchschnitts-Kurs .	77,49	88,47	74,05
Der höchste Kurs . . .	77,80	88,65	74,70
Der niedrigste Kurs . .	76,75	88,30	73,60
Die durchschnittliche Realverzinsung ⁴⁾	3,87	3,39	3,38
Die höchste „ ⁵⁾	3,91	3,40	3,40
Die niedrigste „ ⁶⁾	3,86	3,38	3,35

Man sieht aus dieser Tabelle zunächst, wie sehr der Durchschnittskurs der 3% deutschen Reichsanleihe vom Februar 1913 mit 77,49

¹⁾ Vgl. Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich 33. Jahrg. 1912 S. 301—305 und Anhang S. 24*—31* und die von der Dresdner Bank anlässlich ihres 40jährigen Bestehens (am 1. Jan. 1913) unter dem Titel: Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands herausgegebene Statistik S. 13, 16, 20, 24.

²⁾ Vom 15. März 1913, Jahrg. XII, Nr. 12.

³⁾ Die Kurse der französischen Rente und der britischen Konsols, welche auf den täglichen Schlußkursen der Börsen von Paris und London beruhen, sind in der oben wiedergegebenen Statistik durch Abzug der Stückzinsen mit der Notierungsart für Fonds an der Berliner Börse in Übereinstimmung gebracht.

⁴⁾ D. h. Nominalzins (3% bzw. 2½%) in Prozenten des Durchschnittskurses.

⁵⁾ D. h. Nominalzins (3% bzw. 2½%) in Prozenten des niedrigsten Kurses.

⁶⁾ D. h. Nominalzins (3% bzw. 2½%) in Prozenten des höchsten Kurses.

gegenüber dem in der ersten Auflage dieses Buches (Seite 19) mitgeteilten, damals bereits erheblich gefallenem und als recht ungünstig angesehenen Durchschnittskurs derselben Papiere für das Jahr 1907 von 88,14 erneut heruntergegangen war.

Man kann aber auch aus der gleichen Tabelle ersehen, daß der Rückgang inzwischen auch die 3%ige französische Rente ergriffen hat, da deren Durchschnittskurs im Februar 1912 nur noch 88,47 betrug, gegenüber dem früher mitgeteilten Pariser Durchschnittskurs für das Jahr 1907 von 94,85 oder wenn man, wie dies auch in der obigen Tabelle geschehen ist, die Stückzinsen abzieht, von 94,47

Der gleiche Vorgang läßt sich auch bei den $2\frac{1}{2}\%$ igen britischen Konsols feststellen, da deren Durchschnittskurs im Februar 1913 nur noch 74,05 betrug, gegenüber dem früher mitgeteilten Londoner Durchschnittskurs für das Jahr 1907 von 84,14, oder, nach Abzug der Stückzinsen, von 83,83

Im übrigen kann aber auch diese Tabelle nur mit erheblichen, aus den folgenden Erörterungen sich ergebenden Vorbehalten wiedergegeben und benutzt werden.

Ich bin zunächst mit Max Warburg der Ansicht, daß der gegenwärtige niedrige Kursstand unserer Staatspapiere, deren Güte und Sicherheit jedem Zweifel entrückt ist, lediglich der naturgemäße Ausdruck der diesen Kursstand beeinflussenden, ungemein zahlreichen und komplizierten wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Verhältnisse ist,¹⁾ und daß man sich schon deshalb — ganz abgesehen von der voraussichtlichen Erfolglosigkeit — grundsätzlich davor hüten muß, künstliche Mittel anzuwenden oder auch nur vorzuschlagen, lediglich zu dem Zwecke, um diesen Kurs zu heben.

¹⁾ Vgl. das ausgezeichnete Referat von Max Warburg auf dem IV. Allgem. Deutschen Bankiertage zu München vom 17. Sept. 1912 (Verhandlungen S. 15 ff.).

Zu diesen künstlichen Mitteln gehören auch diejenigen Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung, welche Sparkassen, Genossenschaften, Versicherungsgesellschaften usw. aufgeben, einen bestimmten Teil ihres verzinslich angelegten Vermögens in Reichs- und Staatsanleihewerten anzulegen, wenigstens dann, wenn diese Maßregeln, wie dies z. B. im preußischen Sparkassengesetzentwurf von 1906 ausdrücklich geschehen war, in erster Linie damit begründet werden, daß dadurch der Abnehmerkreis der Reichs- und Staatspapiere erweitert werden soll. Von dem letzteren Gedanken waren offensichtlich auch die Verfügungen in Preußen beherrscht, welche den Klein- und Privatbahnunternehmungen, den kommunalen Pfandbriefämtern und den öffentlichen Lebensversicherungsanstalten zur Pflicht machen, einen bestimmten Teil ihrer Vermögensbestände in jenen Papieren anzulegen. Auf dem gleichen Standpunkt standen, mindestens in erster Linie, die ähnlichen Vorschriften des preußischen Gesetzes betreffend die öffentlichen Feuerversicherungsanstalten vom 25. Juli 1910 und der Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911, welche letztere die Berufsgenossenschaften der gewerblichen und landwirtschaftlichen Versicherungsanstalten sowie die Versicherungsanstalten der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung verpflichtet, $\frac{1}{4}$ ihres Vermögens in Reichs- und Staatspapieren anzulegen, was im ähnlichen Sinne auch das (Reichs-)Versicherungsgesetz für Angestellte vom 20. Dezember 1911 vorschreibt. Die Begründung des preußischen Gesetzes betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 23. Dezember 1911 (Ges. S. Nr. 2 v. 6. Jan. 1913), welche den öffentlichen Sparkassen gleichfalls die Verpflichtung auferlegt, gewisse Mindestbeträge ihres verzinslich angelegten Vermögens (15—25 % je nach dem Einlagebestand) in mündelsicheren Inhaberschuldverschreibungen (§ 1) und hier von $\frac{3}{5}$ in Schuldverschreibungen des Reichs oder Preußens (§ 2)

anzulegen, (vgl. unten S. 93) hatte auch ihrerseits in erster Linie den Gesichtspunkt der notwendigen „Befestigung des Kurses der Reichs- und Staatsanleihen“ ausdrücklich betont. Später aber wurde — wohl unter dem Eindruck der dagegen erhobenen Einwendungen — der als zweites Ziel bezeichnete, übrigens auch nur innerhalb gewisser Grenzen als richtig anzuerkennende Liquiditätsstandpunkt von den Regierungsvertretern mit Recht in den Vordergrund gerückt, und dieser Gesichtspunkt führte auch zur Annahme des Entwurfs.

Eine dauernde und erhebliche Beeinflussung des Kurses der Reichs- und Staatsanleihewerte durch solche oder andere künstliche Maßregeln ist um so weniger denkbar, als der Kurs dieser Papiere u. a. auch von Faktoren abhängt, welche jeder künstlichen Beeinflussung spotten, vor allem von einer gesunden Finanzpolitik, die es ermöglicht, den Markt nur in sehr großen Zwischenräumen mit neuen Anleihen in Anspruch zu nehmen, und von der jeweiligen nationalen und internationalen Wirtschafts- und Geldmarktslage.

Ich bin ferner der Überzeugung, daß eine Vergleichung der Kurse der Staatspapiere in den verschiedenen hierfür in betracht kommenden Staaten schon deshalb, wenn überhaupt, nur mit den größten Vorbehalten möglich ist, weil sowohl die allgemeinen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse, wie die besonderen Verhältnisse des Geld- und Effektenmarktes und die wirtschaftliche Lage in diesen Staaten mehr oder weniger verschiedene sind. Ich glaube — insofern von Warburg¹⁾ abweichend — daß dies aus den vorgedachten Gründen auch für solche Vergleichsländer zutrifft, die, wie heute Deutschland, „im wesentlichen mit eigenen Mitteln arbeiten und daher ihre konsolidierten Staatsschulden ausschließlich oder fast ausschließlich im eigenen Lande unterbringen“, also nicht nur für solche, die „regelmäßig fremde Geldmärkte für die Plazierung ihrer Staatsanleihen aufsuchen“.

¹⁾ a. a. O. S. 16.

Ist daher ein jeder solcher Vergleich nur unter großen Vorbehalten zulässig, so ist eine noch größere Vorsicht geboten für Folgerungen, die man aus den höheren oder niedrigeren Kursen der Staatsanleihen anderer Länder für den Staatskredit oder die wirtschaftliche Kraft oder das Ansehen des eigenen Landes zu ziehen versucht sein könnte.

Dies erhellt im allgemeinen schon aus den von Warburg gebrachten Hinweisen darauf, daß sehr leicht ein etwa höherer Kursstand der Staatspapiere eines anderen Landes sich schon daraus erklären kann, daß dieses Land mehr — vielleicht schädliche und ungerechte — Steuern als Anleihen ausgibt oder bestehen läßt, etwa gerade zu dem Zwecke, um den Kurs der Staatsanleihen hoch zu halten; oder daß ein anderes Land für große Kultur- und soziale Aufgaben geringere Summen aufwendet; oder daß die Bevölkerung eines anderen Landes gewöhnt ist, mit geringen Zinsen, also auch mit niedrig verzinslichen Staatspapieren, sich zu begnügen oder sich vom Welthandel und Weltmärkte oder doch von lebhafter industrieller Betätigung fernhält, sodaß der Geldstand ein billigerer und damit auch der Kursstand der Staatsanleihen ein höherer bleibt; oder daß eine glücklichere geographische Lage oder eine garantierte Neutralität dieses Land nicht zu so großen Aufwendungen für Heer und Flotte nötigt, wie wir sie machen müssen; oder endlich, daß ein anderes Land in geringerem Umfange Staatsbetriebe besitzt, deren Unterhaltung, neben den Gewinnen, die sie bringen können, doch auch erhebliche, meist auf dem Wege von Staatsanleihen aufzubringende Mittel bedingt.

Es kommt aber die große Konkurrenz solider kommunaler und industrieller Werte hinzu. Dies gilt besonders für Deutschland, wo neben einem Verstädtlichungsfieber der kommunalen Körperschaften, die auch in der an sich oft löblichen Verfolgung sozialer Aufgaben einander den Rang ablaufen wollen,¹⁾ auch ein Expansionsfieber der

¹⁾ Nach den Untersuchungen des Direktors des Statistischen Amtes der Stadt

Industrie herrschte und noch herrscht. Die industriellen Werte werden bei uns in guten Zeiten, wo hohe Dividenden und infolgedessen auch Kurserhöhungen dieser Werte erwartet werden, von den Kapitalisten so lange bevorzugt, bis Konjunkturänderungen starke Verluste und damit wieder Investitionen in Staats- oder Kommunalpapieren hervorrufen.

Ferner sind auch Anlagen in meist höher verzinslichen ausländischen Werten, deren Emission das natürliche und notwendige Ergebnis der intimeren Verbindung eines Landes mit dem Weltmarkte ist, bei uns namentlich dann sehr beliebt, wenn gute industrielle Werte nicht oder nur zu sehr hohen Preisen erhältlich sind und wenn vielleicht gerade die einheimischen Staatspapiere durch vorgenommene Konversionen in ihrem Zinsfuß oder durch lediglich befürchtete Konversionen in ihrem Kursstande zurückgegangen waren.¹⁾

Weiter sind bei jeder Vergleichung die Steuern nicht außer Augen zu lassen²⁾, welche in den einzelnen Ländern von den Besitzern von Staatspapieren, sei es in Form von Kuponsteuern oder in anderer Form (z. B. Einkommensteuer), zu entrichten sind, oder die Steuer- und Stempelerleichterungen, welche zu Gunsten von Staatsanleihen in einzelnen Ländern bestehen.

Endlich ist nicht zu vergessen, daß vielleicht der in einem Staate vorhandene höhere Geldwert, der in der Regel ohne weiteres den Kursstand seiner niedriger verzinslichen Staatsanleihe sinken läßt, durch im wesentlichen erfreuliche

Düsseldorf, Otto Most, haben allein die 165 deutschen Städte mit mehr als 25000 Einwohnern in der Zeit vom 31. März 1897 bis 31. März 1907, also in zehn Jahren, nicht weniger als 3½ Milliarden M. städtische Schuldverschreibungen ausgegeben.

¹⁾ Vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration. 4. Aufl. (1912) S. 322.

²⁾ Diese Momente sind bei den Vergleichszahlen obiger Tabelle nicht mit berücksichtigt. So sind in Frankreich die Rentenbesitzer von der 4%igen Kuponsteuer, in Italien von der 20%igen Kuponsteuer befreit, während in Deutschland die deutschen Staatspapiere dem Emissions- und Umsatzstempel sowie der Talonsteuer nicht unterliegen (Max Warburg a. d. O. S. 29).

und nicht durch bedenkliche Umstände herbeigeführt ist, weshalb denn auch dieser niedrige Kursstand nicht zu pessimistischen Folgerungen verwandt werden kann. Gerade hier zeigt es sich besonders klar, wie fehlerhaft es ist, die Frage des Kursstandes der heimischen Staatsanleihen „zu einer Frage des nationalen Prestiges zu stempeln,“ zumal „dieselbe Anspannung der wirtschaftlichen Tätigkeit, welche die Zinsraten in die Höhe treibt und die Kurse der niedriger verzinslichen Staatspapiere herabsetzt, die Staatskassen mit enormen Mehreinnahmen, Verkehrs- und Konsumsteuern, und nicht am wenigsten aus Einkommensteuern, füllt. Eine Depression der wirtschaftlichen Tätigkeit würde den Begehr nach Staatspapieren und deren Kurse automatisch steigern, aber gewaltige Ausfälle an den vorgedachten Einnahmen bringen.“¹⁾

In Bezug auf die Kurse der $3\frac{3}{4}$ bzw. $3\frac{1}{2}$ % igen italienischen Rente an der Berliner Börse, welche in die obige Kurstabelle nicht aufgenommen sind, und, mangels größerer Umsätze an dieser Börse, nur eine nominelle Bedeutung an letzterer beanspruchen können, ist zu bemerken, daß sie in letzter Zeit gleichfalls zurückgegangen sind, nachdem sie lange²⁾ einen sehr hohen Stand eingenommen hatten.

Die nachfolgende Tabelle gibt über die Kursbewegung der italienischen Rente an der Berliner Börse vom Juli 1911 bis Ende 1912 Aufschluß.

In Prozenten:

Vergleichsperioden	Durchschnitts-Kurs	Höchster Kurs	Niedrigster Kurs
1911 Juli bis Sept.	102,36	103,30	98,50
1911 Okt. „ Dez.	100,98	101,60	100,30
1912 Jan. „ März	98,94	101,00	97,80
1912 April „ Juni	gestrichen	gestrichen	gestrichen
1912 Juli „ Sept.	97,55	98,00	97,10
1912 Okt. „ Dez.	97,65	97,80	97,50

¹⁾ So mit Recht Geh. Oberfinanzrat Mueller auf dem IV. Allgem. D. Bankiertag vom 17. Sept. 1912 (Verhandlungen S. 39).

²⁾ Vgl. die 1. Auflage des vorliegenden Buches S. 20.

Der aus dieser Tabelle ersichtliche Rückgang der italienischen Rente ist zunächst darauf zurückzuführen, daß am 1. Januar 1912 der zweite Abschnitt der Konversion, d. h. die effektive Herabsetzung des Anleihezinsfußes von $3\frac{3}{4}$ auf $3\frac{1}{2}\%$, durchgeführt wurde. Er wurde aber ferner, wenigstens zum Teil, auch bedingt durch die auf Grund des Gesetzes vom 2. März 1912 im Jahre 1912 aufgenommene 4% ige Schatzanweisungsanleihe im Betrage von 300 Mill. L. Der frühere hohe Stand der italienischen Rente war eben zu einem wesentlichen Teile dem Umstand zu danken, daß Italien von 1894 ab bis zum Jahre 1912 keine neuen Staatswerte auf den Markt gebracht hatte, da die $3\frac{1}{2}\%$ steuerfreie Rentenleihe von 1902 nur eine Konvertierungsanleihe war.¹⁾

5. Die Reichsbank.

Finanzielle Führer, wie sie vor allem in den ersten Wochen nach der Kriegserklärung notwendig sind, besitzt Deutschland, — abgesehen von den vier noch bestehenden Notenbanken Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens und von den Staatsbanken der Bundesstaaten, wie namentlich der Kgl. Seehandlung (Preuß. Staatsbank) und der Zentralgenossenschafts-

¹⁾ Über die Gründe des Rückgangs des Kurses der deutschen Reichs- und Staatsanleihen, vgl. (abgesehen von dem Warburgschen Referat) nach chronolog. Folge namentlich:

Karl Kimmich, Die Ursachen des niedrigen Kursstandes deutscher Staatsanleihen, Berlin 1906;

A. von Dombois, Der Kursstand der deutschen Staatsanleihen, Hannover 1911;

Jul. Wolf, Vorschläge zur Hebung der Kurse der deutschen Staatsanleihen, Leipzig 1911;

Hugo Heyman, Die deutschen Anleihen, Berlin 1911.

B. Dernburg, Zwangsanleihen in Staatspapieren (Bank-Archiv v. 15. Okt. 1911. Jahrg. XI S. 17 ff.) und Kapital und Staatsaufsicht, Berlin 1911;

Otto Schwarz, Die Kurse der deutschen Reichs- und Staatsanleihen. Die Ursachen ihres Niederganges und Vorschläge zu ihrer Hebung (Berlin und Leipzig, Dr. Walter Rothschild 1911/12.)

Eugen Kaufmann, Zum Kursstand der deutschen Staatsanleihen (Bank-Archiv v. 15. Sept. 1912, XI. Jahrgang Nr. 2 S. 404—406), sowie diejenigen Schriften, welche, wie die von Herm. Albert, Leipzig 1910 und Wallich (in den Jahrb. f. Nat. Ökonomie und Statistik v. Sept. 1911), sich allgemein mit der geschichtlichen Entwicklung des Zinsfußes in Deutschland für längere Perioden befassen.

kasse, — vor allem in der Zentralnotenbank des Reiches, der Reichsbank. Diese hat, das kann nicht genug betont werden, in dem deutsch-französischen Kriege von 1870/71 noch nicht existiert, wo im wesentlichen nur die Preußische Bank — und auch diese nur teilweise — die Lücke ausfüllte, neben den damals vorhandenen 31 Privatnotenbanken, die „ohne gegenseitige Fühlung ihre Maßnahmen trafen“.¹⁾ Inzwischen hat die 1875 auf im wesentlichen privater Grundlage errichtete, aber öffentlichen Zwecken dienende und dem Staate gegenüber unabhängige Reichsbank schon in der schweren Krisis von 1901 und dann auch in den schwierigen Zeiten der Jahre 1907, 1911 und 1912 bewiesen, daß sie auf Grund ihrer Organisation geeignet, gewillt und befähigt ist, gerade in kritischen Zeiten rechtzeitig und mit Erfolg schonend, beruhigend und unterstützend gegenüber den drängenden Bedürfnissen nach Kredit und Zahlungsmitteln einzugreifen.

Sie ist zu solchem Eingreifen in Kriegszeiten besonders geeignet, also Kriegsbank κατ' ἐξοχήν, weil sie laut § 16 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 das (jedenfalls theoretisch) unbegrenzte²⁾ Recht hat, „nach Bedürfnis ihres Verkehrs“ ihre eigenen Schuldverschreibungen, Banknoten, auszugeben, welche letzteren nach § 17 eod. jederzeit zu mindestens einem Drittel in kursfähigem deutschen Gelde, Reichskassenscheinen oder Gold in Barren oder ausländischen Münzen und für den Rest in diskontierten kurzfristigen Wechseln, aus denen mindestens zwei zahlungsfähige Verpflichtete haften, gedeckt sein müssen.³⁾

¹⁾ Kleindinst, a. a. O. S. 255.

²⁾ In der Praxis kommt dasjenige in betracht, was unten auf S. 132 hinsichtlich der Möglichkeit der Ausgabe von Banknoten gesagt ist und was auch durch die Ausführungen von Bendixen, Die deutsche Bankgesetzgebung und die Balkankrisis (im Bank-Archiv vom 15. Mai 1903, XII. Jahrg. Nr. 16 S. 253 ff.) m. E. nicht entkräftet worden ist.

³⁾ Die gesetzliche Verpflichtung der Reichsbank, bei Überschreitung der sogen. steuerfreien Notengrenze eine gewisse Steuer zu entrichten (§§ 9 u. 10 des Bankgesetzes),

Die Erfahrungen aller Länder haben gezeigt, daß, namentlich in schwierigen und kritischen Zeiten, ein solches je nach Bedarf auszugebendes, also ungemein elastisches, gedecktes Kreditpapier einer Zentralnotenbank viel besser als das nicht fundierte (oder doch nur durch die Steuerkraft der Staatsangehörigen indirekt gedeckte) Staatspapiergeld, das bare Geld (Gold) zu ersetzen vermag, welches letztere gerade in kritischen Zeiten entweder gar nicht oder jedenfalls nicht rasch und erheblich vermehrt werden kann.

Die von manchen Seiten in früheren Jahren gegen die Organisation und Geschäftsführung der Reichsbank erhobenen Bedenken, die hier nicht erörtert werden können, waren nach meiner Überzeugung in allen wesentlichen Richtungen unbegründet. Die früheren Wünsche aber nach einer Erhöhung des Grundkapitals der Reichsbank haben dadurch an Bedeutung verloren, daß das Gesetz von 1909 die Wiedereröffnung des (schon geschlossen gewesenen) Reservefonds vorgeschrieben, also durch die allmählich eintretende weitere Erhöhung der Reserven eine fernere Verstärkung der eigenen Mittel der Reichsbank angebahnt hat. Der Reservefonds der Reichsbank belief sich am 31. Dezember 1912 auf 70 047 746,30 M.

Bei der Erwägung der Dienste, welche die Reichsbank dem Gesamtverkehr leistet, wird oft in nicht ausreichendem Maße des in Kriegszeiten besonders wichtigen Giroverkehrs gedacht, den die Reichsbank eingerichtet hat und dessen Umsätze im Jahre 1912 etwa 371 Milliarden M. betrugen, während das Ausland (dies gilt speziell von England und den Vereinigten Staaten von Amerika) uns vielfach im Abrechnungsverkehr, in welchem bei uns im Jahre 1912 etwa 72½ Milliarden M. abgerechnet wurden, weit überlegen ist. Durch jenen Giroverkehr ist es ermöglicht worden,

kommt hierbei nicht in Betracht, am wenigsten aber im Falle eines Krieges. Die Suspension der §§ 9 u. 10 des Bankgesetzes, welche an sich in Kriegszeiten wenig Sinn haben, wird dann selbstverständlich sein.

daß der Zahlungsverkehr zwischen den Firmen der Großindustrie und des Großhandels, welche das Hauptkontingent der Reichsbank-Giro-Konten (Ende 1912 25637) gebildet haben, sich in großem Umfang durch Zu- und Abschreiben auf den Girokonten, also unter Ausschluß baren Geldes, vollzieht, welches letztere dadurch für den Kreditverkehr frei wird. Das Verhältnis der Barzahlungen zu den Umsätzen im Abrechnungsverkehr ist seit dem Jahre 1891, wo es noch 24,7% betrug, erfreulicherweise fast ständig zurückgegangen, und zwar 1901 auf 15,1, 1909 auf 10,7, 1912 auf 9,8%.¹⁾

Einen ähnlichen Erfolg kann bei sachgemäßer Handhabung und Ausgestaltung für die mittleren und kleinen Berufsstände in Handel, Landwirtschaft und Industrie, ferner für Beamte usw. der im Jannar 1909 bei uns eingeführte Post-Überweisungs- und -Scheckverkehr erreichen, der inzwischen auch mit dem Giro- und Abrechnungsverkehr der Reichsbank in Verbindung getreten ist. Dieser Erfolg würde aber weit rascher, als dies geschehen, und in größerem Umfange eingetreten sein, wenn man regierungsseitig nicht, entsprechend den von den Sparkassen und Genossenschaften geäußerten Wünschen, beschlossen hätte, die Guthaben auf den Postkonten völlig zinslos zu lassen. Den längere Zeit auf dem Konto verbleibenden Guthaben könnte man sehr wohl, ohne Verletzung berechtigter Interessen, insbesondere ohne die Gefahr, daß dadurch Postsparkassen geschaffen würden,²⁾ ebenso wie in Österreich, Ungarn und der Schweiz, eine mäßige Verzinsung einräumen. Diese Verzinsung ist es wesentlich gewesen, welche dort zu einer besonders wünschenswerten raschen Einführung des Systems geführt hat. Es wäre ferner wünschenswert, und m. E. auch ausführbar, noch geringere Ge-

¹⁾ Vgl. „Die deutschen Abrechnungsstellen im Jahre 1912“ (Bearbeitet in der Statistischen Abteilung der Reichsbank Berlin 1913) S. 5.

²⁾ Vgl. Emil Kaufmann, Der Entwurf eines neuen Postscheckgesetzes (Bank-Archiv vom 28. Jan. 1913 Jahrg. XII No. 9 S. 132.)

bühren zu berechnen, als sie jetzt in Aussicht genommen sind, und man würde auch gut tun, den neuen Verkehr nicht auf nur 9 große Postämter (wozu noch ein württembergisches und drei bayerische kommen) zu beschränken.

Ich hatte seiner Zeit als Mitglied der Bank-Enquête-Kommission von 1908/09 den weiteren Wunsch vor der Kommission vertreten, daß, angesichts der großen Schwierigkeiten, die einer Reichs-Clearing-Stelle für Schecks entgegenstehen, im Anschluß an die 23 Abrechnungsstellen der Reichsbank, wenigstens Provinzial-Scheck-Clearing-Stellen für die im Deutschen Reiche zahlbaren Schecks errichtet werden möchten.¹⁾

Dies würde nicht nur zur Popularisierung, also zur Erweiterung des Scheckverkehrs beitragen, sondern auch, da die Mitglieder der einzelnen Clearing-Stellen zugleich Bevollmächtigte der übrigen Bankiers ihres Bezirks sein müßten, (welche letzteren sämtlich, was heute vielfach noch nicht der Fall ist, dem Giro-Verkehr der Reichsbank beizutreten hätten), bewirken, daß alle deutschen Schecks, unter Ausschluß barer Zahlung, im Wege des Giro- und Abrechnungsverkehrs erledigt werden, was das Ziel des Scheckverkehrs sein muß.

Inzwischen ist seitens der Reichsbank eine S c h e c k - A u s t a u s c h s t e l l e (mit 18 Teilnehmern) unter den Mitgliedern der Berliner Abrechnungsstelle errichtet worden, bei der im Jahre 1912 Schecks in Höhe von 175 956 000 Mill. M. zum Austausch gelangten, die aber nur die demnächstige Verrechnung von Schecks bei der Abrechnungsstelle dadurch vorbereitet, daß sie zwischen ihren Mitgliedern den gegenseitigen Austausch von in der Provinz zahlbaren Schecks vermittelt.²⁾

Der früher — insbesondere auch in den Verhandlungen der Bank-Enquête-Kommission von 1908/09 — mit Recht als viel zu gering bezeichnete Vorrat der Reichsbank an Gold-

¹⁾ Vgl. Bank-Enquete 1908. Verhandlungen der Gesamt-Kommission über die Fragen I—V des Fragebogens 1909, S. 218.

²⁾ Vgl. Hans Lessing im Bank-Archiv v. 15. Juni 1910, Jahrg. IX, Nr. 18, S. 279.

Devisen (also an im Auslande in Gold zahlbaren Wechseln), welcher im Durchschnitt des Jahres 1907 nur rund 64 Mill. M.¹⁾ betragen hatte, war inzwischen erheblich vermehrt worden. Er hatte am 1. Januar 1912 142282921,70 M. (im Kurswert) ausgemacht, war aber aus leicht erklärlichen Gründen am Schlusse des Jahres 1912 leider wieder auf 40099769,10 M. zurückgegangen. Die Bemühungen der Reichsbankleitung auf Vermehrung des Bestandes an Golddevisen und der sonstigen in Gold zahlbaren Forderungen an das Ausland müssen und werden auch ohne jeden Zweifel mit aller Energie fortgesetzt werden (s. unten S. 74). Allerdings kann die Reichsbank durch ihre Devisenpolitik im Frieden die natürlichen Folgen einer etwa ungünstigen Zahlungsbilanz Deutschlands, die sich in den Wechselkursen auszudrücken pflegen, nicht dauernd beeinflussen. Sie vermag aber bei einem ungünstigen Stande der Zahlungsbilanz in der Regel, mindestens vorübergehend, durch Abgabe von Devisen an unseren Börsen einer übermäßigen Steigerung der ausländischen Scheck- und Wechselkurse und damit — bei normalen Verhältnissen — auch übermäßigen Goldentziehungen entgegenzutreten, da nur, wenn die Wechselkurse den oberen Goldpunkt übersteigen, der Export von Gold lohnend wäre; sie kann sonach solchenfalls durch ihre Devisenpolitik ihre Diskontpolitik unterstützen,²⁾ also insbesondere das immer recht unerwünschte übermäßige und langandauernde Anziehen der „Diskontschraube“ vermeiden oder doch hinausziehen. Freilich ist auch bei einer solchen Devisenpolitik, welche in den Jahren 1911/1912 ihre Feuerprobe bestanden hat,³⁾ eine gewisse Vor-

¹⁾ Am Schlusse des — allerdings völlig anormalen — Jahres 1907 war der Devisenbestand sogar auf 26 Mill. M. heruntergegangen.

²⁾ Voraussetzung ist aber stets, daß auch der Privatkont eine der Steigerung des Bankdiskonts entsprechende Erhöhung erfährt oder einhält. (Vgl. u. a. meine Ausführungen in den Verhandlungen der Bank-Enquete-Kommission, Verhandlungen der Gesamtkommission zu den Punkten I—V des Fragebogens, Berlin, Ernst Siegf. Mittler & Sohn, 1909) S. 70 und 71.

³⁾ Vgl. v. Lumm im Bank-Archiv vom 1. März 1912 (XI. Jahrg. No. 11) S. 164—165. „Daß die Sichtkurse der Wechsel auf England im Jahre 1911 [also

sicht zu beobachten, da es sich hier meist in großem Umfange (am 31. Dezember 1912 war es fast die Hälfte des Gesamtbestandes)¹⁾ um englische Devisen handeln wird. Denn nach schon vorliegenden, wenn auch vereinzelt Vorkommnissen wäre es selbst jetzt noch nicht völlig ausgeschlossen,²⁾ obgleich für England selbst — speziell uns, seinen guten Kunden gegenüber — recht gefährlich, daß man in England, auf Grund des Landesrechts Einwendungen gegen die Erfüllung von Wechselverpflichtungen gegenüber den Angehörigen eines kriegführenden Landes erheben könnte.

Man war allerdings bisher in Deutschland und anderwärts überwiegend der Ansicht,³⁾ und ich kann mich dieser Ansicht nur anschließen, daß die in England seit alten Zeiten bestehende Vorschrift des gemeinen Rechts, wonach es in Kriegszeiten jedem Engländer verboten ist, die Forderungen der Angehörigen einer mit England im Kriege befindlichen Macht zu befriedigen, jedenfalls, wenn nicht schon durch allgemeines völkerrechtliches Gewohnheitsrecht, doch durch art. 23 h, Abschnitt II Kap. I der auch von Großbritannien ratifizierten, auf der zweiten Haager Friedenskonferenz vereinbarten internationalen „Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges“ vom 18. Oktober 1907 aufgehoben worden sei.

Wenn, ungeachtet dieser „Ordnung“, welche zwar einer Vereinbarung über den Landkrieg seine Entstehung verdankt,

während der Marokko-Krise] nur an 20 von insgesamt 303 Notierungstagen den theoretischen Goldpunkt erreichten oder überschritten, muß zum guten Teil der erfolgreichen Anwendung der Devisenpolitik der Reichsbank zugeschrieben werden.“

¹⁾ Genauer 18 498 883,10 M. engl. Devisen von dem Gesamtbestande in Höhe von 40 099 769,10 M. (Kurswert).

²⁾ Im Jahre 1870 war es, mit Rücksicht auf solche Befürchtungen, während einer allerdings nur sehr kurzen Zeit nicht möglich, an der Berliner Börse englische Devisen zu verkaufen.

³⁾ A. M. Hans Wehberg, Deutsch-Englische Verträge im Kriegsfall, nach englischem und internationalem Rechte (Bank-Archiv vom 15. Aug. 1912, XI. Jahrg. Nr. 22 S. 347—353), wo auch die Entstehung und Literatur der Streitfrage dargestellt ist, die natürlich am besten durch eine authentische Interpretation seitens der Haager Konferenz, eventuell durch eine neue internationale Einigung, aus dem Wege zu schaffen wäre.

aber mindestens im Artikel 23 h über den Landkrieg hinausgeht, der englische Staatssekretär des Äußeren inzwischen wiederholt jener Ansicht widersprochen hat, so kann, mangels jeden Vorbehalts Englands sowohl bei Feststellung des an sich überaus klaren Wortlauts des art. 23 h wie bei der Ratifikation des Abkommens, und mit Rücksicht auf die zweifellos entgegengesetzte Absicht der Antragsteller (der deutschen Delegierten) darauf vertraut werden, daß eintretenden Falles das Gericht jenen Widerspruch als *protestatio facto contraria* nicht als berechtigt anerkennen wird. Zuzugeben ist allerdings, daß der Artikel an einer ganz unrichtigen Stelle eingefügt ist, nämlich im Abschn. II Kap. I, der die Überschrift trägt: „Mittel zur Schädigung des Feindes, Belagerungen und Beschießungen.“

Die zeitweise übermäßige Inanspruchnahme der Reichsbank, wie sie sich im Laufe der letzten Jahrzehnte sehr häufig gezeigt hat, ist ebenso wie ihre Ursachen und die Mittel zur Abhilfe Gegenstand des bekannten Referats gewesen, welches der Direktor der Deutschen Bank, Wirkl. Legationsrat Prof. Dr. Karl Helfferich, am 18. September 1912 dem Vierten Allgemeinen Deutschen Bankiertage in München erstattet hat, und welches dann noch durch die gleichfalls mit großem Beifall aufgenommenen Referate der Herren Dr. Paul v. Schwabach und Richard Schmidt (Leipzig) nach verschiedenen Richtungen hin ergänzt worden ist.

Den Anlaß dazu, diese Frage auf die Tagesordnung des Bankiertages zu stellen, bot die Tatsache, daß etwa seit der ersten Hälfte der 90er Jahre, wo eine fieberhafte Aufwärtsbewegung unserer Gesamtwirtschaft eintrat, die Spannung zwischen dem Höchstbetrag und dem Mindestbetrag der nicht durch Barvorrat im Sinne des § 9 des Bankgesetzes, also nicht durch Metallvorrat, Reichskassenscheine und Noten anderer deutscher Notenbanken gedeckten Banknoten,¹⁾ aus deren Be-

¹⁾ Von einem „ungedeckten“ Notenumlauf sollte man nicht reden (vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken, 4. Aufl., S. 912 und 935), da es einen solchen nach § 17

trag vor allem die Höhe der an die Reichsbank gestellten Ansprüche der Gesamtwirtschaft hervorgeht, sich auf das $2\frac{1}{2}$ -fache und die Inanspruchnahme der Reichsbank speziell in den letzten Wochen vor den sogenannten schweren Terminen, also den Quartalsenden, sogar auf das $3\frac{1}{2}$ -fache erhöht hat.

In diesem nicht durch Barvorrat gemäß § 9 des Bankgesetzes gedeckten Banknotenumlauf hat man aber, da er sich den wechselnden Konjunktoren und Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft am engsten anschmiegt, den eigentlich elastischen Teil der Gesamtnotenausgabe zu sehen, der in seinem ungleichmäßig schwankenden Bestande das getreue Spiegelbild der jeweiligen Konjunktur und der Schwankungen des Zahlungsmittelbedarfs darstellt.

Es war deshalb von vornherein wahrscheinlich, daß die Erhöhungen jenes Banknotenumlaufs Hand in Hand gingen mit einer im allgemeinen erfreulichen Zunahme der Gesamtwirtschaft, deren Niederschlag und Spiegelbild im Status der Reichsbank sie darstellen, und dies läßt sich auch, wie es in den Anlagen zu dem Referat Helfferichs (Tab. 23) versucht wurde, bis zu einem gewissen Grade statistisch nachweisen.

Danach erhöhte sich gegenüber den Durchschnittszahlen der ersten Hälfte der 90er Jahre (1891/95) Ende 1911 der Wert: unseres Auslandshandels (Ein- und Ausfuhr im Spezialhandel) von 7,1 Milliarden auf rund 17,8 Milliarden M., also ebenso auf das $2\frac{1}{2}$ -fache wie der Betrag jener nicht durch Barvorrat gedeckten Noten und der Wert unserer

Kohlenproduktion an Stein- und Braunkohlen (von rund 96 auf rund 235 Mill. Tonnen) sowie der

des Reichsbankgesetzes nicht geben kann, der vorschreibt, daß die Reichsbank jederzeit mindestens $\frac{1}{2}$ ihrer im Umlauf befindlichen Noten in kursfähigem deutschem Geld oder Reichskassenscheinen oder in Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1392 M. gerechnet (Dritteldeckung), und den Rest in diskontierten drei Monatwechselln oder Schecks, aus welchen mindestens zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften, als Deckung bereit zu halten hat.

den Güterverkehr unserer Eisenbahnen (von rund $24\frac{1}{2}$ Mill. auf rund 60 Milliarden Tonnenkilom.), während im gleichen Zeitraum unsere

Roheisenproduktion sogar von etwa $4\frac{1}{2}$ auf über $13\frac{1}{2}$ Mill. T.,

also auf das 3fache, und der Gesamtbetrag der (allerdings nicht durchweg reine „Spareinlagen“ darstellenden) Guthaben bei unseren Sparkassen von rund 6 Milliarden auf fast 18 Milliarden M., also gleichfalls auf das 3fache, sich vermehrt hat.

War somit die enorme Zunahme des nicht durch Barvorrat im Sinne des § 9 des Bankgesetzes gedeckten Notenumlaufs im Wesentlichen in dem im großen und ganzen erfreulichen, wenn auch vielfach zu hastigen Fortschritt der Gesamtwirtschaft begründet, deren gewaltige Anforderungen seitens der Reichsbank im Wege der Wechseldiskontierung, des Lombardgeschäfts und der Diskontierung von Schatzanweisungen zu befriedigen waren, also an sich nicht bedrohlich, so mußten doch gewisse Erscheinungen in der Entwicklung des Status der Reichsbank nach und nach bedenklich erscheinen.

Einmal hat, wie Helfferich mit Recht hervorhob, nicht nur die jährliche Spannung zwischen dem höchsten und niedrigsten Stande des ungedeckten Notenumlaufs, sondern auch sein Durchschnittsbetrag von der Mitte der 90er Jahre ab fast ständig zugenommen. Es hatten aber auch, was offenbar nicht eine Wirkung, sondern eine wesentliche Ursache dieser Erscheinung war, von dieser Zeit ab die fremden Gelder (Girogelder), also die Summe der der Reichsbank neben den Noten zur Verfügung stehenden Betriebsmittel, sich dem Tempo und der Höhe nach bei weitem nicht im Verhältnis der im Wege der Wechseldiskontierung, Lombardierung usw. vermehrten verzinslichen Anlagen erhöht. Es haben ferner in dieser Zeit nicht nur die privatwirtschaftlichen, sondern auch die Ansprüche des Reichs und der Bundesstaaten, wie die durchschnittliche Effektenanlage, also die Anlage in diskontierten Schatzanwei-

sungen,¹⁾ zeigt, und ferner die mit diesen Ansprüchen fast Schritt haltenden Ansprüche der kommunalen Körperschaften in erheblichem Umfange zur Verschlechterung des Status der Reichsbank beigetragen. Daran ändert die Tatsache nichts, daß die Reichsbank mitunter auch ihre Diskontpolitik dadurch unterstützt hat und unterstützen kann, daß sie unverzinsliche Reichsschatzanweisungen an der Börse zum Privatkont be- gibt (rediskontiert).

Endlich hatte sich auch der Metallbestand, auf dem sich die Notenausgabe aufbaut, und insbesondere der Goldbestand, etwa von der Mitte der 90 er Jahre ab, meist in sehr wenig befriedigender Weise entwickelt. Der durchschnittliche Goldvorrat der ersten Hälfte der 90 er Jahre von etwa . . 611 Mill. M. wurde von dem des Jahres 1911 von 827 „ „ nur um ca. 35% übertroffen, obwohl inzwischen Anstrengungen der verschiedensten Art und Richtung gemacht waren, um ihn zu erhöhen, wobei allerdings die in Gold zahlbaren Auslandsguthaben und Auslandswechsel (Devisen) nicht mitgerechnet sind, welche letzteren in den Wochenübersichten im Wechselportefeuille stecken, also auf der Debetseite erscheinen, so daß der Status schlechter erscheint als er in Wahrheit ist.²⁾

Die Ursachen aller dieser Erscheinungen sah Helfferich, und ihm stimmten die beiden anderen Referenten, Dr. Paul v. Schwabach und Rich. Schmidt, in allen wesentlichen Punkten bei, mit Recht in folgenden Tatsachen:

Da, wo im Zahlungsverkehr die Technik der Bargeldersparung am stärksten entwickelt ist, wie in England, ist

¹⁾ Im Jahre 1909 vorübergehend mehr als eine halbe Milliarde M. Auch starke Verminderungen von Giro-Guthaben, noch dazu meist an den Quartalsterminen oder in deren Nähe, kommen in betracht.

²⁾ Das ist in Bezug auf die Wochenübersichten auch empfehlenswert, „weil schon im Interesse einer erfolgreichen Devisenpolitik das (frühzeitige) Bekanntwerden des jeweiligen Devisenvorrats der Bank vermieden werden muß“ (v. Lumm im Bank-Archiv XI, Nr. 11, S. 165).

der Bedarf an Zahlungsmitteln, und namentlich an Banknoten, und die Zunahme der Ansprüche an die Zentralnotenbank an den Quartalsterminen eine überaus unbedeutende.

Da aber, wo, wie in Frankreich, die bargeldersparenden Einrichtungen relativ gering entwickelt sind und zugleich die Barbeträge, die im Verkehr zur Verfügung stehen, sehr bedeutende, und infolge geringerer Expansion von Handel und Industrie die Anforderungen an den Zahlungsmittelvorrat nicht sehr erhebliche und nicht so plötzliche sind, und wo überdies, im Gegensatz zu Deutschland, die Sitte und Gewohnheit, nicht mit Metallgeld, sondern vorwiegend mit Papier zu zahlen, eine fest eingewurzelte ist, werden die Bedürfnisse nach Zahlungsmitteln, also namentlich nach Banknoten, sehr hohe, die Schwankungen aber in der Inanspruchnahme des Zentralnoteninstituts nicht besonders bedeutende sein.

In Deutschland wird das notwendige Gleichgewicht zwischen dem Bedarf nach Zahlungsmitteln und deren zur Verfügung stehendem Gesamtbetrag, ungeachtet der in relativ guter Entwicklung begriffenen Bargeldersparungseinrichtungen, wie des Scheck- (Überweisungs-), Abrechnungs- und Giroverkehrs, doch in großem Umfange von denjenigen weiten Schichten der Bevölkerung gestört, die kein Bankkonto haben und die ihnen zukommenden Zahlungen in bar verlangen. Dies zeigt am klarsten, aber auch am störendsten, die Tatsache, daß im Jahre 1911 sogar von den Ein- und Auszahlungen im Giroverkehr der Reichsbank in Höhe von etwa 338 Milliarden nicht weniger als ca. 12% = 40 Milliarden M., und in dem erheblich jüngeren Postscheckverkehr, der gerade den Mittelschichten das Bankkonto ersetzen und ihre Zahlungssitten verbessern soll, für 1912 auf die Gesamtumsätze (für das ganze Reich) von etwa 30¹/₄ Milliarden M. rund 14³/₄ Milliarden M., also fast die Hälfte, auf Barzahlungen entfielen.

Wäre das anders, würden alle Kreise der Bevölkerung

überall in Deutschland, wie in Hamburg, ihr Bankkonto halten und ihre Zahlungen ausschließlich in Ab- und Zuschreibungen und Schecks leisten und empfangen, „dann gäbe es keine Quartalsanspannung. An Stelle der Entnahme von Metallgeld und Noten aus der Reichsbank würden Schecks ausgeschrieben und an demselben oder am nächsten Tage verrechnet werden. Da die Banken in ihrer Gesamtheit auf Grund dieser Schecks ebensoviel zu bekommen wie zu empfangen hätten, würden sich diese gesamten Zahlungen, die uns heute Sorgen machen, im Wege des Abrechnungsverkehrs [also ohne Barzahlungen] nahezu restlos erledigen“¹⁾

Wir sind leider in Deutschland noch lange nicht so weit. Wir haben umgekehrt durch Neueinführung eines Scheckfixstempels den eben erst zu einer relativen Entwicklung gelangten Scheckverkehr²⁾, jedenfalls zunächst, wieder in eine rückläufige Bewegung gebracht und ihn also mindestens nicht, was unsere Verpflichtung war, gefördert.³⁾ Wir müssen deshalb vorläufig noch mit der Tatsache rechnen, daß, während in den gewöhnlichen Zeiten die über Bankkonto gehenden Ein- und Auszahlungen sich einigermaßen ausgleichen werden, ein großer Bargeldbedarf an den Monatsenden, wo auch die Ultimoregulierungen der Börse in betracht kommen, insbesondere aber an den Quartalsterminen, entsteht. Nach unseren Zahlungs-

¹⁾ Helfferich a. a. O. Erläuterungen S. VI. Die hier in bezug genommene Tab. 15 gibt die Ziffern für 1910 und 1911 nicht für das gesamte Deutsche Reich, sondern nur für die Reichspost mit Ausschluß von Bayern und Württemberg.

²⁾ Für die Entwicklung des Scheckverkehrs war, auch erst kurz zuvor die rechtliche Grundlage durch das Scheckgesetz vom 11. März 1908 geschaffen worden.

³⁾ Das letztere ist besonders den Ausführungen der (im übrigen außerordentlich lehrreichen) Veröffentlichung der Statist. Abteilung der Reichsbank von 1913: „Die deutschen Abrechnungsstellen im Jahre 1912“ entgegenzuhalten, die an zwei Stellen (S. 4 und 5) hervorhebt, daß, was auch mit den zahlreichen Erklärungen der amtlichen und privaten Handelsvertretungen aus neuester Zeit in Widerspruch steht, „die anfängliche Abneigung gegen den Scheckstempel geschwunden“ sei. Die Einnahmen aber aus dem Scheckstempel (3 193 215 M. im Jahre 1911 und 3 100 443 M. im Jahre 1912) kommen gegenüber dem im Text hervorgehobenen Standpunkt selbst dann nicht in betracht, wenn sie sich im Jahre 1913 etwas höher stellen sollten.

sitten sind namentlich Hypothekenzinsen und Versicherungsprämien aller Art, ferner meist die Zinsen der Schuldverschreibungen, die Schulgelder u. dgl. m. an den Quartalsterminen zu zahlen. An diesen Terminen gehen auch die Mietzinsen ein und sind die Gehalts- bzw. Pensions-Zahlungen zu leisten für die Angestellten, deren Zahl mit der zunehmenden Konzentration in Industrie, Handel und Industrie immer mehr anwächst, und für die Beamten, deren Heer sich gleichfalls durch die Zunahme der Staatsbetriebe (einschließlich der staatlichen Versicherung) und durch die Staatsmonopole immer mehr vergrößert. Es kommt aber hinzu, daß infolge der immer größeren Quote unserer Bevölkerung, welche aus dem Lande nach den Städten, insbesondere nach den Großstädten, zieht oder gezogen wird, sich auch derjenige Teil der Bevölkerung, der, anstatt im eigenen Hause zu wohnen, quartaliter seinen Mietzins zu zahlen hat, sich sehr stark vermehrt hat,¹⁾ und daß ferner die ungeheure Steigerung der Produktion, des Handels und Verkehrs in Deutschland die Umsätze gesteigert, also auch die Ansprüche an die Elastizität des Zahlungswesens, in erheblichem Maße erhöht hat.

Endlich ist dadurch, daß die sonst bei den einzelnen müßig und unproduktiv bleibenden verfügbaren Kapitalien immer mehr bei den Banken konzentriert werden, die sie dann in einer der verschiedenen Formen bankmäßiger Kreditgewährung produktiv machen, die Möglichkeit geschaffen, die Produktion zu erhöhen, also auch die Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte usw. besser auszunutzen und dem Verkehr in weiterem Umfange Mittel zur Verfügung zu stellen. Damit aber werden wiederum die Umsätze und ebenso die Preise und dadurch das Bedürfnis nach Zahlungsmitteln und folgeweise die Differenz zwischen der Nachfrage nach Zahlungsmitteln und deren Bestand erhöht. Auf diese wird auch durch die Verteuerung der Lebensmittel, die Steigerung der Mieten bei erhöhten Grundstücks-

¹⁾ Helfferich a. a. O., S. VI.

werten, die Erhöhung der sozialen Lasten und Löhne, sowie durch die stark vergrößerten Ansprüche an die Lebenshaltung und die Vermehrung der Luxusausgaben hingearbeitet.

Es ist kein Zweifel, daß wir gerade in Deutschland den großen Fortschritten der Gesamtwirtschaft die überaus erfreuliche starke Steigerung der Wohlstandsentwicklung und die Möglichkeit verdanken, gleichzeitig in früher ungeahntem Umfange den Erfordernissen unserer Kulturaufgaben, unserer Kriegsbereitschaft zu Wasser und zu Lande und den hochgesteigerten Zielen der sozialen Fürsorge zu entsprechen. Aber ebenso zweifellos ist es, daß diese an sich erfreuliche Entwicklung, infolge der äußersten Anspannung der (übrigens auch im Interesse der Abwendung von Zinsverlusten erfolgenden) produktiven Ausnutzung aller verfügbaren Barbestände, für die der vorhandene Zahlungsmittelbestand nicht ausreicht, zugleich die Gesamtliquidität der deutschen Volkswirtschaft erheblich beeinträchtigt hat, was namentlich in der Haltung relativ geringer Bar-Reserven zum Ausdruck kommt.

Diese Beeinträchtigung der Gesamtliquidität und die dadurch verursachte stärkere Inanspruchnahme der Reichsbank ist auch durch eine mehr den fiskalischen als den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten und der Lage des Geldmarkts und der Wirtschaft entsprechende Finanz- und Kassengebarung des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunen stark vergrößert worden.

Zur Verbesserung dieses Zustandes, der auch die starke Inanspruchnahme der Reichsbank und eine beständige und bedrohliche Verschlechterung ihres Status bedingt, sind ohne jeden Zweifel, neben einer gesunden Finanzpolitik und einer durchgreifenden Verbesserung der Kassengebarung des Reichs, der Bundesstaaten, Kommunen und Staatsbetriebe,¹⁾ in erster

¹⁾ Vgl. Felix Somary, Praktische Vorschläge zur deutschen Geldmarktfrage (Bank-Archiv vom 1. Sept. 1912, XI. Jahrg., Nr. 23), S. 377.

Linie diejenigen Maßnahmen notwendig, welche der Vierte Allgemeine Deutsche Bankiertag auf Antrag der drei Referenten einstimmig festgestellt hat. Hierzu gehört:

a) Eine mit aller Energie und durch alle Mittel — auch durch Abschaffung des Scheckstempels — zu fördernde Verbesserung unserer noch sehr rückständigen Zahlungsorganisation,¹⁾ also insbesondere des heute noch vielfach einen bei weitem zu plutokratischen Charakter tragenden Giro-Verkehrs, sowie des Scheck- und Abrechnungsverkehrs, einschließlich des am 1. Januar 1909 ins Leben getretenen Post-Überweisungs- und Scheckverkehrs.

Allerdings haben sich die Reichsbank-Giroumsätze von 81012,8 im Jahre 1891 auf 371 193,2 Mill. M. im Jahre 1912, die Umsätze im Giro- und Abrechnungsverkehr der Reichsbank von nur 98676,1 Mill. M. im Jahre 1891 auf 443736,8 im Jahre 1912 gehoben und das für die Verbesserung des Zahlungsverkehrs vor allem wichtige Verhältnis der Barzahlungen im Giro- und Abrechnungsverkehr zu den Gesamtumsätzen in diesem Verkehr ist erfreulicherweise von 24,7% im Jahre 1891 auf 9,8% im Jahre 1912 zurückgegangen.²⁾

Aber der Scheck-, Giro- und Abrechnungsverkehr selbst und ebenso der Post-Scheck- und Überweisungsverkehr muß auf viel weitere Kreise ausgedehnt und in immer bequemerer Weise im Inland und im Verkehr mit dem Ausland ausgestaltet³⁾

¹⁾ Zutreffend führt Felix Somary in dem Aufsatz: Die Erfahrungen des letzten Jahres für die Kriegsbereitschaft des deutschen Geld- und Kapitalmarktes (in Schmollers Jahrb. f. Gesetzg. Nr. I, 36. Jahrgang, Heft 2, S. 49) aus, daß zur Einschränkung des Barzahlungsverkehrs auch eine Reform des Staatskassenwesens (im Reich und in allen Bundesstaaten), die übrigens in letzter Zeit vielfach in Angriff genommen wurde, wesentlich beitragen würde.

²⁾ Vgl. die Veröffentlichung der Statist. Abteilung der Reichsbank: Die deutschen Abrechnungsstellen im Jahre 1912 (Berlin 1913) S. 5.

³⁾ Über den jetzt bestehenden internationalen Postüberweisungsverkehr, vgl. S. 25/26 der Begründung zum Entwurf eines Postscheckgesetzes und wegen der sonstigen Wünsche John Mez, Die Verbindung des Postscheckverkehrs

werden. Was insbesondere den letzteren Verkehr angeht, so ist oben (S. 67) gezeigt, daß der Prozentsatz der Barauszahlungen noch ein sehr bedeutender ist gegenüber den Beträgen, die durch Überweisung von Konto zu Konto sowie im Wege des Reichsbankgiro- und Abrechnungsverkehrs beglichen werden.

Der Versuch der Reichsbank, im Wege einer am 1. April 1909 errichteten Hypotheken-Abrechnungsstelle bare Ein- und Auszahlungen von Hypotheken und Hypothekenzinsen zu vermeiden und auch hier auf eine bessere Verteilung der Auszahlungstermine hinzuwirken, scheint bisher nicht zu Erfolgen geführt zu haben.¹⁾

Die Einführung des Scheckstempels ist gegenüber diesen so überaus wichtigen Gesichtspunkten ebenso ein bedauerlicher Fehler (s. oben S. 68) wie die im § 1 Abs. 2 des Scheckgesetzentwurfs — noch dazu angesichts der übereinstimmenden bisherigen Verwaltungsübung ohne Not²⁾ — sogar gesetzlich festgestellte Zinslosigkeit der Guthaben im Postscheckverkehr; während die — allerdings stets mäßig zu haltende — Verzinsung der längere Zeit auf dem Konto stehen gebliebenen Guthaben (s. oben S. 59) sich in Österreich-Ungarn und der Schweiz als ein starkes Propagandamittel bewährt hat.³⁾ Die Berufung der Begründung auf „den bisherigen Rechtszustand“ — weiter wird nichts ins Feld geführt — ist demgegenüber nicht ausreichend.

b) Die Erhöhung des Goldbestandes der Reichsbank.

mit dem Giroverkehr der Reichsbank, Bank-Archiv v. 15. Juni 1910, IX. Jahrg. Nr. 18, S. 285—287, und Georg Obst, Die teuren Überweisungsspesen der Reichsbank, im „Tag“ vom 14. Mai 1913.

¹⁾ Vgl. Siegfried Goldschmidt, Die Zukunft des Hypothekenabrechnungsverkehrs (Bank-Archiv vom 28. Jan. 1913, XII. Jahrg. Nr. 9 S. 138/139).

²⁾ Vgl. Otto Heyn, Zum Entwurf des Postscheckgesetzes im „Tag“ vom 13. Dez. 1912.

³⁾ Vgl. Otto Heyn, Die Verzinsung der Guthaben im Postscheckverkehr im „Tag“ vom 5. Okt. 1912.

Diese kann erfolgen:

- α) Durch Heranziehung von Gold aus der überreichen inneren Goldzirkulation, welche inzwischen auch bereits in die Wege geleitet ist in der Form der vom Bankiertage empfohlenen und nunmehr in der Tat, je nach dem Bedürfnis des Verkehrs, also ohne Bestimmung einer Höchstgrenze, vermehrten Ausgabe der Banknoten von 20 und 50 M.¹⁾; dagegen ist vor einer Goldprämienpolitik in jeder Form, möge sie nun offen oder versteckt erfolgen,²⁾ zu warnen.
- β) durch eine möglichst starke und dauernde Heranziehung von Gold aus dem Auslande.

Hierzu bemerke ich: Die Heranziehung von Auslandsgold, welche, wie oben (S. 66) erwähnt, der Reichsbank bis etwa zum Jahre 1907 einschließlich nur in sehr mäßigem Umfange möglich war,³⁾ ist erst von da ab, weniger durch zinsfreie Vorschüsse auf

¹⁾ Vgl. unten S. 130 und v. Lumm, Diskontopolitik (II.) Bank-Archiv, Jahrg. XI, Nr. 10 (15. Febr. 1912), S. 150.

²⁾ Vgl. v. Lumm, a. a. O., S. 163/64 und Bank-Enquete (Verhandlungen der Gesamtkommission zu den Punkten I—V des Fragebogens, Berlin 1909) S. 56, 62, 63, 66, 72—78, 82, 85, 89, 97, 98, 115, 132, 141, 143, 145 und 166.

³⁾ Vgl. Anton Arnold, „Die Barreserven der Kreditbanken und die Inanspruchnahme der Reichsbank“ im Bank-Archiv vom 1. September 1912, XI. Jahrg. Nr. 23, S. 371 und Otto Heyn, Zur Frage der Verstärkung des Goldschatzes der Reichsbank (Bank-Archiv, XII. Jahrg., Nr. 9 vom 28. Jan. 1913). Unrichtig ist, wenn hier die Meinung ausgesprochen wird, das von Heyn vorgeschlagene Mittel der Goldbeschaffung in Form der Begebung einer Anleihe im Auslande sei „bisher weder angewandt, noch auch nur, soweit bekannt erörtert worden“. Insbesondere sind bei uns bereits im September 1900, also in Friedenszeiten (vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken, 4. Aufl. S. 313), 80 Mill. M. 4%iger Reichsschatzanweisungen an das Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. in New-York behufs Vermehrung des Goldbestandes der Reichsbank begeben worden, ein Vorgang, der damals sehr viel in den Zeitungen und in der Fachpresse erörtert und kritisiert, aber doch in neuerer Zeit wiederholt worden ist, und zwar zunächst durch Begebung von 80 Mill. M. unverzinslicher preußischer Schatzanweisungen in Amerika im September 1911. Die Begebung dieser bis 15. April 1912 laufenden Schatzanweisungen erfolgte durch die Seehandlung zunächst an die Berliner Handelsgesellschaft, welche davon den größten Teil (angeblich 65 Mill. M.) in Amerika plazierte (vgl. Frankf. Zeitung vom 25. Okt. 1912). Endlich hat Bayern im März 1912 durch die Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. 6 Mill. M. Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von 2 Monaten und einem Zinsfuß von $4\frac{1}{2}\%$ p. a. (in Abschnitten von je

Goldimporte, die immer nur ein bescheidenes Ergebnis zeitigten, als durch planmäßige Erhöhung des Bestandes der Goldforderungen an das Ausland und durch die auch in der Bank-Enquête-Kommission¹⁾ dringend empfohlene Vermehrung des Vorrats an Wechseln auf das Ausland (Devisen) in erfreulichem Umfange²⁾ gelungen. Der Devisenbestand hat bei den politischen Wirren des Jahres 1911, insbesondere gelegentlich der damaligen Zurückziehung ausländischer Guthaben aus Deutschland, überaus wertvolle Dienste geleistet.³⁾

Auch das in der Bank-Enquête-Kommission (Verhandlungen der Gesamtkommission zu den Punkten I—V des Fragebogens, S. 107 ff.), empfohlene Mittel der Erhöhung des Ankaufspreises für Gold von 1392 auf 1395 M. für das Pfund fein, unter Verzicht auf die Prägegebühr, wird, ungeachtet des der Reichsbank hierbei erwachsenden Verlustes, der sich durch den indirekten Gewinn aus dieser Maßregel durchaus bezahlt machen würde, in weiterem Umfange als bisher anzuwenden sein. Ebenso ist der von dem leider allzufrüh verstorbenen früheren Mitglied der Bank-Enquête-Kommission, Arthur Fischel, gemachte Vorschlag der Schaffung und Organisation eines Goldmarktes in Berlin (Verhandlungen der Gesamtkommission zu den Punkten I—V des Fragebogens, Berlin 1909, S. 108/109—113, 132/133, und 156/157), soweit

100000 M.) an das Bankhaus Hallgarten & Co. in New-York begeben. In Kriegzeiten ist aber diese Form des Goldbezugs aus dem Auslande sehr häufig gewählt worden, und zwar sowohl von Deutschland selbst (s. die Anlage zu diesem Buche) wie vom Auslande (s. unten S. 170, 174, 181).

¹⁾ Dieselbe hat dagegen einmütig jede, wie immer geartete, Goldprämien-Politik als für deutsche Verhältnisse ungeeignet bezeichnet, vgl. Verhandlungen der Bank-Enquete-Kommission zu den Punkten I—IV des Fragebogens (Berlin 1909), S. 56, 62, 63, 66, 72, 78, 85, 97, 98, 115, 132, 141—45, 166. Auch die von Plenge (im Bank-Archiv v. 1. Mai 1912, S. 245 ff.) empfohlene dauernde Erhöhung des Bank-Diskonts kann als eine lediglich in Ausnahmefällen als letztes Hilfsmittel zu denkende, im allgemeinen aber bedenkliche Maßregel nicht in betracht kommen.

²⁾ S. oben S. 61.

³⁾ Vgl. v. Lumm a. a. O., S. 164. Dadurch erklärt sich aber auch der starke Rückgang der Guthaben im Ausland und des Devisenportefeuilles der Reichsbank im Jahre 1911 gegenüber 1910 (s. Tab. 2 der Anlagen zum Helfferichschen Referat).

irgendmöglich, zu verwirklichen, selbst wenn zuzugeben ist, daß ein „Goldmarkt von so großer internationaler Bedeutung, wie er in London besteht, in Deutschland aus politischen, wirtschaftlichen und geographischen Gründen“, wenigstens zunächst, „nicht geschaffen werden kann“.¹⁾

c) Die möglichste Verlegung der oben (S. 69) erwähnten regelmäßig wiederkehrenden umfangreichen Zahlungen vom Quartalswechsel auf andere Termine, die allerdings, wenn überhaupt, nur überaus langsam und wohl nur in begrenztem Umfange durchgeführt werden kann.²⁾

d) Eine Verbesserung der Bilanz- und Kassen-Liquidität und Vermeidung jedes Übermaßes der Kreditgewährung, sowohl bei den Kreditbanken wie bei den Sparkassen und Genossenschaftsbanken, insbesondere durch eine (nicht im Wege schematischer Reglements, sondern im Wege geschäftlicher Einzelverhandlungen zu erreichende) allmähliche Erhöhung der durchschnittlichen Reichsbank-Giro-Guthaben der Banken, Bankiers, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute³⁾, also durch eine Erhöhung der Barreserven.

Diesen Wünschen muß aber namentlich noch die Forderung nach einer gesunden und gerechten Finanzpolitik des Reiches hinzugefügt werden, welches heute noch, trotz der sogen. Reichsfinanzreform von 1909, von der Hand in den Mund lebt⁴⁾, und welches leider anlässlich der jetzt (April 1913),

¹⁾ v. Lumm a. a. O., S. 163; hier steht allerdings das Wort: niemals, welchem ich nicht zustimmen könnte.

²⁾ Vgl. darüber näheres in den Verhandlungen der Bank-Enquete-Kommission S. 245—250, 259, 263, 265, 269/70, 273, 274; v. Dombos in den Verhandlungen des IV. Allgem. deutschen Bankiertages, S. 105.

³⁾ Vgl. Helfferich a. a. O., S. 84.

⁴⁾ Gegenüber Bedenken, die gelegentlich des IV. Allgem. Deutschen Bankiertages in München ausgesprochen wurden (Verhandlungen S. 115), ist darauf hinzuweisen, daß die Reichsbankverwaltung nicht daran denkt, den durch die Erhöhung der Giro-Guthaben gesteigerten Barbestand etwa dauernd zur Grundlage eines Notenumlaufs in Höhe des dreifachen Betrags dieser Erhöhung zu machen. Denn dies — so sagt v. Lumm im Bank-Archiv vom 15. März 1912 (XI. Jahrgang Nr. 12), S. 185, mit Recht — „würde eine entsprechende Erweiterung der Kreditgewährung zur Voraussetzung haben, also direkt in Widerspruch stehen zu den angestrebten Kredit-

dem Reichstage vorgelegten Wehr- und Deckungsvorlagen den schweren Fehler der Kostgängerei bei den Bundesstaaten, zum Schaden des Reichsgedankens und der Unabhängigkeit der Reichsfinanzen, wieder verschärfen will.

Dieser Forderung muß aber auch das Verlangen nach einer vernünftigen Kassengebarung aller Staatsstellen und staatlichen Betriebsverwaltungen¹⁾ und nach einer stetigen und starken Staatsschuldentilgung hinzugefügt werden.

6. Die deutschen Kreditbanken. Die vorstehenden Hinweise und Ausführungen dürften ausreichen, um nachzuweisen, daß es nötig ist, die Debatten über unzureichende Liquidität der deutschen Kreditbanken auf ein höheres Niveau zu heben und auf einer anderen Grundlage aufzubauen, als dies häufig geschieht. Eine etwa bei den deutschen Kreditbanken, Sparkassen und Genossenschaften vorhandene Illiquidität ist ebenso wie die jeweilige starke Anspannung des Status der Reichsbank im wesentlichen nur als die Summe der äußerlich erkennbaren und meßbaren Symptome der nämlichen Erkrankung des Wirtschaftskörpers, also der Illiquidität der deutschen Gesamtwirtschaft, anzusehen, deren — häufig durchaus gesunde und erfreuliche, mitunter aber auch bedenkliche — Gründe oben erörtert sind.

Damit ist aber erwiesen, daß der an anderer Stelle²⁾ von mir ausgesprochene Satz richtig ist:

einschränkungen und den Zweck völlig vereiteln, der der Schaffung dieser Reserven zu Grunde liegt. Die Folge wäre schließlich, daß man genau so weit sein würde wie zuvor, nur mit dem Unterschied, daß der ungedeckte Notenumlauf noch weiter gesteigert und das auf den zentralen Goldvorrat aufgetürmte Kreditgebäude noch größer sein würde. Aber der Vorteil bei einer Verstärkung des Barvorrats der Reichsbank liegt darin, daß vorübergehend, je nach der Höhe der wirtschaftlichen Bedürfnisse, ein kleinerer oder größerer Teil dieser Reserven nutzbar gemacht werden kann“.

¹⁾ So auch v. Dombois auf dem IV. Allgemeinen Deutschen Bankiertag zu München (Verhandlungen S. 104).

²⁾ Riesser, Die deutschen Großbanken usw. 4. Aufl. (1912) S. 453.

„Das Bild, welches die Bankbilanzen bieten, muß notwendigerweise, da die Banken Kassenhalter der nationalen Wirtschaft sind, das gleiche sein, welches die letztere bietet“

zumal, wenn man gleichzeitig, wie ich dies an der nämlichen Stelle immer und immer wieder getan habe, hervorhebt, daß es sich hier nicht etwa um das rein mechanische Halten jener Kasse handeln kann. Denn die deutschen Kreditbanken sind zwar nicht, wie man übertreibend gesagt hat, „Verwalter des deutschen Volksvermögens,“¹⁾ ebensowenig „Leiter des wirtschaftlichen Unternehmungsgeistes der Nation,“²⁾ aber sie sind doch, gemeinsam mit allen anderen hierbei in Frage kommenden staatlichen und privaten Stellen, und zwar in hervorragendem Maße, an der Verwaltung der nationalen Wirtschaft und an der Betätigung des wirtschaftlichen Unternehmungsgeistes beteiligt. Sie sind deshalb auch mit jenen anderen Stellen, und zwar wiederum in besonderem Umfange, auch ihrerseits dafür verantwortlich, daß eine jeweilige Illiquidität der deutschen Volkswirtschaft beseitigt oder auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werde, soweit dies nur irgend mit den berechtigten Ansprüchen vereinbar ist, welche die Pflicht der Ernährung und Beschäftigung unseres gewaltigen jährlichen Bevölkerungszuwachses nun einmal hervorruft. Da-

¹⁾ Man denke insbes. an die Reichsbank, die Seehandlung, die Zentralgenossenschaftskasse und die sonstigen staatlichen Bankanstalten und Notenbanken, sowie die staatlichen und kommunalen gewerblichen Betriebe (Monopol-Betriebe usw.); die Sparkassen; die städtischen und ländlichen Genossenschaften und Darlehnskassenvereine; die Landschaften und sonstigen staatlichen sowie kommunalen Realkreditinstitute; die Hypothekenbanken und städtischen Pfandbriefinstitute; die Versicherungsgesellschaften und die öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten für Arbeiter und Angestellte, die Post im Post-Scheck- und Überweisungs-Verkehr u. a. m. Allein die Sparkasseneinlagen bei deutschen Sparkassen, welche sich 1913 auf erheblich mehr als 18 Milliarden M. erhöhen dürften, übersteigen um fast das Doppelte die Depositen und Kreditoren sämtlicher deutscher Banken (vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bank für 1912 S. 5).

²⁾ Verhandlungen des IV. Allgemeinen Deutschen Bankiertags zu München vom 17. und 18. Sept. 1912, S. 116 und 119; vgl. Riesser a. a. O. S. 190—191 und 453—454.

mit steht weiter fest, daß die Banken auch die oben S. 71 ff. erwähnten und begründeten Vorschläge des IV. Allgemeinen Deutschen Bankiertages zur Verbesserung der Liquidität der deutschen Volkswirtschaft mit aller Energie zu fördern verpflichtet sind.

Es ist aber ferner nicht außer Acht zu lassen, daß das deutsche Bankwesen einen integrierenden Teil der gesamten deutschen Volkswirtschaft darstellt, daß ein sehr erheblicher Teil des deutschen Zahlungs- und Kreditverkehrs von ihm vermittelt wird und in ihm seinen Niederschlag findet. Es muß daher alles denkbare geschehen, um auch die spezielle Bankenliquidität, insbesondere das Verhältnis der auch in kritischen Zeiten leicht greifbaren Aktiven zu den alsbald oder doch binnen kurzer Zeit fälligen Verpflichtungen, schon in Friedenszeiten zu einem möglichst befriedigenden zu gestalten, ganz gleichgültig, ob die Verschlechterung jener Liquidität im Einzelfalle Wirkung oder zum Teil auch Ursache des Liquiditätsrückgangs der gesamten Volkswirtschaft ist.

Dies aber kann zweifellos nicht nur geschehen durch eine energische Förderung aller auf Verbesserung des Zahlungsverkehrs gerichteten, oben geschilderten allgemeinen Maßnahmen, sondern auch auf dem vom IV. Allgemeinen Deutschen Bankiertage auf Antrag Helfferichs gutgeheißenen Wege der Verstärkung der Barreserven, insbesondere in Form der Erhöhung der Giro Guthaben der Banken bei der Reichsbank,¹⁾ ferner auf dem Wege der Beseiti-

¹⁾ In einer Abhandlung über: „Die Barreserven der Kreditbanken und die Inanspruchnahme der Reichsbank“ im Bank-Archiv vom 1. Sept. 1912 (XI. Jahrg. Nr. 23 S. 363 ff.) weist Anton Arnold u. a. auch mit Recht auf die Tatsache hin, daß die Giro Guthaben der Banken, Bankiers und sonstigen Geldinstitute bei der Reichsbank sich bezifferten:

am 7. Mai 1900 bei 2470 Giro-Konten auf: 142,1 Mill. M. = 36,6 % der Gesamt-Girobestände und

„ 15. Juni 1910 „ 3451 „ „ „ 143 Mill. M. = 25,4 % der Gesamt-Girobestände und daß dies nicht nur keinen Fortschritt, auch nicht etwa einen Stillstand, sondern relativ einen Rückschritt bedeute, namentlich angesichts des Umstandes, daß

gung und Vermeidung jedes Übermaßes in der Kreditgewährung gemäß den wiederholt geäußerten und durchweg berechtigten und zu begrüßenden Wünschen der Reichsbankverwaltung, und endlich durch eine Reihe von Hilfsmaßregeln.

Was die erstere Maßregel angeht, so wird sie, soweit es sich um die zunächst in betracht kommende Erhöhung der Giro Guthaben bei der Reichsbank handelt, hoffentlich auf dem Wege der Verhandlung zwischen den Banken und der Reichsbankverwaltung nach und nach in dem wünschenswerten und notwendigen Umfange durchgeführt werden. Jede gesetzliche Maßnahme auf diesem Gebiete ist bedenklich, da sie notwendigerweise schematisch ist, also weder die besondere Lage des einzelnen Falles, noch die allgemeine finanzielle, politische oder wirtschaftliche Situation, noch endlich die gerade vorliegende Konjunktur in Industrie und Handel berücksichtigen kann, die vielleicht die Mittel der Banken berechtigter- und notwendigerweise besonders in Anspruch nimmt, deren Ende oder Änderung also vernünftigerweise abzuwarten ist.

Die Erhöhung der stets verfügbaren Barmittel, also der gerade in Mobilmachungs- und Kriegszeiten so besonders wichtigen Barreserven der Kreditbanken, ist aber überhaupt dringend wünschenswert, obschon oder vielleicht gerade weil die Kreditbanken nicht eine gesetzliche Verpflichtung haben, wie sie der Reichsbank gegenüber ihren Noten auferlegt ist, ihre baren Mittel stets in einem bestimmten Verhältnis zu ihren Verbindlichkeiten zu halten.

Der gesamte Kreditverkehr, auf dem ein so großer Teil der Volkswirtschaft beruht, kann nicht mehr in gesunder und das Vertrauen, dessen er bedarf, rechtfertigender Weise funktionieren, wenn er, in einer der hier möglichen Formen, also

allein in den Jahren 1905—1910 (also nicht in zehn, sondern in fünf Jahren) der Anteil der von den Banken zur Diskontierung eingereichten Wechsel am Gesamtwechselbestand der Reichsbank sich von $48\frac{1}{2}\%$ auf 58% erhöht hat.

namentlich im Akzept-, Kontokorrent-, Diskont-, Emissions- und Effektengeschäft, genährt und vergrößert wird durch die Heranziehung immer stärkerer Beträge von fremden Geldern (Depositen), aber nicht zugleich ausreichend dafür Sorge getragen wird, für die rechtzeitige Rückzahlung der durch diese Depositen gesteigerten Verbindlichkeiten der Banken die nötige Sicherheit zu schaffen.

Eine wirkliche Sicherheit nach dieser Richtung kann aber, wenigstens für den Fall kritischer oder kriegerischer Zeiten, im wesentlichen nur durch eine den erhöhten Verbindlichkeiten entsprechende Erhöhung der Barreserven, also der Goldreserven, geschaffen werden. Denn es ist unmöglich, mit Bestimmtheit vorauszusagen und aus den Ausweisen erkennen zu können, ob und inwieweit die anderen Mittel, welche nach den üblichen Liquiditätsberechnungen neben der Kasse als liquide Mittel anzusehen sind, im Bedarfsfalle, und namentlich in kritischen und kriegerischen Zeiten, sich wirklich als solche bewähren, also sofort und in jedem Betrage und ohne jeden Abzug verwertbar sind.

Zweifel hieran können natürlich in erster Linie und in größtem Umfange bei den Effekten, und zwar auch bei den börsenmäßig notierten, entstehen, in zweiter Linie bei der in den Bilanzen meist in einem Posten erscheinenden Reports und Lombards (besonders bei den letzteren), und, wenn auch nicht in gleichem Umfange, in letzter Linie bei Wechseln und unter Umständen auch bei den Guthaben bei Banken und Bankiers.

Muß man aber solche Zweifel für den Fall kritischer oder kriegerischer Zeiten — und gerade darum handelt es sich — als an sich berechtigt anerkennen, so wird natürlich jede Liquiditätsberechnung anfechtbar erscheinen, bei welcher für diejenige Bereitschaftsquote, welche erforderlich ist (s. unten S. 81), andere als Barreserven oder die diesen gleichzustellenden „liquiden Mittel I. Ordnung“ als bereite

Mittel berücksichtigt werden, mindestens dann, wenn man das Verhältnis der sofort greifbaren Aktiva zu den sofort oder in kurzer Frist fälligen Verbindlichkeiten (Depositen und sonstigen Kreditoren) ermitteln will.

Es ist nach alledem kein Zweifel, daß die möglichste Verbesserung der Liquidität als solcher und die möglichste Verbesserung der liquiden Mittel, speziell durch Vermehrung der Barreserven, im Vordergrunde aller Anstrengungen sowohl der Kreditbanken wie auch der öffentlichen Kassen und Erwerbsinstitute, der Sparkassen und Genossenschaften stehen muß.

Eine volle Sicherheit aber dafür, daß die Umwandlung der gesamten Bankdepositen oder Sparkasseneinlagen, also der papiernen Forderungen an eine Bank oder Sparkasse, jederzeit „in Eigentümerkapital“, d. h. in bares Geld, „bedingungslos und unter allen Umständen“ zu bewirken ist, kann weder verlangt, noch gewährt, noch auch nur erwartet werden.

Es kann immer nur gefordert und vernünftigerweise erwartet werden, daß von den Kreditbanken diejenige Liquidität erreicht wird, die es ihnen insbesondere ermöglicht, mindestens diejenigen fremden Gelder (also nicht nur Depositen) sofort auf Verlangen in bar zurückzuzahlen, welche nach den gemachten Erfahrungen in kritischen und kriegerischen Zeiten zurückgefordert zu werden pflegen. Über den Prozentsatz, um den es sich hier handeln kann, lassen sich generelle und feste Regeln nicht aufstellen. Vielmehr kann „ein solcher Prozentsatz nur auf Grund von Wahrscheinlichkeitsschätzungen festgestellt werden, welche die einzelne Bank nur nach längerer Erfahrung, unter Berücksichtigung der Vorgänge bei anderen Banken und der besonderen Natur des eigenen Instituts, also bei Anwendung kaufmännischer und insbesondere bankmäßiger Sorgfalt und Vorsicht vornehmen kann“. ¹⁾

Eine Sicherheit für die jederzeitige Bar-Auszahlung aller fremden Gelder, die natürlich in vollem Umfange nur vorhanden

¹⁾ Riesser, Die deutschen Großbanken 4. Aufl. 1912 S. 165.

wäre bei voller Deckung aller Forderungen durch bares Geld oder dem gleichzustellende bereite Mittel, ist nicht denkbar. Irgendwie und irgendwo muß ebensowohl bei uns wie in der ganzen Welt das Vertrauen einsetzen, ohne welches unser ganzer Kreditverkehr, unser öffentliches und privates Bankwesen, unsere Zahlungssurrogate und Geldkreditpapiere nicht denkbar wären und ohne welches unser in hohem Maße auf das Vertrauen aufgebaute Kreditgebäude zusammenstürzen würde. Auch die Feuerversicherungs-Gesellschaften müssen und dürfen bei ihren Dispositionen davon ausgehen, daß nicht alle Häuser, deren Versicherung gegen Feuersgefahr sie übernommen haben, geschweige denn alle auf einmal abbrennen, sondern nur eine erfahrungsmäßig zu berechnende Quote. Ebenso muß und darf auch die Reichsbank, welcher, anders wie für ihre Noten, für ihre ebenfalls jederzeit zur Goldrückzahlung kündbaren Giroverpflichtungen keine Dritteldeckung gesetzlich vorgeschrieben ist, damit rechnen, daß ihr auch in kritischen und kriegserischen Zeiten nicht alle Giro Guthaben auf einmal gekündigt werden.

Wäre dem anders, würde in unserer auf das Zusammenwirken aller Kräfte und Kapitalien berechneten heutigen Wirtschaft sowohl bei dem Schuldner wie bei dem Gläubiger das Vertrauen keine erhebliche Rolle spielen, so müßte man auch bei der Reichsbank nicht nur eine Dritteldeckung, sondern eine volle, und zwar bare Deckung aller Banknoten und die gleiche Deckung für sämtliche Giroverpflichtungen verlangen. Man müßte dann auch aus unserem Zahlungsmittel- und Kreditmittelvorrat alle papiernen Wertzeichen, alle Wechsel, Schecks usw., kurz alle Wertzeichen verbannen, welche nicht bares Geld sind, sondern es nur vertreten, deren Umlauf daher in größerem oder geringerem Umfange gleichfalls das Vertrauen zu Grunde liegt, das Vertrauen auf den Einlösungs- oder Zahlungskredit des Ausstellers.

Eine gewisse Gefahr besteht daher stets, und sie ist bei Geldern, die Sparkassen, Kreditinstituten anvertraut werden,

naturgemäß schon mit dem ersten Geschäft, welches sie nach ihrer Gründung abschließen, also mit der ersten Verwandlung jener Gelder in andere wirtschaftliche Formen, vorhanden; diese Gefahren aber muß eben jeder kennen und muß jeder laufen, der am Wirtschaftsleben teilnimmt, auch der, welcher seine Gelder an Sparkassen oder Banken ausleiht.

Vernünftig und richtig — das muß gegenüber anderweiten Ausführungen scharf betont werden — handelt nur der, welcher diesen Gesichtspunkten Rechnung trägt, welcher also nicht in kritischen oder kriegerischen Zeiten sofort zur Sparkasse oder zur Bank läuft, um sein Geld abzuheben und dadurch mit dazu beiträgt, daß die Gefahr unendlich vergrößert wird, die er befürchtet. Auf die Verbreitung dieser Erkenntnis muß die oben (S. 9) geforderte beständige Belehrung schon in Friedenszeiten gerichtet werden; sie hat gerade dafür zu sorgen, daß die ohnehin naturgemäß vorherrschenden rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte und Instinkte durch die Rücksichten auf die Gesamtwirtschaft gemildert und begrenzt werden, und zwar nicht nur bei den Leitern, sondern auch bei den Gläubigern der Sparkassen, Kreditbanken u. a. m.

Die vorgedachten Mindestgrenzen für die Barreserven muß man also durch die anzustrebende Erhöhung der letzteren zu erreichen suchen.

Erwägt man, daß sich die Deckung der fremden Gelder (Depositen und Kontokorrentguthaben) durch Barbestände (einschließlich der Reichsbank-Giroguthaben) bei den deutschen Kreditbanken vom Jahre 1890 ab fast beständig verschlechtert hat, und zwar

bei allen Kreditbanken (mit mindestens 1 Mill. M. Aktienkapital)
 von 15 % im Jahre 1890 bis zu 7,15 %
 im Jahre 1911, und
 bei 9 Berliner Banken von 20 % im Jahre 1890 bis zu 7,35 %
 im Jahre 1911

so wird der Wunsch nach jener Vermehrung der Barbestände

und spez. der Giro Guthaben selbst dann als berechtigt erscheinen müssen, wenn feststünde, daß diese Verschlechterung in engstem Zusammenhang mit dem oben geschilderten Rückgang der Liquidität der Gesamtwirtschaft steht.

Die Liquiditätsverhältnisse der gegenüber den deutschen Kreditbanken in ihrem Geschäftsgebiet und demgemäß auch in ihren geschäftlichen und wirtschaftlichen Aufgaben weit beengteren englischen Depositenbanken lassen sich schon aus diesem Grunde, aber auch aus einer Reihe anderer Gründe nicht direkt mit dem Liquiditätsgrad der deutschen Kreditbanken vergleichen. Immerhin kann mit den nötigen Vorbehalten doch darauf verwiesen werden,¹⁾ daß bei 16 Depositenbanken von England und Wales, die mehr als $\frac{3}{4}$ aller fremden Gelder der dortigen Depositenbanken besitzen, im Jahre 1910 die Kasse (einschl. der Guthaben bei der Bank von England) 16% der fremden Gelder dargestellt hat, obwohl diese Banken, anders als die unsrigen, ihre Gelder nicht in industriellen Unternehmungen usw. stecken haben, also sie leichter jederzeit zurückziehen können.

Prüft man dagegen die Liquidität als solche, d. h. das Verhältnis der alsbald greifbaren Aktiven gegenüber allen Verbindlichkeiten (ohne Trennung der sofort oder später fälligen), so ist dieselbe bei den deutschen Kreditbanken an sich und ebenso gegenüber den bei ausländischen Banken festzustellenden Liquiditätsgraden durchaus keine besonders ungünstige, wie ich an anderer Stelle, auf die ich verweise, ausführlich nachgewiesen habe.²⁾

Der übliche (sehr schematische und durchaus nicht allen Einwendungen entzogene) Liquidationsschlüssel ist folgender:

¹⁾ v. Lumm a. a. O. S. 181 und 182. Es sind jedoch hier die großen Vorbehalte zu machen, die sich aus Edgar Jaffe, Das englische Bankwesen 2. Aufl. S. 299—305 ergeben (vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken 4. Aufl. S. 446).

²⁾ Riesser, Die deutschen Großbanken 4. Aufl. 1912 S. 447—449 und insbes. S. 449—458.

1. Verpflichtungen:

Kreditoren einschl. der Akzepte;

Depositen und die Ansprüche auf den bei Schluß des Geschäftsjahres noch unverteilter Reingewinn.

2. Liquide Mittel:

Kasse (einschl. fremder Sorten und Kupons).

Reports und Lombards,

Wechsel und Guthaben bei Banken und Bankiers, dagegen keine Debitoren.

Nach diesem Schlüssel hat sich die Liquidität seit 1893, wo sie bei sämtlichen deutschen Kreditbanken (mit einem Kapital mit mindestens 1 Mill. M.), 85% und bei den neun Berliner Banken 83% betrug, bis zum Jahre 1911 bei ersteren auf 67% und bei letzteren Banken auf 71% vermindert, also erheblich verschlechtert, und zwar, wie man hinzufügen muß,¹⁾ fast ständig verschlechtert. Mit Rücksicht hierauf habe ich schon in meinem Referat für den III. Allgem. Deutschen Bankiertag in Hamburg am 5. Sept. 1907 (Verhandlungen S. 22 und Sonderausgabe bei Leonh. Simion Nachf. Berlin 1907, S. 32) betont, daß eine dauernde Verschlechterung der Liquidität der Bankbilanzen „eine der bedenklichsten Schattenseiten“ der Bankenkonzentration darstellen würde. Es sind also Maßnahmen erforderlich, um mindestens weitere Rückgänge fernzuhalten.

Aus den erstgedachten Erörterungen folgt die dringende Notwendigkeit der Erhöhung der Barreserven, die sich am besten in Form der möglichst dauernden Erhöhung des Durchschnittsbestandes der Giroguthaben vollzieht, weil damit eine dauernde Vermehrung des Barstandes der Reichsbank verbunden ist, die ihr gestattet, wenn nötig, Noten bis zur dreifachen Höhe dieses Mehrbestandes vorübergehend auszugeben.²⁾

¹⁾ Vgl. bis 1910 die Tabelle bei Riesser, a. a. O. S. 452—453 und für 1911: Robert Franz, Die deutschen Banken im Jahre 1911 S. 24.

²⁾ Vgl. Anton Arnold, Die Bedeutung der Giroguthaben für die Bankpolitik im Bank-Archiv vom 1. Dez. 1906, VI. Jahrg. No. 5 S. 55 ff. Darüber, daß die Noten-

Aus den ersteren und den letzteren Hinweisen folgt die Notwendigkeit einer größeren Zurückhaltung in der Kreditgewährung, deren Umfang in immer steigendem Maße die Liquidität der Bankbilanzen beeinträchtigt hat.

Art, Maß und Möglichkeit einer solchen Kredit-Einschränkung sind natürlich theoretisch schwer zu bestimmen. Aber ohne jeden Zweifel läßt sich auch hier ein „Realbedarf“ von Handel und Industrie feststellen, dessen Art und GröÙe naturgemäß je nach den wechselnden Konjunktoren usw. erheblich schwanken muß, dessen Anforderungen aber die Banken befriedigen müssen,¹⁾ wenn sie nicht darauf verzichten wollen, die im nationalen Interesse dringend wünschenswerte Rolle weiter zu spielen, durch eine energische Unterstützung von Handel und Industrie die Gesamtwirtschaft zu erhalten und vorwärts zu bringen und Deutschlands Ansehen und Weltstellung zu steigern.

Aber neben jenem Realbedarf, der keine oder nur geringe Einschränkungen verträgt, steht zweifellos ein die Liquidität der Bankbilanzen sehr erheblich beeinträchtigender Spekulationsbedarf. Dieser kommt namentlich zum Ausdruck in den von 1880 bis 1911 bei den deutschen Kreditbanken etwa um das sechsfache erhöhten Posten der Reports und Lombards, ferner in den Wechsel-Akzepten, mittelst deren sehr häufig der Kredit der Großbanken zu den billigsten Bedingungen von den Provinzbankiers in Anspruch genommen wird, endlich in den Debitoren, unter denen sowohl ein Teil der Vorschüsse auf Effekten-

ausgabe nun etwa nicht dauernd um das dreifache des zur Reichsbank geströmten Metallgeldes ausgedehnt werden darf, vgl. v. Lumm im Bank-Archiv vom 15. März 1912, XI. Jahrg. Nr. 12 S. 185.

¹⁾ Mit Recht wies Herr Dr. Paul v. Schwabach auf dem IV. Allgem. Deutschen Bankiertage zu München (Verhandlungen S. 89) u. a. hin auf die sogen. Saison-Kredite, ferner auf die Mittel, welche durch die zahlreichen notwendigen Fabrik-Anlagen und Erweiterungen oder durch die gesetzlich geforderten oder freiwilligen Wohlfahrtseinrichtungen oder durch die von den Behörden verlangte Niederbringung zweiter Schächte bei Kali-Unternehmungen, oder durch den infolge neuer technischer Erfindungen verursachten Ausbau von industriellen Anlagen u. dgl. m. erfordert werden.

spekulationen wie die Vorschüsse auf Terrain- und Bauspekulationen und die verschiedenartigsten sonstigen Kredite stecken, die auf Seiten der Empfänger einen mehr oder weniger ausgeprägten spekulativen Charakter tragen. Von diesem Spekulationsbedarf kann ohne jeden Zweifel bei ernstem Willen und genauer Prüfung der konkreten Verhältnisse manches, vielleicht vieles, abgesetzt werden.

Es ist aber ferner zu hoffen, daß die zuerst von fast allen Großbanken, dann von einer großen Reihe anderer deutscher Kreditbanken von Ende Februar 1909 ab freiwillig übernommene Verpflichtung der Veröffentlichung zweimonatlicher Rohbilanzen nach einem im Jahre 1912 wesentlich verbesserten Schema nach und nach, infolge der Kritik, welche sowohl die Öffentlichkeit wie die konkurrierenden Banken selbst daran üben, sich zu einem außerordentlich wirksamen Selbsterziehungsmittel der letzteren¹⁾ auswachsen wird. Dieses aber wird allmählich zu übereinstimmenden oder sich immer mehr annähernden Grundsätzen in bezug auf die Geschäftspolitik, auch in bezug auf die Art und den Umfang der Kreditgewährung, führen.

Hierin sehe ich sogar den wesentlichsten Wert solcher Rohbilanzen, die ihren sonst in den Vordergrund gestellten Zweck der Aufklärung des Publikums über den Stand der Bank, naturgemäß nur in bescheidenem Umfange erfüllen können.²⁾

Zu diesem Ziele sollen aber auch die von der Reichsbankverwaltung angeregten kleineren Mittel führen; so insbesondere eine schon lange angestrebte und in gewissem Umfange sowie in gewissen örtlichen Grenzen im Mai 1913 bereits zustande gekommene Vereinbarung von Banken und einer Anzahl von Bankiers über Gewährung geringerer Zinsen für die Depositen und die fremden Gelder überhaupt, wodurch den Banken und Bankiers zugleich ein Ersatz für den ihnen

¹⁾ Vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken, 4. Aufl. S. 478.

²⁾ Näheres bei Riesser a. a. O. S. 475—478.

durch Erhöhung der Barreserven erwachsenden Zinsverlust geboten werden soll, und über eine höhere Akzeptprovision. Durch letztere Maßregel will man versuchen, die ständige Steigerung des Akzeptumlaufs und die starke Ausnutzung des Akzeptkredits der Banken für spekulative Zwecke, also die reinen Finanzakzepte, auf ein vernünftiges Maß herabzusetzen und so auch auf diesem Gebiete die Aktionskraft der Banken in kritischen Zeiten zu vermehren.¹⁾

Durch eine solche dem Realbedarf in keiner Weise zu nahe tretende, natürlich nur nach und nach mögliche Einschränkung allzu weitgehender Kreditgewährung werden auch allzu starke Steigerungen des Zahlungsmittelbedarfs und zugleich die in Verbindung damit notwendig gewesenen beständigen Erhöhungen des Bankdiskonts auf eine sachgemäße Mindestgrenze zurückgeführt.

Inzwischen sollten aber auch andere kleine Mittel nicht vernachlässigt werden, namentlich solche, welche im Wirkungskreise der Banken darauf abzielen, der Festhaltung allzu großer (s. oben S. 73) Goldreserven im Verkehr entgegenzuarbeiten. Dies könnte u. a. durch eine (bereits bei den zuständigen Stellen angeregte) allgemeine Verfügung der Bankleitungen an alle ihnen unterstellten Kassen (der Hauptbank sowie der Filialen, Depositenkassen und Agenturen) bewirkt werden, daß sie bei Auszahlungen und beim Wechseln nur dann Gold geben sollen, wenn und soweit dies ausdrücklich

¹⁾ Der Geschäftsbericht der Disconto-Gesellschaft hatte darüber auf S. 7 gesagt: „Auch die Vereinigung Berliner Banken und Bankiers wie der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes sind bemüht, eine ganz Deutschland umfassende Verständigung herbeizuführen, die eine liquidere Gestaltung der deutschen Geldwirtschaft zum Ziele hat. Zu diesem Zwecke wird vor allem eine vorsichtiger, die Gesamtlage der Volkswirtschaft berücksichtigende Kreditpolitik angestrebt, die zu einer Vermehrung der Kassenbestände, gleichzeitig aber auch zu einer Verbesserung der im Bankgewerbe üblichen, durch den übermäßigen Wettbewerb der letzten Jahre stark gedrückten Konditionen führen soll. Wir hoffen, daß diese Verhandlungen von Erfolg sein werden.“

gewünscht wird, sonst aber nur Banknoten, und zwar möglichst kleine Banknoten, sowie Kassenscheine. —

In einer etwas anderen Richtung bewegen sich die gleichfalls notwendigen Maßnahmen, welche nicht allein auf die Verbesserung der Liquidität, sondern zugleich auf die auch für die Kreditbanken in kritischen und kriegesischen Zeiten ganz besonders nötige elastische Ausgestaltung der ihnen für die Kreditgewährung zur Verfügung stehenden Mittel¹⁾ gerichtet sind.

Zur Erreichung dieses Zieles werden auch die Kreditbanken²⁾ auf einen starken Besitz an Goldvaluten, und zwar an Golddevisen, d. h. im Auslande in Gold zahlbaren Wechseln,³⁾ ferner an sonstigen in Gold vom Ausland zu zahlenden Forderungen und an guten, an einer Reihe ausländischer Börsen gehandelten, also einen internationalen Markt besitzenden ausländischen Wertpapieren, bedacht sein müssen. Aus der sofortigen Verwertung dieser Goldwerte werden sie die Mittel schöpfen können und müssen, um in der ersten Zeit nach der Kriegserklärung Kündigungen ausländischer Guthaben an ihre Klientel, ferner starken Auslandsverkäufen deutscher Effekten an den inländischen Börsen und erheblichen, vielleicht aus Kriegslieferungen an das Inland herrührenden, ausländischen Zahlungsanforderungen oder Rückforderungen ausländischer Guthaben usw. besser begegnen und den heimischen Markt vor zu großem und zu plötzlichem Druck in der gefährlichsten Zeit schützen zu können. Zugleich aber werden sie damit die Möglichkeit gewinnen, gerade dann, wenn das Inland metallische Zahlungsmittel verlangt und das eigene aufgesparte Gold ängstlich zurückhält, Gold aus dem Auslande heranzuziehen. Damit werden sie zur Beruhigung des Marktes in der schlimmsten Zeit beitragen und eine übermäßige

¹⁾ Vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken usw. 4. Aufl. S. 20.

²⁾ Vgl. Max Schinckel, Nationale Pflichten der Banken und Kapitalisten im Kriegsfall, im Bank-Archiv vom 15. Nov. 1905 (Jahrg. V, Nr. 1, S. 41—44).

³⁾ Ihren Bestand an Devisen gibt in den Geschäftsberichten für 1912 von den Berliner Großbanken lediglich die Dresdner Bank an, und zwar mit 44 503 737 M.

Erhöhung des Zinsfußes für kurzfristiges Leihgeld, also des Bankdiskonts, auch ihrerseits verhindern können. Unser deutscher Besitz an ausländischen Werten, der Ende 1905 in der Denkschrift des Reichsmarineamts über „Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt“ auf 16 Milliarden M. geschätzt wurde, und der heute nach meiner Überzeugung nicht geringer, aber auch kaum höher zu schätzen ist, bildet also in Kriegszeiten eine überaus wertvolle Reserve.¹⁾

Die Kreditbanken müssen ferner, was nicht immer geschehen ist, sich vor Festlegung großer Beträge in langfristigen und schwer realisierbaren Geschäften, vor der (zunächst allerdings oft schwer erkennbaren) schrittweisen Umwandlung anfänglicher Betriebskredite in Anlagekredite und vor solchen Unternehmungen und Beteiligungen im Auslande hüten, die, falls ihnen nicht ein entsprechender inländischer Besitz an ausländischen Goldvaluten gegenübersteht, unsere Verschuldung gegenüber dem Auslande erhöhen, also unsere Zahlungsbilanz (Forderungsbilanz) verschlechtern müssen.

Allerdings wird in der Praxis die konsequente Durchführung einer solchen im öffentlichen Interesse unerläßlichen und theoretisch leicht vorzuschreibenden Geschäftspolitik den Großbanken nicht nur durch die ungeheure Fülle von Aufgaben erschwert, denen sie in Friedenszeiten, namentlich angesichts der Bedürfnisse des Reichs, der Bundesstaaten und kommunalen Körperschaften sowie der Industrie und des Handels, zu entsprechen haben, sondern auch durch die Ansprüche, welche im Verlaufe der Konzentrationsbewegung an die Zentralbanken seitens ihrer Tochtergesellschaften, Filialen, Kommanditen, Agenturen und Interessengemeinschaften gestellt werden.

Die im Ausland vielfach ohne weiteres als richtig angenommene Behauptung, daß bei den deutschen Kreditbanken (diese

¹⁾ Über die Grenzen, innerhalb deren die Übernahme und Emission ausländischer Wertpapiere nötig und nützlich ist, vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken usw. 4. Aufl., 1912, S. 315—323.

als Einheit betrachtet) irgend welche fremden Gelder (oder gar Depositen) „in Konsortialgeschäften oder in Spekulationen angelegt“ seien, wird durch die Tatsache widerlegt, daß Ende 1911 der Gesamtbetrag, den die Posten „Effekten, Hypotheken- und Konsortialbeteiligungen“ bei den wesentlichsten deutschen Banken, nämlich den 158 Banken mit 1 Mill. M. Kapital und darüber, in Anspruch nahmen, rund 1715 Mill. M. betrug.

Diese Summe macht, so erheblich sie ist, doch nur etwas weniger als die Hälfte des eigenen Vermögens dieser Banken, d. h. des Aktienkapitals und der Reserven, in Höhe von rund 3731 Mill. M., aus. Es müßten also noch weitere ca. 50% dieser eigenen Mittel für jene Posten verwandt sein, ehe davon die Rede sein könnte, daß fremde Gelder in „Effekten, Spekulationen oder Konsortialbeteiligungen“ angelegt seien.

Die früher geäußerte Ansicht eines bekannten französischen Schriftstellers und Praktikers, André Sayous, daß eine — nicht einmal schwere — Panik „forcerait la presque totalité des banques allemandes à suspendre leurs paiements“, schoß auch für die Zeit, für welche sie aufgestellt wurde, weit über das Ziel hinaus. Sie war auch schon damals umsoweniger berechtigt, als eine Reihe von deutschen Banken schon in der ersten Epoche des deutschen Bankwesens (1848—1870) schwere Krisen gut bestanden hatten,¹⁾ während die Mehrzahl der heutigen deutschen Banken mindestens die Krisen von 1873 und 1901 sowie die internationalen Zahlungs- und Kreditschwierigkeiten des Jahres 1906/1907 und neuerdings wieder die Marokkowirren und die durch den Balkankrieg im Jahre 1912 entstandenen kritischen Zeiten, in denen sich auch die deutschen Börsen und Geldmärkte zum mindesten nicht schlechter als die fran-

¹⁾ Vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken usw., 4. Aufl., S. 69/70 und 71, Anm. 2.

zösischen gehalten haben (s. unten S. 114ff.), glänzend überwunden hat.

Vor den Gefahren einer weiteren Verschlechterung der Bankbilanzen, auf deren Verbesserung mit aller Kraft hingearbeitet werden muß, dürfen wir jedoch die Augen nicht verschließen. Eine Besserung wird bei Durchführung der oben erörterten Maßnahmen seitens aller beteiligten amtlichen und privaten Kassen und überdies mit dem Eintritt des (mit dem Rückgang der Konjunktur zu erwartenden) Abflauens der enormen Ansprüche eintreten, welche Industrie und Handel an die Banken bisher fast beständig, insbesondere wieder gerade im Jahre 1912, gestellt haben, und endlich mit einem Stillstand oder doch langsameren Gange der Konzentrationsbewegung, welcher bereits im Jahre 1907, allerdings vorläufig nur bei den Großbanken, zutage trat.

7. Was die öffentlichen Sparkassen angeht, so blieben sie, da z. B. die preußischen öffentlichen Sparkassen im Jahre 1910, also vor dem Erlasse des nachstehend in seinen wesentlichsten Bestimmungen wiedergegebenen preußischen Gesetzes betreffend die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren vom 23. Dezember 1912, etwa 60% (59,78%) ihrer Einlagen in Hypotheken und nur etwa 24,94% in Wertpapieren angelegt hatten, und da ähnliche Verhältnisse auch bei den Sparkassen anderer deutscher Bundesstaaten herrschten und zum Teil noch herrschen, vielfach weit hinter der Liquidität der Kreditbanken zurück. Es ist also erforderlich, daß hier schon im Frieden, was in manchen deutschen Bundesstaaten bereits geschehen, in anderen beabsichtigt ist, geeignete Maßnahmen seitens der Aufsichtsbehörden (des Staats, der Kommunen usw.) getroffen werden, welche, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, eine bessere Liquidität gewährleisten. Es ist ferner notwendig, daß namentlich diejenigen Vorschriften beseitigt werden, welche in einzelnen Landesteilen die Sparkassen noch zwingen, den größten Teil der Einlagen in Hypotheken anzulegen, die

in kritischen und kriegerischen Zeiten nicht oder nicht sofort verwertbar sind.

Die wesentlichsten Bestimmungen des vorerwähnten preußischen Gesetzes sind:

§ 1.

„Die öffentlichen Sparkassen haben von ihrem verzinslich angelegten Vermögen Mindestbeträge in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber anzulegen, und zwar:

1. 15 vom Hundert, wenn ihr Einlagebestand 5 Millionen Mark nicht übersteigt und sich ihre Grundstücksbeleihungen und die Gewährung von Darlehen als Personalkredit nach der Satzung künftig auf den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk belegen ist, beschränken;
2. 20 vom Hundert, wenn ihr Einlagebestand 10 Millionen Mark nicht übersteigt und sich ihre Ausleihungen (Nr. 1) nach der Satzung künftig auf den Stadt- oder Landkreis, in dem der Garantiebezirk belegen ist, und die angrenzenden Kreise beschränken;
3. 25 vom Hundert in allen anderen Fällen.

§ 2.

Von dem nach § 1 von der einzelnen Sparkasse zu haltenden Mindestbestand an mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber müssen drei Fünftel in Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs oder Preußens angelegt werden.

§ 3.

Sparkassen, welche den nach §§ 1 und 2 zu haltenden Bestand an mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber nicht besitzen, haben bis zur Erreichung dieses Besitzstandes alljährlich von dem Zuwachs ihres verzinslich angelegten Vermögens einen Prozentsatz in mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber, und zwar in dem im § 2 vorgesehenen Anteilsverhältnis anzulegen, der den Prozentsatz des von ihnen in mündelsicheren Schuldverschreibungen

auf den Inhaber zu haltenden Besitzstandes um 5 vom Hundert übersteigt.

Verstärkt eine Sparkasse in einem Jahre über diese Grenze hinaus ihren Besitzstand an mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber, insbesondere an Schuldverschreibungen des Reichs oder Preußens, so kann sie den Mehrbetrag auf die in diesen Schuldverschreibungen künftig anzulegenden Beträge in Anrechnung bringen.

§ 4.

Der Oberpräsident kann unter besonderen Verhältnissen ausnahmsweise Sparkassen Erleichterungen von den Auflagen dieses Gesetzes nachlassen, wenn dies ohne wesentliche Beeinträchtigung ihrer Liquidität geschehen kann.

§ 5.

Den Schuldverschreibungen des Reichs oder Preußens stehen im Sinne dieses Gesetzes die im Reichsschuldbuch oder im Preußischen Staatsschuldbuch eingetragenen Forderungen gleich.

§ 6.

Die öffentlichen Sparkassen können den durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Besitzstand an mündelsicheren Schuldverschreibungen auf den Inhaber soweit veräußern, als dies zur Rückzahlung von Einlagen unbedingt notwendig ist. Sobald wieder zinsbar anzulegende Bestände vorhanden sind, ist zunächst der bisherige Besitzstand bis zur Höhe der nach diesem Gesetze zu haltenden Mindestgrenze wiederherzustellen; der Oberpräsident kann widerruflich eine Erleichterung von dieser Verpflichtung nachlassen“. —

Der Betrag der Einlagen bei allen deutschen öffentlichen und nicht öffentlichen Sparkassen, welcher 1910 16³/₄ Milliarden M. betrug,¹⁾ dürfte heute (1913, erste Hälfte) den Betrag von 18 Milliarden M. nicht unerheblich überschreiten.

¹⁾ Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 33. Jahrg., 1912, S. 295 (am Schlusse der Tab. 146).

Es ist zu hoffen, daß auch von den anderen Bundesstaaten, soweit es noch nicht geschehen, in dieser Richtung vorgegangen wird, sei es durch gesetzgeberische, sei es durch Verwaltungsmaßregeln, und daß auch seitens der Sparkassen selbst alles nötige und mögliche zur weiteren Erhöhung der Liquidität geschieht.¹⁾

Mit Recht wies der Präsident der Königl. Seehandlung²⁾ (Preußischen Staatsbank), Wirkl. Geheimer Rat v. Dombois, bei den Kommissionsverhandlungen über das vorerwähnte Gesetz darauf hin, daß die Einlagebestände der Sparkassen für ganz Deutschland weit höher seien, als die fremden Gelder der deutschen Kreditbanken, Depositen- und Kontokorrent-Kreditoren zusammengerechnet, und daß den Sparkassen gegenüber die Staatsregierung eine besondere Verantwortung habe, weil sie, anders als die Mehrzahl der anderen Kreditinstitute, Anstalten des öffentlichen Rechts seien, einer Staatsaufsicht unterstellt und (in der Regel) mit dem wichtigen Vorrecht der Mündelsicherheit durch staatliche Verleihung ausgestattet seien.

Neben den Wertpapieren aber kämen für die Sparkassen andere flüssige Mittel kaum in betracht; insbesondere besäßen sie nur im geringem Maße Wechsel, die im Jahre 1912 bei den preußischen Sparkassen nur 0,93% ihrer Einlagen ausmachten und deren Verstärkung man ihnen auch nicht empfehlen könne, da sie die Bonität der Wechsel vielfach nicht mit Sicherheit zu prüfen in der Lage seien und die von ihnen zu erwerbenden Wechsel, mangels bekannter Unterschriften, wahrscheinlich nicht diskontfähig sein würden.³⁾

¹⁾ Vgl. das Referat des Generals der Infanterie z. D. W. v. Blume über: Die Kriegsbereitschaft der Sparkassen, gehalten gelegentlich der ordentlichen Mitgliederversammlung des deutschen Sparkassen-Verbandes vom 7. Dez. 1907 (Bericht S. 10).

²⁾ Vgl. Bericht der 16. Kommission über den Gesetzentwurf betr. die Anlegung von Sparkassenbeständen in Inhaberpapieren, Haus der Abgeordneten 21. Legisl.-Periode, V. Session 1912/13, Nr. 256 (604 A), S. 6/7.

³⁾ a. a. O. S. 7.

Diese Ausführungen können noch durch den Hinweis auf die Tatsache ergänzt werden, daß bei den preußischen Sparkassen in den Jahren 1894—1910 der an sich sehr geringe Prozentsatz des in mündelsicheren Anlagen bestehenden, also in der Regel leicht verwertbaren Vermögens sogar von 27 auf 25% heruntergegangen war, während 435 preußische Sparkassen im Jahre 1910 durchschnittlich über 75% (die gesamten preußischen Sparkassen 59,78%) ihrer Bestände in — natürlich illiquiden und besonders im Kriegsfall schwer oder gar nicht verwertbaren — Hypotheken angelegt hatten, und zwar im einzelnen:

152	Sparkassen	75— 80 %
150	„	80— 85 %
95	„	85— 90 %
26	„	90— 95 %
12	„	95—100 % ¹⁾

Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in den meisten anderen Bundesstaaten, soweit sie nicht ähnliche Maßnahmen wie die des preußischen Gesetzes schon getroffen hatten.

Ungeachtet der Verschlechterung der Liquidität der Bankbilanzen (s. oben S. 85), die aber doch im Jahre 1911 immer noch 67 % (bei den Großbanken 71 %) betrug, war also bisher in Preußen die Liquidität der Sparkassen überaus viel geringer wie die der Kreditbanken. Die Liquidität der Sparkassen ist also ganz besonders zu verbessern.²⁾

¹⁾ a. a. O. S. 26.

²⁾ Mit Recht wurde seitens eines Regierungsvertreters bei der Beratung des preuß. Gesetzes vom 23. Dez. 1912 in den Kommissions-Verhandlungen (a. a. O. S. 7) auch darauf hingewiesen, daß gerade den Sparkassen im Kriegsfall sehr erhebliche Beträge nicht nur als „Angstbedarf“, sondern auch aus vielen anderen Gründen abgezogen würden. So würden die einberufenen Reservisten und Landwehrleute ihre Rechnungen bezahlen und ihre Familien mit Geldmitteln versehen müssen; an den Armeelieferungen seien auch Handwerker und kleinere Lieferanten beteiligt, die hierzu Barmittel gebrauchten; andere Sparer würden ihre Einlagen zum Ankauf der im Kurs gesunkenen Papiere und zur Zeichnung auf die mit besonderen Vorteilen auszustattende Kriegsanleihe benutzen u. dgl. m.

8. Was endlich die Genossenschaften betrifft, so ergab sich für

- a) 1051 Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Schulze-Delitzsch)¹⁾ für Ende 1911 (neuere Zahlen sind noch nicht erhältlich) folgende Liquidität:

Leicht greifbare Mittel:

Kassenbestand	M. 27 217 285
Bestand an eigenen Wertpapieren	„ 108 240 929
Guthaben bei Banken und Vereinen	„ 71 283 283
Prima Diskonten	„ 20 825 365
Den Mitgliedern diskontierte Geschäftswechsel	„ 218 997 012
Summe der sofort greifbaren Aktiva	M. 446 563 874

Kurzfristige Verbindlichkeiten:

Scheckgelder	M. 526 666 696
Sonstige fremde Gelder	„ 50 364 637
Kontokorrentgläubiger	„ 145 197 246
Akzepte	„ 10 320 766
Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten	M. 732 549 345

Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch die sofort greifbaren Aktiva = 60,96 %

- b) für die Kreditgenossenschaften des Hauptverbandes Deutscher gewerblicher Genossenschaften stellte sich für 323 berichtende Genossenschaften die Liquidität am Schlusse des Jahres 1911 folgendermaßen:

¹⁾ Die 4165 Darlehnskassen der ländlichen Genossenschaften für Deutschland (Raiffeisenkassen) verfügten am 31. Dez. 1910 über 570¹/₄ Mill. M. an fremden Geldern, von welchen 389,64 Mill. M. in Darlehen und Kaufgeldern festgelegt waren. Weitere 88,13 Mill. M. waren an Mitglieder, 7,65 Mill. M. an sonstige Kontoinhaber in laufender Rechnung und 20,15 Mill. M. an Warenschuldner ausgeliehen. Die liquiden Mittel bestanden in 18,33 Mill. M. Kasse und 4,94 Mill. M. Wertpapiere = 4,1 % der fremden Gelder (Frankf. Zeitung Nr. 146 v. 28. Mai 1913).

Leicht greifbare Aktiva:

Kassenbestand	M.	3 175 146
Guthaben bei Banken (Verbandskasse, Reichs- bank und anderen Banken)	„	3 991 408
Eigene Wertpapiere	„	3 335 939
Diskontierte Geschäftswechsel	„	29 549 866
Summe der sofort greifbaren Aktiva	M.	40 052 359

Kurzfristige Verbindlichkeiten:

Spareinlagen	M.	71 522 935
Scheckgelder	„	6 204 003
Schulden	„	17 449 361
Eigene Akzepte	„	2 399 333
Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten	M.	97 575 632

Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch die sofort greifbaren Aktiva = 41,05 %.

Wir sehen also, daß auch bei den vorerwähnten Genossenschaften die Liquidität zu wünschen übrig läßt.

9. Die Reserven der deutschen Aktiengesellschaften.

Den Bedenken bezüglich der Liquidität der deutschen Kreditbanken, Sparkassen und Genossenschaften steht als erfreuliches, allerdings nicht mit der Liquidität dieser Gesellschaften in Zusammenhang stehendes Moment die Tatsache gegenüber, daß speziell die deutschen Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, also auch die Banken, seit der Aktiengesetznovelle vom 18. Juli 1884, deren hierher gehörige Vorschriften durch unser heutiges HGB. wiederholt und erweitert worden sind, sehr erhebliche gesetzliche Reserven angesammelt haben, zu denen große freiwillige Reserven treten, die zusammen, neben den Grundkapitalien, die „Garantiemittel“ der Unternehmungen darstellen, allerdings weniger den Gläubigern, als den Aktionären gegenüber.

Zu diesen beiden Arten der in den Bilanzen ausgewiesenen Reserven treten auch nicht ausgewiesene (unechte), sogenannte stille Reserven, hinzu, die bei vielen deutschen

Aktiengesellschaften, auch bei vielen Banken, eine sehr große Höhe erreichen.

Es ist kein Zweifel, daß die deutschen Aktiengesellschaften, obwohl ihre ausgewiesenen Reserven nicht besonders angelegt sind, sondern, gleich den Grundkapitalien, im Geschäftsbetriebe mitarbeiten, doch, infolge der Stärkung ihres finanziellen Status durch diese Reserven, wirtschaftliche Krisen, z. B. die des Jahres 1900/01, bei weitem besser und rascher überstanden haben, wie z. B. die Krisis des Jahres 1873, wo eine gesetzliche Verpflichtung zur Ansammlung eines Zwangsreservefonds noch nicht bestand. In diesem Sinne gehört ein Hinweis auf die zufriedenstellenden Fortschritte der Reserven, obwohl sie in erster Linie Garantiemittel zu Gunsten der Aktionäre sind, auch hierher.

Es ist gleichfalls erfreulich und wichtig, daß sich auch bei den Kreditbanken mit mehr als 1 Mill. M. Kapital, das Verhältnis der Reserven (801,66 Mill. M. im Jahre 1911) zum Grundkapital (2 928,89 Mill. M. im Jahre 1911) = 27,37 % in den letzten 20 Jahren fast durchweg in steigender Richtung bewegt hat; es hatte im Jahre 1893 18,77 % betragen.

Der heutige Stand der ausgewiesenen Reserven deutscher Aktiengesellschaften am Schlusse des Bilanzjahres 1910/11 ergibt sich für eine Anzahl wichtiger Gewerbegruppen aus nachfolgender Tabelle:

Gewerbegruppen	Zahl der Aktien-Gesellschaften im gesamten Deutschen Reich	Eingezahltes Aktienkapital in 1000 M.	Die (ausgewiesenen) Reserven in 1000 M.	Die (ausgewiesenen) Reserven in Prozenten des Aktienkapitals
Bergbau, Hüttenbetrieb (auch in Verbindung mit Metall- und Maschinenindustrie)	221	1 285 716	287 915	22,39
Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate	36	1 083 621	224 374	20,71
Chemische Industrie	534	1 789 545	351 047	19,62
Textilindustrie	151	467 999	146 249	31,25
Nahrungs- und Genußmittel-industrie	352	637 748	165 088	25,89
Verkehrsgewerbe	812	1 027 856	207 586	20,20
	479	1 534 509	226 145	14,74

Bei den gesamten (4680) deutschen Aktiengesellschaften betrug das Verhältnis der Aktienkapitalien (rund 14 228 Mill. M.) zu den Reserven (rund 3 255 Mill. M.) 22,87%.

10. Die deutschen Börsen. Wenn bezüglich der fast ständigen Verschlechterung der Liquidität der Bankbilanzen bisher Bedenken erhoben werden mußten, deren Beseitigung oder Milderung teils von der natürlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, teils von den erörterten freiwilligen Maßnahmen der Banken und sämtlicher übrigen am Geldverkehr beteiligten staatlichen und privaten Organe und Stellen erhofft werden muß, so verschärfen sich diese Bedenken, wenn man des Zustandes der deutschen Börsen gedenkt, an deren Mitwirkung als Zentralstellen des Angebots und der Nachfrage in Wertpapieren im Falle eines Krieges bei Ausgabe von Anleihen usw. in so erheblichem Umfange appelliert werden muß.

Es ist das „Verdienst“ des am 1. Januar 1897 in Kraft getretenen alten Börsengesetzes, die früher so starken deutschen Produktenbörsen lahm gelegt, und, in Verbindung mit der durch das Gesetz nicht geschaffenen, aber (unter Mitwirkung des Reichsstempelgesetzes) beförderten und beschleunigten Bankenkonzentration, auch die deutschen Fondsbörsen in hohem Grade geschwächt zu haben. Insbesondere war die Berliner Produktenbörse, die in den 70er und 80er Jahren auf dem Weltmarkt eine fast führende Rolle einnahm, beinahe wieder zur dienenden Stelle eines Produktenmarktes herabgesunken, während die einst so mächtige Berliner Fondsbörse, auf deren Stimme man in jenen Jahren, was nicht ohne Einfluß auf unsere ganze finanzielle Stellung im Auslande blieb, in Paris, London und New-York zu hören gewohnt war, auf dem besten Wege war, zu einer Lokalbörse zu werden.¹⁾

¹⁾ Vgl. Riesser, Die Notwendigkeit einer Revision des Börsengesetzes, Berlin 1902. (Leonh. Simion.) S. 37/38.

Die Verbote und Einschränkungen des Zeitgeschäfts hatten die berufsmäßige Spekulation (die sogenannte Kulisse) dezimiert und damit die Börse geschwächt, die Macht der Banken aber und die Ausdehnung und Schnelligkeit der Konzentrationsbewegung gefördert und dadurch die Bedeutung und Widerstandskraft der für die Gesamtwirtschaft unentbehrlichen mittleren und kleinen Bankiers immer mehr geschädigt.

Je mehr dann diese Konzentrationsbewegung vorrückte, umso mehr mußte auch diese wieder von neuem die Börse schwächen, die nur bei großen Umsätzen und einem großen Kreise der an ihr tätigen Personen ihre wichtigen Aufgaben erfüllen kann. Denn nun konnten die immer größer werdenden Banken, insbesondere die Großbanken, „auf dem Wege der internen Kompensation der bei ihnen zusammenströmenden Kauf- und Verkaufsaufträge in großem Umfange selbst die Funktionen der Börse übernehmen, während sie nur den nicht kompensierbaren Teil dieser Aufträge an die Börse bringen, ihr also in weitestem Umfange wieder Umsätze entziehen, deren sie zur sachgemäßen Erfüllung ihrer Funktionen dringend bedarf.“¹⁾ Dies gilt sowohl auf dem Gebiete des Effektenmarkts wie auf dem des Kapitalmarkts.

Die Schwächung der deutschen Börsen, insbesondere der Berliner Börse,²⁾ durch das Börsengesetz vom 1. Jan. 1897 zeigte sich denn auch bald in der Tatsache, daß selbst an der letzteren Aufträge von wenigen tausend Mark nicht oder erst in mehreren Tagen ausführbar waren, daß geringe unlimitierte

¹⁾ Riesser, Stand und Aussichten der Börsengesetzreform, Referat auf dem Hamburger Bankiertage (5. Sept. 1907), Sonderabdruck bei Leonhard Simion Nachf., 1907, S. 32; vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken usw., 4. Aufl., S. 333/334 u. S. 629/630.

²⁾ Ganz unberechtigt ist es, für die bei kritischen und insbes. kriegerischen Zeiten stets und überall eintretenden Kursrückgänge „die Börse“ ausschließlich verantwortlich zu machen, welche doch nur die Zentralstelle für die sich hier aus dem ganzen Lande konzentrierenden Kauf- und Verkaufsaufträge aller Kreise ist, wie sich ja auch die stürmische Zurückziehung der Einlagen und Guthaben völlig parallel vollziehen, ohne jedes Zutun „der Börse“.

Aufträge schon einen starken Kursdruck hervorriefen, und daß bei dem unerwarteten Ausbruch des russisch-japanischen Krieges (9. Februar 1904), wo allerdings die Börsengesetznovelle vom 18. Mai/1. Juni 1908 noch nicht bestand, Papiere, die gleichzeitig in Berlin und Paris notiert waren, in Berlin erheblich stärker fielen als in Paris, obwohl man doch nur in Frankreich, aber nicht in Deutschland, Befürchtungen hegen konnte, mit in jenen Krieg verwickelt zu werden. Es fielen z. B. Türkenloose in Paris nur um Fr. 12,25, in Berlin um 19,50 M., Harpener Bergwerksaktien in Paris um 12, in Berlin aber um 19% u. dgl. m.

Gegenüber der hieraus klar ersichtlichen geringeren Widerstandskraft und Aufnahmefähigkeit der deutschen Börsen wurde sehr häufig, gewöhnlich aber von grundsätzlichen Gegnern und Nichtkennern der Börse oder von der großen Zahl derer, welche die Gegnerschaft mit der Unkenntnis vereinen, eingewendet, man sehe ja, trotz dieser angeblichen Schwäche der Börse, doch immer wieder, wie sofort, wenn günstige Konjunkturen eintreten, die Börsenkurse hinauf-schnellen. Das ist jedoch das Gegenteil einer Widerlegung. Weder ein schlechtes Gesetz, noch eine schwache Börse kann bei einem großen wirtschaftlichen Aufschwung und der dann sofort auftretenden stärkeren Nachfrage verhindern, daß erhebliche Steigerungen der Werte derjenigen Gesellschaften eintreten, welche an diesem Aufschwung beteiligt sind. Im Gegenteil, auch solche Steigerungen werden um so plötzlicher, um so stürmischer und um so maßloser eintreten, je schwächer die Börse ist.

Die innere Kraft einer Börse, die als ein wichtiges politisches Machtmittel für die Staatsleitung anzusehen ist, zeigt sich lediglich in ihrer unbedingten Aufnahmefähigkeit und in ihrer unbegrenzten Widerstandskraft, insbesondere darin, daß sie, infolge einer regelmäßig funktionierenden Kontremine, in guten Zeiten eine zu stürmische und zu weitgehende Auf-

wärtsbewegung, in kritischen Zeiten, auf Grund der allmählich einsetzenden Deckungskäufe der Kontremine, ein zu rasches und zu starkes Stürzen der Kurse mit Erfolg verhindern kann.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Börsengesetznovelle vom 18. Mai/1. Juni 1908, welche erst nach fast zehnjährigem Kampf, und als Teil-Erfolg, den zahlreichen und mächtigen Gegnern abgerungen wurde — den nämlichen Gegnern, welche die infolge ihrer eigenen Fehler eingetretene Schwäche der Börse dann illoyalerweise wieder der Börse zum Vorwurf machten¹⁾ — in vielen Beziehungen zu spät gekommen ist, zumal die inzwischen immer stärker gewordene Konzentrationsbewegung der bereits desorganisierten Börse immer größere Mengen des für eine richtige Preisbildung unerläßlichen Materials entzogen hat.

Auch ein sonst maßvoll und sachlich urteilender Militärschriftsteller, General z. D. v. Blume, hat in einem Artikel im „Tag“ vom 20. Oktober 1912: „Sind wir im Kriegsfall von der Börse abhängig?“ im Anschluß an die an der Berliner Börse anläßlich der Balkanwirren eingetretenen panikartigen Kursrückgänge, die ihm zu beweisen schienen, daß die Berliner Börse zur Leistung der Dienste, die sonst eine mannhafte und patriotische Börse dem Lande leisten könne, außer Stande sei, den Schluß gezogen, „daß das Deutsche Reich im Falle eines von ihm zu führenden ersten Krieges nicht hoffen kann, die dazu erforderlichen Geldmittel zu erträglichen Bedingungen mit Hilfe der Börse zu beschaffen“.

In dem ersten meiner hiergegen unter dem Titel: „Finanzielle Kriegsbereitschaft und finanzieller Generalstab“ im „Tag“ vom 23. und 24. Oktober 1912 gerichteten Aufsätze habe ich ausgeführt, was ich hier wiederhole, daß „die Börse“ in erster

¹⁾ Es ist sehr ernst zu erwägen, ob nicht auch jetzt eine Änderung der ganzen Organisation der deutschen Börsen — etwa nach englischem Muster — eine Abhilfe bieten und durchführbar sein könnte; die dagegen sprechenden Bedenken verhehle ich mir freilich nicht.

Linie die Zentralstelle für die Ausführung der sich hier aus dem ganzen Lande konzentrierenden Kauf- und Verkaufsaufträge ist.

Ist bei dem Ausbruch eines Krieges, wie dies gelegentlich der Balkanwirren der Fall war, das Kursniveau infolge einer gerade im Inland vorhandenen guten wirtschaftlichen, insbesondere industriellen Konjunktur besonders hoch,¹⁾ so wird dieses Kursniveau, dessen Existenz und Aufrechterhaltung vor allem durch eine völlig friedliche Weltlage bedingt war, naturgemäß unter den „Angstverkäufen“ besonders stark zu leiden haben. Aufträge zu solchen Angstverkäufen pflegen alsdann, angesichts der Solidarität der Weltmärkte, auch bei einem Kriegsausbruch in ganz entfernten Ländern, aus nahezu allen aus ihrer Ruhe und Friedenszuversicht aufgeschreckten kapitalistischen, und zwar auch „mannhaften und patriotischen“, sowie aus denjenigen spekulativen Kreisen erteilt zu werden, welche bis dahin auf den Fortbestand des Friedens gerechnet hatten und nun naturgemäß ihre Engagements zu lösen suchen. Diese „Angstverkäufe“, die um so stürmischer sind, je unerwarteter der Kriegsausbruch war und je mehr die Befürchtung besteht, er könne, möge er sich zunächst auch nur „hinten in der Türkei“ abspielen, auch auf die Heimat übergreifen, gehen also im einzelnen aus von Leuten, die sich vor drohenden schweren Kursrückgängen schützen oder sich für alle Eventualitäten bares Geld verschaffen oder einen auf ihren Papieren ruhenden Gewinn, soweit möglich, noch in letzter Stunde in Sicherheit bringen wollen.

Jene Angstverkäufe müssen sich aber im wesentlichen

¹⁾ Übereinstimmend M. Biermer, Die finanzielle Mobilmachung S. 19/20: „Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß es einen Unterschied macht, in welchem Momente der Ausbruch eines Krieges die deutsche Volkswirtschaft trifft. In Depressionszeiten wird, wie das ganze Wirtschaftsleben, so auch der Geldmarkt viel weniger davon betroffen werden, die Belastungsprobe wird viel leichter ausgehalten werden als in der Hochkonjunktur, wo schon an sich die Anspannung des Geldmarktes sehr groß, die Diskontsätze sehr hoch zu sein pflegen“.

abspielen an der Börse als der Sammelstelle für Angebot und Nachfrage des ganzen Landes in Wertpapieren, während sie nur in weit geringerem Umfange durch die Börse, d. h. durch die berufsmäßig an der Börse vertretenen Kreise, für eigene Rechnung betätigt werden.

Die Vorwürfe gegen „die Börse,“ die vielfach nur den Charakter eines beliebten Schlagwortes haben,¹⁾ sind also richtiger in erster Linie gegen die Kopflosigkeit und Überstürzung des gesamten Publikums, wobei kein Stand auszunehmen ist, zu richten.

Interventionskäufe der Banken, die in solchen Zeiten seitens der deutschen Bankwelt vielfach vorgenommen werden, sind, bei der Größe des Marktes, der bunten Reihe der in Betracht kommenden Papiere und bei den Riesensummen, um die es sich handelt, im wesentlichen nur bestimmt, psychologische Wirkungen gegenüber dem Verkaufsandrang des Publikums auszuüben, die auch in der Regel nicht ausbleiben.

Ungeachtet des immer noch wenig befriedigenden Zustandes der deutschen Börsen scheint es mir nicht ausgeschlossen, daß infolge der, wenigstens grundsätzlichen, Wiederzulassung des Zeitgeschäfts, nach und nach wieder eine Erstarkung des mittleren und kleineren Bankierstandes, also der berufsmäßigen Spekulation (Kulisse), insbesondere auch der im Frieden und Kriege unentbehrlichen Arbitrage, sowie ein regelmäßiges Funktionieren der sogenannten Kontremine und damit nach und nach eine größere Aufnahme-

¹⁾ Wenn sogar Ad. Wagner neuerdings (15. Mai 1913) auf dem evangel.-sozialen Kongreß in Hamburg das Börsengeschäft kurzer Hand als „Spiel“ charakterisiert haben soll, so wäre eine solche Äußerung wissenschaftlich unhaltbar. Sie ist aber für denjenigen nicht verwunderlich, dem das auf die Kreditbanken bezügliche Urteil Wagners im Vorwort zu Heinr. Sattlers Arbeit über die Effektenbanken vom Jahre 1890 bekannt ist (vgl. hierüber Riesser, Die deutschen Großbanken, 4. Aufl. S. 288, Anm. 2). Solche Äußerungen werden sicherlich nicht mehr denkbar sein, wenn der von mir in der Bank-Enquete-Kommission ausgesprochene Wunsch erfüllt sein wird, daß jeder, welcher Dozent der Staatswissenschaften oder der Jurisprudenz werden will, vorher sein Gebiet auch in praktischer Arbeit in gewerblichen oder Bankbetrieben kennen gelernt haben muß.

fähigkeit und Widerstandsfähigkeit der Börsen eintreten wird.

Dies aber wäre nicht nur zu erhoffen, sondern, entgegen den unverständigen Ansichten grundsätzlicher Gegner jeder „Spekulation“, die bei dem Handel in landwirtschaftlichen Produkten und bei Viehveräußerungen ebensowenig entbehrt werden kann wie im übrigen Handel und in Gewerbe und Industrie, mit allen Mitteln herbeizuführen.

Mit vollem Recht hat Max Warburg in seinem Referat auf dem III. Allgem. deutschen Bankiertage zu Hamburg (5. September 1907) darauf hingewiesen, daß nur eine gesunde und starke berufsmäßige Spekulation bei Kriegsausbruch einer Panik gerade in einheimischen Werten durch Aufnahme großer Beträge bei weichenden Kursen vorbeugen kann. Und nicht minder gerechtfertigt ist sein Hinweis auf die — für uns besonders bedeutsame — Tatsache, daß die großen französischen Anleihen während und nach Beendigung des Krieges von 1870/71 nicht etwa vom Publikum, sondern von der Spekulation übernommen wurden, und daß die feste Plazierung erst 7 bis 8 Jahre nach der Emission wirklich erfolgt war.¹⁾ Was die Produktenbörse angeht, der in erster Linie die Börsenfeindschaft agrarischer Kreise gilt,²⁾ so wird man sich vielleicht³⁾ sofort nach einer Kriegserklärung, unter Zurückstellung aller entgegenstehenden einseitigen Interessen, entschließen müssen, die das Getreidetermingeschäft auch jetzt noch in übermäßiger Weise einschnürenden Vorschriften des Börsengesetzes, wenn nicht ganz zu suspendieren, so doch wesentlich zu mildern. Etwaigen spekulativen Übergriffen könnte, falls solche sich

¹⁾ Diese Tatsache steht fest, weil das französische Publikum die Staatsanleihen immer auf Namen schreiben läßt. (Vgl. Max Warburg in den Verhandlungen des III. Allgemeinen Deutschen Bankiertages, S. 31.)

²⁾ Über die Gründe s. Riesser, Die Notwendigkeit einer Revision des Börsengesetzes, Berlin 1902, S. 6—9.

³⁾ Siehe jedoch meinen Vorbehalt auf S. 167, Anm. 1, Abs. 2.

hierbei wider Erwarten selbst in so schweren Zeiten zeigen sollten, mühelos und scharf an Hand der fortbestehenden sonstigen Vorschriften des Börsengesetzes entgegengetreten werden.

Die große Bedeutung einer Erstarkung unserer Börse, mit deren Hilfe wir unsere Kriegsanleihen zu plazieren haben, wird besonders klar, wenn wir uns die Möglichkeit vergegenwärtigen, daß wir im Kriegsfall auch in dieser Beziehung, falls uns die Börsen in Paris und London verschlossen sein sollten, im wesentlichen auf uns allein angewiesen sein könnten. Wir werden überdies solchenfalls ohne jeden Zweifel mit starken auswärtigen Versuchen zu rechnen haben, durch große unlimitierte Verkaufsordres, insbesondere auch in unseren Staatspapieren, die Aufnahmefähigkeit der Börsen und durch falsche Nachrichten über den Stand der Reichsbank und unserer Kreditbanken, unseren Staats- und Privatkredit zu schädigen, sowie durch Steigerung der Wechselkurse und direkte oder indirekte Goldentziehungen, insbesondere im Wege der Kündigung von Guthaben, die heimischen Goldbestände zu schwächen, die Geld- und Effektenmärkte zu deroutieren und die deutsche Goldwährung im Auslande in Mißkredit zu bringen.

11. Der Zahlungsmittelvorrat, insbesondere der Goldbestand. Der für den Zahlungsmittelbedarf der Nation derzeit vorhandene Zahlungsmittelvorrat besteht in

1. einem Barmittel-(Metallzahlungsmittel-)Fonds, der sich zusammensetzt aus:

- a) Gold, welches entweder im Verkehr, insbesondere von den öffentlichen und privaten Kassen oder von Kreditbanken, Gesellschaften, Privaten usw. festgehalten oder für industrielle Zwecke verbraucht wird, oder einen Teil des Reichsbank- und Privatnotenbankenbestandes bildet, und — abgesehen vom Kriegsschatz des Juliusturmes von 120 Mill. M. — derzeit

- (Mai 1913) auf etwa **3 Milliarden M.** zu schätzen ist. Hiervon entfielen auf den im Jahre 1912 durchschnittlich bei der Reichsbank vorhanden gewesenen Goldbestand in Barren, fremden und deutschen Münzen rund 880 Mill. M. (genau 880 083 000 M.);
- b) Scheidemünzen (Silber und Nickel), deren Gesamtumlauf im deutschen Reiche derzeit etwa **1 Milliarde M.** beträgt, während bei der Reichsbank hiervon im Durchschnitt des Jahres 1912: 323 512 000 M. lagen;

2. in einem Papierzahlungsmittelfonds, der sich zusammensetzt aus:

- a) Reichskassenscheinen, deren höchster Umlaufsbetrag derzeit 120 Mill. M. ist, während der durchschnittliche Reichsbankbestand an Reichskassenscheinen im Jahre 1912 rund 39 Mill. M. (39 118 000 M.) betrug. Der Gesamtumlauf wird bei Annahme des derzeit dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegten Gesetzentwurfs „über die Änderungen im Finanzwesen“ vom 28. März 1913 um weitere 120 Mill. M. zur Vermehrung des Kriegsschatzes in Gold erhöht werden.
- b) Reichsbanknoten, deren durch den Barvorrat (also durch den Metallvorrat, Reichskassenscheine und Noten anderer Banken)¹⁾ gemäß § 9 des Bankgesetzes nicht gedeckter, in seiner Höhe schwankender Betrag im Jahre 1912 durchschnittlich . . 512 Mill. M. (511 986 000 M.) ausgemacht hat,²⁾ zu welchen

¹⁾ Diese Zahlungsmittel sind als solche schon oben unter den Zahlungsmitteln berücksichtigt, so daß die auf Grund des Barvorrats ausgegebenen Banknoten hier nicht nochmals in Rechnung gestellt werden können; der Durchschnitts-Umlauf an Reichsbanknoten im Jahre 1912 war: 1 781 999 000 M.; der Banknoten-Umlauf aber am 31. Dez. 1912 war mit 2 519 378 350 M. der höchste seit Bestehen der Bank.

²⁾ Der gemäß § 17 des Bankgesetzes durch den Barvorrat, also durch Metallvorrat und Reichskassenscheine, nicht gedeckte Notenumlauf betrug im Jahre 1912 durchschnittlich 539 286 000 M.; es ist ungenau ausgedrückt, wenn v. Ströhl in seiner Abhandlung: Über den Zahlungsmittelbedarf Deutschlands (im Bank-Archiv v. 15. Sept. 1912, XI. Jahrg., Nr. 24) auf S. 391 von ungedeckten Reichsbank- und Privat-

- c) Privatbanknoten kommen, die durch den Barvorrat nicht gedeckt sind und deren durchschnittlich umlaufender Betrag bis zu 80 Mill. M. ausmacht.

Der Gesamtzahlungsmittelvorrat der Nation in Friedenszeiten¹⁾ beträgt also derzeit rund . . . **5 Milliarden M.**²⁾ (4712 Mill. M.)

Von diesem Vorrat bedarf die auf den deutschen Verkehr entfallende Goldquote einer Erläuterung:

Während eine frühere Schätzung des amerikanischen Schatzamts, welche von dem per 31. Dezember 1906 auf ca. 25 Milliarden M. angenommenen Goldvorrat der Welt ca. $4\frac{1}{4}$ Milliarde M. auf den deutschen Goldbestand, und hier-nach etwa $3\frac{1}{2}$ Milliarden M. auf die im Verkehr festgehaltenen oder verbrauchten Goldmengen berechnete,³⁾ ohne Zweifel zu hoch war, dürfte eine neuerliche Schätzung des amerikanischen Münzdirektors per Januar 1911⁴⁾ der Wahrheit viel näher kommen.

Hier wird, ausgehend von einem Goldvorrat der Welt per 1. Januar 1911 von 31 715 100 000 M.
der deutsche Goldvorrat berechnet mit . . . 3 250 000 000 „
so daß, da hiervon am 1. Januar 1911 nur rund 661 037 000 „
in der Reichsbank lagen, nicht weniger als 2 588 963 000 „
im Verkehr festgehalten oder für industrielle Zwecke verbraucht worden wären.

banknoten spricht, die es gesetzlich nicht geben kann. Auch ist zu dieser Abhandlung zu bemerken, daß das steuerfreie Noten-Kontingent der Reichsbank gegenwärtig 550 und bei Quartalwenden 750 Mill. M. (nicht 500 und 700) beträgt.

¹⁾ Weggelassen ist oben die Silber-Reserve, die nach dem Gesetzentwurf „über Änderungen im Finanzwesen“ vom 28. März 1913 zur Deckung eines „außerordentlichen Bedarfs“ bestimmt ist.

²⁾ Zu etwa dem gleichen Ergebnis kommt Moritz v. Ströll in der oben Anm. 2 zitierten Abhandlung, S. 390 u. 391.

³⁾ Näheres in der ersten Auflage dieses Buches S. 50.

⁴⁾ Conrads Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Statistik, Jahrg. 1912, S. 442/443.

Etwas, aber nicht viel höher lautete die Schätzung des deutschen Goldvorrats für 1910 seitens der Frankfurter Zeitung (25. August 1910, Abendblatt) mit . . . 2 800 000 M., und mit dieser Schätzung stimmt im wesentlichen überein die Berechnung des bekannten und verdienten Reichsbankstatistikers Dir. Dr. Arnold¹⁾ für Ende 1909, also ungefähr die gleiche Zeit, in Höhe von . . . 2850 Mill. M., der allerdings die von der Frankfurter Zeitung nicht mitberechneten 120 Mill. M. des Juliusturmriegsschatzes einschließt; zu den von ihm angenommenen Beträge von 2850 Mill. M. würden aber noch etwa 300 Mill. M. hinzutreten, welche damals in der Form von Goldbarren und ausländischen Goldmünzen in der Reichsbank lagen.²⁾

Endlich veranschlagt Ernst Kahn³⁾ den Goldbestand Deutschlands für 1913, ohne den Kriegsschatz im Juliusturm, auf etwa . . . 3000 Mill. M., wobei er, infolge der eingetretenen Steigerung des Luxusbedarfs, den Industriebedarf auf etwa 110—120 Mill. M. einstellt. Diesen Industriebedarf hatten die von der Bank-Enquête-Kommission von 1908/09 vernommenen Sachverständigen auf jährlich rund 100 Mill. M. in Doppelkronen geschätzt, welche letzteren speziell seitens der Bijouterieindustrie aus der Reichsbank, die aber jetzt vielfach für solche Zwecke Goldplättchen liefert, entnommen und dann eingeschmolzen und verarbeitet wurden.⁴⁾

Die Frankfurter Zeitung vom 13. April 1913 (erstes Morgenblatt) hat dann für 1913 eine neue Berechnung angestellt, kraft deren sie die deutschen Goldvorräte auf zwischen 3150 bis 3300 Mill. M. annimmt.

¹⁾ In der Abhandlung: Statistik des Goldes und der Börse (Festschrift zum 70. Geburtstage von Georg v. Mayr).

²⁾ a. a. O. S. 176.

³⁾ Ernst Kahn, Der monetäre Goldbestand in Deutschland und der industrielle Goldverbrauch im Bank-Archiv v. 1. März 1913, XII. Jahrg. Nr. 11, S. 175—176.

⁴⁾ Für 1907 wurde der industrielle Goldverbrauch an Goldmünzen und Feingold auf Grund einer amtlichen Enquete auf 91 616 000 M. berechnet.

Wie man nun auch hiernach die Höhe der im deutschen Verkehr festgehaltenen Beträge und der für industrielle Zwecke verbrauchten Goldmengen berechnen möge, so steht doch fest, daß die deutsche Bevölkerung, schon weil sie, in Erinnerung an das Elend der früheren Papierwirtschaft, seit Errichtung des Deutschen Reiches lange Zeit systematisch dazu erzogen worden war, in überaus zäher Weise auch in Friedenszeiten am Hartgeldverkehr, und namentlich am Goldverkehr, festhält, und Goldsurrogate, insbesondere Banknoten, obwohl die Reichsbanknoten inzwischen gesetzliche Zahlkraft erhalten haben, nur in relativ geringem Umfange aufnimmt. Aus diesem Grunde sind denn auch, selbst in dem ganz anormalen Jahr 1912, wo, wie oben schon erwähnt, der Notenumlauf (ebenso wie die Wechselanlage) am 31. Dezember die höchsten Ziffern seit Bestehen der Bank aufgewiesen hatte,¹⁾ seitens der Reichsbank durchschnittlich an Banknoten nur ausgegeben worden 1 781 999 000 M. gegenüber den von der Banque de France im Jahre 1912 durchschnittlich ausgegebenen 5 322 937 200 Fr.

Jene niedrige Ausgabe von Banknoten ist freilich im Kriege, und namentlich bei Kriegsbeginn, ein Vorteil, da solchenfalls die Banknotenemission in der Regel leichter und unbedenklicher vermehrt werden kann.

Auf der anderen Seite hat, trotz aller Anstrengungen, der durchschnittliche Goldbestand der Reichsbank in dem allerdings auch in dieser Beziehung überaus schwierigen Jahre **1912** nur rund **880,1 Mill. M.** betragen, während er am 31. Dezember 1912 sogar nur 776,6 Mill. M. (genauer 776 648 437,80²⁾) in Barren, deutschen und fremden Goldmünzen ausmachte.

¹⁾ Vgl. oben S. 108, Anm. 1.

²⁾ Gegen Schluß des Jahres 1912 betrug der Goldvorrat:
bei der Banque de France: 3194,6 Mill. Fr. oder 2587,6 Mill. M.
„ „ Bank of England: 30,33 „ £. „ 619,6 „ „

Dagegen war der durchschnittliche Goldbestand des Jahres 1912 bei der

Banque de France: 3238,7 Mill. Fr. oder 2623,3 Mill. M.
 Bank of England: 38,74 Mill. £ oder 791,5¹⁾ „ „
 Österr.-Ungar. Bank: 1540,4 Mill. Kr. oder 1309,3 „ „
 Russ. Staatsbank: 1368,0 Mill. Rbl. oder 2954,9 „ „

Den Gesamtgoldbestand der drei italienischen Notenbanken (der Banca d'Italia, des Banco di Napoli und des Banco di Sicilia) kann ich nur per 31. Dezember 1912²⁾ angeben, er betrug. 1042,5 Mill. M.

Bei den hiernach dringend erforderlichen, also mit aller Energie zu fördernden Bemühungen (s. im einzelnen unten S. 130), den Goldbestand der deutschen Reichsbank auch dadurch zu vergrößern, daß Gold aus dem Verkehr heraus und zur Reichsbank gezogen wird, wo es als Unterlage für dreifache Notenausgabe wichtige und notwendige Dienste, namentlich in Kriegszeiten, leisten kann, darf jedoch nicht vergessen werden, daß man diese Bemühungen nicht überspannen darf,³⁾ daß man also dem Verkehr, insbesondere den wichtigen

bei der Österr.-Ung. Bank: 1209,8 Mill. Kr. oder 1028,3 Mill. M.

„ „ Russ. Staatsbank: 1327,4 „ Rbl. „ 2867,2 „ „

Hinsichtlich der Bank of England ist aber sowohl bei diesen Angaben des Standes gegen Ende 1912 wie bei den Text-Angaben des Durchschnitts-Bestandes des Jahres 1912 zu bemerken, daß die Ausweise der Bank of England eine gesonderte Darstellung des Goldbestandes überhaupt nicht geben, daß aber die Annahme begründet erscheint, daß der im Texte und in dieser Anmerkung zu Grunde gelegte Metall-Vorrat bis auf einen relativ ganz geringfügigen Bruchteil Goldbarren und Goldmünzen enthält. Dieser Metall-Vorrat setzt sich nämlich zusammen aus der lediglich in Gold gehaltenen Bar-Reserve des Issue-Department (die Bank macht von ihrem Rechte, $\frac{1}{4}$ des Metallbestandes in Silber zu halten, keinen Gebrauch) und dem Kassenbestand des Banking Department, welcher Gold und Silber in unbekannter Mischung, aber sicherlich bis auf einen verschwindend kleinen Betrag, gleichfalls Gold, enthält.

¹⁾ Hinsichtlich des Goldbestandes der Bank of England s. vorstehende Anm. 2, Absatz 2 auf S. 111/112.

²⁾ Nach den Ausweisen und dem *Economiste Europeen*. Der Goldbestand per 28. Februar 1913 betrug nach den Ausweisen netto (abzüglich des bei der Banca d'Italia liegenden Provinzial-Dotationsfonds des Schatzamts von Lire 254 334 375) Lire 1 130 642 070 oder M. 915 642 070.

³⁾ Eine solche Überspannung enthält aber in keiner Weise der Vorschlag des Gesetzesentwurfs über „die Änderungen im Finanzwesen“ vom 28. März 1913 betr. die Bildung

Vermittlungsstellen des Handels und Verkehrs der Nation, den Kreditbanken, immer noch die nötigen Goldbeträge für kritische Zeiten belassen muß, allerdings aber nur die absolut nötigen.

Jedenfalls ergibt sich aus den obigen Erörterungen, daß der schon für den derzeitigen Friedenszustand kaum ausreichende, aber im Frieden nur überaus vorsichtig und keinesfalls willkürlich zu vermehrende derzeitige deutsche Zahlungsmittelvorrat von etwa **5 Milliarden M.**, im Kriegsfall, wo wir allein während der Mobilmachungswochen mit einem weiteren Bedarf an Zahlungsmitteln von etwa 3900 Mill. M. (s. unten S. 127), also von rund . **4 Milliarden M.**, zu rechnen haben, etwa zu verdoppeln wären.¹⁾ Wir haben hier auch mit den erfahrungsgemäß überaus starken Anforderungen an den Zahlungsmittelfonds zu rechnen, welche, namentlich bei plötzlichem und unvermutetem Kriegsausbruch, durch die dann zu erwartenden erheblichen Zurückziehungen von Sparkasseneinlagen und Bankdepositen erwachsen.

Wir werden denn auch später (S. 136) sehen, daß, infolge der schon im Frieden zur Vermehrung des Goldbestands zu treffenden Maßnahmen sowie infolge der Verdreifachung des Kriegsschatzes nach einer Kriegserklärung, eine (provisorische) Neuausgabe von Banknoten in Höhe von etwa **3900 Mill. M.** (also fast 4 Milliarden M.) voraussichtlich möglich sein wird, wozu noch die von den Kriegsdarlehens-(Lombard)-Kassen mit Garantie des Reiches auszugebenden (und, gleich jenen Banknoten, bereits im Frieden fertigzustellenden) Schuldverschreibungen treten,²⁾ welche voraussichtlich eine recht erhebliche Höhe erreichen dürften.

eines weiteren Gold-Kriegsschatzes bis zur Höhe von 120 Mill. M. (dies gegen Otto Arendt im „Tag“ vom 8. April 1813), s. unten S. 135, Anm. 2.

¹⁾ Übereinstimmend M. v. Ströhl im Bank-Archiv v. 15. Sept. 1912, XI. Jahrg. Nr. 24, S. 395.

²⁾ An und für sich könnten auch für diese vorübergehenden Zwecke Reichskassenscheine ausgegeben werden (s. unten S. 144).

12. Die deutsche Wirtschaft während der Marokko-wirren und des Balkankrieges.

Vorbemerkungen:

Daß im Vorstehenden unsere allgemeinen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse, und zwar selbstverständlich ohne jede Schönfärberei, dargestellt wurden, war auch deshalb erforderlich, um die Notwendigkeit energischer und baldiger Inangriffnahme der vorgeschlagenen Besserungsvorschläge nachzuweisen.

Ich muß jedoch zur Vermeidung von Mißverständnissen auch hier, ebenso wie in meiner Begrüßung des IV. Allgemeinen Deutschen Bankiertages in München,¹⁾ der dies auch seinerseits in einer Resolution betonte, meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß sowohl unser Kredit- und Wirtschaftssystem, wie dessen Grundlagen durchaus gesunde sind.²⁾ Für den objektiven Beobachter unserer Verhältnisse kann es in der Tat kaum einem Zweifel unterliegen, daß im wesentlichen, und jedenfalls in erster Linie, durch erfreuliche Erscheinungen, nämlich durch die stürmischen Fortschritte unseres Handels und unserer Industrie, das wiederholte Hinauf-schnellen des Bankdiskonts, die Verschlechterung der Liquidität der Gesamtwirtschaft, und dementsprechend auch die der Bankbilanzen, sowie die zeitweilige übermäßige Inanspruchnahme der Reichsbank verursacht worden sind.

Aus diesen Erscheinungen und den hieran geknüpften ungeschminkten öffentlichen Erörterungen sind in der ausländischen Presse, und leider auch in derjenigen ausländischen Literatur, die sonst den Anspruch darauf erhebt, als wissenschaftliche zu gelten und ernst genommen zu werden, vielfach

¹⁾ Verhandlungen S. 2.

²⁾ Das ist auch von den Regierungsvertretern in München anerkannt worden, so insbes. von dem Vizepräsidenten des Reichsbankdirektoriums Dr. v. Glasenapp, mit den Worten: „Die Kreditunterlage, auf der sich unser wirtschaftliches Leben aufbaut, ist eine gesunde. Die Reichsbankverwaltung kann es bezeugen und bezeugt es.“ (Verhandlungen des IV. A. D. Bankiertages S. 10.)

Folgerungen gezogen worden, bei denen, wie ich gleichfalls schon in München betonte, „in verhüllter oder unverhüllter Weise gewisse Wünsche des Auslands Gevatter gestanden haben.“¹⁾

Man betrachtete es namentlich in einem bestimmten Teil der ausländischen Presse als eine Bestätigung aller der ungünstigen Nachrichten, welche sie vielfach und seit längerer Zeit über Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Kraft zu verbreiten bemüht war, daß in Deutschland anläßlich der Marokkowirren eine förmliche „Panik“ ausgebrochen sei, und ähnliche Dinge mußten wir anläßlich des Ausbruchs des jetzigen Balkankrieges von ausländischer, ja sogar auch von inländischer Seite hören. Wir wollen demgegenüber die Tatsachen feststellen.

Was zunächst

a) die Marokkowirren angeht,²⁾ so kann es keinem

¹⁾ Dies geht vielfach schon aus den Titeln der Artikel und Bücher hervor, die sich mit Deutschlands „finanziellen Verlegenheiten“ beschäftigen und mit denen man, namentlich in den letzten Jahren, vom Auslande aus den Büchermarkt überschwemmt, wie z. B. „L'Allemagne aux abois“, d. h. Deutschland am Abgrund, (mit einem Vorwort eines Generals), noch mehr aber aus dem Inhalt. Wendungen, wie sie sich in einem anderen Buche mit ähnlich schmeichelhaftem Titel finden: „Il est donc vrai de dire, que l'Allemagne n'est pas sure de l'endemain“ und: „On peut donc dire, que les affaires en Allemagne manquent d'une base solide“, richten sich von selbst, und bedürfen umsoweniger eines Kommentars, als sie verquickt sind mit aus gleichem Geiste entstandenen, rein politischen Äußerungen, aus denen sie auch allein erklärlich sind, von gleicher Wahrheit und gleichem Kaliber, so z. B. „L'Allemagne, a-t-on dit un jour à Mc. Jules Huret, [En Allemagne S. 179], en exagérant un peu, constitue une sorte de trust qui n'est pas définitif“, worauf dann nachstehender Rat folgt: „Il ne faut pas s'attaquer au siège social, à la tête, car alors il se défend terriblement. Il faut s'adresser aux actionnaires, à ces participants malgreux, qui ont eu la main forcée, quelques-uns brutalement, et qui pensent encore à leur indépendance perdue. En attisant ces souvenirs d'hier, on aurait des chances de désagréger le bloc [d. h. l'Allemagne] qui n'a que l'apparence de la cohésion“ und daran anschließend: „Les conquérants ont cru avantageux d'imposer aux vaincus cette situation subordonnée, qui permet aux Alsaciens de se regarder comme des esclaves au char d'un triomphateur“, und endlich: „L'Allemagne subit la loi de son origine. Elle a été créée par la force, elle est condamnée à se soutenir par la force.“

²⁾ Zum folgenden vgl. insbes. den Nauticus (Jahrb. f. Deutschlands Seeinteressen) XIV. Jahrg., 1912, S. 277—293; ferner Helfferich in den Verhandlungen

Zweifel unterliegen, daß zuerst eine gewisse Beunruhigung unter der Einwirkung eines Artikels der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 30. April 1911 entstand, welcher die französische Regierung, die am 10. März 1911 die Entsendung einer militärischen Expedition nach Marokko zum Schutze der französischen Staatsangehörigen beschlossen hatte, auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Algeciras-Akte hinwies. Da noch andere drohende politische Verwicklungen, in Verbindung mit ungünstigen Nachrichten über die Wirtschaftslage in Amerika, die Börse verstimmten, so gingen die Kurse im Mai, ungeachtet der überaus günstigen Konjunktur im Handel und der Industrie Deutschlands, zurück, zumal die gerade durch den letzteren an sich erfreulichen Umstand schon lange eingetretene Geldversteifung und die mangelhafte Liquidität der Gesamtwirtschaft die Reichsbank am 24. Mai 1911 zu gewissen, viel erörterten Verschärfungen der Lombardbedingungen veranlaßte.¹⁾

Von einem „Kurssturz“ der Papiere, insbesondere der deutschen Staatspapiere, war aber nicht die Rede; die 3% Reichsanleihe hatte Ende Juni 1911 mit 83,70 nur 0,80% gegenüber dem höchsten Kurse vom April verloren und stand kaum 1% unter dem Kurse von Ende April 1910, während die 4% Reichsanleihe in jenem Monate sogar fast durchweg höher notierte als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres.

Etwas größere Kursrückgänge traten auf dem ganzen Markte erst mit der Nachricht der Entsendung des „Panther“ nach Agadir (1. Juli 1911) ein; sie waren aber im Juli nicht bedeutender, teilweise unbedeutender, als die Kursrückgänge in Paris, und wurden selbst dann nicht übermäßig,

des IV. Allgem. Deutschen Bankiertages zu München vom 17. u. 18. Sept. 1912, S. 80, sowie — in Erwiderung der wegen der hier gemachten Angaben von französischer Seite gegen ihn gerichteten Angriffe — in der Abhandlung: Deutschlands Finanzkraft in der Marokkokrise (Bank-Archiv v. 15. Okt. 1912, Jahrg. XII, Nr. 2, S. 17—20).

¹⁾ Vgl. darüber u. a. Kurt Singer, Der Streit um die Lombardverteuerung, im Bank-Archiv v. 1. Okt. 1912, XII. Jahrg., Nr. 1, S. 10—15.

als die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 21. Juli 1911 bekannt wurde, welche eine starke und berechtigte Erregung in Deutschland hervorrief.

Erst Ende August 1911 verschärfte sich die Verstimmung der Börse durch Nachrichten über den angeblichen Abbruch der deutsch-französischen Verhandlungen, Nachrichten, die dann am 9. September 1911 einen allgemeinen und erheblichen Kurs-Rückgang fast auf der ganzen Linie hervorriefen, verbunden mit Mitteilungen, daß, was sich dann auch als richtig herausstellte, starke Kündigungen ausländischer, insbesondere französischer Guthaben bei den Banken erfolgt seien. Es traten dann noch falsche Gerüchte hinzu von der einem deutschen Bankinstitut verweigerten Prolongation eines größeren Vorschusses, von vergeblicher Nachsuchung amerikanischer Hilfe oder umgekehrt von einem Angebot amerikanischer Hilfe, unter der Bedingung, daß Deutschland in der Marokkoaffäre binnen 48 Stunden gegenüber Frankreich nachgeben müsse.

Aber in eben jenem September 1911 sind die Kursrückgänge in Paris und London größer gewesen als die in Berlin.

Es betrug der Kurs:

	der 3% deutschen Reichsanleihe	der 3% franz. Rente	der 2 $\frac{1}{2}$ % engl. Konsols
Ende Sept. 1910	82,75	97,05	80—80 $\frac{1}{4}$
„ „ 1911	82,25	93,90	77—77 $\frac{1}{4}$

Daraus ergibt sich, daß Ende September 1911 die Kurse gegenüber dem Stande des entsprechenden Termins im Jahre 1910:

bei der 3% deutschen Reichsanleihe nur um $\frac{1}{2}$ %
 „ den 2 $\frac{1}{2}$ % englischen Konsols um . . 3%
 „ der 3% französischen Rente „ . . 3,15%
 zurückgegangen sind.

Was die Durchschnittskurse des Monats September

1911 angeht, so sind sie gegenüber den Durchschnittskursen des Monats September 1910 gefallen:¹⁾

bei der 3 % deutschen Reichsanleihe um 0,66 %
 „ den 2½ % englischen Konsols . . „ 3,10 %
 „ der 3 % französischen Rente . . „ 3,29 %

Endlich sind die Kurse vom höchsten Stande des Jahres 1910 bis zum niedrigsten des Jahres 1911 gefallen:

bei der 3 % deutschen Reichsanleihe um 3½ %
 „ der 3 % französischen Rente . . „ etwa 5½ %
 „ den 2½ % englischen Konsols . . „ „ 6½ %

Der Privatdiskont (Marktdiskont) war im September 1911:

in Berlin um 1/3 %
 „ Paris „ fast . . . ¾ %
 gegenüber dem September 1910 gesunken.

Er betrug nämlich:

	in Berlin ²⁾	in Paris
im September 1911	4,16 %	3,08 %
„ „ 1910	3,85 %	2,38 %

Der Durchschnitt des Privatdiskonts (Marktdiskonts) war:³⁾

	in Berlin	in Paris	in London
im Jahre 1910	3,54 %	2,44 %	3,18 %
„ „ 1911	3,54 %	2,61 %	2,94 %

Der Durchschnitt des Bankdiskonts betrug:⁴⁾

	bei der Reichsbank	Bank von Frankreich	Bank von England
im Jahre 1910	4,35 %	3,00 %	3,72 %
„ „ 1911	4,40 %	3,14 %	3,47 %

Der Status der Reichsbank, welche in dieser Zeit dem Geldmarkt durch starke Abgaben ihres Devisenbestandes zu

¹⁾ Helfferich auf dem IV. Allgem. Deutschen Bankiertage zu München (Verhandlungen S. 80) u. Bank-Archiv a. a. O. S. 18 u. Anm. 1.

²⁾ Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 33. Jahrg., 1912, S. 284 Tab. 6.

³⁾ Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 33. Jahrg., 1912, Anhang S. 64 und Tab. 37.

⁴⁾ Helfferich eod. S. 64 und Tab. 36.

Hilfe kam (s. oben S. 61 Anm. 3), hat sich allerdings in der letzten Woche des September um nicht weniger als 773 Mill. M. verschlechtert, wogegen die Banque de France in der Zeit vom 24. August bis 5. Oktober 1911 eine Erhöhung des Wechselbestandes um 478, der „Avances“ um 80,2, der Noten um 567,5 und eine Verminderung des Goldbestandes um 74,4 Mill. Fr. aufwies.¹⁾

Gerade im Jahre 1911, und insbesondere im September 1911, haben also die deutschen Kreditbanken und die deutschen Märkte, in Verbindung mit der Reichsbank, welche einen großen Teil ihres Devisenbestandes zur Verhütung größerer ausländischer Goldentziehungen abgab, die Feuerprobe gut bestanden. Dagegen soll in Frankreich, nach Helfferich und der Frankfurter Zeitung, der Finanzminister bei einem Finanzhause von Welt-rang interveniert haben, um der Börse über etwaige Schwierigkeiten der September-Liquidation hinwegzuhelfen und es wurde auch, nach einer Konferenz des Finanzministers mit Vertretern der Kulisse, der Kursmakler und der Kreditinstitute, eine beruhigende offiziöse Note im *Matin* vom 21. September 1911 über die Lage des Pariser Geldmarktes und die demselben Ultimo September zur Verfügung stehenden Kapitalien²⁾ erlassen.

Die deutschen Banken und Bankfirmen haben nicht nur die ausländischen Guthaben und diejenigen inländischen Gelder, welche zurückgezogen wurden, ohne jede Schwierigkeit zurückbezahlt, sondern auch die Kundschaft gestützt und von Einschränkungen der Kreditgewährung, insbesondere der Wechsel-Akzeptierung und Diskontierung, im großen und ganzen Abstand nehmen können, und zwar im wesentlichen,

¹⁾ Helfferich eod. S. 80 und Bank-Archiv a. a. O. 18; vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 264 v. 23. Sept. 1911.

²⁾ Vgl. im Übrigen Jean Lescure in der unten S. 122, Anm. 2 näher zitierten Schrift S. 496. Er resümiert sich hier dahin: „Mais si l'on compare l'accroissement des opérations de crédit, la diminution de l'encaisse et l'accroissement de la circulation billets, provenant de la crise, soit à la Banque de France, soit à la Reichsbank, ... nous voyons que l'action de la crise a été plus intense sur le bilan de la Banque de France.“ . . .

abgesehen etwa von einer nicht sehr erheblichen Vermehrung amerikanischer Guthaben, aus eigener Kraft.

„Die Börse“ aber, welche durch Nichtsachverständige meist als solche für Kursstürze verantwortlich gemacht wird, hat, soweit sie wirklich als solche in betracht kommt, in Berlin während der kritischen Monate keine wesentlichen Zahlungseinstellungen und dgl. m. zu verzeichnen gehabt, obwohl die Spekulation stark eingeschränkt war und der Börse demzufolge an Reports und Lombards vom Ende Juni bis Ende Oktober mehrere Millionen Mark entzogen wurden.¹⁾

Vergleicht man aber noch andere wirtschaftlich wichtige Momente, so die Einfuhr und Ausfuhr für 1910 und 1911, so betrug die Gesamteinfuhr (im Spezialhandel):²⁾

1910 8934,1 Mill. M.

1911 9706,0 „ „

und die Gesamtausfuhr:

1910 7474,7 Mill. M.

1911 8106,1 „ „

Was die Kapitalanlage betrifft, so sind zum Börsenhandel bei den deutschen Börsen zugelassen worden:³⁾

	Inländische Wertpapiere	Ausländische Wertpapiere
	In Millionen Mark	
im Jahre 1910	2757	2242
	— 80 Konvertierungen	— 142 Konvert.
	<u>Summa 2677</u>	<u>Summa 2100</u>
im Jahre 1911	2734	1208
	— 77 Konvertierungen	
	<u>Summa 2657</u>	

somit in- und ausländische Wertpapiere zusammen:

im Jahre 1910 4777 Mill. M.

„ „ 1911 3865 „ „

¹⁾ Nauticus a. a. O. S. 292.

²⁾ (Ohne Edelmetalle). Vgl. Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 33. Jahrg., 1912, S. 248 u. 249.

³⁾ eod. S. 286, Tab. 9.

also, namentlich angesichts der im Jahre 1911 lange sehr erschwerten Emissionsmöglichkeit, eine geringe Differenz. Dagegen sind nach dem Bericht der Deutschen Bank im Jahre 1911 Wertpapiere im Betrage von über 3200 Mill. M. (abgesehen von den stempelfreien deutschen Staatsanleihen) mit dem Reichsstempel versehen worden, was etwa $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark mehr ausmachte als im Jahre 1910.

Die Spareinlagen bei den öffentlichen Sparkassen sind, ungeachtet nicht unbedeutender Zurückziehungen, welche namentlich in Stettin, Königsberg und Essen durch die törichte Befürchtung hervorgerufen wurden, daß auch private Gelder im Falle eines Krieges einer Beschlagnahme seitens des Feindes unterliegen könnten,¹⁾ im ganzen in Deutschland auch im Jahre 1911 gegen 1910, wo sie rund $15\frac{1}{2}$ Milliarden M. (15 629 466 000 M.) betrugen, bis zum Ende des Jahres 1911 erheblich gestiegen und betragen jetzt (1913) über 18 Milliarden M. In Frankreich scheint dagegen, wofür allerdings die sehr schlechte Ernte mitbestimmend gewesen sein mag, der Bestand der Sparkasseneinlagen nach Helfferich im Jahre 1911 im ganzen um etwa 122,3 Mill. M. zurückgegangen zu sein,²⁾ während nach französischen Angaben³⁾ während der kritischen Tage vom 1. September bis 20. Oktober sich bei den Sparkassen der Überschuß der Zurückziehungen über die Neueinzahlungen nur auf 20 Mill. Fr. belief und die Zurückziehungen selbst sich auf 78 Mill. Fr. beliefen. Dieselbe französische Quelle gibt an,⁴⁾ daß die französischen Börsensteuern (impôts sur les opérations de Bourse) im September 1911 629 000 Fr. gegenüber 1 055 000 Fr. im September 1910 betragen haben, während die deutschen

¹⁾ Vgl. dagegen oben S. 10.

²⁾ Helfferich im Bank-Archiv a. a. O. S. 19.

³⁾ Jean Lescure, Les Marchés financiers de Berlin et de Paris et la crise Franco-Allemande (in der Revue Economique Internationale Vol. III, 1912, S. 467—509).

⁴⁾ Jean Lescure a. a. O. S. 471.

Börsenumsatzsteuern aber 2 211 000 M. im September 1911 gegenüber 2 048 000 M. im September 1910 betrugen.

Was die Kreditbanken betrifft, so haben die fremden Gelder in der Zeit vom 30. Juni bis 31. Oktober 1911 abgenommen:

bei den drei großen französischen Banken, welche Monatsbilanzen publizieren (Comptoir National d'Escompte, Crédit Lyonnais und Société Générale) von 3772,4 Mill. Fr. auf 3327,3 Mill. Fr., also um 445,1 Mill. Fr., = 11,8%;

bei den Zweimonatsbilanzen publizierenden 9 Berliner Großbanken aber von 4912,9 Mill. M. auf 4722,6 Mill. M., also nur um 190,3 Mill. M., = 3,89%.

Die vorstehenden Ausführungen haben nicht den Zweck, zu zeigen, daß der deutsche Geldmarkt während der Marokko-wirren keinen Erschütterungen ausgesetzt war; davon war nicht die Rede und konnte auch nicht die Rede sein. Wohl aber sollen sie nachweisen, daß diese Erschütterungen nach keiner Richtung den Charakter einer „panique“ angenommen haben, und daß sie vielfach, trotz der in Deutschland so viel höher getriebenen industriellen Expansion, erheblich geringer waren als diejenigen, welche der französische Geldmarkt aufwies.

b) Was den Stand des Marktes und der Wirtschaft während des Balkankrieges betrifft, so ist festzustellen, daß die eingetretenen schweren Erschütterungen des Kursstandes schon um deswillen sehr bedeutende waren, weil hier der Ausbruch des Krieges völlig unerwartet kam (s. oben S. 104) und weil, im Gegensatz zu den Marokkowirren, von weiten Kreisen der Bevölkerung sofort eine Hineinziehung Deutschlands in die kriegerischen Verwicklungen nicht nur für möglich, sondern auch für wahrscheinlich gehalten wurde.

Auch die Plötzlichkeit des Kriegsausbruchs wirkte in diesem Falle um so schärfer auf die Geld-, Kurs- und Marktverhältnisse ein, als diese sich infolge der sehr stark entwickelten (internationalen) industriellen Hochkonjunktur, deren Ergeb-

nisse, wie üblich, in den Kursen im Voraus eskomptiert war, eben gerade in übertriebener und stürmischer Weise nach oben entwickelt hatten (s. oben S. 103/104), was zur Folge hatte, daß nun die gleiche Übertreibung nach unten eintrat.

Mit Recht hat aber Helfferich im Nachtrage zu seinem Artikel über „Deutschlands Finanzkraft in der Marokkokrisis“¹⁾ darauf hingewiesen, daß auch gelegentlich des Ausbruchs des Balkankrieges vielfach der Berliner Markt sich besser als der Pariser gehalten hat.

So sind insbesondere in den kritischen Tagen (27. September bis 12. Oktober) zurückgegangen:

die deutsche 3% Reichsanleihe um den (allerdings sehr erheblichen) Satz von 1,12%

die französische 3% Rente um 2,93%

Auf den Kurswert vom 30. September 1912 berechnet, verloren bis zum 12. Oktober 1912:

die Aktien der leitenden Banken in Berlin bis zu $5\frac{3}{4}\%$

die Aktien der leitenden Banken in Paris von etwa $7\frac{3}{4}\%$

(Crédit Lyonnais) bis zu $11\frac{1}{2}\%$

(Banque de Paris et des Pays-Bas.);

die Standard-Industrie- insbesondere Montan-Aktien in Berlin bis zu 10%

gegenüber den Kursrückgängen der etwa gleichstehenden Pariser Werte mehr als 10%; dabei ist natürlich abgesehen von einzelnen in Berlin besonders hinaufgetriebenen Spezialwerten, deren Kurseinbußen sich in Berlin bis zu $18\frac{1}{2}\%$ erstreckten, gegenüber Kurseinbußen bei ähnlichen Werten in Paris von 26—28%.

Auch auf dem zunächst betroffenen Markt der Balkanwerte waren die Verhältnisse ähnlich. So betrug der Rückgang in den vorerwähnten kritischen Tagen:

bei der $4\frac{1}{2}\%$ serbischen Staatsanleihe in Berlin. 11%

bei der 4% serbischen Staatsanleihe in Paris 21,25%.

¹⁾ Bank-Archiv v. 15. Okt. 1912 (Jahrg. XII, Nr. 2), S. 20.

Es wäre nicht schwierig, auch hinsichtlich der übrigen für die Marktentwicklung wichtigen Faktoren den gleichen Nachweis zu erbringen; zur Vermeidung von Wiederholungen der gelegentlich der Marokkowirren oben gemachten Angaben möge aber nur auf folgendes aufmerksam gemacht werden:

Der Durchschnittssatz des Bankdiskonts war:

	1912	1911	1910
in Berlin	4,95	gegen 4,40	und 4,35
„ Wien	5,14	„ 4,39	„ 4,19
„ London	3,77	„ 3,47	„ 3,71
„ Paris	3,38	„ 3,14	„ 3

Er war also im Jahre 1912 gegen 1911 höher:

in Wien	um 0,75%
„ Berlin	„ 0,55%
„ London	„ 0,30%
„ Paris	„ 0,24%.

Die Durchschnittserhöhung war also in Paris am geringsten und um 0,31% geringer als in Berlin.

Die Bank von Frankreich hatte am 17. Mai 1912 den bisher festgehaltenen Bankdiskont von $3\frac{1}{2}\%$, mit dem sie in das Jahr 1912 eingetreten war, auf 3% ermäßigt, ihn aber am 17. Oktober wieder auf $3\frac{1}{2}\%$ und am 31. Oktober 1912 sogar auf 4%, einen in Frankreich seltenen Satz, erhöht.

Die Reichsbank hatte vom 19. September 1911 bis zum 11. Juni 1912 den Bankdiskont von 5% unverändert belassen, ermäßigte ihn aber an letzterem Tage, also kurz vor Semester-schluß, auf $4\frac{1}{2}\%$ und ließ diesen ermäßigten Satz über den Kriegsausbruch im Balkan hinaus, nämlich bis zum 24. Oktober 1912 bestehen, um ihn an letztgedachtem Tage auf 5 und am 6. November 1908 auf 6%, also auf einen seit Anfang 1908 nicht dagewesenen Satz zu erhöhen.

Die Bank von England ermäßigte am 8. Februar 1912 den Satz von $4\frac{1}{2}\%$, mit dem sie das neue Jahr begonnen hatte, auf $3\frac{1}{2}\%$ und am 9. Mai sogar auf 3%, erhöhte ihn dann

aber am 29. August auf 4 und am 17. Oktober bis zum Jahresende auf 5 %.

Der Durchschnittssatz des Privatdiskonts betrug im Jahre 1912 in Berlin 4,22%, hatte sich also gegen 1910, wo er 3,55% betrug, um 0,67 % erhöht; die Spannung zwischen dem Durchschnittssatz des Bankdiskonts und dem des Privatdiskonts war mit 0,73% erheblich kleiner wie 1911 (0,86), 1910 (0,81) und 1909 (1,06).

Die Durchschnittssätze des Bankdiskonts sind nach Vorstehendem infolge des abnormen Kapitalbedarfs im Jahre 1912 überall bedeutend gestiegen, in Paris aber nicht unerheblich weniger als in Berlin.

§ 3. Finanzielle Mobilmachung.

I. Der Mobilmachungsbedarf an Zahlungsmitteln.

Während der ersten Wochen nach der Kriegserklärung ist ein sehr bedeutender Zahlungsmittelbedarf zu befriedigen:

1. Die zunächst erwachsenden Bedürfnisse für die mobilen Truppen in Heer und Flotte betreffen die Kosten der Mobilmachung, d. h. der Überführung des Heeres vom Friedensfuß auf den Kriegsfuß und die Kosten der Sammlung der mobilen Streitkräfte an den bedrohten oder zu überschreitenden Grenzen¹⁾, wozu insbesondere gehören die Kosten der Armierung der Festungen, der Geld- und Naturalverpflegung, der Bekleidung und Ausrüstung der Truppen, der Munition, des Ankaufs von Pferden, des Sanitätsdienstes und des Nachschubs und Ersatzwesens für die nächsten Wochen. Diese Kosten werden für die ersten 6 Wochen nach der Kriegserklärung für Heer und Flotte nach sorgfältiger Schätzung sicherlich nicht weniger als **1800 Mill. M.**

¹⁾ Vgl. W. v. Blume, Militärpolitische Aufsätze, Berlin, Ernst Siegf. Mittler und Sohn, 1906, S. 5.

betragen.¹⁾ Es ist also ein staatlicher Realbedarf an Zahlungsmitteln in dieser Zeit in Höhe von 1800 Mill. M. vorhanden.

2. Der Realbedarf der Industrie, des Handels, des Gewerbes und der Landwirtschaft an Zahlungsmitteln, insbes. für die Vorbereitung und Durchführung von Mobilmachungs- und Kriegs-Lieferungen usw. Dieser Realbedarf ist ungemein schwer zu schätzen, dürfte aber sicherlich nicht weniger als **1500 Mill. M.** betragen. Wir haben für diese Schätzung allerdings nur insofern einen Anhalt, als wir uns die im Status der Reichsbank zum Ausdruck gelangenden Mehrbedürfnisse vergegenwärtigen können, welche gegenüber den normalen Terminen an den sogenannten schweren Terminen, also zu den Zeiten geltend gemacht werden, in welchen nach den in Deutschland bestehenden Zahlungsgewohnheiten Miet-, Hypotheken-, Schuldverschreibungszinsen, Versicherungsprämien, Schulgelder, Gehalts- und Pensionszahlungen, vielfach auch Wechselforderungen usw., fällig werden. Nach den Ausweisen der Reichsbank finden wir im Jahre 1912, das ein wenig normales Jahr war, an den besonders „schweren“ Terminen vom 30. September und 31. Dezember ein Anwachsen der Bestände an Wechseln, Lombards und Effekten um etwa rund 700 (661 und 687) Mill. M. gegenüber den Beständen vom 14. September und 14. Dezember. Nimmt man, unter Berücksichtigung der teilweisen Deckung des Bedarfs durch die Kriegs-Darlehens-Kassen, (S. 143ff.), den Betrag von 1500 Mill. M. für die Mobilmachungszeit, also für etwa 6 Wochen, an, so wird

¹⁾ Es handelt sich in diesem Abschnitt nur um die Mobilmachungs-Bedürfnisse, also um vorübergehende Bedürfnisse der Armee, des Handels und der Industrie. Bei Berechnung dieser Bedürfnisse bin ich aus Rücksicht auf die Armee-Vermehrung, die in zwischen entstandene Teuerung der Lebensmittel und sonstiger Bedürfnisse, insbes. vieler Rohstoffe, sowie aus anderen Gründen um 600 Mill. M. höher gegangen als in der 1. Auflage, wo ich aber auch schon bei meiner Schätzung der Mobilmachungskosten auf 1200 Mill. M. gesagt hatte, daß sie sicherlich nicht weniger als 1200 Mill. M., vielleicht aber erheblich mehr betragen werden.

man eher pessimistisch als optimistisch geschätzt haben, namentlich, wenn man berücksichtigt, daß sich infolge der zweifellos bei einer Reihe von Industriezweigen im Mobilmachungsfalle eintretenden Einschränkung des Betriebes auch vielfach Minderbedürfnisse der Industrie herausstellen werden.

3. Zu diesem Realbedarf wäre aber¹⁾ für die Mobilmachungszeit der „Angstbedarf“ nach metallischen Zahlungsmitteln zu rechnen, der sich in plötzlichen Zurückziehungen von Guthaben, Sparkasseneinlagen und Depositen, in der Einreichung von Wechseln zur Diskontierung und von lombardfähigen Waren und Wertpapieren zur Lombardierung, ferner in der Kündigung von Krediten seitens der Gläubiger, in der Nachsuchung von Krediten usw. in den ersten Wochen nach der Kriegserklärung in oft fieberhafter Weise äußert, und der den inzwischen in den Jahren 1911 und 1912 gemachten Erfahrungen kaum weniger als . . . **600 Mill. M.** betragen dürfte.

Obwohl man davon ausgehen darf, daß dieser „Angstbedarf“ nach metallischen Zahlungsmitteln nach Ablauf der ersten zwei Wochen wieder zurückgehen wird, und daß auch die „Angstreserven“ in Zahlungsmitteln infolge der Erhöhung des Zinsfußes und infolge des naturgemäßen Bestrebens, die Pfandobjekte wieder auszulösen, die gegen Empfangnahme von Darlehen bei den Kriegs-Darlehnskassen hinterlegt sind, allmählich wieder in den Umlauf gelangen, so daß alsdann starke Rückflüsse der „Angstreserven“ zur Reichsbank erfolgen werden, wäre doch zunächst voraussichtlich ein Gesamtbedarf an Zahlungsmitteln von mindestens rund **3900 Mill. M.**

in den ersten 6 Wochen nach der Kriegserklärung vorhanden.

¹⁾ M. v. Ströhl, Über das deutsche Geldwesen, S. 188. Auch dieser Angstbedarf, den v. Ströhl s. Z. (1899) nur mit 250 Mill. M. annahm, ist heute nach den inzwischen gemachten Erfahrungen erheblich höher zu schätzen.

II. Die vorläufige Befriedigung dieses Mobilmachungsbedarfs.

Bei der Erörterung der Frage, wie diese Zahlungsmittelbedürfnisse der Mobilmachungszeit zu befriedigen wären, darf nicht vergessen werden, daß auch wir, wie alle kriegsführenden Staaten, im Falle eines Krieges genötigt sein würden, eine Reihe von budgetmäßigen Ausgaben, insbesondere für kulturelle Zwecke, für öffentliche Bauten usw., zu suspendieren, so das hieraus Mittel aus dem Friedensetat zur Verwendung für den Kriegsetat flüssig würden, was allerdings nur in beschränktem Maße möglich ist.¹⁾ Rußland hat allerdings hierdurch allein in seinem letztem Kriege mit Japan über 130 Mill. Rubel, also mehr, als 270 Mill. M., gespart. Würde auch nur ein annähernd ähnlicher Betrag aus den durch solche Ersparnisse vergrößerten Beständen der Staatskassen an die Reichsbank fließen, oder verbliebe ein solcher Teil des Reichsguthabens, über den sonst verfügt würde, in ihren Kassen, so würde sie daraufhin, wenigstens soweit ihr der Betrag in Gold zufließt oder verbleibt, was ja nur zu einem Teile der Fall sein wird, das dreifache an Banknoten angeben können.

Es darf ferner nicht vergessen werden, daß Private, Verkehrsunternehmungen, Kreise, Kommunen, Lieferungsverbände, und die Besitzer von Schiffen, Fahrzeugen und Pferden auf Grund des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873²⁾ in Kriegszeiten zu einer großen Reihe von

¹⁾ Zu beachten sind in dieser Beziehung die in dem Bericht des preuß. Finanzministers an den Kaiser und König „über die Finanzverwaltung Preußens in den Jahren 1870, 1871 u. 1872“ (s. unten S. 145, Anm. 2) angeführten Gesichtspunkte: „Eine wesentliche Einschränkung der Ausgaben ist . . . nur bei denjenigen Fonds ausführbar, welche zu größeren Bauten, Meliorationen u. dgl. ausgesetzt waren, darauf ist ein Erlaß des Finanzministers vom 17. Juli 1870 gerichtet. Es wurde nicht so weit gegangen, eine plötzliche Einstellung aller Staatsbauten zu erlangen. Denn eine Unterbrechung begonnener Bauten hat in der Regel eine Erhöhung des gesamten Kostenbedarfs zur Folge und würde somit unwirtschaftlich gewesen sein. Auch würde eine plötzliche Sistierung der Staatsbauten nur entmutigend auf die Stimmung der Bevölkerung haben wirken können.“ Die Beschränkung konnte noch vor Ablauf des Jahres wieder aufgehoben werden (vgl. S. 26 des Berichts).

²⁾ Es ist Sache des Kriegsministeriums, schon in Friedenszeiten, unter Zuziehung von Praktikern aus der Landwirtschaft, dem Handel und der Industrie

Kriegsleistungen an Quartier, Naturalverpflegung, Fouflage, Vorspann und Arbeiten, ferner zur Überlassung von Grundstücken und Gebäuden für den Kriegsbedarf, zur Überweisung von Materialien behufs Anlegung von Eisenbahnen, Brücken, Lager-, Übungs-, Biwakplätzen, Festungsanlagen, Fluß- und Hafensperren, weiter zur Lieferung von Feuerungsmaterial und Lagerstroh, sowie zu sogenannten Landlieferungen an Vieh, Pferden, Brot, Hafer, Streustroh und zu Transportleistungen verpflichtet sind, die in sehr erheblichem Umfange nicht in bar bezahlt zu werden brauchen, sondern gegen Schuldanerkennnisse des Reichs kreditiert werden müssen.

Sofern wir aber ohne Rücksicht auf diese beiden Erleichterungen uns fragen, welche Mittel uns zur vorläufigen Deckung des oben berechneten Gesamtbetrages des Mobilmachungsbedarfs an Zahlungsmitteln in Höhe von 3900 Mill. M. zur Verfügung stehen, haben wir folgendermaßen zu verfahren:

Wir müssen zunächst ausgehen von dem zur Deckung der auszugebenden Banknoten vorhandenen Goldbestande der Reichsbank, bestehend in Goldmünzen, Barren und Sorten. Dieser betrug durchschnittlich im Jahre 1912 rund 880 Mill. M.¹⁾

Dieser durchschnittliche Goldbestand der Reichsbank für 1912 dürfte sich aber im Laufe des Jahres 1913 schon aus

(Wirtschaftlicher Generalstab unten S. 194), zu erwägen, ob nicht, wie ich annehme, das Kriegsleistungs-Gesetz vom 13. Juni 1873 einer Reihe von Änderungen und Ergänzungen bedarf, und zwar mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene veränderte Lage der Gesamtwirtschaft, namentlich auf die Erhöhung der Kosten für Lebensmittel und viele Rohstoffe, auf den seit 1873 verminderten Geldwert und auf die in einem künftigen Krieg voraussichtlich ungemein gesteigerten Schwierigkeiten der Verpflegung usw. Hierbei werden die vielfach von den bisher bei uns geltenden abweichenden Vorschriften des Österreichischen Gesetzes vom 26. Dez. 1912 betreffend die Kriegsleistungen (R. G. Bl. v. 31. Dez. 1912, XCIX Stück, Nr. 236) sehr gute Dienste leisten können, insbes. die Bestimmungen der §§ 4—8 über die „persönlichen Dienstleistungen“, und der §§ 11 u. 12 über Verpflichtungen der Besitzer von Kraftfahrzeugen, Wasser- und Luftfahrzeugen.

¹⁾ Genauer: 880 083 000 M.

natürlichen Gründen, falls wir Frieden behalten, wesentlich erhöhen.¹⁾ Zunächst deshalb, weil im Jahre 1912 „nach der kritischen Zuspitzung der politischen Gegensätze auf der Balkanhalbinsel und dem Ausbruch des Balkankrieges eine größere Geldnachfrage“ entstanden war, welche „durch die aus Angst vor einem allgemeinen europäischen Kriege vorgenommenen Abhebungen und Aufstapelungen von Metallgeld erheblich gesteigert wurde.“²⁾

Es wird aber außerdem zu erwarten sein, daß die im Jahre 1912 weit über den Betrag von 300 Mill. M. hinaus³⁾ ausgegebenen kleinen Banknoten von 50 und 20 M., die namentlich im Kleinverkehr, ferner bei Lohnzahlungen an Arbeiter sowie bei Gehaltszahlungen an Staats- und Privatbeamte usw. in immer steigendem Maße verwendet werden, auch in stets wachsendem Umfange den entsprechenden Betrag von Goldstücken, in denen diese Zahlungen bis zur Schaffung der kleinen Banknoten meist erfolgt waren, freimachen und der Reichsbank zuführen werden. Dies wird allerdings nicht oder vorläufig nicht in Höhe des ganzen Betrags der ausgegebenen kleinen Banknoten geschehen können, da diese zu einem erheblichen Teile auch die großen Banknotenabschnitte von 1000 und 100 M., also nicht lediglich Gold, verdrängen.

Je mehr aber die kleinen Banknoten in den Verkehr eindringen und je mehr dann die großen Banknotenabschnitte verschwinden, um so größer wird alsdann naturgemäß der Betrag werden, in welchem sie tatsächlich ihre goldersparende Wirkung voll ausüben können.

Die Ausgabe dieser kleinen Banknoten war früher — zwar nicht gesetzlich, aber auf Grund einer ohne zwingenden Anlaß

¹⁾ Während diese Zeilen geschrieben werden, am 7. April 1913, zeigt der Ausweis der Reichsbank einen Goldbestand von 936 235 000 M.

²⁾ Geschäftsbericht der Reichsbank für 1912, S. 1.

³⁾ Genau: 538 953 050.

von dem vormaligen Staatssekretär des Innern, Grafen v. Posadowsky-Wehner, in der Budgetkommission des Reichstags abgegebenen Erklärung, auf den Höchstbetrag von 300 Mill. M. beschränkt.

Im Jahre 1912 ist aber auf Grund der in der Budgetkommission von den Regierungsvertretern, insbesondere dem Präsidenten des Reichsbankdirektoriums Wirkl. Geheimer Rat Havenstein, abgegebenen Erklärungen, sowohl in der Budgetkommission wie demnächst, auf erstatteten Bericht, im Plenum des Reichstags, ein allseitiges Einverständnis darüber erzielt worden, daß eine schematische Begrenzung des auszugebenden Höchstbetrages der kleinen Banknoten nicht mehr stattfinden, der jeweils auszugebende Betrag sich also in der Folge lediglich nach den Bedürfnissen und der Aufnahmefähigkeit des Marktes richten soll.

Hierbei darf nicht vergessen werden, daß es sich bei der Unterbringung solcher kleinen Banknoten nur in unerheblichem Umfange um die Schaffung neuer Banknoten handelt, womit sich auch die Berufung auf die an sich richtige Regel erledigt, daß der Banknotenumlauf eines Landes in normalen Zeiten stets in einem angemessenen — theoretisch allerdings nicht mit Sicherheit fixierbaren — Verhältnis sowohl zur Gesamthöhe des Nationalvermögens wie zum Gesamtbetrag der überhaupt vorhandenen Zahlungsmittel stehen muß. Denn die Erfahrung zeigt, daß gleichzeitig mit dem Umlauf kleiner Banknoten die anderen papiernen Umlaufsmittel, also die umlaufenden Tausendmarkbanknoten und Hundertmarkbanknoten und die im Umlauf befindlichen Reichskassenscheine, die allein das heutige Reichspapiergeld darstellen, abnehmen.¹⁾ Diese

¹⁾ Am 31. Dez. 1912 waren an kleinen Banknoten ausgegeben:

215 718 050 M. in Abschnitten von 50 M.

323 235 000 „ „ „ „ 20 „

zusammen also 538 953 050 M. gegenüber 290 443 280 am 31. Dez. 1907.

Von den (unverzinslichen) Reichskassenscheinen liefen am 31. Dezember

letzteren, deren Gesamtbetrag im Frieden 120 Mill. M. beträgt, würden, da sie auf Grund des Reichsgesetzes vom 5. Juni 1906 ausschließlich in Abschnitten von 10 und 5 M. ausgegeben werden, während sie früher gemäß Reichsgesetz vom 30. April 1874 in Abschnitten von 50, 20 und 5 M. umliefen, auch ihrerseits, im Wettbewerb mit den kleinen Banknoten, die Goldverdrängung erfolgreich durchsetzen, wenn sie besser ausgestattet und vor allem, wenn sie, nach englischem Muster, sobald sie zur Reichsbank zurückströmen, immer wieder, was dringend nötig wäre, durch neue Scheine ersetzt würden.¹⁾

Natürlich wird auch in der Folge, wie bisher, bei der Vermehrung der Ausgabe neuer Banknoten, die durchaus den auch von mir in der Bankenquète-Kommission und in der ersten Auflage dieses Buches (S. 47 Anm. 2) vertretenen Wünschen entspricht, vorsichtig vorgegangen werden müssen. Sie dürfen also nicht dem Verkehr aufgedrängt, sondern nur in dem Maße nach und nach in den Verkehr gebracht werden, als der letztere sich an den Gebrauch dieser Zahlungsmittel an Stelle von Gold gewöhnt hat. Der Verkehr wird jeden Banknotenbetrag, der entgegen seiner Neigung, an Stelle von Gold Goldsurrogate und speziell Banknoten anzunehmen, ausgegeben wird, unerbittlich, entweder direkt oder durch Präsentation des unerwünschten Betrages bei der Reichsbank zur Einlösung in Gold, also indirekt, ablehnen.

Berücksichtigt man aber den bei vorsichtiger Vermehrung

1911 um (Statist. Jahrb. f. d. Deutsche Reich, 33. Jahrg., 1912, S. 343, Tab. 1 d, Anm. 4):

9 000 000 Abschnitte von 10 M.

6 000 000 „ „ 5 „

Sa. 15 000 000

Es entspricht dies dem Bundesratsbeschluß vom 28. Juni 1906.

¹⁾ Es kommt hier nicht in betracht, daß diese Reichskassenscheine nach Verabschiedung des Gesetzentwurfs „über die Änderung im Finanzwesen“ von 1913 um weitere 120 Mill. M. in Abschnitten von 10 und 5 M. vermehrt werden sollen (s. unten S. 133 ff.), mit der Zweckbestimmung des Kriegsschatzes.

Lediglich bei gänzlichem Wegfall der Reichskassenscheine von 10 M. könnte behufs Verdrängung der sehr unpraktischen 10 M.-Goldstücke die Ausgabe von Banknoten auch in Abschnitten von 10 M. erwogen werden.

der kleinen Banknoten nach und nach eintretenden entsprechenden Abfluß des Goldes aus dem Verkehr zur Reichsbank, so darf man, auch angesichts einer in Friedenszeiten zu erwartenden weiteren Zunahme der Anforderungen von Handel und Industrie und selbst bei Berücksichtigung der etwa gemäß dem Stande unserer Zahlungsbilanz eintretenden Goldentziehungen, allein aus der Vermehrung der kleinen Banknoten nach und nach eine nicht unerhebliche und dauernde Verstärkung des Goldbestandes der Reichsbank erwarten. Man rechnet sicherlich überaus vorsichtig, wenn man danach für den Kriegsfall den Goldbestand der Reichsbank berechnet, nach dem niedrigen Durchschnittsbestand des Jahres 1912 von rund 880 Mill. M., nur auf **1 100 Mill. M.**, erhöht annimmt, obwohl nicht nur die oben erwähnte normale Vermehrung, sondern auch die aus der Erhöhung des Umlaufs kleiner Banknoten zu erwartende Steigerung und endlich die Ergebnisse aller der Maßnahmen mit in Rechnung zu ziehen sind, welche oben (S. 66ff.) geschildert wurden.

In dem uns hier beschäftigenden Kriegsfall, und zwar zunächst für die provisorische Befriedigung des Zahlungsmittelbedarfs der Mobilmachungszeit, kommt aber als weitere Vermehrung des Goldbestandes der Reichsbank noch in Betracht:

- a) der Goldkriegsschatz des Juliusturms¹⁾ in Höhe von 120 Mill. M.
- b) der Erlös aus der Ausgabe weiterer Reichskassenscheine in Abschnitten von 10 und 5 M., bis zur Höhe von **120 Mill. M.**, welcher, nach Annahme des dem Reichstage derzeit vorliegenden Gesetzentwurfs über die „Änderungen im Finanzwesen“ vom 28. März 1913, „zur Beschaffung eines gleichen Betrages in gemünztem Golde mit der Zweck-

¹⁾ Interessante Darlegungen über die geschichtliche Entwicklung des Kriegsschatzgedankens s. bei Louis Katzenstein, Der preußische Staatsschatz und der Kriegsschatz in Schmoller Jahrb. N. F., XXXVI, Heft 4, S. 79 ff.

bestimmung des Reichskriegsschatzes“ verwandt werden soll.

Ich halte diese viel angefochtene Bestimmung, ungeachtet der von manchen Seiten erhobenen Bedenken¹⁾, für eine auf Grund des Standes der Gesamtwirtschaft und der Reichsbank, wie er oben (S. 65 ff.) geschildert ist, überaus notwendige und willkommene Maßregel,²⁾ zumal der bisherige Juliusturmriegsschatz, nach der völligen Veränderung fast aller bei seiner Gründung (Gesetz vom 11. Nov. 1871 RGBl. S. 403) vorhanden gewesenen Verhältnisse, durchaus unzureichend geworden ist.

Durch diese Schaffung neuer Reichskassenscheine entsteht keine Vermehrung des Zahlungsmittelbestandes überhaupt (die übrigens in dieser Höhe, angesichts eines schon jetzt unzureichenden Gesamtzahlungsmittelbestandes von 5 Milliarden M., — (s. oben S. 108—110) — kaum bedenklich sein könnte), sondern es wird der Bestand an Reichskassenscheinen, also von Papiergeld, in gleichem Tempo und in gleichem Umfange vermehrt, als Goldbeträge, also metallische Zahlungsmittel, aus dem Verkehr zurückgezogen und für Kriegszwecke „verwahrlicht niedergelegt“ werden. Es kann somit, wie die Begründung mit Recht sagt, von einer „Inflation“³⁾ der Volkswirtschaft mit minderwertigen Geldzeichen“ nicht die Rede sein. Es steht überdies jetzt fest, daß der Verkehr für

¹⁾ Vgl. u. a. Wilh. Lexis, die Rüstungsvorlagen in ihrer Bedeutung für die deutsche Währung, in der Neuen Freien Presse v. 16. April 1913, Nr. 17473, S. 15, wo u. a. vorgeschlagen wird, auch den Reichskassenscheinen nunmehr die Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel zu verleihen.

²⁾ Siehe auch Franz v. Mendelssohn in der deutschen Wirtschaftszeitung v. 1. Mai 1913.

³⁾ Vgl. übrigens gegen den Begriff einer solchen Inflation Bendixen, Die deutsche Bankgesetzgebung und die Balkankrise (Bank-Archiv v. 15. Mai 1913, XII. Jahrg. Nr. 16, S. 255.)

derartige kleine, in Abschnitten von 5 und 10 M. auszugebende Scheine, auch für solche, die, wie die Reichskassenscheine, im Frieden keine gesetzliche Zahlkraft haben, bereits in normalen Zeiten innerhalb der hier ins Auge gefaßten Grenzen durchaus und ohne jeden Druck aufnahmefähig ist, womit auch die Gefahr ausgeschlossen ist, daß sie etwa vom Verkehr abgelehnt werden, also bei der Reichsbank liegen bleiben könnten. Von einer Spezialdeckung dieser Reichskassenscheine durch das Gold, welches sie aus dem Verkehr drängen, kann man aber ebensowenig sprechen, als man von einer Deckung der bisher im Höchstbetrage von 120 Mill. M. erlaubt gewesenen Reichskassenscheine durch den Kriegsschatz im Juliusturm,¹⁾ ernstlich reden konnte, der zufällig die gleiche Höhe hat.

Die Verdoppelung der Reichskassenscheine in der vorgeschlagenen Weise und für den vorgeschlagenen Zweck ist also weder „bedenklich“, noch „überflüssig“, und es kann das angestrebte Ziel kaum „auf anderem Wege besser erreicht werden“. ²⁾ Auch auf dem vorgeschlagenen Wege ist es ja nicht unbedingt sicher, daß der ganze Betrag in Gold der Reichsbank zukommt, aber es ist doch höchst wahrscheinlich.

¹⁾ Ebensowenig von „einer Art Gegenwert“, wie Otto Arendt im „Tag“ vom 8. April 1913 sich ausdrückt.

²⁾ Dies gegen die Ausführungen von Otto Arendt, M. d. R., in dem vorerwähnten Artikel: Die Verdreifachung des deutschen Reichskriegsschatzes. Ein Gegenvorschlag (im „Tag“ vom 8. April 1913). Die eventuell erfolgende Zurückziehung von 120 Mill. M. Gold aus dem Verkehr bedeutet, angesichts des großen Umfangs der jetzt bestehenden und dann noch verbleibenden Gold-Reserven des Verkehrs (s. oben S. 109 ff.), keine irgendwie bedenkliche Schwächung dieser Reserven. Der Vorschlag des Verfassers aber, daß das Reich der Reichsbank die 120 Mill. M. Gold des Juliusturms abliefern solle, unter der Bedingung, daß die Reichsbank stets 120 Mill. M. Silber (die das Reich neu prägen und der Reichsbank unter der Bedingung völliger Zurückziehung der Reichskassenscheine übergeben soll) und 240 Mill. M. Gold zur freien Verfügung des Reichs halten solle, scheitert schon an dem vom Verfasser vorausgesehenen Einwand, daß der Kriegsschatz des Juliusturms aldann nicht, wie es

Auf den so für den Kriegsfall zu erwartenden Goldbestand der Reichsbank, und zwar von $1100 + 120 + 120$ Mill. M., also von in Summa 1 340 000 000 M., kann im Kriegsfall der dreifache Notenbetrag ausgegeben werden.

Es könnte ferner dafür in Betracht kommen: der sonstige Metallbestand der Reichsbank, also der Vorrat an Scheidemünzen (Silber und Nickel), der im Jahre 1912 durchschnittlich 323 512 000 M. betragen hat; weiter ihr (unrichtigerweise gleichfalls als Notendeckung zugelassener) Besitz an Reichskassenscheinen, der im Jahre 1912 durchschnittlich 39 118 000 M. betrug; außerdem der Goldbestand der vier Landesnotenbanken und endlich der nicht als Notendeckung zugelassene Devisenbestand der Reichsbank. Alle diese Beträge (mit Ausnahme des Silberbestandes) sollen aber hier ganz außer Betracht bleiben, obwohl der Devisenbestand bekanntlich in hohem Maße geeignet und auch darauf berechnet ist, den Goldbestand der Reichsbank in kritischen Zeiten zu stärken und zu erhalten.

- c) Im Falle der Annahme des oben erwähnten Gesetzentwurfs über „Die Änderungen im Finanzwesen“ vom 28. März 1913 wird (laut § 4) der Reichskanzler weiter ermächtigt, bis zur Höhe von 120 Mill. M.

sein notwendiger Zweck ist, sofort und unmittelbar zur Verfügung steht (I. Aufl., S. 45, Anm. 1). Hier gibt es nur ein aut-aut; entweder ist es, wie der Verfasser selbst sagt, „nötig, daß das Reich sofort bei Kriegsausbruch über ausreichende Barmittel verfügt“, dann müssen diese Barmittel eben „aufgespeichert“ und „nutzlos“, d. h. zinslos, daliegen. Oder es ist nicht nötig, dann und nur dann könnte im Sinne des Verfassers über den Kriegsschatz verfügt werden. Daß die Reichskassenscheine, die Schuldverpflichtungen des Reichs darstellen und denen die gesetzliche Zahlkraft der Banknoten (im Frieden jedenfalls) nicht beiwohnt, auf Grund der §§ 9 u. 17 des Bankgesetzes als Deckung für die Reichsbanknoten anerkannt sind, halte ich mit dem Verfasser für eine möglichst bald zu beseitigende Anomalie, während die Beseitigung der Reichskassenscheine als solcher, die der Verfasser wünscht, weniger erforderlich wäre. Die Beseitigung jener Anomalie kann aber nicht auf dem vom Verfasser vorgeschlagenen Wege erreicht werden, der einen schweren Schaden herbeiführen, also nicht nur eine Anomalie bedeuten würde.

einen zur Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs dienenden Bestand an Silbermünzen zu beschaffen und hierfür im gleichen Betrage Prägungen außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 507) bestimmten Grenze für den Kopf der Bevölkerung vorzunehmen.¹⁾

Der § 6 bestimmt weiter, daß die in den §§ 4, 5 bezeichneten Bestände, also die letztgedachte Silberreserve bis zu 120 Mill. M., ebenso wie die obenerwähnte zur Verstärkung des Kriegsschatzes bestimmte Goldreserve bis zu 120 Mill. M., von dem Reichskanzler unter Aufsicht der Reichsschuldenkommission (§ 12 der Reichsschuldenordnung vom 11. März 1900 RGBl. S. 129) verwaltet werden soll.

Die Bildung einer solchen Silberreserve entspricht, falls und soweit sie als weitere Verstärkung, also als Verdreifachung des Reichskriegsschatzes dienen soll, sowohl als solche wie der Höhe nach einem in der ersten Auflage dieses Buches (S. 45 Anm. 1) geäußerten Wunsche. Dem Gesetzesvorschlage ist, obwohl auch hier manche Bedenken vorliegen,²⁾ m. E. unbedingt zuzustimmen.

Es ist jedoch erforderlich, im Gesetze selbst klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß auch diese Silberreserve ausschließlich für Kriegszeiten, also zur Verstärkung des Reichskriegsschatzes, und nicht zur Befriedigung eines etwa schon in Friedenszeiten auftretenden „außerordentlichen Bedarfs“ dienen soll.

¹⁾ Der § 4, Abs. 2 sagt ferner: „Die zur Beschaffung dieses Silberbestandes erforderlichen Mittel sind nach näherer Bestimmung des Reichshaushaltsetats bereit zu stellen. Zu diesem Zwecke kann auch der aus den Prägungen im Münzwesen sich ergebende Überschuß verwendet werden, für das Rechnungsjahr 1913 jedoch nur insoweit, als er den Betrag von 10750000 Mark übersteigen wird.“

²⁾ Vgl. u. a. Wilh. Lexis a. a. O., S. 16 und Bankdirektor Dr. Weber, Die neuen Steuern, im Bank-Archiv v. 15. April 1913, XII Jahrg., Nr. 14, S. 227/228, sowie gegen letzteren Edler von der Planitz im Bank-Archiv v. 1. Juni 1913, XII. Jahrg., Nr. 17, S. 275—278.

Die Begründung des Entwurfs ist nach dieser Richtung außerordentlich unklar und widerspruchsvoll. Denn zu Anfang weist sie ausdrücklich auf den Wortlaut des Gesetzentwurfs hin, der bei der Silberreserve, in bewußter Abweichung von der Goldreserve, die Worte: „mit der Zweckbestimmung des Reichskriegsschatzes“ durch die Worte: „zur Befriedigung eines außerordentlichen Bedarfs“ ersetzt, und bemerkt dann weiter, daß es sich hier um die „Befriedigung eines mehr oder minder plötzlich auftretenden außerordentlichen Bedarfs“ handle.

Auf der anderen Seite bemerkt die Begründung aber, daß „die Reichsbank aus währungs- und bankpolitischen Erwägungen Bedenken tragen müsse, diesen „für außerordentliche Zwecke bestimmten“ Silbermünzenvorrat schon in Friedenszeiten ihrem Betriebe zu übergeben“, so daß es sich erübrige, „die Silberreserve für Rechnung des Reiches anzuschaffen und bei der Reichsbank zu sofortiger Verwendung im gegebenen Falle verwahrlich niederzulegen.“ Dagegen wird dann wieder am Schlusse erklärt: „Entsprechend diesen währungs- und bankpolitischen Rücksichten müßte nach erfolgter Verwendung darauf Bedacht genommen werden, daß mit der Rückkehr ruhiger Zeiten die Silberreserve von den Beständen der Reichsbank wieder für sich abge sondert würde.“ Es ist aber, entsprechend dem, was ich schon früher (1. Auflage, S. 45, Anm. 1), betonte, unbedingt notwendig, und zwar nicht etwa nur in der Begründung des Gesetzes, sondern auch im Gesetze selbst, — also vielleicht im Gegensatz zu der jetzt bestehenden Absicht — klar und deutlich zu sagen, daß diese Silberreserve bis zu 120 Mill. M., ungeachtet der §§ 9 und 17 des Bankgesetzes, nur in Kriegszeiten als Unterlage für die Ausgabe von Banknoten benutzt werden darf, und daß sie in Friedenszeiten, auch bei

Feststellung der Diskontpolitik, nicht etwa zu den Aktivbeständen der Reichsbank zu rechnen ist.

Damit allein wäre aber auch, wie ich gleichfalls schon in der ersten Auflage dieses Buches ausführte, dem damals schon erwarteten (und jetzt tatsächlich gelegentlich der Kritik des Gesetzentwurfs bereits erhobenen) Einwände der Boden entzogen, daß hierdurch einer Verschlechterung der Deckung der Banknoten, also auch einer Verschlechterung unserer Währung, der Weg gebahnt werde. Denn in Kriegszeiten, und namentlich bei sofortiger Erklärung des Zwangskurses für die Banknoten, wie ich sie schon früher (1. Aufl., S. 59 sub b bis 63 befürwortete und auch jetzt vorschlage (s. unten S. 152), würde, da durch diese Erklärung der vorhandene Goldbestand intakt erhalten wird,¹⁾ eine Vermehrung des an sich als Notendeckung zulässigen Silberbestandes nicht allzu bedenklich erscheinen können. Die Silberreserve würde aber im Kriegsfalle, was „wichtig genug wäre und für den erwachsenden Zinsverlust volle Entschädigung bieten würde, . . . die Reichsbank mit vor der Gefahr behüten, unter die Dritteldeckung zu geraten“. (1. Aufl., S. 45, Anm. 1)²⁾.

Erfolgt eine solche klare und unzweideutige Bestimmung nicht, wird also nicht der bestehende oder doch jedenfalls zwischen den Zeilen zu lesende Gedanke

¹⁾ Es ist selbstverständlich, daß, auch solange der Zwangskurs der Banknoten nicht erklärt ist, die Zweigstellen der Reichsbank während der Mobilmachungszeit von der ihnen schon in Friedenszeiten nach § 18b des Bankgesetzes zustehenden Befugnis Gebrauch machen werden, Reichsbanknoten nur gegen Gold einzulösen, soweit es ihre eigenen Barbestände und Geldbedürfnisse gestatten.

²⁾ Abgesehen von der im jetzigen Gesetzentwurf in besonderer Ausgestaltung vorgeschlagenen Silberreserve ließe sich noch eine stille Silberreserve für den Kriegsfall bilden, welche bei neuen Silberprägungen aus den Gewinnen zu bilden wäre, die auf Grund der Differenz zwischen dem Silberankaufspreise und dem Nennwerte der Silbermünzen gemacht werden, eine Möglichkeit, die der § 4 Abs. 2 des oben erwähnten Gesetzentwurfes offen läßt.

aufgegeben, die Silberreserve schon in Friedenszeiten in den Fällen außerordentlichen Bedarfs zu benutzen, so bestünde auch hier genau die nämliche Gefahr, wie sie bei den Vorschlägen der Friedensüberweisung des Juliusturmschatzes an die Reichsbank besteht, daß sie gerade dann nicht oder nicht sofort zur Verfügung stünde, wenn sie unter allen Umständen notwendig ist, nämlich im Kriegsfall.

Jedenfalls müssen wir aber mit dieser Silberreserve für den Kriegsfall, was ja auch mindestens der Wunsch des Gesetzentwurfs von 1913 ist, als weitere Unterlage einer dreifachen Notenausgabe rechnen.

Der Metallbestand der Reichsbank, der eine solche Notenausgabe im Kriegsfall gestatten würde bestünde dann also nach obigem aus $1\,100\,000 + 120 + 120 \dots 1\,340\,000\,000$ M. in Gold und aus $323\,512\,000 + 120\,000\,000$ M. = 443 512 000 „ in Silber, zusammen aus $\dots 1\,783\,512\,000$ M.

Auf diese Unterlage hin könnten somit ausgegeben werden an Banknoten $\dots 5\,350\,536\,000$ M. Hiervon wäre der durchschnittliche Friedensumlauf an Banknoten abzuziehen, welcher aber nicht nach dem Durchschnittsbetrag des Jahres 1912 mit $1\,781\,999\,000$ M. berechnet werden kann, weil der Notenumlauf des Jahres 1912 ein völlig anormaler war (am Jahresschluß wies er mit $2\,519\,378\,350$ M. die höchste Ziffer seit Bestehen der Reichsbank auf), sondern etwa nach dem Durchschnittsbetrag des in der ersten Auflage dieses Buches zu Grunde gelegten Banknotenumlaufs des Jahres 1907 mit $\dots 1\,478\,000\,000$ M., so daß neu an Banknoten ausgegeben werden könnten

3 872 536 000 M.

Mit diesem Betrag an Banknoten würde sich also allein schon der Zahlungsmittelbedarf für die ersten Wochen nach der Kriegserklärung, der oben (S. 125—127) mit rund

3 900 000 000 M.

berechnet ist, vorläufig, also so lange befriedigen lassen, bis für die hier zu Grunde liegenden und für die weiteren Kriegsbedürfnisse eine definitive Deckung durch Inanspruchnahme des Staatskredits oder durch Erhöhung bestehender oder Schaffung neuer Steuern erfolgen kann.

Von diesem Banknotenbetrage, in welchem die auf Grund des verdreifachten Kriegsschatzes von 360 Mill. M. auszugebenden 1080 Mill. M. Banknoten stecken, wäre also zunächst der Reichsfinanzverwaltung die erforderliche Quote zur vorläufigen Befriedigung des während der Mobilmachung entstehenden Zahlungsmittelbedarfs für Heer und Flotte, die oben (S. 125/126) mit 1800 Mill. M. angenommen ist, und für den Realbedarf (gegen Diskontierung von Schatzanweisungen) so viel zur Verfügung zu stellen, als nicht die Befriedigung jenes Bedarfs etwa aus vorhandenen Barbeständen der Staatskassen oder auf andere Weise erfolgen kann.

Im übrigen wird der oben (S. 107—109) berechnete Zahlungsmittelfonds durch den oben (S. 127) auf 600 Mill. M. angenommenen „Angstbedarf“ (provisorisch) in Anspruch genommen werden. Dies wird jedoch voraussichtlich nicht in der ganzen vorgedachten Höhe von 600 Mill. M. geschehen, da die durch diesen „Angstbedarf“ hervorgerufenen „Angstreserven“ an Zahlungsmitteln, nach Erledigung der dringendsten Bedürfnisse und Verbindlichkeiten, wieder in den allgemeinen Zahlungsmittelfonds zurückkehren¹⁾, und damit in immer größerem Umfang insbesondere für den (oben mit 1500 Mill. M. angenommenen) Realbedarf von Handel, Gewerbe und Industrie verfügbar werden.

Man wird infolgedessen für die definitive Deckung des „Angstbedarfs“ nach Ablauf der Mobilmachungszeit nur in erheblich geringerem Maße Vorsorge zu treffen haben. Der gewerbliche „Realbedarf“ aber der Mobilmachungszeit wird

¹⁾ M. v. Ströhl, Über das deutsche Geldwesen im Kriegsfall S. 179.

sowohl aus letztgedachtem Grunde wie aus anderen gleich zu erwähnenden Ursachen weder für die provisorische Befriedigung durch Zahlungsmittel, noch für die definitive Deckung in der ganzen Höhe des oben (S. 126) angenommenen Betrages von 1500 Mill. M. in Betracht kommen.

Denn wenn bei Ansetzung dieses Betrages mit einem starken Mobilmachungsmehrbedarf einzelner Industrie- und Handelszweige gerechnet ist, so muß doch auch auf der anderen Seite berücksichtigt werden, daß sich ein nicht unerheblicher Minderbedarf anderer Zweige gegenüber dem in Friedenszeiten herrschenden Bedürfnis zeigen wird. Dieser Minderbedarf an Zahlungsmitteln dürfte sich einerseits ergeben aus dem Wegfall von Gehältern, Löhnen usw. für einen großen Teil der 3 Millionen Einberufenen, andererseits aus dem Wegfall von Betriebsmitteln und Generalunkosten für diejenigen Industrien, welche, wie die Export- und Luxusindustrien, jedenfalls in der ersten Zeit nach der Kriegserklärung genötigt sein werden, ihren Betrieb erheblich einzuschränken.

Endlich dürften die Ersparnisse am Friedensbudget, (vgl. 1. Aufl. S. 42/43) sich, auch wenn die oben (S. 128, Anm. 1) betonten Vorbehalte zu weitgehenden Schätzungen gegenüber am Platze sind, doch wohl auf einen Betrag belaufen, den ich mit im mindesten 500 Mill. M. sicherlich eher erheblich zu niedrig als zu hoch veranschlage: die ersparten Mittel aus dem Friedensetat würden dann zur Verwendung für den Kriegsetat flüssig gemacht werden können.

Für die (provisorische) Inanspruchnahme des Zahlungsmittel-Vorrats kommt aber noch folgendes hinzu: Zur Befriedigung der Mobilmachungsmachungs-Bedürfnisse des Gewerbes, des Handels und der Industrie und für den „Angstbedarf“ steht nicht etwa ausschließlich der obige Zahlungsmittelfonds in Gold, Silber und Banknoten zur Verfügung. Es ist auch gar nicht daran zu denken, daß die Reichsbank, bei welcher sich im Mobilmachungsfalle namentlich der Betrag der zur Diskontierung

eingereichten Wechsel ganz ungemein vergrößern dürfte¹⁾, auch zur Befriedigung des vielleicht noch stärker sich steigern den Lombardbedarfs in der Lage sein könnte. Schon deshalb nicht, weil die Reichsbank nach § 17 des Bankgesetzes zwar für den durch ihren Metallbestand nicht gedeckten Teil ihres Notenbestandes die von ihr diskontierten kurzfristigen Wechsel als Deckung verwenden darf, nicht aber die von ihr lombardierte Waren, Effekten und dergl. m. Sie darf also das Lombardgeschäft nur mit den ihr sonst zur Verfügung stehenden Mitteln, also nur mit ihrem Aktienkapital und mit ihren Reserven, betreiben, die schon in Friedenszeiten dadurch mehr als voll in Anspruch genommen sind²⁾, sowie mit ihren — im Kriegsfall nicht allzu sehr in Betracht kommenden — Depositen, d. h. Girogeldern. Bedenkt man, daß allein derjenige Teil des deutschen Nationalvermögens, welcher in Wertpapieren angelegt sein dürfte (etwa $\frac{1}{3}$), heute, je nach den stark abweichenden Schätzungen dieses Nationalvermögens, auf zwischen 66 und 120 Milliarden M. zu schätzen ist³⁾, so erhellt schon daraus die Unmöglichkeit, der Reichsbank die Pflichten einer Lombardbank im Kriege allein oder auch nur zum wesentlichen Teile zu überlassen.

Es muß daher alsbald nach der Mobilmachung, wozu schon in Friedenszeiten alle Vorkehrungen zu treffen und ohne Zweifel derzeit auch schon getroffen sind, der Reichsbank ein großer Teil der anormalen, vielleicht auch, was wiederum den Status verbessern würde, ein Teil der normalen Lombardierungslast, durch selbständige, aber unter Aufsicht des Reichsschatzamts oder der Reichsbank stehende Kriegs-Darlehns-

¹⁾ v. Stroll schätzt den Betrage der Wechseleinreichungen, den die Reichsbank alsdann über ihren Normalbestand hinaus aufzunehmen haben wird, auf gut eine halbe Milliarde M. (a. a. O. S. 192).

²⁾ Die Lombardanlagen betrugen am 30. Juni, also an einem „schweren Termin“, im Jahre 1907 = 266 750 000; im Jahre 1908: 141 788 000 (gegenüber 96 707 000 im Mai 1908) und am 31. Dez. 1912 176 704 000 M. (Geschäftsbericht der Reichsbank für 1912, S. 10).

³⁾ Vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken usw., 4. Aufl., 1912, S. 86.

kassen abgenommen werden, welche schon 1848 und 1866 und dann wieder 1870 eingerichtet waren.¹⁾

Solche Kriegs-Darlehnskassen haben, auf Grund entgegenkommender Bedingungen, Privaten, Sparkassen, Banken, Genossenschaften usw. gegen Hinterlegung von guten Werten, insbesondere von Waren und Wertpapieren, — in erster Linie von einheimischen Staatspapieren — Lombard-Darlehen gegen mäßige Zinsen in Gestalt von Schuldverschreibungen zu gewähren, welche durch die hinterlegten Werte gedeckt und nach einer bestimmten Zeit einlösbar sind. Diese Schuldverschreibungen sollten von vornherein in Abschnitten von 10 und 5 M. ausgestellt werden und im übrigen den Charakter besonderer fundierter Wertzeichen des Reichs haben. Man könnte nun entweder, was ich vorziehen würde, auch in der Folge die Kassen selbst Darlehnskassenscheine ausstellen lassen, die, mit Reichsgarantie versehen, von allen öffentlichen Kassen zum Nennwert in Zahlung zu nehmen sind, oder man könnte sich gemäß dem Ströllschen Vorschlag²⁾ dahin entscheiden, diese Wertzeichen, unter entsprechender Abänderung des Textes, als Reichskassenscheine auszugeben, die, im Gegensatz zu den bisherigen Reichskassenscheinen, welchen keine Spezialdeckung zu Grunde liegt (s. oben S. 135), infolge der Lombarddeckung fundierte Reichsschuldverschreibungen darstellen. Der früher für den letzteren Vorschlag geltend gemachte Grund, daß die bisherigen Reichskassenscheine, die nach dem Gesetz vom 5. Juni 1906 gleichfalls in Abschnitten von 10 M. und 5 M. umlaufen, nur in dem geringfügigen, also leicht zu erhöhenden Gesamtbetrage von 120 Mill. M. auszugeben seien, trifft jetzt nach dem oben (S. 135) gesagten nicht mehr zu.

¹⁾ Im Jahre 1848 wurden Darlehnskassenscheine in Höhe von etwa 10 Mill., 1866 von 25 und 1870 bis zur Höhe von rund 30 Mill. Tlr. ausgegeben; der Höchstbetrag mit 28 277 650 Tlr. wurde am 31. Dez. 1870 erreicht.

²⁾ M. v. Ströll, Über das deutsche Geldwesen im Kriegsfall (1899) S. 199.

Der Reichsbank allein die ganze Last der Kriegslombardbedürfnisse aufzubürden, würde aber auch deshalb ausgeschlossen sein, weil man dann gar nicht anders könnte, als den Grundpfeiler unserer Banknoten- und Währungsverfassung, den § 17 des Bankgesetzes, dahin zu modifizieren, daß vorübergehend auch Lombardforderungen zur Deckung von Banknoten zuzulassen wären. Dies aber halte ich mit v. Ströhl¹⁾ für unzulässig, weil eine Notenbank „als Gegenwert für den nicht metallisch gedeckten Teil des Notenumlaufs nur liquide kurzfristige Forderungen ankaufen und bereithalten“ darf. Diese Eigenschaften besitzen verpfändete Wertpapiere und Waren jedenfalls weit weniger als kurzfristige Diskontwechsel, zumal die Bank die Lombardforderungen, selbst wenn diese gleichfalls nur auf drei Monate laufen, bis zum Ablauf der drei Monate nicht realisieren kann, da sie nicht in der Lage ist, sie weiter zu verpfänden. Es kommt hierzu, daß bei Lombards, im Gegensatz zu den mindestens zwei Verpflichteten aus diskontierten Wechseln, nur ein persönlicher Schuldner vorhanden ist, und daß der zur Realisierung des Pfandes gemäß § 20 des Bankgesetzes vorzunehmende Exekutionsverkauf je nach Lage des Marktes gute oder schlechte Ergebnisse liefern oder resultatlos verlaufen kann.

Schon im Jahre 1848 und ebenso 1866²⁾ hatte sich die Gründung solcher Kriegsdarlehnskassen als überaus zweckmäßig erwiesen. Es wurde deshalb auch im Jahre 1870 durch Bundesgesetz vom 21. Juli 1870 (B. G. Bl. S. 499) die Errichtung solcher Darlehnskassen, an denjenigen Orten des Bundesgebiets, an welchen sich ein Bedürfnis dazu herausstellen sollte, angeordnet. Sie sollten zur Abhilfe des Kreditbedürfnisses, namentlich zur Be-

¹⁾ a. a. O. S. 193.

²⁾ Das folgende nach: „Die Finanzverwaltung Preußens in den Jahren 1870, 1871 und 1872. Nach einem Berichte des Finanzministers an S. M. den Kaiser und König“ (Berlin 1873, Kgl. Staatsdruckerei) S. 23—26. (Vgl. jetzt aber auch die im Vorwort zitierte Abhandlung von I. F. Kleindinst, Die deutschen Kriegsanleihen in den Jahren 1870 und 1871 in Hirths Annalen des Deutschen Reichs, 46. Jahrg., 1913, Nr. 4, S. 261—263 u. S. 282—284.)

förderung des Handels- und Gewerbebetriebes, Darlehen gegen Verpfändung von Waren, Boden- und Bergwerkserzeugnissen, Fabrikaten oder Wertpapieren gewähren, und für den Betrag der bewilligten Darlehen Darlehnskassenscheine bis zum Höchstbetrage von 30 Mill. Tlr. in Abschnitten von 5, 10 und 25 Tlr. ausgeben. Der Mindestbetrag der Darlehen war auf 50 Tlr., die Darlehnsdauer auf drei Monate (in Ausnahmefällen auf sechs Monate) bestimmt.

Die Verwaltung dieser Darlehnskassen für Rechnung des Bundes übernahm die Preußische Bank, d. h. eine besondere Bankabteilung derselben, als „Hauptverwaltung der Darlehnskassen“ unter der Leitung des preußischen Finanzministers. Im Ganzen wurden im Gebiete des Nordd. Bundes 30 Darlehnskassen errichtet, und zwar in Altona, Berlin, Braunschweig, Bremen, Breslau, Cassel, Chemnitz, Cöln, Danzig, Dortmund, Dresden, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Frankfurt a/O., Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Halle, Hamburg, Hannover, Königsberg, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Osnabrück, Plauen, Posen, Rostock und Stettin (also in Preußen 16). Diese Darlehnskassen gelangten aber nicht zu voller Wirksamkeit, weil sie unmittelbar nach Kriegsausbruch, also im Juli, wo die Hauptschwierigkeiten für den Handelsstand bestanden, noch nicht in Funktion waren. „Als dann die Herstellung der Darlehnskassenscheine so weit vorgeschritten war,¹⁾ daß die ersten Summen an die Verwaltung abgeliefert werden konnten, und als auch im Übrigen die Einreichungen so weit gediehen waren, daß zunächst an den Hauptplätzen die Geschäftstätigkeit beginnen konnte, da waren bereits die ersten Siege der deutschen Waffen errungen, die Gefahr einer feindlichen Invasion abgewendet, Vertrauen kehrte in die Geschäftswelt zurück und die größten Schwierigkeiten der Lage waren damit überwunden.“

¹⁾ „Die Finanzverwaltung Preußens in den Jahren 1870, 1871 u. 1872 etc., S. 24. Die Scheine hätten aber schon im Frieden angefertigt werden und bereit liegen sollen.

Einzelne Darlehnskassen konnten schon im September 1870 für neue Darlehen geschlossen werden. Interessant ist folgende Feststellung¹⁾ des oben S. 145 Anm. 2 angeführten Ministerial-Berichts: „Von wesentlichem Nutzen ist aber die Einrichtung der Darlehnskassen dadurch geworden, daß dieselben auch von der Bundes-Finanz-Verwaltung zur Beleihung von Wertpapieren hat benutzt werden können. Insbes. in dem Verkehr mit Schatzanweisungen war es von großem Wert, daß in Augenblicken, wo zur Einlösung fällig gewordener Serien oder sonst für den laufenden Geldbedarf der Kassen große Summen rasch flüssig gemacht werden mußten, einstweilen eine Beleihung der neu aufgegebenen Schatzanweisungen durch die Darlehnskasse in Berlin eintreten und die Begebung je nach den Umständen allmählich . . . vorgenommen werden konnte. Sobald der Geldstand der Bundeskasse es gestattete, wurden Abzahlungen vorgenommen und bei wieder eintretendem Bedürfnis neue Darlehen entnommen. Diese Operationen²⁾ kamen mittelbar auch dem Handels- und Gewerbebetriebe zu gute, indem sie dazu dienten, die Geldbestände, welche sich in den Darlehnskassen ansammelten, in den Verkehr zu bringen und dadurch dem Geldmarkt die Zirkulationsmittel zuführten, welche zur Ausfüllung der durch den Geldabfluß nach Frankreich entstandenen Lücke notwendig waren. Sie gewährten überdies der Bundeskasse einen im wesentlichen unentgeltlichen Kredit, indem die Zins-einnahmen der Darlehnskassen, soweit sie nicht zur Deckung

¹⁾ a. a. O. S. 25. Es ist demgegenüber mit v. Ströhl (Über das deutsche Geldwesen im Kriegsfall S. 201) grundsätzlich daran festzuhalten, daß die „Darlehnskassen von staatlichen Lombardgeschäften, wenigstens größeren Stiles, verschont bleiben müssen“; im wesentlichen jedenfalls muß „für die Regierung ausschließlich die Reichsbank als Kriegsbank fungieren“ (a. a. O. S. 200). Gerade die oben erwähnten Operationen, also die Verpfändung von Schatzanweisungen und Staatsschuldverschreibungen bei der Berliner Darlehnskasse behufs vorschußweiser Deckung der Kriegskosten, wurden später im Parlament und in der Literatur stark angegriffen, vgl. I. F. Kleindinst a. a. O. S. 282—284.

²⁾ a. a. O. S. 26.

der Kosten des Geschäftsbetriebs zu verwenden waren, nach dem Gesetz der Bundeskasse zufließen. Der gesamte Reingewinn der Darlehnskassen, welcher für die Bundeskasse vereinnahmt worden ist, belief sich auf r u n d 850 000 Rtlr.“

III. Die finanziellen Hilfsmaßregeln.

Die für die finanzielle Kriegsbereitschaft erforderlichen Maßnahmen sind durch die Kreditbanken zu unterstützen, und zwar zunächst dadurch, daß sie sich, wie wir oben (S. 89 ff.) erörterten, möglichst schon in Friedenszeiten mittels Ansammlung von Reserven in den Stand setzen, den im Mobilmachungsfalle auch bei ihnen zu erwartenden Ansturm leicht zu bewältigen. Dies kann, wie wir sahen, vor Allem geschehen durch Ansammlung eines genügenden Vorrats einerseits von durch die Kriegsdarlehnskassen beleihbaren Werten, namentlich von deutschen Staatspapieren, und andererseits von Golddevisen und anderen Goldforderungen an das Ausland, wodurch zugleich die Reichsbank entlastet wird. In der ersten Zeit nach der Kriegserklärung aber haben sich die Kreditbanken, soweit dies irgend durchführbar ist, ihrer Kundschaft gegenüber aller plötzlichen Kreditkündigungen und Akzept- oder Diskontierungsverweigerungen zu enthalten, und müssen in den Grenzen des Möglichen auch ihrerseits von allzustarken Zurückziehungen ihrer Giro Guthaben bei der Reichsbank und besonders erheblichen Wechseleinreichungen zur Rediskontierung Abstand nehmen.

Außerdem ist aber zum Schutze der Reichsbank und der Gesamtwirtschaft eine Reihe gesetzlicher Präventivmaßregeln notwendig, welche im Frieden vorbereitet sein müssen, um sofort mit der Kriegserklärung erlassen und veröffentlicht werden zu können.

Es muß zunächst der Reichskanzler gesetzlich ermächtigt werden, in Kriegszeiten, also ev. sofort nach der Kriegserklärung,

1. eine Reihe von Paragraphen des Bankge-

setzes vom 14. März 1875 für die Reichsbank und die vier übrigen noch bestehenden Notenbanken und ebenso eine Reihe sonstiger, für den Geldverkehr wichtiger gesetzlicher Vorschriften provisorisch, d. h. für die Kriegsdauer oder für kürzere Zeit, außer Kraft zu setzen (zu suspendieren).

a) Der frühere § 2 des Bankgesetzes ist insoweit, als er anordnet, daß „eine Verpflichtung zur Annahme von Banknoten bei Zahlungen, welche gesetzlich in Geld zu leisten sind“, nicht stattfinden solle, durch den art. 3 der (am 1. Januar 1910 in Kraft getretenen) Novelle vom 1. Juni 1909 aufgehoben worden, welcher lautet: **„Die Noten der Reichsbank sind gesetzliches Zahlungsmittel.** Im Übrigen bleiben die Vorschriften des § 2 des Bankgesetzes unberührt.“

Es ist damit schon in Friedenszeiten und ohne daß irgendwie die von dem Inkrafttreten dieser Maßregel von manchen Seiten befürchteten schädlichen Folgen eingetreten wären, den Reichsbanknoten, im Gegensatz zu den Reichskassenscheinen (§ 5 Abs. 2 des Reichsgesetzes betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen vom 30. April 1874), nach dem Vorbild von England und Frankreich, die Eigenschaft gesetzlicher Zahlungsmittel (legal tender) beigelegt worden, sodaß jeder Schuldner einer Geldschuld Banknoten als Zahlung, also mit liberatorischer Wirkung, hinzugeben berechtigt, jeder Gläubiger einer Geldforderung Banknoten als Zahlung anzunehmen verpflichtet ist. Daß diese erfreulicherweise schon in Friedenszeiten erfolgte Erhebung der Banknoten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln, die ich in der ersten Auflage dieses Buches, als die Novelle noch nicht vorhanden war, als erste Kriegsmaßregel vorschlug, nichts zu tun hat mit der später zu erörternden Frage des etwaigen Zwangskurses der Banknoten im Kriegsfall, muß betont werden. Denn neben der nun infolge der gesetzlichen Zahlungsmiteleigenschaft der Reichsbanknoten begründeten Verpflichtung jedes Gläubigers

einer Geldforderung, sie als Zahlung anzunehmen, bleibt natürlich die gesetzliche Einlösungspflicht des Ausstellers, also der Reichsbank, d. h. ihre Verpflichtung bestehen, gemäß § 4 des Bankgesetzes ihre Noten „sofort auf Präsentation zum vollen Nennwerte einzulösen“, und zwar nach § 18 des Bankgesetzes (in der Fassung des art. 4, I der Novelle vom 1. Juni 1909) „gegen deutsche Goldmünzen“.

Es ist nötig, dies besonders hervorzuheben, weil auch ein so genauer Kenner der Materie, wie Laband,¹⁾ ausführt, den Banknoten müsse im Kriegsfall „der sogenannte Zwangskurs, das heißt die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels“ beigelegt werden, und weil selbst Mor. von Ströhl einmal per lapsum calami von der Ausrüstung der Banknoten „mit dem Zwangskurs, das heißt mit der gesetzlichen Zahlungsmittel-eigenschaft“ sprach.²⁾

Wenn also infolge der Novelle vom 1. Juni 1909 in Bezug auf den legal tender der Reichsbanknoten für Kriegszeiten keine Vorkehrung mehr zu treffen ist, so ist nicht zu vergessen, daß im Interesse der Einfachheit und Einheitlichkeit des Zahlungswesens ausschließlich den Reichsbanknoten, nicht aber den Privatbanknoten, der legal tender zuerkannt worden ist.

Es ist daher dem Reichskanzler die Ermächtigung zu erteilen, auch die Privatbanknoten für den Bereich ihres Heimatsstaats provisorisch, also auf die Kriegsdauer oder auf kürzere Zeit, zu gesetzlichen Zahlungsmitteln zu erklären, somit auf eine solche Dauer die (für Privatnotenbanken gültig gebliebene) Vorschrift des § 2 des Bankgesetzes zu suspendieren, wonach eine Verpflichtung zur Annahme von Banknoten bei Zahlungen, welche gesetzlich in Gold zu leisten sind, nicht stattfindet.

Gleichzeitig ist aber auch der Reichskanzler zu ermäch-

¹⁾ In der Abhandlung: Die rechtliche Stellung der Reichsbank im Kriegsfall (Bank-Archiv vom 15. Okt. 1905 V. Jahrg. Nr. 2, S. 18).

²⁾ Über das deutsche Geldwesen im Kriegsfall, S. 206.

tigen, in gleicher Weise auch den § 5 Abs. 2 des Reichsgesetzes betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen vom 30. April 1874 zu suspendieren, welcher bestimmt, daß ein Zwang zur Annahme von Reichskassenscheinen im Privatverkehr nicht stattfindet.

Ebenso müssen auch die neu auszugebenden Schuldverschreibungen der Kriegsdarlehnskassen und die Reichsilbermünzen zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt werden, letztere unter Suspension des § 9 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909, wonach niemand verpflichtet ist, Silbermünzen im Betrage von mehr als zwanzig Mark in Zahlung zu nehmen.

Dagegen ließe es sich nicht denken, daß auf die Dauer die Banknoten ihre Eigenschaft als gesetzliche Zahlungsmittel während des Krieges überhaupt oder ohne schwere Schädigungen behalten könnten, falls man alsdann auch den § 17 (und den § 44 Ziff. 3) des Bankgesetzes, also die Deckungspflicht der Notenbanken für die von ihnen ausgegebenen Banknoten, suspendieren wollte. Diese Deckungspflicht ist ihre Pflicht, „für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Banknoten jederzeit mindestens ein Drittel in kursfähigem deutschem Gelde, Reichskassenscheinen oder in Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu 1392 Mark gerechnet, und den Rest in diskontierten Wechseln, welche eine Verfallzeit von höchstens drei Monaten haben und aus welchen in der Regel drei, mindestens aber zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften, in ihren Kassen als Deckung bereit zu halten“. Schon in der bloßen Ermächtigung zur Suspension auch des § 17 des Bankgesetzes würde der Verkehr die Möglichkeit einer Verschlechterung nicht nur der Sicherheit der Banknoten, sondern auch unseres ganzen Währungssystems erblicken; ich würde es daher vorziehen, bei den gesetzlichen Ermächtigungen den § 17 (und den § 44 Ziffer 3) unberührt zu lassen, jedenfalls aber dringend raten, von einer etwa aus übergroßer Vor-

sicht dennoch erteilten Ermächtigung keinen Gebrauch oder mindestens nur dann Gebrauch zu machen, wenn ein wirklicher Notstand vorliegen sollte, dem auf anderem Wege nicht abgeholfen werden kann.

b) Je entschiedener wir aber entschlossen sind, die Deckungspflicht für die ausgegebenen Banknoten gemäß § 17 des Bankgesetzes auch in Kriegszeiten aufrecht zu erhalten, um so nötiger ist es, den zuständigen Stellen die gesetzliche Ermächtigung zu erteilen,¹⁾ im Kriegsfall die §§ 4 Abs. 1 und 18²⁾ (und dann auch den § 44 Ziff. 4) des Bankgesetzes zu suspendieren, d. h. die Einlösungspflicht der Reichsbank und der Privatnotenbanken, die Pflicht, ihre Noten sofort auf Präsentation zum vollen Nennwerte, und zwar „in deutschen Goldmünzen“ für die Reichsbank (§ 18) oder „in kursfähigem deutschen Gelde“ (Gold, § 44 Ziff. 4 für die Privatnotenbanken), einzulösen; die Suspension dieser Einlösungspflicht würde die provisorische Einführung des Zwangskurses für die Banknoten bedeuten.³⁾

Selbst wenn man der Ansicht wäre, die ich nicht teile, daß es aus verschiedenen Gründen⁴⁾ wünschenswert erscheine,

¹⁾ Mit Unrecht spricht Laband in seiner vorerwähnten Abhandlung durchweg von einer Suspension einzelner Paragraphen des Bankgesetzes, statt von einer bloßen Ermächtigung zur Suspension.

²⁾ Der § 4 Abs. 1 lautet: „Jede Bank ist verpflichtet, ihre Noten sofort auf Präsentation zum vollen Nennwerte einzulösen, auch solche nicht nur an ihrem Hauptsitz, sondern auch bei ihren Zweiganstalten jederzeit zum vollen Nennwerte in Zahlung zu nehmen.“

Der § 18 lautet: „Die Reichsbank ist verpflichtet, ihre Noten:

a) bei ihrer Hauptkasse in Berlin sofort auf Präsentation,

b) bei ihren Zweigstellen, soweit es deren Barbestände und Geldbedürfnisse gestatten,

dem Inhaber gegen deutsche Goldmünzen einzulösen.“

Die hier den Zweigstellen nur in bedingter Form auferlegte Einlösungsverpflichtung, berechtigt sie nicht nur, sondern verpflichtet sie m. E. im Mobilmachungsfalle zu einem dilatorischen Verfahren, solange der Zwangskurs für die Banknoten noch nicht erklärt ist.

³⁾ Vgl. Paul Dehn, Der Reichskriegsschatz, München und Leipzig 1901, S. 9.

⁴⁾ Zu diesen Gründen gehört insbes., daß die Einführung dieses Zwangskurses gleichbedeutend ist mit der Einführung der Papierwährung und die Gefahr einer Ent-

eine solche Maßregel ebenso wie in den Jahren 1866 und 1870/71, auch in der Folge zu vermeiden oder zum mindesten bis auf „den äußersten Notfall“ hinauszuschieben, wird doch der größte Wert darauf gelegt werden müssen, daß den zuständigen Stellen jedenfalls eine Ermächtigung zur Suspension der §§ 4 Abs. 1 und 18 (sowie des § 44 Ziff. 4) erteilt werde. Diese würden dann in der Lage sein, je nachdem der Ansturm auf den Goldbestand der Bank sich in der ersten Mobilmachungszeit in ruhiger Art oder in der oben erörterten heftigeren und panikartigen Weise vollzieht, die Suspension zu unterlassen oder hinauszuschieben oder sofort zu verfügen. Auch von einem optimistischen Standpunkte aus muß aber, so meine ich, zugegeben werden, daß es ein dringendes Gebot der Vorsicht erheischt, von der Ermächtigung zur Suspension jener Paragraphen sehr bald, am besten sofort nach der Kriegserklärung, Gebrauch zu machen.¹⁾ Gerade, wenn wir, wie ich oben ausführte, verpflichtet sind, im Interesse des Kredits unserer Banknoten und der Aufrechterhaltung unserer Währung am § 17 des Bankgesetzes, also an der dort bezeichneten Deckungspflicht, festzuhalten, wird umsomehr darauf zu achten sein, daß der Goldbestand der Reichsbank nicht vermindert werde. Dies aber könnte zweifellos in der ersten Zeit nach der Kriegserklärung dann geschehen, wenn jeder nach wie vor die Banknoten, die er erhalten, bei der Hauptkasse der Reichsbank zur sofortigen Einlösung in Gold präsentieren könnte. Es ist zudem auch hier ohne jeden Zweifel mit Versuchen des Auslandes zu rechnen, den Goldbestand der Reichsbank zu vermindern und die von ihr zu treffenden Maß-

wertung der Noten und der Entstehung eines nach den verschiedensten Richtungen bedenklichen und gefährlichen Goldagios nabelegt (vgl. v. Lumm, Diskontopolitik im Bank-Archiv v. 15. Febr. 1912, XI. Jahrg. Nr. 10).

¹⁾ Dies ist bereits in der ersten Auflage dieses Buches, also im Jahre 1909, vom Verfasser vertreten worden. Es ist also nicht recht verständlich, weshalb Otto Arendt in seinem Artikel im „Tag“ v. 8. April 1910 bemerkt: „Es ist an der Zeit, diese Wahrheit offen auszusprechen.“

nahmen, welche ihren Goldbestand vermehren sollen, durch geeignete Gegenmaßregeln zu vereiteln. Bei einem Gelingen solcher Versuche wäre die Grundlage beseitigt, auf welcher die Ausgabe sowohl wie die Kreditwürdigkeit und die Umlaufsfähigkeit unserer Banknoten¹⁾ und die Möglichkeit der Aufrechterhaltung unserer Goldwährung beruht, und wäre die dem § 17 entsprechende Deckung der Banknoten in Frage gestellt. Dann würden aber auch die kleinen Banknoten ihre Goldersatzfunktion nicht mehr ausüben können, sondern sofort an die Kassen der Bank zurückfließen, um dort gegen Gold eingelöst werden zu müssen. Die alsbaldige Verfügung des Zwangskurses ermöglicht also unter Umständen allein, ein Goldagio und ein übermäßiges Hinaufschnellen des Bankdiskonts zu verhüten, unsere Währung zu schützen sowie die Deckungspflicht für die Banknoten aufrecht zu erhalten und damit die letzteren vor einem Disagio zu bewahren.

Aus diesen Gründen mag denn auch Mor. von Ströll, der ursprünglich der Ansicht war, man solle zunächst von der Aufhebung der Einlösungspflicht, also von der Erklärung des Zwangskurses, absehen,²⁾ diese Ansicht später, wenigstens in ihrer allgemeinen Form, zurückgezogen haben,³⁾ obwohl er selbst diese Änderung seiner Ansicht nur ganz kurz mit den Worten begründete: „heute scheint mir, daß überhaupt kein festländischer Staat einen größeren europäischen

¹⁾ Vgl. Laband a. a. O. S. 18.

²⁾ In der Abhandlung über das deutsche Geldwesen im Kriegsfall, S. 203.

³⁾ Es ist dies geschehen in seinem Aufsatz: „Über die Erneuerung des Privilegs der Reichsbank und der privaten Notenbanken“ im Bank-Archiv vom 5. September 1907 (VI. Jahrg., Nr. 23), S. 314. Wenn v. Ströll später wieder (in dem Aufsatz über den Zahlungsmittelbedarf Deutschlands, Bank-Archiv vom 15. September 1912, XI. Jahrg. Nr. 24, S. 394) den Versuch der Beibehaltung der Goldeinlösung im Falle eines Krieges Deutschlands mit nur einer europäischen Macht empfiehlt, so kommt diese Empfehlung deshalb wohl in Wegfall, weil, wie auch er zugiebt, dieser Fall „praktisch so unwahrscheinlich“ ist, „daß er kaum in Betracht kommt“. Mit einem Kriege gegen mindestens zwei Fronten müssen wir, wie die Dinge wenigstens derzeit liegen, vorläufig wohl rechnen.

Krieg ohne vorübergehend eingeführtes Zwangsgeld wird durch führen können, weil er seines Goldschatzes als Notpfennig bedarf und die Vorsicht dessen Konzentrierung für alle Fälle dringend erheischt.“

Mit Rücksicht auf viele und angesehene Vertreter der Wissenschaft und Praxis, welche diese von mir vorstehend erörterte Ansicht von der Notwendigkeit einer sofortigen Erklärung des Zwangskurses für die Banknoten nicht zu teilen vermögen, mag es wohl nicht überflüssig sein, daran zu erinnern, daß in Frankreich der Finanzminister Magne schon fast unmittelbar nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges von 1870/71, nämlich am 11. August 1870, diese Maßregel der sofortigen Erklärung des Zwangskurses für die Banknoten als eine von der Vorsicht gebotene Übergangsmaßregel bei dem Corps législatif und am 12. August 1870 bei dem Senat beantragte, obwohl der Metallbestand der Bank damals nicht weniger als rund 1 Milliarde Fr. betrug und nur rund 1 500 000 Fr. Banknoten ausgegeben waren. Aus der Rede, mit welcher der Finanzminister den Gesetzentwurf vor dem Corps législatif befürwortete, möchte ich folgende Sätze wiedergeben :

„Nous le demandons [le cours forcé] aujourd'hui, pourquoi? parceque sa position [s. la position de la Banque de France] est encore à peu près intacte, parce qu'aujourd'hui elle est dans les conditions les plus normales, parcequ'en situation ordinaire la Banque n'aurait besoin d'aucun des expédients que nous proposons, parceque l'encaisse considérable quelle possède peut avoir une destination patriotique, parceque cet encaisse peut servir à notre armée, parceque cette réserve peut servir à alimenter le pays par des achats de grains, qu'on ne peut pas faire avec des billets de banque. Nous avons une réserve de 1 Milliard, c'est une ressource immense, conservons-la: elle aura, à juste titre un effet matériel sur les affaires et un effet moral sur l'opinion

elle facilitera la circulation des billets. Ce ne sera pas seulement en vertu de la loi que les créanciers recevront les paiements, ce sera en vertu de la légitime confiance que porteront ces billets. Eh bien, cette confiance sera d'autant plus grande qu'on saura que ces billets ont un gage réel dans les caisses mêmes de la Banque. Ceci permettra à la Banque, comme en 1848, de ne pas attendre que la dispense soit levée pour reprendre les paiements en espèces. La possibilité prochaine de cette reprise est le plus ferme appui des billets". (Annales du Sénat et du Corps législatif. Session extraordinaire de 1870, Paris 1871, S. 57.)

Die Suspension auch des § 19 Abs. 1 des Bankgesetzes¹⁾ würde die selbstverständliche Folge der Suspension der §§ 4 Abs. 1, 18 und 44 Ziff. 4 des Bankgesetzes sein. Gleichzeitig müßte dann aber auch der § 5 Abs. 1 des Gesetzes betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen vom 30. April 1874, also die Vorschrift suspendiert werden,²⁾ wonach die Reichskassenscheine des Reichs und sämtlicher Bundesstaaten nach ihrem Nennwerte „von der Reichshauptkasse für Rechnung des Reichs jederzeit auf Erfordern gegen bares Geld eingelöst“ werden müssen.

Endlich wäre gleichzeitig auch den neu auszugebenden Schuldverschreibungen der Kriegsdarlehenskassen des Reichs, auch wenn ihnen etwa der Charakter von Reichskassenscheinen verliehen werden sollte, der Zwangskurs bei-

¹⁾ § 19 Abs. 1: „Die Reichsbank ist verpflichtet, die Noten der vom Reichskanzler nach der Bestimmung im § 45 dieses Gesetzes bekannt gemachten Banken sowohl in Berlin, als auch bei ihren Zweiganstalten in Städten von mehr als 80000 Einwohnern, oder am Sitze der Bank, welche die Noten ausgegeben hat, zum vollen Nennwert in Zahlung zu nehmen, solange die ausgebende Bank ihrer Noteneinlösungspflicht pünktlich nachkommt.“

²⁾ Für den Begriff der Reichskassenscheine als Papiergeld hätte überhaupt schon das erstere, nämlich die Verpflichtung ausgereicht, die Reichskassenscheine bei allen Kassen des Reichs und sämtlicher Bundesstaaten, also bei allen Zahlungen, die dem Reiche oder einem Bundesstaate zu leisten sind, als Zahlung anzunehmen, während die Einlösungspflicht hierfür nicht notwendig gewesen wäre.

zulegen, also auch für sie die Pflicht zu jederzeitiger Einlösung gegen bares Geld ausdrücklich provisorisch auszuschließen, und ebenso wäre die Vorschrift des Art. 9 Abs. 2 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 zu suspendieren, wonach von gewissen Kassen (der Reichsbank) Reichssilbermünzen in Beträgen von mindestens 200 M. und Nickel- und Kupfermünzen in Beträgen von mindestens 50 M. in Reichsgoldmünzen umgetauscht werden müssen.

Auf alle diese Suspensionen wäre also die Ermächtigung des Reichskanzlers (oben S. 148) auszudehnen.

Jede etwaige Zögerung hinsichtlich der Verfügung des Zwangskurses, also zunächst hinsichtlich der Suspension der §§ 4 u. 18 des Bankgesetzes, würde jedenfalls mit dem Momente aufhören müssen, wo etwa der Staat selbst in Momenten der Not bei Zurückziehung seines Guthabens auf den Goldbestand der Reichsbank zu rekurrieren sich genötigt sehen würde. Die Bank von Frankreich, die ja anders organisiert ist und die mit dem überaus erheblichen Goldbestande von 1300 Mill. Fr. in den Krieg von 1870 zog, hat wohl mit wegen der damals erfolgten oder befürchteten staatlichen Goldentziehungen bereits am 11. August 1870 den Zwangskurs ihrer Banknoten erklären müssen, obwohl der Notenumlauf noch zu $\frac{2}{3}$ metallisch gedeckt war; allerdings kam dort noch die Einwirkung des am 13. August 1870 erlassenen, also am 11. August schon drohenden Wechselmorsatoriums hinzu, welches die Bank „in die unhaltbare schiefe Lage versetzt, als Deckung ihrer sofort einslösbaren Notenschuld langfristige, gesetzlich gestundete Forderungen zu besitzen.“¹⁾

Dagegen vermag ich mich nicht der Ansicht v. Strölls anzuschließen, daß die Reichsbank nach Erklärung des Zwangskurses, durch welche die Metallgrundlage der Noten in der Tat, „allen Schwankungen gewöhnlicher Zeiten entrückt ist“,

¹⁾ M. v. Ströll, a. a. O. S. 209.

auf Grund des nun festen und stabilen Metallbestandes das Vier- und Fünffache dieses Bestands als „Kriegsnotenzirkulation“ ausgeben könne. Man dürfe, meint v. Ströhl, damit allerdings nur solange fortfahren, bis sich etwa ein Goldagio herausstelle.¹⁾ Das würde heißen, daß mindestens in dem von v. Ströhl angenommenen „zweiten Kriegsabschnitt“, in welchem die Ansprüche der Geschäftswelt in den Hintergrund und dagegen die Ansprüche des Staats in den Vordergrund treten, die zuständigen Stellen zu ermächtigen seien, auch den § 17 des Bankgesetzes, also die dort näher geregelte Deckungspflicht hinsichtlich der Banknoten, zu suspendieren.

Demgegenüber verweise ich auf die oben erörterten allgemeinen Gründe gegen jede Suspension des § 17 und möchte hier nur bemerken, daß ich schon in der bloßen Ermächtigung zur Suspension dieses Paragraphen eine große Gefahr sehen würde, da sie eine schwere Erschütterung des in Kriegzeiten doppelt nötigen Vertrauens zu unseren Banknoten und zu unserer Währung zur unmittelbaren Folge haben müßte. Schon eine derartige Ermächtigung würde also nur die ultima ratio sein dürfen, zu der zu greifen uns hoffentlich erspart bleibt. Es müssen vielmehr schon im Frieden, noch mehr aber im Kriege, vor allem solche Maßregeln erwogen und getroffen werden, welche die Reichsbank in den Stand setzen, Gold in weit größerem Umfange, als ihr dies bisher möglich war, an sich zu ziehen, so daß sie auf Grund eines solchen erheblich vermehrten Goldbestandes im Kriegsfall, bei voller Einhaltung der Deckungspflicht des § 17, einen erheblich größeren Notenbetrag als zuvor ausgeben kann.

In seinem letzten Kriege mit Japan hat Rußland, dem allerdings schon bei Beginn ein sehr bedeutender Goldvorrat zur Verfügung stand, es fertig gebracht, am Ende

¹⁾ a. a. O. S. 211.

des Krieges noch den gewaltigen Bestand von **1135** Mill. Rubel = **2450** Mill. M. an Gold und Goldforderungen in seiner Reichsbank aufzuweisen. So kam es, daß die russische Reichsbank am Schlusse des Feldzuges noch in der Lage gewesen wäre, unter genauer Beachtung der gesetzlichen Deckungsvorschriften, ihre Notenausgabe, die damals 996 Mill. Rubel betrug, noch um 440 Mill. Rubel = 950 Mill. M. zu steigern oder den gleichen Betrag aus ihrem Goldbestande abzugeben.¹⁾

Vor einer Überschreitung der gesetzlichen Deckungsvorschriften hat sich die russische Reichsbank im Interesse des Staatskredits und der Aufrechterhaltung der Goldwährung ebenso gehütet, wie der russische Staat vor einer Inanspruchnahme des Goldbestandes der Reichsbank. In letzterer Richtung machte der Staat während des ganzen Krieges nur die eine Ausnahme, daß er die Reichsbank veranlaßte, von der zweiten inneren Kriegsanleihe von 200 Mill. Rubel einen Betrag von 50 Mill. Rubel zu übernehmen, von welchem sie aber einen erheblichen Teil bald wieder abzustoßen vermochte.²⁾

Das ist eine gute und vorsichtige Politik, von der wir uns bemühen sollten, die nötigen Lehren zu ziehen.

2. Den zuständigen Stellen wäre aber für den Kriegsfall die gesetzliche Ermächtigung zu einer fernerer Abänderung des Bankgesetzes zu erteilen, und zwar zur Abänderung d. h. Erweiterung des **§ 13** Ziffer 3 a—e des Bankgesetzes, welcher die Gewährung von Lombarddarlehen an eine Reihe genau und teilweise recht eng umgrenzter Voraussetzungen knüpft. Art, Umfang und Dauer dieser Erweiterungen würde dem Ermessen der Reichsbankverwaltung vorzubehalten sein. Dies umsomehr, als erst

¹⁾ So Karl Helfferich: Das Geld im russisch-japanischen Kriege, Berlin, Ernst Siegfried Mittler & Sohn, S. 131.

²⁾ Karl Helfferich, a. a. O. S. 130 (vgl. unten S. 84/85).

abgewartet werden muß, in welchem Umfange die alsbald nach der Kriegserklärung in Tätigkeit zu setzenden selbständigen — wenn auch wohl der Aufsicht der Reichsbank zu unterstellenden — Kriegsdarlehnskassen den Lombardverkehr im Kriegsfall an sich zu ziehen vermögen.

Wie aus obigem hervorgeht, sehe ich zur Erteilung einer Ermächtigung, auch den § 15 des Bankgesetzes (teilweise) zu suspendieren, obwohl derselbe im Zusammenhang mit dem § 13 Ziff. 3 a—e steht, keine Veranlassung. Die hier vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung des Prozentsatzes, zu welchem die Reichsbank zinsbare Darlehen erteilt, könnte sehr wohl auch im Kriegsfall und auch nach Errichtung der Lombardkriegskassen erlassen werden, auf deren Existenz und Bedingungen zudem in jener Bekanntmachung hingewiesen werden kann; die ganze Frage ist aber von untergeordneter Bedeutung. Dies gilt auch von der schon oben (S. 57, Anm. 3) gestreiften Frage, ob auch eine Ermächtigung zur Suspension der §§ 9 und 10 des Bankgesetzes erforderlich ist, welche die Reichsbank verpflichtet, bei Überschreitung der sogenannten steuerfreien Notengrenze eine gewisse Steuer zu entrichten, was allerdings im Kriege kaum denkbar ist.

Ich hoffe, daß im Vorstehenden in allen wesentlichen Richtungen diejenigen finanziellen Maßnahmen geschildert sind, welche getroffen werden müssen, um die Reichsbank in den Stand zu setzen, ihrer Rolle als Hüterin der Goldwährung und als Regulator des Zahlungs- und Kreditverkehrs im Kriegsfall gerecht zu werden. Ich bin dabei nur auf eine Maßregel nicht eingegangen, die Mor. v. Ströhl in seiner mehrerwähnten Abhandlung sogar als eine „zunächst vorzukehrende“, also sofort nach der Kriegserklärung zu verfügende¹⁾ bezeichnet, die Suspension der Bankpublizität. Er rechtfertigt diesen Vorschlag folgendermaßen:

¹⁾ a. a. S. 205.

„So angemessen es in regelmäßiger Zeit ist, der deutschen Geschäftswelt allwöchentlich den Stand der Reichsbank und der Privatnotenbanken bekannt zu geben, so naiv würde die Beibehaltung dieser Übung sich ausnehmen, sobald eine staatliche Notlage eintritt, die den Stand der Banken ungünstig beeinflusst. Diese Beeinflussung äußert sich im Anschwellen des Notenumlaufs bei gleichzeitiger Abnahme des Barschatzes. Die Verschleierung dieser Vorgänge liegt nicht nur im Interesse der nationalen Verteidigung, da man sich vom Gegner doch nicht in die finanzpolitischen Karten schauen lassen will und darf, sondern nicht minder auch im Interesse des nationalen Kredits und der Aufrechterhaltung des Vertrauens zur deutschen Banknote überhaupt. Und dieser Interessenbereich erscheint mir so wichtig und ausgedehnt, daß ich sogar empfehlen möchte, schon im ersten Kriegsabschnitt, sofort bei der Kriegserklärung, die Aufhebung der Bankpublizität zu verfügen und nicht erst abzuwarten, wie sich der Gang der militärischen Ereignisse gestalten wird. Tritt die Maßregel erst dann ein, wenn sie unvermeidbar geworden, nämlich nach der ersten verlorenen Schlacht, so dürften im Inland und Ausland leicht ungünstige Rückschlüsse über den Bankstand laut werden, die das schwankende Vertrauen noch weiter erschüttern. Dies bleibt vermieden, wenn die Verschleierung des Bankstandes und der Bankgebarung schon zu einem Zeitpunkt vorgenommen wird, der noch verhältnismäßig günstige und beruhigende Ziffern aufweist. In Frankreich wurde 1870 erst ab 9. September, also erst nach totalem Zusammenbruch des Kaiserreichs, die Veröffentlichung der Ausweise der Bank von Frankreich eingestellt, erst im Juli 1871 trat die Bankpublizität wieder in ihre Rechte. Dieses Zögern durfte sich Frankreich mit Rücksicht auf den ausgezeichneten Metallbestand, mit dem seine Zentralbank damals in den Krieg eintrat, gestatten; für Deutschland mit seiner metallisch beträchtlich schwächer ausgestatteten Reichsbank empfiehlt sich in analoger Lage ein so beträchtliches Hinausschieben der gedachten bankpolitischen Maßregel in gar keiner Weise.“

Dies sind die Gründe, aus denen v. Ströll für den Kriegsfall nicht etwa nur die Erteilung einer Ermächtigung an die zuständigen Stellen zur Suspension, sondern sogar die Notwendigkeit einer sofortigen Suspension der Ziffer 1 des § 8 des Bankgesetzes empfiehlt, welche allen Notenbanken aufgibt, den Stand der Aktiva und Passiva am 7., 15., 23. und letzten jeden Monats,¹⁾ und zwar spätestens

¹⁾ Eine andere Frage ist, ob nicht schon im Frieden teilweise andere Tage gewählt werden sollten.

am fünften Tage nach diesen Terminen, durch den Reichsanzeiger zu veröffentlichen. Da aber der Kriegsausbruch denkbarerweise kurz vor dem Schluß des Geschäftsjahres erfolgen könnte, so würde die Suspension im Sinne von v. Strölls Darlegungen wohl auch auf die Ziffer 2 des § 8 auszudehnen sein, welche die Notenbanken verpflichtet, spätestens 3 Monate nach dem Schluß jedes Geschäftsjahrs eine genaue Bilanz ihrer Aktiva und Passiva, sowie den Jahresabschluß des Gewinn- und Verlustkontos durch den Reichsanzeiger zu veröffentlichen.

Meinerseits muß ich für beide Fälle mich entschieden schon gegen die bloße Ermächtigung der zuständigen Stellen aussprechen, eine solche „Verschleierung der gesamten nationalen Bank- und Finanzlage“ durch Suspension der Ziffern 1 und 2 des § 8 vorzunehmen, welche allerdings in der Verschleierung des militärischen Aufmarsches der Haupttruppenmacht durch zahlreiche vor der Front und auf den Flanken ausschwärmende Kavalleriemassen ein taktisches Vorbild hat. Eine solche Verschleierung des militärischen Aufmarsches wird aber durch zwingende taktische Gründe notwendig gemacht, während ähnlich zwingende Gründe für die Verschleierung des finanziellen Aufmarsches nach meiner Meinung nicht vorhanden sind.

Zunächst würde einer der Hauptgründe, auf die v. Ströll seine entgegengesetzte Ansicht stützt, es dürfe nicht das Anschwellen des Notenumlaufs und die gleichzeitige Abnahme des Goldbestandes nach außen bekannt werden, dann hinfällig werden, wenn alsbald nach der Kriegserklärung der Zwangskurs für die Banknoten erklärt wird, was er ja jetzt,¹⁾ unter Abänderung seiner in der Broschüre festgehaltenen Ansicht, gleich mir, wenigstens für einen europäischen Krieg, für unvermeidlich erklärt. Denn durch den Zwangskurs, also die zeitweilige Aufhebung der Pflicht der Notenbanken, ihre Noten

¹⁾ Bank-Archiv vom 5. Sept. 1907 (VII. Jahrg., Nr. 23), S. 314.

in barem Gelde einzulösen, wird ja, wie er selbst hervorhebt,¹⁾ „eine völlige Isolierung und Immobilisierung des Bankschatzes für staatliche Notzwecke“ erreicht, so daß ein gleichzeitiges Anschwellen des Banknotenumlaufs und Heruntergehen des Goldbestandes dann nicht so leicht stattfinden kann.

Wenn aber der Zwangskurs nicht erklärt wird oder so lange er nicht erklärt ist, kann man doch erhebliche Zweifel darüber hegen, ob es wirklich richtig ist, den Stand der Dinge zu „verschleiern“ und dadurch, was gar nicht ausbleiben kann, den unsinnigsten Vermutungen und Gerüchten über den Stand der Reichsbank Tor und Tür zu öffnen. Mir scheint es im Gegenteil klüger und richtiger, durch Weiterveröffentlichung der vorgeschriebenen Bankausweise im In- und Auslande die Überzeugung wachzurufen, daß die deutsche Reichsbank auch in solchen kritischen Momenten nichts verbergen wolle, was den Schluß nahe legt, daß sie auch nichts zu verbergen habe, und daß sie ein übermäßig schlechtes Ergebnis, soweit es nicht als in den Verhältnissen begründet von jedem Einsichtigen erwartet werden muß, offensichtlich nicht befürchte. Ich kann mich auch darin v. Ströhl nicht anschließen, die „Verschleierung“ werde dann jedenfalls unvermeidbar sein, wenn wir etwa eine Schlacht verlieren sollten, ich sage im Gegenteil: dann erst recht nicht! Sollte uns das Unglück treffen, eine entscheidende Schlacht zu verlieren, so wird gerade in einem solchen Moment die eiserne Ruhe, mit der alsdann in militärischen wie in finanziellen Fragen die bisherige Ordnung und Disziplin von den Führern ebenso aufrecht erhalten wird, als sei nichts geschehen, am ehesten dazu beitragen, daß nicht Entmutigung und Kopflosigkeit eintrete und nicht die Konsequenzen des Geschehenen übertrieben werden.

Sollten die ersten Wochen nach der Kriegserklärung wirklich ein so düsteres Bild bieten, wie es v. Ströhl anzunehmen

¹⁾ In der Abhandlung: Über das deutsche Geldwesen im Kriegsfall, S. 206.

scheint, so wird das „Interesse des nationalen Kredits“ und das „Vertrauen zur deutschen Banknote“ am wenigsten dadurch aufrecht erhalten, daß man Veröffentlichungen einstellt, die ein sachgemäßes und objektives Urteil über den wahren Stand der Dinge ermöglichen und neben den ungünstigen Momenten, die ja auch in sonstigen kritischen Zeiten nicht gefehlt haben und auch bei den Gegnern nicht fehlen werden, voraussichtlich doch auch günstige Momente enthalten werden.

Das günstigste und beruhigendste Moment aber ist gerade die Tatsache, daß nichts verschleiert wird.

Dagegen bin ich mit v. Ströhl — der sich allerdings in dieser Frage nicht ganz entschieden ausdrückt¹⁾ — der Meinung, daß ein sogenanntes Wechselmoratorium, d. h. eine Kapitalstundung fälliger Wechselbeträge, also nur einer bestimmten Art von Schulden, jedenfalls zunächst in Deutschland nicht in Betracht kommen könnte, und daß deshalb den zuständigen Stellen auch nur eine Ermächtigung zur Erklärung eines Moratoriums — zunächst jedenfalls — nicht erteilt werden sollte, mindestens nicht erteilt zu werden brauchte.

Eine solche Maßregel darf m. E. überhaupt nur dann erwogen werden, wenn sie behufs Abwendung schwerer und allgemeiner Katastrophen, also in einer allgemeinen Notlage, die voraussichtlich nur bei völligem Kriegsunglück möglich wäre, unvermeidbar ist. Ein Moratorium ist auch nicht etwa die Folge oder die notwendige Begleiterscheinung des Zwangskurses — das Umgekehrte ist richtig,²⁾ — kann vielmehr und muß bis zu einem allgemeinen Notstande auch nach Erklärung des Zwangskurses unterlassen werden, und zwar sowohl im Interesse der Gläubiger wie in dem der Schuldner, denen nach einem Moratorium die Anknüpfung neuer und die Erhaltung alter Geschäftsverbindungen erheblich erschwert wird, ebenso aber auch im Interesse des na-

¹⁾ a. a. O. S. 214/215 und S. 209/210.

²⁾ v. Ströhl, a. a. O. S. 209.

tionalen Kredits und der Aufrechterhaltung eines gesunden Status der Reichsbank.¹⁾

Die von mir oben vorgeschlagenen gesetzlichen Ermächtigungen zur Suspendierung oder zur Abänderung von Vorschriften des Bankgesetzes und anderer Gesetze finanziellen Inhalts würden am besten schon im Frieden erteilt werden, da im Kriegsfall, selbst bei größter Beschleunigung, etwa eine Woche vergehen kann, bis Bundesrat und Reichstag Beschluß gefaßt haben können.

IV. Wirtschaftliche Hilfsmaßregeln.

1. Für den Fall des Krieges kommen ferner, was ich, als nicht direkt hierher gehörig, nur nebenher bemerken will, gewisse wirtschaftliche Hilfsmaßregeln, so insbesondere Ausfuhr- und Durchfuhr-Verbote in Betracht und zwar in der Regel schon für die Zeit der Mobilmachung. Derartige Ausfuhr- und Durchfuhrverbote sind im Jahre 1870 erlassen worden:

am 16. Juli 1870 für Waffen und Kriegsbedarf;

„ 20. „ „ „ Hafer und Kleie, Getreide und
Hülsenfrüchte, Mühlenfabrikate
aus Getreide und Hülsenfrüchten,
Rindvieh, Schweine und Schaf-
vieh;

am 8. August 1870 für Waffen, Kriegsmunition, Blei,
Schwefel und Salpeter;

„ 25. „ „ „ Pferde.

Solche Ausfuhr- und Durchfuhrverbote für Waffen, Kriegsbedarf, Hafer, Kleie, Getreide, Mühlenfabrikate, Vieh, Pferde, Rohstoffe aller Art u. dergl. mehr können gemäß Art. 7 Ziff. 2 der Reichsverfassung in Verbindung mit § 2 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 vom Bundesrat (und nur von diesem)

¹⁾ In letzterer Beziehung sind vor allem die v. Strollschen Darlegungen a. a. O. auf S. 209 überzeugend.

erlassen werden. Zeit, Art und Umfang bestimmt sich ganz nach den Erfordernissen der Kriegslage, ein weiteres Eingehen hierauf an dieser Stelle ist nicht am Platze.

2. Auch Ausfuhrzölle, welche unser Zolltarif vom 25. Dezember 1902 nicht mehr kennt, einzuführen, müßte der Bundesrat für den Mobilmachungsfall ermächtigt werden, weil sie für gewisse Rohstoffe und Produkte sowohl zur Deckung von Kriegskosten, als auch dann in Frage kommen könnten, wenn oder solange man sich zu Ausfuhrverboten noch nicht entschließen will. Ich erinnere in dieser Beziehung daran, daß England im Burenkrieg zur teilweisen Deckung des Kriegsbedarfs einen Kohlenausfuhrzoll von 1 sh. pro Tonne erhoben hat.

3. Ebenso wäre der Bundesrat, was praktisch eine erheblich größere Rolle spielen könnte, zu ermächtigen, bestehende Einfuhrzölle entweder aufzuheben oder zu vermindern oder umgekehrt zu erhöhen. Es mag auch hier darauf hingewiesen werden, daß England während des Burenkrieges (am 22. April 1902) einen Einfuhrzoll sogar auf Getreide und Mehl (von 3 d. für den Zentner Korn und von 5 d. für den Zentner Mehl) einfuhrte; er wurde aber schon 1903 aufgehoben.

4. Eine weitere Maßregel im Kriegsfall käme in Frage in Form von Ausnahmetarifen für den Eisenbahntransport, insbesondere von Getreide, Mehl, Hülsenfrüchten, Kartoffeln und von Roh- und Hilfsstoffen für eine Reihe von Industrie- und Handelszweigen. Derartige Ausnahmetarife vorübergehend zu verfügen, würde nach Art. 46 der Reichsverfassung der Kaiser auf Vorschlag des betreffenden Bundesratsausschusses berechtigt sein. Sie empfehlen sich namentlich, um in Kriegszeiten die Zufuhr von Getreide usw. nach Deutschland zu erleichtern.

5. Ob und wie weit die jetzt geltenden Vorschriften über die zollfreien Niederlagen und Freibezirke und ebenso über die reinen und gemischten Transitlager (§ 11 des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902) im Kriegs-

falle der Änderung, d. h. der Erweiterung bedürfen, ist eine Frage, welche schon im Frieden seitens des Reichsschatzamts, unter Zuziehung von der Praxis angehörigen Sachverständigen, also von dem „wirtschaftlichen Generalstab“ geprüft werden sollte, der zur Erörterung der ungemein wichtigen wirtschaftlichen Mobilmachungs- und Kriegführungsfragen, insbesondere der so ungemein wichtigen Ernährungsfragen, ebenso schon im Frieden zusammentreten sollte, wie der „finanzielle Generalstab“ (s. unten S. 193) zur Vorbereitung der finanziellen Fragen der Kriegsbereitschaft und Kriegführung (näheres s. unten S. 193 unter 4). Ich bin meinerseits als Nichtfachmann zu einer eingehenden Prüfung jener wirtschaftlichen Fragen außer Stande,¹⁾ und bemerke nur Folgendes: Im Kriegsfall scheint mir für eine Änderung der Vorschriften über Getreidelager und der vom Bundesrat erlassenen, am 1. März 1906 in Kraft getretenen Getreidelager-Ordnung ein Bedürfnis nicht vorzuliegen; es könnte höchstens in Frage kommen, die Ausfuhr aus den Lagern zu verbieten und die letzteren für den heimischen Bedarf allein in Anspruch zu nehmen.

6. Die im § 11 cit. gleichfalls enthaltenen Vorschriften über die Erteilung von Einfuhrscheinen, welche allerdings im Kriegsfall bedenklich werden könnten, würden sich durch

¹⁾ Schätzbares Material ist namentlich enthalten in den Eingaben der Handelskammer Mannheim, als es sich noch um die Abwehr der Anträge des Grafen von Schwerin-Löwitz vom 3. März 1900 handelte, welche entweder die sofortige Aufhebung sämtlicher gemischter Privattransitlager für Getreide ohne amtlichen Mitverschluß und sämtlicher Mühlenkonten, oder die sofortige Entziehung der mit diesen Einrichtungen verbundenen Zollkredite und Zahlung des Zolles alsbald bei der Einfuhr verlangten (Jahresbericht d. Mannh. Handelsk. f. d. Jahr 1900, S. 324 bis 335).

Aus dem im Text angegebenen Grunde sehe ich auch von einer Erörterung der Frage ab, ob für unsere Getreideversorgung im Kriegsfall das im jetzigen Börsengesetz unter gewissen Voraussetzungen und Bedingungen zugelassene handelsrechtliche Lieferungsgeschäft ausreicht, oder ob während der Kriegsdauer die §§ 65 u. 66 des Börsengesetzes zu suspendieren sind (s. oben S. 106); dies namentlich dann, wenn es, wie Göppert im Bank-Archiv XII, S. 274 annimmt, der Heeresverwaltung an sich nicht gestattet sein soll, Getreidezeitgeschäfte im Sinne des § 67 Börs.G. abzuschließen.

den Erlaß von Ausfuhrverboten für Getreide, Mehl usw. im Wesentlichen erledigen, so daß es einer besonderen Ermächtigung zur Suspendierung dieser Vorschriften im Kriegsfall vielleicht nicht bedürfen wird.

§ 4. Finanzielle Kriegführung.

I. Die Deckung der Kriegskosten in anderen Ländern.

Welche Rolle die Reichsbank behufs Befriedigung der deutschen Mobilmachungsbedürfnisse zu spielen hat, ist im § 3 erörtert worden.

Was die weiteren Kriegsbedürfnisse angeht, so wird die Art ihrer Befriedigung je nach den einzelnen Ländern, und selbst in einem und demselben Lande je nach der wirtschaftlichen Lage und je nach Zeit und Umständen, ganz verschieden sein müssen.

Immerhin geben die Erfahrungen, welche in neuerer Zeit seitens kriegführender Staaten gemacht worden sind, einen gewissen Anhalt dafür, welche Ziele zu verfolgen sind, mindestens aber dafür, was nicht geschehen darf, also welche Fehler zu vermeiden sind.

1. Was die Deckung der deutschen Kriegsbedürfnisse im Kriege von 1870/71 betrifft, welche im Wesentlichen auf dem Wege der Ausgabe von Anleihen und Schatzanweisungen erfolgte, so ist in der Anlage am Schlusse dieses Buches eine genaue Übersicht gegeben. Ich verweise aber außerdem auf die Ausführungen auf S. 202—205 und Anm. 1 auf S. 202.

2. Was England angeht, über dessen Kriegsausgaben seit 1688 amtliche Abrechnungen vorhanden sind, so hat es nach Max Warburg¹⁾ in den Jahren von 1688—1785 an reinen Kriegskosten den Betrag von . . . 311 754 470 £,

¹⁾ Referat für den III. Allgem. Deutschen Bankiertag zu Hamburg vom 5. September 1907 (Verhandlungen S. 29).

und während der Kriege gegen Napoleon . . 831 446 449 £ aufgewandt, und die Mittel hierzu (abgesehen von Ersparnissen an budgetmäßigen Ausgaben und an großen sonst für Schuldentilgung vorgesehenen Beträgen) „in nahezu konstanter Praxis“, aus der wir lernen sollten, zu $\frac{2}{3}$ durch Inanspruchnahme des Staatskredits und zu $\frac{1}{3}$ durch Steuererhöhungen aufgebracht.

In der Tat sind auch im Burenkriege (11. Oktober 1899 bis 31. Mai 1902) von den Kriegskosten, die nach Obigem (S. 16 sub 2) 211 560 000 £ oder rund . . 4 $\frac{1}{2}$ Milliarden M. betrugen, rund 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden M. in der Form von Kriegssteuern erhoben worden, während rund 3 Milliarden M. durch Ausgabe von Schatzwechseln (treasury bills) oder Exchequer Bonds (Schatzanweisungen) und von Anleihen gedeckt wurden.

Von diesen Kriegssteuern entfiel mehr als die Hälfte (813 600 000 M.) auf Erhöhungen der Einkommensteuer, welche in England vorwiegend als zur Erhöhung im Kriegsfall geeignet angesehen wurde, welche aber dort nur Einkommen über 3200 M. traf.¹⁾ Der Rest der Kriegssteuern wurde in indirekten Steuern aufgebracht, an denen auch die nicht Einkommensteuerpflichtigen Teil hatten, und zwar im wesentlichen einerseits durch Erhöhung bestehender Verbrauchssteuern oder Zölle, nämlich:

des Teezolls, der Bier-, Branntwein- und Tabaksteuer, und andererseits durch Neueinführung

eines (seit 1874 beseitigt gewesenen) Zuckerzolls für den nach England eingeführten Zucker von 4 s. 2 d. pro Zentner, eines Einfuhrzolls (Registergebühr) auf Getreide und Mehl von 3 d. für den Zentner Korn und von 5 d. für den Zentner Mehl, und eines Ausfuhrzolls auf Kohlen (von 1 s. pro Tonne), wobei jedoch Kohle im Wert von nicht über 6 sh. per Tonne frei an Bord zollfrei blieb.

¹⁾ Wilh. Hilsenbeck a. a. O. S. 68.

Was die anderweite Deckung der Kriegskosten auf dem Wege der Inanspruchnahme des Staatskredits betrifft, so wurde zunächst teils der Typus von Schatzwechseln auf die Bank von England gewählt, die den Markt kaum belasteten,¹⁾ in 6 oder 12 Monaten rückzahlbar waren und zum großen Teil von Sparkassen und sonstigen öffentlichen Instituten²⁾ fest übernommen wurden. Im Übrigen wählte man den Typus von 3%igen, in 3 oder 4 Jahren rückzahlbaren (und in 3 Raten einzahlbaren) Exchequer Bonds (Schatzscheinen), von denen u. a. £ 5 000 000 im August zum Kurse von 98% fest an ein englisch-amerikanisches Konsortium begeben wurde. Letzteres geschah, um durch die von Amerika zu zahlende Valuta den Goldbestand der Bank von England zu stärken;³⁾ der Rest von 5 Mill. £ wurde in öffentlicher Subskription zum gleichen Kurse begeben.

Die im März 1900 ausgegebene erste eigentliche Kriegsanleihe in Höhe von £ 30 000 000 (rückzahlbar am 5. April 1910) konnte, bei einer Verzinsung von nur $2\frac{3}{4}\%$, zum Kurse von $98\frac{1}{2}\%$ aufgelegt werden,⁴⁾ und wurde mehr als elffach über-

¹⁾ Bei späteren £ 3 000 000 3% Exchequer Bonds (November 1900) wurde, englischen Gewohnheiten entsprechend, so verfahren, daß der Schatzkanzler, unter öffentlicher Bekanntgabe der Bedingungen, die englischen Kapitalisten zu schriftlichen Angeboten auf die Übernahme dieser Bonds aufforderte. Es gingen Angebote in Höhe von £ 6 263 500 ein, die nur bis zur Höhe von £ 3 000 000 berücksichtigt wurden, und die einen Durchschnittskurs von 98,2,11, also einen höheren Preis ergaben, als die vorher im August 1901 begebenen £ 5 000 000 dieser Bonds (s. oben), bei denen nur ein Kurs von 98% erzielt wurde. Das gleiche Submissionsverfahren wurde Anfangs September 1901 eingehalten, als man £ 3 Mill. neue 3%ige, am 8. Dezember 1905 rückzahlbare Exchequer Bonds ausgeben wollte, worauf Angebote in Höhe von rund £ 25 $\frac{1}{2}$ Mill. eingingen. Der Durchschnittskurs stellte sich aber hier, da inzwischen die $2\frac{3}{4}\%$ igen Konsols um fast 2% gefallen waren, nur auf 97,27%.

²⁾ Nach Wilh. Hilsenbeck a. a. O. S. 17 benutzte auch die japanische Regierung den Anlaß der Emission der ersten Schatzanweisungen, um einen Teil des Guthabens, das sie damals bei der Bank von England unterhielt, in Schatzanweisungen anzulegen.

³⁾ Das nämliche Ziel wurde gleichzeitig mit Erfolg zu erreichen versucht durch Erhöhung des Kaufpreises für auswärtige Goldmünzen und durch Gewährung zinsfreier Darlehen zur Heranziehung ausländischen Goldes, vgl. Wilh. Hilsenbeck, a. a. O. S. 30.

⁴⁾ Wilh. Hilsenbeck, a. a. O. S. 25.

zeichnet und angesichts des großen Kapitalreichtums Englands sehr bald fest plazierte. Diese gewaltige Überzeichnung erklärte sich auch dadurch, daß man in einer sehr richtigen Finanzpolitik den Begebungskurs von $98\frac{1}{2}\%$ nicht weniger als $2\frac{1}{2}\%$ niedriger stellte, als der damalige Kurs der $2\frac{3}{4}\%$ igen Consols notiert war,¹⁾ im Gegensatz zu dem bei der Begebung unserer ersten Kriegsanleihe im Jahre 1870 eingehaltenen Verfahren (s. unten S. 202 ff.). Man wollte hierdurch richtigerweise auch die zur Zeichnung unentbehrliche Spekulation heranziehen und hat sie auch tatsächlich herangezogen, so daß die neue Anleihe bald über dem Emissionskurs gehandelt wurde.

Durch die Ausgabe einer (relativ) kurzfristigen (in zehn Jahren rückzahlbaren) Anleihe aber wurde nicht der Betrag der bestehenden $2\frac{3}{4}\%$ igen Consols vermehrt, sondern ein neuer Typus geschaffen, dessen Emission somit auf den Markt und Preis der Consols keinen Druck ausüben konnte.

Dagegen wurde eine gleichzeitig in Bayern emittierte $3\frac{1}{2}\%$ bayerische Staatsanleihe in dem geringen Betrage von 42 Mill. M. nur zum Kurse von $93\frac{1}{2}\%$ herausgebracht (gegenüber $98\frac{1}{2}\%$ für die $2\frac{3}{4}\%$ ige englische Kriegsanleihe) und auch dieser kleine Betrag übte — die Gründe habe ich oben auf Seite 104 u. Anm. 1 eod. angegeben — einen starken Druck auf das ganze Kursniveau der deutschen Staatsanleihen aus.²⁾ Neue $2\frac{3}{4}\%$ ige englische Consols — die ersten nach dem Jahre 1856! — wurden im Burenkriege erst im April 1901 begeben, und zwar in dem überaus bedeutenden Betrage von £ 60 000 000, mit der Maßgabe, daß sie, gleich den alten, sich am 5. April 1903 ohne weiteres in $2\frac{1}{2}\%$ ige (vor 1923 unkündbare) Consols umwandeln sollten. Die Begebung der Hälfte jenes Betrages = £ 30 000 000 erfolgte, ungeachtet der gegen einen ähnlichen früheren Vorgang bei den Exchequer Bonds erhobenen

¹⁾ Diese $2\frac{3}{4}\%$ igen Consols wurden am 5. April 1913 in $2\frac{1}{2}\%$ ige konvertiert.

²⁾ Vgl. Frankfurter Zeitung (Abendblatt) vom 10. März 1900.

heftigen Einwendungen, wieder an ein englisch-amerikanisches Bankenkonsortium¹⁾ fest zum Kurse von $94\frac{1}{2}\%$, während die andere Hälfte = £ 30 000 000 zum gleichen Preise, der in Monatsraten zu entrichten war, zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wurde; es fand eine fast siebenfache Überzeichnung statt. Zu gleicher Zeit konnte ein viel geringerer Betrag höher verzinslicher (3%iger) deutscher Reichsanleihe, (300 Mill. M.) im Frieden nur um volle 7% niedriger herausgebracht werden!

Am 16. April 1902 erfolgte dann seitens Englands eine weitere Begebung von 32 Mill. £ $2\frac{3}{4}\%$ iger neuer Consols, von welchen man wiederum die Hälfte an ein englisch-amerikanisches Bankenkonsortium zum Kurse von $93\frac{1}{2}\%$ ($2\frac{1}{8}\%$ unter dem damaligen Kurse der alten englischen Consols an der Londoner Börse) begab, während die andere Hälfte wieder zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wurde, und zwar zum gleichen Preise, der in 6 Monatsraten zu zahlen war. Es fand eine mehrfache Überzeichnung statt.²⁾

Der Durchschnittskurs der $2\frac{3}{4}\%$ igen englischen Consols war während des ganzen Burenkrieges noch immer erheblich höher als derjenige der 3% deutschen Staatsanleihen. Der Durchschnittskurs betrug:

	1899	1900	1901	1902
Bei den englischen $2\frac{3}{4}\%$ igen Consols ³⁾	106,84	99,29	93,95	94,01%
Bei der 3%igen deutschen Reichsanleihe	90,71	86,74	89,27	92,18%

2. Während des russisch-japanischen Krieges vom 20. Februar 1904 bis Ende August 1905 wurde von Rußland und Japan nicht ganz die gleiche Politik hinsichtlich der Deckung der Kriegskosten befolgt.

¹⁾ Hiervon übernahm die Bank von England £ 9 Mill., von denen sie aber alsbald £ $2\frac{1}{2}$ Mill. anderen staatlichen Stellen überließ.

²⁾ Wilh. Hilsenbeck, a. a. O. S. 63/64.

³⁾ (Nach Abzug der Stückzinsen.) Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß der Rückgang von 1900 ab auch durch die bald bevorstehende, am 5. April 1903 von selbst eingetretene Konvertierung auf $2\frac{1}{2}\%$ verursacht wurde.

a) Was zunächst Rußland angeht, so hat es zur Deckung der Kriegskosten von rund 2283 Mill. Rubel¹⁾ oder rund 4931 Mill. M. (s. oben S. 17) Steuererhöhungen im allgemeinen nur insoweit vorgenommen, als dies behufs Deckung der Zinsen und Amortisationsbeträge, also des Dienstes der Kriegsanleihen, erforderlich war; von neuen Steuern wurde überhaupt abgesehen. Zu jenem Zwecke wurde 1904 nur eine kleine Erhöhung der Gewerbesteuer, eine Erhöhung der Steuer auf städtische Immobilien und einzelner Gütertarife, sowie der Personentarife im Vorortverkehr vorgenommen. Im Jahre 1905 erfolgten, um bei der inzwischen stark gestiegenen Schuldenlast das Gleichgewicht des Budgets herzustellen, gewisse Erhöhungen bestehender Steuern, nämlich der Erbschafts- und Schenkungssteuer, der Akzisen von Bier, Hefe und Zündhölzern und der Abgabe von schweren Brennölen. Auch wurden die Abzüge von den Beamtengehältern erhöht, und es wurde eine Akzise von Naphtaschmierölen eingeführt sowie eine Erhöhung der Verkaufspreise für fiskalischen Branntwein vorgenommen.²⁾

Diese Steuererhöhungen für die Jahre 1904 und 1905 waren auf einen Gesamtertrag von etwa 65 Mill. Rubel veranschlagt und sollten lediglich, wie schon oben bemerkt, für den Dienst der Kriegsanleihen Verwendung finden. Im wesentlichen wurden sonach die Kriegskosten seitens Rußlands, abgesehen von Ersparnissen an budgetmäßigen Ausgaben, durch Inanspruchnahme des Staatskredits beschafft. Für die Art dieser Beschaffung waren folgende Grundsätze maßgebend:

Ausgehend von der Tatsache, daß der innere russische Geldmarkt noch empfindlich unter den Folgen der Krisis von 1901/1902 zu leiden hatte; daß ferner bei Kriegsausbruch starke Posten russischer Werte vom Ausland auf den russischen

¹⁾ Im Jahre 1905 — bis Ende August — durchschnittlich im Monat 80—90 Mill. Rubel; im Jahr 1904 nicht ganz 50 Mill. Rubel.

²⁾ Vgl. Karl Helfferich, a. a. O. S. 105/106.

Markt geworfen wurden, und daß endlich ein erheblicher Teil der Kriegsausgaben an Lieferung von Proviant und Kriegsmaterial sowie an Zahlungen für den Ankauf von Schiffen im Ausland zu leisten war, entschied man sich, behufs Vermeidung der hiernach zu befürchtenden starken Goldabflüsse an das Ausland (denen allein mit den dem Markte in erheblichem Umfange zur Verfügung gestellten Wechseln auf das Ausland nicht entgegenzutreten war), zunächst für eine im Ausland aufzulegende Anleihe.

Hierbei war, da angesichts der Verhältnisse ein hoher Zinsfuß bewilligt werden mußte, eine langfristige Anleihe ausgeschlossen. Zugleich mußten durch die Begebung einer nahe an pari auszugebenden und kurzfristigen Anleihe, die also binnen kurzem zu pari rückzahlbar und bei der somit eine größere Kurssteigerung ausgeschlossen war, die Besitzer der bisherigen russischen Anleihen von einem Umtausch dieser Werte abgehalten werden, da eine solche sich nur bei einer begründeten Hoffnung auf einen Ersatz früherer Verluste durch ein erhebliches Steigen der neuen Werte empfohlen hätte.

War schon hiernach zu erwarten, daß durch die Begebung der neuen Anleihe ein Kursdruck — wenigstens ein erheblicher und dauernder — auf die alten russischen Werte nicht entstehen werde (ein vorübergehender Kursdruck trat allerdings ein), so konnte man diese Erwartung um so sicherer hegen, wenn zugleich ein neuer Typ in der Form von kurzfristigen Schatzanweisungen gewählt wurde.

Aus diesen Gründen erfolgte im Mai 1904 die Ausgabe der ersten russischen Kriegsanleihe in Paris in Form von bereits am 1./14. Mai 1909 rückzahlbaren, zu 5% verzinslichen Schatzanweisungen¹⁾ im Gesamtbetrage von 300 Mill. Rubel = 800 Mill. Fr.

¹⁾ Die Schatzanweisungen waren insofern privilegiert, als sie steuerfrei waren, ferner bei allen Lieferungen an die Krone und bei Sicherstellungen von Akzise- und

Von diesem Betrage übernahm ein französisches Bankensyndikat die Hälfte (400 Mill. Fr.) fest, die andere Hälfte in Option, die bald ausgeübt wurde, und zwar zu einem Kurse, der sich, unter Berücksichtigung einer Emissionsspesenvergütung, auf 95 $\frac{1}{2}$ % stellte, während der Emissionspreis 99 % war. Es verdient — als ein Zeichen richtiger und weitsichtiger Finanzpolitik — vermerkt zu werden, daß ein erheblicher Teil des Erlöses dieser Anleihe wie auch sonstiger Anleihen nicht etwa, wie dies leider bei uns gelegentlich der französischen Kriegsentschädigung längere Zeit hindurch geschah, festgelegt, sondern den auswärtigen Goldguthaben der russischen Reichsbank zugeführt und so alsbald wieder den Märkten des Auslands, an die man event. demnächst zu appellieren hatte, zu deren Kräftigung und zur Verminderung des Bankdiskonts zur Verfügung gestellt worden ist.¹⁾ In annähernd gleicher Weise ist auch Japan vorgegangen.

Es muß ferner die Aufmerksamkeit darauf gelenkt werden, daß auch die russische Regierung nicht nur den übernehmenden Banken, um von vornherein den Erfolg der Operation zu sichern, durch entsprechend niedrige Festsetzung des Übernahme-preises eine ansehnliche Gewinn-Marge (von 3 $\frac{1}{2}$ %) zukommen ließ, sondern auch den Emissionspreis mit 99 %, also derart stellte, daß die Spekulation noch einen ausreichenden Anreiz für die Beteiligung hatte. In der Tat wurden die ganzen 800 Mill. Fr. von den Banken in kurzer Zeit freihändig, also ohne öffentliche Subskription, untergebracht.

„Ein solches Anpassen an die Verhältnisse des Marktes“, sagt Helfferich mit Recht,²⁾ „und ein weites Entgegenkommen gegenüber den für die Unterbringung einer Anleihe unentbehr-

Zollzahlungen zu einem mindestens auf 95% zu normierenden Kurse in Zahlung genommen werden mußten, und als den Inhabern auf alle bis zum 1./14. Mai 1901 in Frankreich etwa zu emittierenden russischen Anleihen ein Vorzugsrecht zustehen sollte. (Vgl. Karl Helfferich, a. a. O. S. 91.)

¹⁾ Karl Helfferich, a. a. O. S. 219.

²⁾ a. a. O. S. 89.

lichen Finanzinstituten gehört zu den Traditionen der russischen Finanzpolitik, die es mit dieser Praxis verstanden hat, sich um den Preis momentaner Opfer dauernde Vorteile zu sichern.“¹⁾

Es wäre nicht nur gut, sondern auch dringend nötig, wenn eine derartige, allerdings unseren bisherigen Gepflogenheiten sehr wenig entsprechende Praxis auch bei uns, zum mindesten im Kriege, beachtet würde.

Eine weitere — aber innere — Anleihe erfolgte sodann im August 1904 in der Form von kurzfristigen und mit 3,6 % verzinslichen Renteibilletten, die eine Mittelstufe zwischen unseren Schatzanweisungen und Kassenscheinen²⁾ darstellen, im Gesamtbetrage von 150 Mill. Rubel, von welchen ein Petersburger Bankensyndikat 100 Mill. Rubel übernahm, während der Rest freihändig verkauft wurde, und die nicht in den bisher üblichen Abschnitten von 100, sondern im Interesse besserer Begebung in solchen von 50 Rubel ausgegeben wurden.

Eine weitere, unmittelbar vor dem Fall von Port Arthur, im Januar 1905 emittierte „konsolidierte“ mit 4½ % verzinsliche steuerfreie Anleihe in Höhe von 500 Mill. M. = 231,5 Mill. Rubel wurde mit einer deutschen Gruppe abgeschlossen, bei der sich russische Banken und ein Amsterdamer Bankhaus beteiligten; es wurden davon jedoch zunächst nur 324 Mill. M. in Deutschland, Rußland und Holland zu 95 % zur Zeichnung aufgelegt, der Rest wurde freihändig verkauft.

Auch hier zeigte sich die Rücksicht auf die Verhältnisse des Geldmarktes in der Wahl eines neuen Typus, dessen Besitzer zur Kündigung zuerst nach Ablauf von 6 und dann von 9 Jahren mit der Wirkung der Pari-Rückzahlung der Stücke nach Ablauf von 6 Monaten befugt sein sollten, während der

¹⁾ eod.

²⁾ Die Staatskassen und die russische Reichsbank müssen diese Renteibilletts zum Nennwert in Zahlung nehmen.

Schuldner (die russische Regierung) auf Rückzahlung und Konvertierung bis Ende 1916 verzichtete. Die Besitzer konnten also nach 6 Jahren den Pariwert der unter pari begebenen Anleihe zurückerhalten oder für 12 Jahre die Verzinsung von $4\frac{1}{2}\%$ genießen.

Durch Emission dieser Anleihe außerhalb Frankreichs wurde gleichzeitig der französische Markt, an dem sich damals schon etwa 9 Milliarden Fr. russischer Staatspapiere konzentrierten, und der angesichts der russischen Niederlagen nicht mehr sehr aufnahmefreudig war, geschont und für etwaige spätere nach Friedensschluß zu emittierende Anleihen aufnahmefähiger erhalten.

Aus gleichem Grunde wohl wurde auch nochmals von der Inanspruchnahme des ausländischen Marktes abgesehen und wieder an den inländischen Markt appelliert, der seit der Emission der 150 Mill. Rubel 4jähriger Renteibilletts vom August 1904 frei geblieben war. Es wurde im März 1905 eine 5% ige steuerfreie, bis 1917 unkündbare und unkonvertierbare, in 49 Jahren zu amortisierende innere Anleihe von 200 Mill. Rubeln mit den großen russischen Banken abgeschlossen, welche sie in Höhe von 100 Mill. Rubel fest, in Höhe von 50 Mill. Rubeln in Option übernahmen, während die restlichen 50 Mill. Rubel von den Sparkassen übernommen wurden. Die mit 94% (?) übernommene Anleihe wurde mit 96% an den Markt gebracht und offenbar, was bei dem niedrigen Emissionskurse erklärlich war, gut plazierte.

Es folgte dann im Mai 1905 wiederum eine neue und eigenartige Operation, indem 5% ige 9 Monate laufende Schatzwechsel im Betrage von 200 Mill. Rubel, teils (in Höhe von 50 Mill. Rubel) an russische Banken, teils (in Höhe von 150 Mill. Rubel) wieder an das deutsche Bankenkonsortium begeben wurden, unter Bewilligung einer besonderen Vergütung (Provision) von 1% .

Schließlich wurde im August 1905 eine dritte 5% ige

steuerfreie und binnen 48 Jahren amortisierbare innere Anleihe in Höhe von 200 Mill. Rubel begeben, bei der bis zum 1. März 1917 jede Erhöhung der planmäßigen Tilgung, sowie jede Kündigung und Konversion ausgeschlossen war. Von diesem Betrage hatten die Sparkassen 100 Mill., die großen russischen Banken 50 Mill. und auch die russische Reichsbank 50 Mill. Rubel zum Kurse von 95% zu übernehmen und freihändig zu 96½% zu plazieren.

Im großen und ganzen konnte die russische Finanzverwaltung auf diese Weise im ganzen Kriege die Politik durchführen, daß sie für die im Inland und auf dem Kriegsschauplatz zu leistenden Kriegsausgaben die Mittel im Inland beschaffte, während sie für die im Ausland zu bewirkenden Zahlungen Auslandsanleihen in Höhe von 1370 Mill. M. aufnahm. Auf diese Weise wurden weder dem inländischen Verkehr auf dem Wege von Geldsendungen nach dem Auslande Mittel entzogen, noch der ausländische Geldmarkt, an den man zu appellieren hatte, mit starken Goldentnahmen bedroht.¹⁾

Die russische Reichsbank aber wurde, soweit nicht verfügbare Bestände der Finanzverwaltung in Betracht kamen, vom Staate, abgesehen von der ihr aufgetragenen Übernahme von 50 Mill. Rubel der zweiten inneren Kriegsleihe,²⁾ zu Kriegsleistungen überhaupt nicht herangezogen. Es waren somit von Rußland drei ausländische Anleihen (zu 5%, 4½% und 5% verzinslich) im Betrage von nom. 681,5 Mill. Rubel und vier innere Anleihen (davon eine zu 3,6%, die drei übrigen zu 5% verzinslich) im Betrage von 600 Mill. Rubel, also in Summa 1281,5 Mill. Rubel zur Deckung der Kriegskosten ausgegeben worden.

¹⁾ So Karl Helfferich, a. a. O. S. 219.

²⁾ Es erinnert dies an den Vorgang der Übernahme von £ 9 Mill. (aus der Hälfte der im April 1901 in Höhe von £ 60 Mill. im Burenkriege ausgegebenen Anleihe im 2¾%igen englischen Consols) seitens der Bank von England.

Der Zinsfuß ist, ungeachtet aller militärischen Mißerfolge und gleichzeitiger starker inneren Unruhen, nie über 5% hinausgegangen; Spezialpfänder sind für keine Anleihe bestellt worden.

Die (Londoner) Kurse der russischen 4%igen Staatsanleihen, welche in den letzten drei Jahren vor dem Kriege (1901 bis 1903) zwischen 98—104,50% geschwankt hatten und noch am 4. Februar 1904 98% notierten, fielen am 9. Februar 1904 auf 91%, am 11. Februar 1904 sogar auf 88,75%, und gingen dann Ende April infolge der Niederlagen und der bevorstehenden Anleihe-Operationen auf 87,50% herunter.

Am 31. August 1905 erreichten sie aber, infolge des für Rußland namentlich hinsichtlich der Kriegskosten günstigen Friedensschlusses, wieder die Höhe von 94,85%, standen also nur 4% niedriger als die Kurse am 4. Februar 1904 (vor dem Kriege).

b) Was Japan betrifft, so war es schon deshalb, weil es finanziell weit weniger für den Krieg vorbereitet war wie Rußland, welches schon lange vorher einen überaus großen Goldvorrat in seiner Reichsbank konzentriert hatte, gezwungen und auch von Anfang an entschlossen, seinen Staatskredit weit mehr zu schonen, also die Deckung der Kriegskosten in viel erheblicherem Umfange in Kriegssteuern zu suchen, und zwar sowohl in starken Erhöhungen bestehender, wie in Einführung neuer Steuern. Es hat auch nicht nur an das Notenrecht, sondern auch an den Goldbestand der Bank von Japan stark appellieren müssen, insbesondere in den ersten 4—5 Monaten nach der Kriegserklärung.

Was zunächst die Kriegssteuern angeht, so bestanden sie einerseits in überaus starken Erhöhungen der Grund-,¹⁾ Einkommen-²⁾ und Gewerbesteuern,

¹⁾ Bis auf 5,5% des Bodenwerts der ländlichen und 20% des Bodenwerts der städtischen Grundstücke.

²⁾ Sie betrug schließlich 4,5 bis 12,5% für juristische Personen und 2,0 bis 20,35% für physische Personen.

der Verbrauchsabgaben auf Zucker und Getränke, und verschiedener Zölle, namentlich der Einfuhrzölle auf Reis, der Stempelgebühren, ferner der Börsen- und Minensteuer, sowie in einer Ausdehnung des bisher nur auf Tabakblätter erstreckten Tabakmonopols auf geschnittenen Tabak und Zigaretten, andererseits in neuen Steuern auf

Eisenbahn-, Straßenbahn- und Schiffahrtsscheine, Petroleum, Webwaren, in der Einführung einer Erbschaftsteuer, des Salzmonopols und eines Kampfermonopols.

Der für 1905/1906 veranschlagte Ertrag dieser Kriegsteuern überstieg die gesamten ordentlichen Einnahmen des Staatsbudgets eines jeden Vorjahrs vor 1899; der dadurch hervorgerufene starke Druck wurde nur dadurch gemildert, daß gleichzeitig die — vorher häufig den Staatssteuern gleichkommende — kommunale Besteuerung erheblich herabgesetzt wurde und daß bis zum Kriege die Kopfbelastung der Bevölkerung in Bezug auf die Staatsschulden, Steuern und Abgaben keine allzu erhebliche gewesen war.

Trotzdem konnten naturgemäß selbst diese starken Kriegsteuern nur einen relativ kleinen Teil der Kriegskosten decken, welche letzteren die ordentlichen Einnahmen des Friedensbudgets mehrfach überstiegen.¹⁾

Der wesentlichste Teil der Kriegskosten wurde also auch hier durch Inanspruchnahme des Staatskredits gedeckt.

Zunächst (im Februar 1904) wandte man sich aber auch in Japan (wie in England) an den inneren Markt mit einer inneren Anleihe von 100 Mill. Yen,²⁾ die auch hier in langfristigen (5jährigen) 5%igen Schatzanweisungen zum Kurse von 95% ausgegeben wurde. Sie wurde angesichts der großen nationalen Begeisterung, welche

¹⁾ Für das Vorstehende und Folgende aus dem russ.-jap. Kriege vgl. Karl Helfferich, a. a. O. S. 143—147.

²⁾ Ein Yen = 2 M. 10 Pf.

in Japan mit Rücksicht auf die Gründe und Ziele des Krieges gegen Rußland entstanden war, mehr als vierfach überzeichnet und es sollen an den Zeichnungen sich auch Angehörige der untersten Volksklassen beteiligt haben.

Bereits im Mai 1904 wurde aber — aus den nämlichen Gründen, welche Rußland gleichzeitig zu einem gleichen Vorgehen veranlaßten — eine Auslandsanleihe in Höhe von 10 Mill. £ = etwa 100 Mill. Yen und zwar auch in Schatzanweisungen, verzinslich zu 6%, aufgenommen. Sie wurde zu 93½%, also zu einem angesichts des hohen Zinssatzes sehr niedrigen Kurse, begeben und mußte überdies besonders gesichert werden. Sie war rückzahlbar al pari in 7 Jahren (spätestens am 5. April 1911), jedoch mit dem Recht der japanischen Regierung auf Einlösung schon vom 5. April 1907 ab nach sechsmonatlicher Vorauskündigung, so daß die Belastung mit den hohen Zinsen (für Japan — angesichts des Begebungskurses — von fast 8%) event. nur eine rasch vorübergehende war. Die Einzahlungen brauchten nur in 5 Raten geleistet werden.

Bei diesen für den Zeichner der Anleihe überaus günstigen Bedingungen konnte es nicht ausbleiben, daß die Anleihe, die zur Hälfte in London, zur Hälfte in New-York begeben wurde, in London 30 mal überzeichnet wurde.

Aber bereits im Juni 1904 mußte eine neue Anleihe aufgenommen werden in Höhe von 100 000 000 Yen, die man angesichts der vom Ausland geforderten Bedingungen wieder im Inland begab.

Diese zweite innere Anleihe wurde wiederum in langfristigen (innerhalb 7 Jahren rückzahlbaren) Schatzanweisungen ausgegeben, welche, obwohl nur mit 5% verzinslich, doch mit 92% begeben werden konnten und mehr als 3 mal überzeichnet wurden.

Es folgte im November 1904 eine weitere (dritte) innere Anleihe in Höhe von 80 000 000 Yen,

wiederm in der Form 5 %iger in 7 Jahren rückzahlbarer und zum gleichen Kurs (92 %) begebener Schatzanweisungen, welche $2\frac{1}{2}$ mal überzeichnet wurden.

Gleichzeitig aber schloß man, behufs Vermehrung des Goldbestands der Bank von Japan und Aufrechterhaltung der japanischen Valuta sowie behufs Ausgleichung eines für Japan ungünstigen Standes seiner Zahlungsbilanz eine (zweite) Auslandsanleihe mit dem früheren englisch-amerikanischen Bankensyndikat ab, und zwar in der Höhe von 12 Mill. £, also etwa 120 000 000 Yen. Sie wurde abermals in 6 % igen Schatzanweisungen ausgegeben, welche spätestens am 5. Oktober 1911 al pari rückzahlbar, jedoch wiederum seitens der japanischen Regierung schon vom 5. April 1907 ab mit halbjähriger Vorkündung einlösbar waren, und für welche die bereits verpfändeten, aber auch für diese zweite Anleihe ausreichenden japanischen Zolleinkünfte an zweiter Stelle hafteten.

Der Begebungskurs wurde hier sogar nur in Höhe von $90\frac{1}{2}$ % festgestellt, so daß den Zeichnern mit Rücksicht auf die spätestens in 7 Jahren al pari erfolgende Rückzahlung eine effektive Verzinsung von 8,1 % gewährt wurde.

Die Anleihe, die wiederum zur Hälfte in London und zur anderen Hälfte in New-York emittiert wurde, fand, angesichts der für den Erwerber überaus günstigen Bedingungen, in London eine 8—10fache Überzeichnung.

Unter dem Drucke dieser Bedingungen hielt es Japan, obwohl inzwischen seine militärischen Erfolge, insbesondere der Fall von Port Arthur, nicht ohne Wirkung auf die ausländischen Märkte und den Kurs der japanischen Anleihen geblieben waren, für rätlicher, zunächst wieder an den inneren Markt zu appellieren, obwohl es dort angesichts der nunmehrigen Schwäche desselben und der bisherigen starken Inanspruchnahme des Staatskredits naturgemäß auch nur ungünstige Bedingungen erzielen konnte.

Ende Februar 1905 begab es eine (vierte) innere Anleihe in Höhe von 100 000 000 Yen, und zwar wiederum in 7 jährigen Schatzanweisungen, für welche aber nur ein Kurs von 90% erzielt werden konnte, und für die eine Verzinsung von 6% (also für die Zeichner effektiv 8,25%) bewilligt werden mußte, obwohl damals der Kurs der 4% igen japanischen Anleihe in London auf 86% heraufgegangen war.

Unter diesen Umständen und nachdem inzwischen die ausländischen Börsen die Konsequenzen aus den militärischen Erfolgen Japans gezogen hatten, war es wiederum möglich und richtig, an die ausländischen Börsen zu appellieren.

Am 24. März 1905 kam eine neue (dritte) Auslandsanleihe (Serie I) in der bedeutenden Höhe von 30 Mill. £ = etwa 300 000 000 Yen, welche wieder zur Hälfte in London und zur anderen Hälfte in New-York begeben wurde, zu Stande. Hier wurde, wie bei der zweiten russischen Auslandsanleihe, eine Mittelstufe zwischen Schatzanweisungen und Anleihe gewählt, jedoch mit der für Japan günstigeren Modifikation, daß es selbst (in seiner Wahl, also nicht in der Wahl der Zeichner) erst nach 20 Jahren verpflichtet, jedoch schon nach 5 Jahren berechtigt sein sollte, die Anleihe al pari zurückzuzahlen.

Als Zinsfuß wurde dieses Mal nur ein solcher von $4\frac{1}{2}\%$ bewilligt, als Übernahmekurs $86\frac{1}{4}$ und als Emissionskurs 90%, so daß dem Zeichner, je nach der späteren oder früheren Rückzahlung, eine Verzinsung von 5,56 oder 7,2% gewährt wurde, während Japan eine effektive Zinsenlast von 6% oder 8,4% erwuchs.

Unerfreulich für Japan war, daß auch dieser Emissionskurs um 5% hinter der $4\frac{1}{2}\%$ igen russischen Anleihe vom Januar 1905 zurückblieb, und daß es auch hier wieder zu einer besonderen Sicherstellung der Anleihe durch die Reinerträge des Tabakmonopols genötigt wurde. Wenige

Wochen darauf scheint aber wieder eine neue (fünfte) innere Anleihe in Höhe von angeblich . . . 100 000 000 Yen ausgegeben worden zu sein, über deren nähere Modalitäten nichts Bestimmtes feststeht.

Schon der geringe Goldbestand der Bank von Japan, welcher Ende Juni nur noch etwa 100 Mill. Yen betrug, während die russische Reichsbank einen solchen von mehr als 1 Milliarde Rubel (!) aufwies, ließ es aber zur Verstärkung der Stellung Japans bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen rätlich erscheinen, eine neue (vierte) Auslandsanleihe aufzunehmen, welche im Juli 1905 als Serie II der $4\frac{1}{2}\%$ Auslandsanleihe vom März 1905 zu Stande kam, und zwar wiederum in Höhe von 30 Mill. = . . . 300 000 000 Yen und unter den gleichen Bedingungen, also auch mit der Verpfändung der Einkünfte des Tabakmonopols (an zweiter Stelle) und mit dem gleichen Emissionskurs von 90%.

Die einzige Änderung bestand darin, daß dem Übernahmekonsortium nun auch deutsche Banken (die deutsche Gruppe der Deutsch-Asiatischen Bank) beitraten, so daß die Anleihe zu gleichen Teilen in London, New-York und Berlin gegeben und überall stark überzeichnet wurde.

Es waren somit von Japan 4 auswärtige Anleihen (davon je zwei mit 6% und je zwei mit $4\frac{1}{2}\%$ verzinslich) im Betrage von rund 800 000 000 Yen,¹⁾ und 5 innere (Schatzanweisungs-) Anleihen (davon je drei mit 5%, je zwei mit 6% verzinslich) im Betrage von rund
480 000 000 Yen,

also Anleihen im Gesamtbetrage von rund 1 280 000 000 Yen, zur Deckung der Kriegskosten ausgegeben worden. Es verdient dabei bemerkt zu werden, daß der Zinsfuß der Auslandsanleihen von anfänglich 6% auf $4\frac{1}{2}\%$ herunterging, während er bei den inneren Anleihen von anfänglich 5% auf

¹⁾ Genau war der Nennbetrag der Auslandsanleihen 800,566 Mill. Yen. (Vgl. die Tabelle bei Karl Helfferich, a. a. O. S. 163.)

6 % heraufging. Die militärischen Erfolge Japans hatten eben die ausländischen Märkte, wenigstens einigermaßen, zu seinen Gunsten beeinflußt, während zugleich die überaus starke Inanspruchnahme des Goldbestandes der Bank von Japan wie der Steuerkraft der Japaner und der Aufnahmefähigkeit des japanischen Marktes eine starke Schwächung des letzteren herbeigeführt hatte.

Die Durchschnittskurse der 4 %igen japanischen Staatsanleihe (von 1899) an der Londoner Börse, welche noch am 15. Dezember 1903 (gegenüber dem Kurse der russischen 4 % Anleihe von 1889 von 100,50 %) einen Stand von 84 % erreicht hatten, fielen im Januar 1904 auf 76,05 (Russ. Anleihe 97,13), im Februar 1904 auf 69,21 (Russ. Anleihe 92,15), um im März 1904 ihren niedrigsten Durchschnittsstand mit 64,58 % (Russ. Anleihe 93,60) zu erreichen. Sie ging am 31. März 1904 sogar bis auf 62 % herunter.

Von da ab stieg sie langsam und mit geringen Unterbrechungen bis zum August 1905 auf 87,50 % (Russ. Anleihe 89,21) und erreichte im Oktober 1905 mit 91,06 einen den Stand vom 15. Dezember 1903 um 4 % übersteigenden Kurs, während gleichzeitig die russische 4 % Staatsanleihe mit 92,88 % ebenfalls nur um etwa 7 % hinter dem Kurse vom 15. Dezember zurückblieb.

Schon daraus geht hervor, daß Japan, das selbst nach großen Siegen seine Auslandsanleihen nur unter sehr ungünstigen Bedingungen durchsetzen konnte und dessen Reichsbank unter dem Kriege ähnlich gelitten hatte wie die japanische Bevölkerung, derartige Niederlagen, wie sie Rußland finanziell fast spielend überwand, nicht hätte ertragen können, während es seine Siege aus finanziellen Gründen voll auszunutzen nicht in der Lage war.

Während die russische Reichsbank mit dem imponierenden Goldbestande von 2450 Mill. M. in den Krieg hineingegangen

war, hatte die Bank von Japan nur 260 Mill. M. aufzuweisen; während Rußlands Staatskassenbestände (einschließlich des Goldbestands seiner Reichsbank) am Ende des Krieges (Aug. 1905) rund 3000 Mill. M. betrugen, hatten diejenigen Japans nach Aufnahme der letzten Anleihe nur einen Betrag von 1000 Mill. M. aufzuweisen. Und während die russische Steuerkraft nur für den Dienst (Zinsen und Amortisation) der Kriegsanleihen, also in ungemein geringer Weise, angespannt wurde, war Japans Bevölkerung durch Kriegssteuern von gewaltiger Höhe in dem nämlichen Momente überlastet und geschwächt worden, wo die kräftigste und erwerbsfähigste Bevölkerung im Felde stand und tausende von Familien ihrer Ernährer und Helfer beraubt waren.

Hieraus und nur hieraus ist der vorzeitige Friedensschluß, nur hieraus der Verzicht Japans auf jede Kriegskostenentschädigung im Friedensschluß zu erklären.

Die gewaltige nationale Begeisterung Japans und seine starke taktische Überlegenheit knüpfte Sieg auf Sieg an seine Fahnen, seine geringe finanzielle Kriegsbereitschaft aber war die Achillesferse des Siegers und die Rettung des Besiegten.

II. Folgerungen für Deutschlands finanzielle Kriegführung.

Aus naheliegenden Gründen kann es nicht meine Absicht sein, nunmehr im Einzelnen die Art und Weise zu erörtern, wie etwa die finanzielle Kriegführung Deutschlands in einem künftigen Kriege einzurichten wäre. Es wird im allgemeinen Sache des Lesers sein müssen, aber auch nicht allzu schwierig sein, die Folgerungen aus der gerade zu diesem Zwecke sub I in allen uns wichtigen Einzelheiten dargestellten finanziellen Kriegführung anderer Mächte zu ziehen.

Aber es erscheint mir unerläßlich, aus den Erfahrungen heraus, die sich aus den Schilderungen sub I ergeben, wenig-

stens in Thesenform das Wesentlichste desjenigen festzustellen, was hiernach auch Deutschland in einem künftigen Kriege oder mit Rücksicht auf einen solchen schon im Frieden finanziell zu tun und zu unterlassen verpflichtet ist.

1. Es muß unter allen Umständen durch eine gesunde Finanzpolitik dahin gestrebt werden, daß, wie dies z. B. in Italien geglückt ist, für eine große Reihe von Jahren der beständigen Anleihewirtschaft ein Ende gemacht wird, welche oft auf den Kursen unserer Staatsanleihen wie ein Alpdruck gelastet und unsern Staatskredit im In- und Auslande geschädigt hat. Es ist nicht mehr angängig, den Überschuß der dauernden Ausgaben über die dauernden Einnahmen immer wieder durch neue Anleihen zu decken, nachdem die Schuldenlast des Reiches allein auf fast 5 Milliarden M. angewachsen ist. Und es ist zwar theoretisch und staatsrechtlich möglich, aber, wenn man nicht zugleich die Einzelstaaten und den Reichsgedanken schwer schädigen will, praktisch undurchführbar, das Defizit immer wieder durch erhöhte Heranziehung der einzelnen Bundesstaaten in Form von Matrikularbeiträgen ausgleichen zu wollen. [Auf die Dauer ist es auch nicht zulässig, die parteipolitisch vielleicht unbequeme, aber finanzpolitisch unumgängliche Verpflichtung, nicht nur für die Ausgaben des Reichs, sondern gleichzeitig auch für deren Deckung zu sorgen, dadurch für den Moment zu umgehen, daß man lediglich die Matrikularbeiträge erhöht. Damit schädigt man nicht nur die Einzelstaaten, sondern man würdigt auch das Reich in die Rolle eines „Kostgängers der Einzelstaaten“ herab, der auf diese Weise schließlich, wie ein Wegelagerer, den Wirt tötet, welcher ihn beköstigt hat.

Wir müssen aber auch einen hinreichenden Betriebsfonds der Reichskasse¹⁾ beschaffen, damit der beständigen Ausgabe von sehr hohen Beträgen unverzinslicher, mittelst Diskontierung begebener Reichsschatzanweisungen zur Deckung

¹⁾ Abgesehen von der Auffüllung des Reichsinvalidenfonds.

der laufenden Bedürfnisse ein Ende bereitet werde. Schließlich — last not least — müssen wir die Mittel zu einer ausgiebigen und durchgreifenden Tilgung unserer Anleihen schaffen, und zwar sowohl der fundierten Schuld wie der in verzinslichen und unverzinslichen Schatzanweisungen bestehenden schwebenden Schuld, da ohne eine solche durchgreifende Tilgung ein gesundes Budget und eine gesicherte finanzielle Zukunft des Reichs nicht gedacht werden kann, und wir müssen die Tilgung dauernd und ohne jede Unterbrechung durchführen.

In welcher Weise England in Friedenszeiten auf die Tilgung seiner Staatsschulden bedacht ist, geht wohl am schlagendsten daraus hervor, daß im Burenkriege allein durch die „Suspensionierung der Kapitalrückzahlungen gewisser Annuitäten und des neuen Tilgungsfonds mehr wie 188 Mill. M. der laufenden Einnahmen zur Bestreitung der Kriegskosten verwendet werden“ konnten.¹⁾

In der Tat verwandte England lange Jahre hindurch zur Schuldentilgung — abgesehen von den zu diesem Zwecke kraft Gesetzes bestimmten Überschüssen des jeweils letzten Etatjahres — jährlich 28 Mill. £, in den Jahren 1906/07 und 1907/08 sogar zwischen 28 und 29½ Mill. £ und das Budget von 1911/12 sah, ungeachtet der gewaltigen Ausgabensteigerungen doch eine Tilgung von 7 Mill. £ vor, welche vom Parlament auf 12 Mill. £ = 140 Mill. M. erhöht wurde.

Frankreich verwandte geringere Beträge zur Tilgung seiner im Jahre 1907 24,5 Milliarden M. betragenden Staatsschuld, immerhin aber doch fast ein Jahrzehnt etwa 60 bis 70 Mill. M. p. a., und hat sogar im Budget für 1911 für diesen Zweck nicht weniger als 147,9 Mill. Fr. ausgeworfen.²⁾

Deutschland dagegen sollte nach dem sogenannten Mantelgesetz vom 3. Juni 1906, vom Jahre 1908 (richtiger von

¹⁾ Wilh. Hilsenbeck, a. a. O. S. 69.

²⁾ s. oben S. 27.

1909) ab seine Anleihen, abgesehen von einzelnen Anleihen für werbende Zwecke im Gesamtbetrage von etwas über 100 Mill. M., für die ein besonderer höherer Tilgungssatz vorgesehen war, nur mit 0,6 % ($\frac{3}{5}\%$) tilgen; Preußen hat seit dem Gesetz vom 8. März 1897 ebenso getilgt; über die jetzigen Tilgungsvorschriften s. oben S. 26.

2. Soweit im Kriege nach den oben gegebenen Darlegungen eine Deckung durch Steuern, statt durch Anleihen, überhaupt angebracht erscheint, darf nicht außer Augen gelassen werden, daß diejenigen Steuern, an die dabei, abgesehen von der Schaffung oder Erhöhung indirekter (Verbrauchs-)Steuern, meist in erster Linie gedacht wird, nämlich die Vermögenssteuer und die Einkommensteuer, bis jetzt nur in einem Teil (allerdings im größten Teil) der deutschen Bundesstaaten, bestehen. Es ist auch gar nicht daran zu denken, den d. z. bereits in Friedenszeiten gemachten Vorschlag eines außerordentlichen Wehrbeitrages etwa im Kriegsfall mehrfach zu wiederholen, wenn man nicht die sogenannten „kräftigen Schultern“ auch zu schwachen Schultern machen will.

Was aber die Einkommensteuer betrifft, so konnten in Preußen für 1911 nur 16,47% der Gesamtbevölkerung zur Einkommensteuer herangezogen werden; von diesen entfielen 88,62% auf Einkommen von mehr als 900—3000 M., und 8,22% auf Einkommen von mehr als 3000—6500 M. Es hatten also nur 3,16% aller Steuerpflichtigen ein Einkommen über 6500 M., 96,84% ein Einkommen unter 6500 M.; ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen Bundesstaaten.

Auch hinsichtlich einer (übrigens bei weitem nicht in allen Bundesstaaten bestehenden) allgemeinen Vermögenssteuer, obwohl sie im Kriege eher und mit größerem Erfolge als Reichssteuer eingeführt werden könnte, namentlich dann, wenn sie bei modifizierter Annahme des jetzt dem Reichstage vorliegenden Gesetzentwurfs „über Änderungen im Finanzwesen“ vom 28. März 1913 durch eine Reichsveranlagung des

Vermögens vorbereitet ist, steht fest, daß sie jedenfalls allein, wenn man nicht zu Expropriationsquoten schreiten will, einen erheblichen Teil der Kriegskosten nicht zu decken vermöchte.

Es ist auch sehr zu beachten, daß starke Einkommen- und Vermögenssteuern oder wiederholte und erhebliche Erhöhungen dieser Steuern gerade diejenigen Kreise schwächen würden, auf deren Kraft man bei der Begebung der unter allen Umständen mindestens mit in Betracht kommenden Kriegsanleihen in erster Linie rechnen muß.

Es würde also auch bei uns im Kriegsfall zur Deckung der Kriegskosten teils an die Erhöhung bestehender oder an die Schaffung neuer direkter oder indirekter, und zwar vorzugsweise indirekter, Steuern, teils an die Inanspruchnahme des Staatskredits zu denken sein.¹⁾

Aber auch wir werden nur etwa $\frac{1}{3}$ der Kriegskosten (wie dies England im Burenkriege getan hat), — eher weniger als mehr — durch Steuern aufzubringen versuchen dürfen, werden aber kaum in der Lage sein, wie Rußland im Kriege gegen Japan, Kriegssteuern nur in einem solchen Betrage zu erheben, wie er zur Deckung der Zinsen und Amortisation der Kriegsanleihen oder zur Ausgleichung von Mindereinnahmen des Staates während des Kriegsjahres (aus Steuern und anderen Einnahmequellen),²⁾ erforderlich ist. Keinenfalls kann angesichts der gewaltigen Größe der zu deckenden Kriegskosten von einer auch nur grundsätzlichen Anwendung des Dietzelschen Satzes: „Hände weg von der Steuerschraube“!³⁾ die Rede sein,

¹⁾ Daß Herr v. Gwinner in seiner bekannten Herrenhaus-Rede vom 22. Juni 1911 die Möglichkeit der Deckung unserer Kriegskosten durch Anleihen überhaupt in Abrede stellen wollte, ist sicherlich nicht richtig. Er hat wohl nur das sagen wollen, was oben unter 2 u. 3 ausgeführt ist, und mit Recht die Möglichkeit bestritten, die gesamten Kriegskosten durch fundierte Anleihen zu decken.

²⁾ Vgl. Otto Schwarz (in der Kritik des Buches von Heinr. Dietzel, *Kriegssteuer oder Kriegsanleihe?* Tübingen 1912) in den *Preuß. Jahrb.* vom September 1912, S. 540/541.

³⁾ Heinrich Dietzel, *Kriegssteuer oder Kriegsanleihe?* Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1912. S. 65.

und ebensowenig von der Deckung der Kriegskosten allein durch Anleihen.

3. Der wesentlichste Teil der Kriegskosten (bis zu etwa $\frac{2}{3}$) wird also, nachdem der auf die Mobilmachungszeit entfallende Teil im Wesentlichen durch Banknoten provisorisch befriedigt ist, in vorsichtiger Weise auf dem Wege der allmählichen Inanspruchnahme des Staatskredits definitiv zu decken sein. Hierbei müssen wir von vornherein mit der Möglichkeit rechnen, daß wir uns, anders wie die Russen und Japaner in ihrem letzten Kriege und auch anders wie die Engländer im Burenkriege, voraussichtlich im Wesentlichen nur auf unsere eigene Kraft und unsere eigenen Märkte zu verlassen haben, falls und so weit uns nicht etwa, was wir keinesfalls als sicheren Faktor in die Rechnung einstellen können, die finanziellen Kräfte und Märkte der Vereinigten Staaten und in zweiter Linie die von Holland oder Belgien oder der Schweiz zur Verfügung stehen sollten.

Sollten uns jedoch ausländische Märkte im Wesentlichen verschlossen sein, so würde von vornherein ein Ziel der namentlich von Rußland in seinem letzten Kriege eingehaltenen Finanzpolitik wegfallen, daß auch wir für die im Ausland zu bewirkenden Zahlungen Auslandsanleihen aufnehmen könnten und nur die Mittel für die im Inland und auf dem Kriegsschauplatz zu leistenden Kriegsausgaben im Inlande zu beschaffen hätten.

Wird aber im Kriegsfall durch die voraussichtlichen starken Kündigungen ausländischer Guthaben der inländische Markt geschwächt und der Bankdiskont heraufgetrieben, ohne daß Goldeingänge aus einer Auslandsanleihe als Ausgleichung zu erwarten wären, so wird uns der inländische Besitz ausländischer Goldwerte, der auch von Privaten alsdann verkauft und zur Beteiligung an unseren Kriegsanleihen verwandt werden wird, und überdies der Besitz von Devisen, welcher alsdann mit Ruhe und Vorsicht zu

verwerten wäre, zu großem Vorteil gereichen, wie sich dann auch starke d. h. aufnahmefähige Börsen als eine absolute Notwendigkeit erweisen werden.

Auch wird dann die sofortige Erklärung des Zwangskurses unserer Banknoten den Goldbestand der Reichsbank und unsere Goldwährung zu schützen haben.

Zur Lösung aller dieser Fragen ist vor allem auch eine besonders geschickte Finanzpolitik erforderlich, welche, wie dies England und namentlich Rußland, wie wir sahen, in so hervorragendem Maße verstanden haben, sich zunächst in der Bestimmung der richtigsten Art der Inanspruchnahme des Staatskredits zu betätigen hat. Es ist kein Zweifel, daß auch wir (wie England, Rußland und Japan) einen großen Teil der durch Inanspruchnahme des Staatskredits zu deckenden Kriegskosten (abgesehen von etwa kürzer laufenden Schatzwechseln) in der Form von Schatzanweisungen, die erst in der Frist von einem bis zu vier Jahren al pari zurückzahlbar sind, decken müssen, deren etwaiger höherer Zinsfuß nur ein vorübergehender Nachteil wäre, und deren Begebung auf den Kurs unserer Staatsanleihen keinen oder nur einen vorübergehenden Druck ausüben würde.¹⁾

Wir werden zur Ausgabe fundierter Anleihen erst nach längerer Zeit und genauester Beobachtung des Marktes schreiten dürfen. Bei der Bestimmung der Art, des Zinsfußes und der sonstigen Bedingungen solcher fundierten Anleihen werden wir in sorgfältigster Weise der Lage des Geldmarktes gerecht werden und vielleicht auch durch Änderung der sonst üblichen Größe der einzelnen Abschnitte weiteren Kreisen die Teilnahme ermöglichen müssen.

¹⁾ Die fundierte Anleihe wendet sich vorzugsweise an Kapitalisten, die eine dauernde, die Schatzanweisungsanleihe an Kapitalisten, speziell Geschäftsleute, die eine vorübergehende und leicht realisierbare verzinsliche Anlage suchen (vgl. Ad. Wagner, a. a. O. S. 74/75). Ob und event. wann etwa eine Prämienanleihe in Betracht kommen könnte, die wir in Friedenszeiten nicht mehr kreiert haben, kann, wenn im Verlauf der finanziellen Kriegsmaßregeln überhaupt fundierte

Bei Bemessung des Kurses wird auch auf die Gewinnung der berufsmäßigen Spekulation Wert zu legen sein, welche sich naturgemäß nur durch eine angemessene Gewinnmarge in großem Umfange heranziehen läßt. Es würde mit anderen Worten darauf ankommen, in scharfem Gegensatz zu unseren bisherigen Gepflogenheiten, die von Rußland im Kriege mit Japan mit so großem Erfolge durchgeführte Finanzpolitik aufzunehmen, „sich um den Preis momentaner Opfer dauernde Vorteile zu sichern“ (s. oben S. 176). Dies um so mehr, wenn der etwaige Gewinn der Zeichner, der auf die Dauer stets auch indirekt dem Staatskredit zu Gute kommt, in die Taschen der eigenen Steuerzahler fließt, wie es bei einer Inlandsanleihe der Fall wäre.

4. Alle diese Maßnahmen sollten aber erst nach Anhörung von Vertretern sowohl der staatlichen wie der großen Kreditbanken und Privatbankgeschäfte festgestellt werden, welche in genauester Fühlung mit den Bedürfnissen und der Lage und Aufnahmefähigkeit des Marktes stehen. Diese sollten zu diesem Zwecke sowie zur Prüfung aller weiter für die finanzielle Kriegsbereitschaft, Mobilmachung und Kriegführung wichtigen Fragen seitens der Leitung der finanziellen Kriegführung schon in Friedenszeiten als „Finanzieller Generalstab“¹⁾ herangezogen werden.

Auf die Notwendigkeit eines schon in Friedenszeiten provisorisch einzuberufenden „finanziellen Generalstabes“ habe ich schon in der im Jahre 1906, also vor 7 Jahren, erschienenen zweiten Auflage meines Buches über „Die deutschen Großbanken“ usw. (auf S. 23) hingewiesen und sie in meinem Ar-

Anleihen in Frage kommen, gleichfalls in den Kreis der Erwägungen gezogen werden. Über weitere Vorschläge s. unten S. 200, Anm. I.

¹⁾ Meinem Vorschlage der Bildung eines solchen finanziellen Generalstabs sind inzwischen u. a. beigetreten: der Hauptmann im großen Generalstab Henke in der im Vorwort dieses Buches erwähnten Schrift S. 277 und der Generalleutnant z. D. v. Leszcynski in einer Besprechung letzterer Schrift (Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 18. Mai 1913, Militärische Rundschau, Das deutsche Geldwesen im Kriege).

tikel im „Tag“ vom 24. Oktober 1912 („finanzielle Kriegsbereitschaft und finanzieller Generalstab“) näher begründet.

In letzterem Artikel habe ich aber zugleich darauf hingewiesen, daß neben dem zur Prüfung aller finanziellen Fragen auf dem erwähnten Gebiete einzuberufenden „Finanziellen Generalstab“ auch ein „Wirtschaftlicher Generalstab“, bestehend aus landwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Praktikern, nötig ist, wie ihn der Industrielle und Großkaufmann, Senator Poßehl in Lübeck mit Recht energisch gefordert und vertreten hat.¹⁾

Denn zu den wirtschaftlichen Fragen, welche, ebenso wie die finanziellen, bereits im Frieden zur Stärkung unserer Kriegsbereitschaft und zur Erleichterung unserer Kriegführung durch Praktiker in Verbindung mit Vertretern der zuständigen Militär- und Zivilbehörden des Reichs und der Bundesstaaten vorzubereiten sind, gehört vor allem, neben der des Transport- und Verpflegungswesens, die ungemein wichtige und ernste Frage der Sicherstellung der Ernährung unseres Heeres und unserer Gesamtbevölkerung im Kriegsfalle,²⁾ eine Frage, die ich nach inzwischen erfolgter näherer Prüfung doch nicht mehr ganz so optimistisch beurteilen kann, wie dies u. a. Heinrich Dietzel³⁾, Lujo Brentano⁴⁾ und J. Conrad⁵⁾ tun oder getan haben.

¹⁾ Zuerst in einem als Manuskript gedruckten, in Berlin am 11. Mai 1912 gehaltenen Vortrag.

²⁾ Vgl. den (als Ergänzung zu einem in der Ortsgruppe Groß-Berlin der Reichspartei über „Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegführung“ gehaltenen Vortrag) von dem Bankier Edler von der Planitz in der Zeitschrift: Das neue Deutschland vom 8. Febr. 1913 veröffentlichten Artikel: Momente der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung und Kriegführung.

³⁾ Weltwirtschaft und Volkswirtschaft S. 46/47.

⁴⁾ In der „Nation“ vom 20. Jan. 1900, S. 218.

⁵⁾ Im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Aufl., I, S. 224; Näheres über die Frage bei Gisevius, die Sicherstellung der Verpflegung des deutschen Volkes und seiner Armee im Mobilmachungsfalle, in den Vierteljahrsheften für Truppenführung und Heereskunde, herausgegeben vom Großen Generalstab, IX. Jahrg. 1912, 3. Heft.

Natürlich ließe sich aber auch eine einheitliche Kommission mit zwei Abteilungen (eine Art wirtschaftlichen Staatsrats), etwa bei dem Kriegsministerium, bilden, die eine zum Studium und zur Vorbereitung der finanziellen, die andere zum Studium und zur Vorbereitung der wirtschaftlichen Fragen der Kriegsbereitschaft, Mobilmachung und Kriegführung.¹⁾

Ich habe aber schon in dem obenerwähnten Artikel im „Tag“ betont, daß ich mir von den Arbeiten eines solchen wirtschaftlichen Staatsrats nur dann einen Erfolg versprechen kann, wenn sie eine ständige Kommission darstellt, deren Einberufung periodisch in kurzen Zwischenräumen erfolgt, wenn ferner die Zahl der Mitglieder beider Kommissionen nur im Interesse intensiver Mitarbeit jedes Mitglieds und der Sicherung unbedingter Diskretion nur eine kleine ist und wenn endlich allen Mitgliedern zur Vermeidung der Errichtung eines weiteren automatischen Jasage-Beirats, nicht nur eine beratende, sondern auch eine mitentscheidende Stimme zusteht.

Selbstverständlich wäre beiden Kommissionen, da kein Mitglied sämtliche Einzelfragen aus eigener Kenntnis und Erfahrung beherrschen kann, das Recht einzuräumen, über einzelne Fragen finanzielle, gewerbliche und landwirtschaftliche Sachverständige aus der Praxis zu vernehmen.

Gleichgültig ist, ob diese Kommission als solche selbständig bleibt oder, wie ich es für richtig halten möchte, dem

¹⁾ Über die ungemein wichtigen Fragen, deren Studium und Vorbereitung, neben der weitaus wichtigsten, der Ernährungsfrage, dem wirtschaftlichen Generalstab (oder der wirtschaftlichen Abteilung der oben erwähnten einheitlichen Kommission) obliegen würden, vgl. in erster Linie Voelcker, Die deutsche Volkswirtschaft im Kriegsfall (Leipzig, Werner Klinkhardt, 1909) und Georg Fröhlich, Deutsche Volksernährung im Kriegsfall in Schmollers Jahrb. XXXVI, Heft 2, S. 61—80; ferner Gisevius in der auf S. 194 Anm. 5 zitierten Schrift. J. W. Mueller, Die deutsche Volksernährung unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Kriegsbereitschaft, Berlin 1913 (als Manuskript gedruckt); B. Serigny, Les consequences économiques et sociales d'une prochaine guerre, Paris 1909 und Adolf Föhr, Die Volkswirtschaft der Schweiz im Kriegsfall, 2. Aufl., Zürich 1912. Über Einzelfragen s. oben S. 165 ff. und Arthur Dix, Zur Frage der wirtschaftlichen Rüstung, im „Tag“ v. 22. und 24. Dez. 1912.

Kriegsministerium, Generalstab oder Reichsamt des Innern angegliedert wird.

Die finanzielle Abteilung aber (der finanzielle Generalstab) könnte zugleich die weiteren Aufgaben übernehmen, welche Roland-Lücke in der Bank-Enquête-Kommission von 1908/09 für eine auf administrativem Wege zu bildende Kommission, die kein „Aufsichtsamt“ sein soll,¹⁾ vorgeschlagen hat. Sie wäre in dieser Eigenschaft ebenso wie als „finanzieller Generalstab“ auf Grund ihrer Vertrauensstellung gegenüber den Kreditbanken und dem Reichsbankdirektorium besonders geeignet, soweit nötig, mit dafür zu sorgen, daß diejenigen Maßnahmen so rasch als möglich durchgeführt werden, welche wir oben zur Erhöhung der Liquidität der Gesamtwirtschaft und der Banken, zur Verbesserung unseres Zahlungs- und Kreditverkehrs und zur Steigerung der Elastizität des letzteren als notwendig erkannt haben.

5. Denjenigen, welche im Falle einer „finanziellen Isolierung“ Deutschlands an der Möglichkeit der Beschaffung der Kriegskosten im Inlande allein Zweifel hegen, vermag ich nicht beizutreten, obwohl auch ich mich über die hier vorliegenden Schwierigkeiten keinen Täuschungen hingebe.

Wir sahen oben (S. 20), daß die voraussichtlichen Kriegskosten i. w. S. für ein Jahr — auf länger hinaus ist es gänzlich müßig, irgendwelche Berechnungen machen zu wollen²⁾ — auf rund 6 570 000 000 M. zu berechnen sind.

Wir haben ferner oben (S. 140) angenommen, daß für die Zahlungsmittelbedürfnisse der Mobilmachungstage und der

¹⁾ Bank-Enquete 1908/1909. Verhandlungen der Gesamtkommission zu Punkt VI des Fragebogens (Berlin, Ernst Siegfried Mittler u. Sohn) 1910. S. 101, 102 u. 104.

²⁾ Vgl. M. v. Ströhl im deutschen Ökonomist v. 1. Mai 1909 (Jahrg. XXVII, Nr. 1374), S. 309: . . . „denn für später wird ja alles hypothetisch, weil man nicht wissen kann, wie und in welchem Umfange wir uns im Feindesland durch Kriegskostenauflagen, Kontributionen usw. erholen können. Es hat gar keinen Zweck, ohne reale Grundlagen solch spätere Bilder zu zeichnen.“

ersten 6 Wochen nach der Kriegserklärung, die wir (vgl. S. 127) auf rund 3900 Mill. M. annahmen, provisorisch im Wesentlichen durch neu auszugebende Banknoten Vorsorge getroffen werden kann, soweit dies nicht auf dem Wege der von den Kriegsdarlehnskassen auszugebenden Schuldverschreibungen geschieht.

Allerdings kann selbst im Kriege von einem dauernden Umlauf „fiktiver Zahlungsmittel“ nicht die Rede sein, falls nicht, trotz der großen und sicheren Unterlagen, die für einen großen Teil dieser Zahlungsmittel bestehen, schwere Schädigungen, wie Goldagio und Disagio für die Banknoten, eintreten sollen.¹⁾ Aber andererseits steht fest, daß eine definitive Deckung der Kriegskosten nicht etwa auf einmal oder auch nur im ersten Jahre notwendig ist, sondern nach und nach erfolgen kann und muß. Auch das reiche Frankreich hat, woran Mor. v. Ströhl mit Recht erinnert,²⁾ 8 bis 9 Jahre zur definitiven Regelung seiner Kriegskosten gebraucht und hat sogar bis zum Jahre 1878 den Zwangskurs bestehen lassen, was ohne „wesentliche Schädigung der inneren Volkswirtschaft und ohne Erschütterung des französischen Kredits nach außen“³⁾ erfolgen konnte.

Man wird daher auch die für die Mobilmachungsbedürfnisse und vielleicht noch für einen Teil der weiteren

¹⁾ Ich stimme in dieser Beziehung ganz den Ansichten zu, welche Alfred Lansburgh in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift: Die Bank 1911 in dem Artikel: Kriegskostendeckung auf S. 710ff., insbes. auf S. 713, entwickelt, u. a. mit den Worten: „Die metallisch ungedeckte Note . . . tritt mit einem völlig neuen Kapitalanspruch ins Leben, der sich auf nichts anderes gründet, als auf die Erwartung, daß der Empfänger in einer gewissen Zeit ein entsprechendes Kapital zurückerstatten werde. . . . Man hält das für ungefährlich, solange äußerlich nicht erkennbar ist, ob die Note gedeckt, also ein echter Kapitalanspruch oder ungedeckt, und ein Pseudoanspruch ist, d. h. solange die ausgebende Instanz . . . dafür sorgt, daß ein gewisser Bestand an Goldkapital die Fiktion der Deckung aller Noten aufrecht erhält. Man vergißt dabei, daß wohl der einzelne Mensch, nicht aber das Verkehrsleben als Ganzes, sich dúpieren läßt.“

²⁾ In D. Oeconom. v. 1. Mai 1909 (XXVII. Jahrg., Nr. 1374), S. 309.

³⁾ v. Ströhl, Über das deutsche Geldwesen im Kriegsfall S. 221.

Kriegsbedürfnisse provisorisch in kleinen Abschnitten ausgegebenen papiernen Geldzeichen, wie Banknoten und Darlehenskassenscheine, erst nach und nach, insbesondere mit dem Eingang der Barzahlungen auf die auszugebenden Schatzanweisungen oder sonstigen Kriegsanleihen, aus dem Verkehr ziehen und so allmählich den durch den Krieg stark gesteigerten Umlauf von Papiergeldzeichen vermindern und zum normalen Zahlungsmittelbestand und -Umlauf zurückkehren.

Für die definitive Deckung der oben auf 6570 Mill. M. angenommenen Kriegskosten des ersten Jahres, kommt voraussichtlich dieser Betrag überhaupt nicht voll in Frage. Es ist nicht zu vergessen, daß sich der Betrag der Mobilmachungskosten und der Kriegskosten überhaupt durch die — zunächst meist nicht in bar zu vergütenden — Naturalleistungen aus dem eigenen Lande (s. oben S. 129) und durch die im Wege des Requisitionsverfahrens zu erhebenden Leistungen des feindlichen Landes, die vielfach gleichfalls zunächst nicht in bar zu vergüten sind und durch die (oben S. 128) mit dem Mindestbetrage von 500 Mill. M. angenommenen Ersparnisse am Friedensbudget erheblich vermindern dürften.

Sollte aber auch, nach der von selbst erfolgenden Erledigung des Angstbedarfs und Realbedarfs der Mobilmachungszeit, der volle Betrag von 6570 Mill. M. in Betracht kommen, so wäre hiervon nach Obigem nach und nach zu beschaffen etwa $\frac{1}{3}$ mit rund 2190 Mill. M. durch Erhöhung bestehender oder Schaffung neuer Steuern. Dies ist zweifellos nicht gerade leicht, ist aber nicht unmöglich, zumal wenn man sich in Gemäßheit der obigen Darlegungen darüber klar ist, daß man einen solchen Betrag im Kriege jedenfalls in erster Linie durch Erhöhung bestehender oder Schaffung neuer indirekter (Verbrauchs-)Steuern, und nur zum Teil durch Erhöhung bestehender oder Schaffung neuer direkter Steuern aufbringen kann; zu welchem Teile letzteres geschehen kann, läßt sich heute naturgemäß nicht

bestimmen, weil dafür die zur Zeit der künftigen Entscheidung vorhandenen Faktoren bestimmend sind. Alles dies läßt sich aber in der vorgedachten Höhe nur durchführen, wenn man die sämtlichen neuen Steuern oder Steuererhöhungen ausdrücklich nur auf die Dauer des Krieges beschränkt.¹⁾

Es blieben dann weiter zu decken bis zu . . 4380 Mill. M., (voraussichtlich aber erheblich weniger als dieser Höchstbetrag) die — und zwar erfreulicherweise, im Gegensatz zu 1870/1871, erst nach Ablauf der ersten Wochen nach der Kriegserklärung — durch Inanspruchnahme des Staatskredits, also im Wege von Schatzanweisungen oder Staatsschuldverschreibungen, zu beschaffen wären.

Daß an eine solche Deckung eines so großen Betrages in Kriegszeiten nicht in einem Zuge zu denken ist, liegt auf der Hand. Sie ist aber auch gar nicht erforderlich, da voraussichtlich ein großer Teil des Bedarfs zunächst wieder provisorisch durch die inzwischen, nach Erledigung des Angst- und Realbedarfs der Mobilmachungszeit, zurückgeströmten Metallzahlungsmittel (s. oben S. 127) wird befriedigt werden können, und da der verbleibende Bedarf sich erst nach und nach geltend macht, also staffel- und ratenweise gedeckt werden kann und nicht etwa schon im ersten Kriegsjahre vollständig gedeckt werden muß.

Es kommt außerdem in betracht, daß während des Krieges der heimische Geldmarkt voraussichtlich wenig durch andere Emissionen in Anspruch genommen ist, daß wir aber in den letzten 10 Jahren jährlich zwischen 2 und 3 Milliarden M. an Wertpapieren jeder Art, und zwar im wesentlichen ohne Auslandshilfe, aufgenommen haben. Wir besitzen auch (was allerdings nur mit allem Vorbehalt aus den amtlichen Schätzungen²⁾

¹⁾ Mit Recht machte schon Otto Schwarz (in den Preuß. Jahrbüchern, Sept. 1912, 149. Jahrg., S. 541) darauf aufmerksam, daß nichts im Wege steht, im Kriege stattfindende Steuererhöhungen von vornherein als vorübergehende, mit Erledigung des Krieges wieder fortfallende zu bezeichnen.

²⁾ Auf diesen Betrag wurde bereits in der Denkschrift des Reichs-Marine-Amtes

übernommen werden kann), mindestens 16 Milliarden M. an ausländischen Wertpapieren, deren Verwertung im Ausland die Mittel zur Zahlung eines entsprechenden Betrages unserer Krieganleihen gewähren kann, und wir dürfen endlich mit immerhin annähernder Wahrscheinlichkeit (s. oben S. 43) annehmen, daß sich das deutsche Volksvermögen jährlich um etwa 3,7 Milliarden M. durch (im Kriege allerdings voraussichtlich stark eingeschränkte) Ersparnisse erhöht. Es wird also die auf einen längeren Zeitraum verteilte Deckung obigen hohen Betrages im Wege des Staatskredits nicht als eine unmögliche Aufgabe erscheinen können. Dies umsoweniger, wenn nach Obigem an langfristige (im Inland und ev. auch im Ausland zu begebende) Schatzanweisungen in erster¹⁾ und an fundierte Anleihen nur in zweiter Linie gedacht wird, welche letzteren gleichfalls, soweit uns nicht die Auslandsmärkte verschlossen sein sollten, ebenso wie in dem Kriege von 1870/71, teils im Ausland, teils im Inland zu für die Zeichner günstigen Bedingungen zu begeben wären.

Dabei setze ich allerdings voraus, daß inzwischen sowohl die deutschen Privatbanken wie die öffentlichen Banken, Sparkassen und Genossenschaften alles Erforderliche zur Verbesserung ihrer Liquidität getan haben werden, da sich die Valuta von Krieganleihen nicht mit schwer realisierbaren

vom Dez. 1905 über: „Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen im letzten Jahrzehnt“ der damalige deutsche Besitz an ausländischen Wertpapieren geschätzt (vgl. Riesser, Die deutschen Großbanken, 4. Aufl., 1912, S. 436).

¹⁾ Hier könnte auch der Vorschlag von N. Johannsen, New-York (Entwurf einer Kriegsmaßregel, um für den Kriegsfall Geldmittel zu beschaffen, New-York 1912) erwogen werden, der gerichtet ist auf Schaffung eines verzinslichen, nach etwa 3 Jahren seit Ausstellung mit einer Prämie in Gold einlösbaren Papiergeldzeichens nach dem Vorbild der amerikanischen Compound interest-Notes von \$ 10, die nach 3 Jahren mit \$ 11,94 eingelöst werden und folgendermaßen lauten: „Diese Note ist ein gesetzliches Zahlungsmittel für zehn Dollars, trägt aber Zinsen und Zinseszinsen zu 6%, welche Zinsen erst bei Fälligkeit ausgezahlt werden. 3 Jahre nach Dato wird dem Inhaber die Summe von 11,94 Dollars zur Begleichung des Kapitals und der Zinsen ausgehändigt“, und die wegen der Zinsen naturgemäß die vollen 3 Jahre von den Besitzern festgehalten werden.

Forderungen bezahlen läßt. Ich setze ferner voraus, daß es inzwischen den vereinten staatlichen und privaten Bemühungen gelingen wird, in weit größerem Umfang als bisher den Gebrauch baren Geldes im Zahlungsverkehr durch den Überweisungs-, Scheck- und Abrechnungsverkehr zu ersetzen, und daß an diesen auch der immer kaufmännischer zu gestaltende Postüberweisungsverkehr in weitestem Umfange angeschlossen werden wird. Die bisher im Zahlungsverkehr gebundenen Barbeträge werden alsdann für den Kreditverkehr frei werden und so die Kriegsbereitschaft der Nation erhöhen.

6. Die Aufnahme von Zwangsanleihen¹⁾ wird, bei Erfüllung aller dieser Voraussetzungen, nur als ultima ratio in Frage kommen. Gegen Zwangsanleihen sprechen sehr erhebliche Bedenken:

Abgesehen von einer nur auf bestimmte Kreise beschränkten und nicht sehr erheblichen Zwangsanleihe vom Jahre 1815, sind, wie Brentano²⁾ mit Recht hervorhebt, die auf dem Wege von Zwangsanleihen ausgeschriebenen Summen niemals vollständig aufgebracht worden. Dies kommt insbesondere auch daher, weil der rein mechanische Maßstab, nach dem auf Grund einer Zwangsanleihe das Vermögen oder das Einkommen der Einzelnen ergriffen werden soll, völlig unangebracht ist, da die verschiedenen Vermögensbeträge, auch wenn sie gleiches Ein-

¹⁾ Hierüber, also über „die zwangsweise Inanspruchnahme inländischen Kapitals unter Zusicherung der Verzinsung und Rückzahlung“, enthält die auch sonst sehr lesenswerte Abhandlung des Unterstaatssekretärs z. D. Georg von Mayr: Finanzielle Kriegsbereitschaft im Frieden (Deutsche Revue vom Januar und bes. vom Februar 1890) sehr bemerkenswerte Ausführungen. Er verlangt darin u. a., was auch Ad. Wagner gefordert hat, daß die Leistungsfähigkeit der Einzelwirtschaften schon in Friedenszeiten durch das Reich an der Hand spezieller Kataster (Kriegsanlehenskataster), die auf dem Laufenden zu erhalten wären, festgestellt werde. Derartiges könnte ja nunmehr in Deutschland erfolgen, falls mit einer solchen Änderung (Vermögensveranlagung durch das Reich) die jetzt (1913) dem Reichstage vorgeschlagene einmalige Vermögenssteuer zur Deckung der Kosten der neuesten Wehrvorlage (v. 1913) von den gesetzgebenden Faktoren angenommen sein wird.

²⁾ In der Vossischen Zeitung Nr. 144 v. 20. März 1913: Die geplante Reichsvermögenssteuer I.

kommen abwerfen, doch in völlig verschiedener Weise verfügbar sind. Ein Kapital, welches in der Industrie oder in der Landwirtschaft oder in Grundstücken oder in Hypotheken besteht, ist notwendiger Weise anders verfügbar als ein solches, welches in kaufmännischen Unternehmungen oder in Wertpapieren angelegt ist, und hier wieder ein Kapital, welches in börsenmäßig notierten Werten angelegt ist, anders als ein solches, das in nicht notierten Werten besteht u. dgl. m. Die Zwangsanleihe versucht also, was schon oft und mit Recht betont wurde, vielfach das Kapital da zu erhalten, wo es nicht zur Verfügung steht, während sich die freiwillige Anleihe gerade nur an die verfügbaren Mittel wendet. Der Einwand aber, den man hier, namentlich von nicht sachverständiger Seite, erwarten darf, daß man sich nicht zu sehr auf freiwillige Anleihezeichnungen im Inlande verlassen dürfe, da im Juli 1870, ungeachtet der hochgehenden Wogen nationaler Begeisterung, auf 100 Millionen Taler Kriegsanleihe nur 68 $\frac{1}{4}$ Mill. Taler gezeichnet worden seien, ist durchaus unangebracht. Gerade bei jener Anleihe, die deshalb der künftigen Leitung der finanziellen Mobilmachungsoperationen ein warnendes Beispiel dafür sein muß, wie sie nicht verfahren darf, sind die oben sub 3 erörterten Grundsätze der im Kriege notwendigen Finanzpolitik fast durchweg nicht beachtet und sogar in bedenklichster Weise verletzt worden.

Man hat zunächst bereits am 26. Juli 1870 (nachdem die Ermächtigung durch Präsidial-Erlaß vom 24. Juli (Bundesgesetzblatt S. 505) auf Grund des Gesetzes vom 21. Juli 1870 (BGBl. S. 491) erfolgt war), somit schon am siebenten Tage nach der formellen Kriegserklärung (19. Juli), eine fundierte 5%ige Kriegsanleihe von 100 Mill. Tlr. zum Kurse von 88 % zur öffentlichen Subskription, die auf den 3. und 4. Aug. bestimmt wurde, aufgelegt.¹⁾ Es geschah dies also, obgleich

¹⁾ Der Reichstag des Nordd. Bundes war zwar zur Bewilligung der notwendigen Kriegskredite schon auf den 19. Juli zusammenberufen worden, man konnte aber

in der Preußischen Bank nur eine unzureichende Hilfe im Vergleich zur Reichsbank vorhanden war, gerade in den Tagen, an welchen die wenigen und relativ schwachen damals bestehenden Privatbanken noch den ganzen Ansturm der Kriegs-panik ihrer Privatklientel zu bestehen hatten, während die Bankwelt noch dazu auf den Ausbruch eines Krieges in keiner Weise gefaßt und vorbereitet gewesen war.

Von den heutigen Großbanken haben damals überhaupt nur 4 (die Bank für Handel und Industrie in Darmstadt mit nur rund 43 Mill. M., die Disconto-Gesellschaft mit nur 30 Mill. M., die Berliner Handelsgesellschaft mit nur rund 17 Mill. M. und der A. Schaaffhausen'sche Bankverein mit nur rund 6 Mill. M. eingezahltem Kapital), zusammen mit noch nicht 100 Mill. M., existiert, und von einer Konzentration der Bankwelt war damals auch nicht entfernt die Rede. Von den in Preußen von 1851 bis 1870 (erste Hälfte), also in 19 Jahren, begründeten Aktiengesellschaften, welche zusammen ein Aktienkapital von rund 2405 Mill. M. besaßen, waren auf Banken nicht einmal 100 Mill. M. (94,65 Mill. M.) entfallen.

Es ist unter diesen Umständen sehr anzuerkennen, daß die deutschen Banken trotzdem jener Panik gut die Stirne geboten haben, dagegen ist ganz und gar nicht zu verwundern, daß sie nicht mitten in dieser Panik, wo sie alle ihre liquiden und rasch liquid zu machenden Mittel dem „Angstbedarf“ aller Kreise der Nation zur Verfügung zu stellen hatten, auch noch die Mittel selbst oder in ihrer Klientel auftreiben konnten, um

naturgemäß, selbst bei größter Beschleunigung jeder zu beschließenden Kreditoperation, auf einen Geldzufluß erst am 3. oder 4. August rechnen. Deshalb trat zunächst Preußen finanziell ein, stellte auf Grund der Kgl. Ordre vom 18. Juli zunächst den preußischen Staatsschatz von 30 Mill. Talern in Silber der Generalkasse des Nordd. Bundes vorschußweise zur Verfügung, was durch Gesetz vom 29. Januar 1871 nachträglich genehmigt wurde. Auch andere Bundes-Regierungen leisteten für ihre Kontingente bedeutende Vorschüsse. (Vgl. „Die Finanzverwaltung Preußens in den Jahren 1870, 1871 und 1872. Nach einem Berichte des Finanzministers an S. M. den Kaiser und König, Berlin 1873, Kgl. Staatsdruckerei, S. 18.)

die im ungünstigsten Moment und bei stark weichenden Kursen der alten Anleihen aufgelegte neue Anleihe voll zu zeichnen. Ihre Kundschaft aber war in der weit überwiegenden Mehrheit gar nicht in der Lage, ihren Effektenbesitz zu den gerade in jenen Tagen am stärksten gesunkenen Preisen zu veräußern, um die neue Kriegsanleihe zu zeichnen, bei welcher zudem eine Anzahlung von 10% des gezeichneten Betrages sofort bei der Zeichnung zu leisten war.

Das deutsche Nationalvermögen aber, und besonders das zu Anlagezwecken verfügbare Kapital, war damals recht unerheblich.

Auch der Typus, die Einzahlungsfristen, vor Allem aber der Kurs der neuen 5%igen Anleihe (88%) waren schon deshalb nicht gerade richtig gewählt, weil eben erst der Kurs der preußischen $4\frac{1}{2}$ %igen Staatspapiere in der Zeit vom 15. bis 19. Juli von 94 auf $77\frac{3}{4}$ % gefallen und ein Kursfall auch dieser Anleihe möglich, nach der Marktlage sogar wahrscheinlich war. Der Emissionskurs von 88% war aber zudem volle drei Prozent höher, als ihn die beiden zugezogenen Sachverständigen aus den Finanzkreisen (Adolph Hanse- mann und Paul Mendelssohn-Bartholdy) angesichts vorgedachter Umstände und der Lage des Marktes für möglich erklärten. Sie hatten mit großem Ernst festgestellt, „daß auf einen sicheren Erfolg der Anleihe nur bei einem Kurse von 85% gerechnet werden könne“ (Jubil.-Bericht der Disconto-Gesellschaft S. 35). Den durch Nichtbeachtung dieser wohlbegründeten Ansichten der Praktiker begangenen schweren Fehler verstärkte man aber noch dadurch, daß man davon absah, die Banken und Bankiers im Prospekt als Zeichnungsstellen zu benennen.¹⁾

So ist es denn überaus erklärlich, daß auf die Anleihe nur

¹⁾ Die Finanzverwaltung beschränkte sich auch in der Ankündigung der Anleihe fast durchweg auf Inserate, ohne den Zeitungen Besprechungen auch für den redaktionellen Teil zugehen zu lassen (vgl. J. F. Kleindinst a. a. O. S. 271).

68 323 000 Taler gezeichnet wurde (wovon auf Preußen 54 724 000 M. und hiervon wieder auf Berlin allein 21 960 550 Tlr. entfielen.¹⁾

Ich bin deshalb der Ansicht, daß dieser Vorgang durchaus nicht gegen den „Patriotismus“ der Bankwelt,²⁾ geschweige denn im Sinne der Befürwortung von Zwangsanleihen im Falle eines künftigen Krieges verwertet werden kann.

England, Rußland und Japan haben bei ihren letzten Kriegsanleihen in wohlbedachter Weise außer dem Patriotismus noch andere reale Faktoren benutzt, die mit jenem zusammen den Erfolg jener Anleihen sichergestellt haben, wie auch die kriegerischen Maßnahmen durch den Patriotismus allein zu einem glücklichen Ende nicht geführt werden können.

Es ist alles daran zu setzen, daß gerade in der ersten Zeit nach der Kriegserklärung der Staat an den Markt zu appellieren nicht genötigt ist, und daß dies in der Folge bei uns möglich ist, glaube ich, oben (§ 3) gezeigt zu haben. Es ist ferner zu verlangen, daß die Finanzverwaltung auch im weiteren Verlaufe des Krieges, bei der Einführung von Kriegssteuern und bei der Emission von Anleihen, auf die allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Situation und die Lage des Geldmarktes in sorgsamster Weise Bedacht nehme, sowie daß sie auch bei der Feststellung der Modalitäten der Begebung von Kriegs-

¹⁾ Der rein fiskalische Standpunkt, der bei der Feststellung der Anleihebedingungen eingehalten wurde, ergibt sich auch aus der nachträglichen Äußerung des Finanzministers im Parlament, „er habe sich als Finanzminister über den (schlechten) Ausfall der Zeichnung gefreut, da er keinen Augenblick im Zweifel geblieben sei, daß er für dieselbe Anleihe in kurzer Zeit einen höheren Preis erzielen könne“! (vgl. J. F. Kleindinst a. a. O. S. 268).

²⁾ Man sieht aus Vorstehendem, wie wenig gerechtfertigt die neuerdings wieder von Reinhold Wagner (a. a. O. S. 391) in besonders unerfreulicher Form erfolgte Wiederholung des alten Vorwurfs ist, daß sich „die offenbar einer patriotischen Begeisterung nicht besonders fähige Hochfinanz kläglich zurückhielt“. Dagegen gibt J. F. Kleindinst (a. a. O. S. 273) sein zweifellos sachverständigeres Urteil, in Übereinstimmung mit obigen Ausführungen, dahin ab: „Der Hauptgrund des Mißerfolgs der Bundesanleihe lag . . . in der Außerachtlassung der Verhältnisse auf dem Geld- und Kapitalmarkt und des Rates der Vertreter der Bankwelt durch die Bundesfinanzverwaltung (vgl. Henke a. a. O. S. 275).

anleihen den Rat der anzuhörenden Sachverständigen nicht ohne zwingenden Grund unbeachtet lasse.

Nur dann, wenn sowohl die militärische wie die finanzielle Führung gleichermaßen auf der Höhe stehen, wird die deutsche Nation, die zweifellos zu allen Opfern in einem Kriege bereit sein wird, in dem ihre Ehre in Frage steht, den Feldzug siegreich bestehen und, was ebenso wichtig ist,¹⁾ bis in alle Konsequenzen durchführen können. —

¹⁾ Dies wird vielfach bei der namentlich in nicht sachverständigen Kreisen üblichen Bemerkung, die an sich einen guten und gesunden Kern hat, vergessen, daß sich „für einen Krieg noch immer das nötige Geld gefunden habe.“ Es kommt aber nicht nur auf die Mittel zur Kriegführung, sondern auch auf die Mittel an, deren man bedarf, um die in einem vielleicht sehr langen Kriege erungenen Vorteile nach allen Richtungen ausnutzen zu können. Vgl. die obigen Ausführungen auf S. 186 „Seine [Japans] geringe finanzielle Kriegsbereitschaft war die Achillesferse des Siegers und die Rettung des Besiegten.“

Anlage.

Kriegsanleihen des Norddeutschen Bundes im deutsch-französischen Kriege von 1870/71.

Durch Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 21. Juli 1870 wurde für die Kosten der Kriegführung ein Kredit von 120 Mill. Taler bewilligt und wie folgt in Anspruch genommen:

1. Durch Aufnahme einer Anleihe vom 24. Juli 1870.¹⁾
Betrag nom. 100 Mill. Taler zu 5⁰/₁₀₀ verzinslich.

Art der Begebung: Allgemeine Subskription (ohne Mitwirkung privater Banken).

Subskriptionspreis: 88⁰/₁₀₀.

Zeichnungstage: 3. und 4. August.

Einzahlungstermine: 10. August, 1. September, 1. Oktober, 1. November, 1. und 28. Dezember. — Den bis zum 1. September erfolgenden Vollzahlungen wurde in der Stückzinsenberechnung eine gewisse Begünstigung gewährt.

Subskriptionsergebnis: Es wurde ein Nominalbetrag von 68 323 300 Talern gezeichnet, der einen Erlös von 60 124 500 Talern ergab.

Die Zahl der Zeichner betrug: 50 353.

Bis 1. September 1870 gingen 50 296 800 Taler Kapitalzahlungen ein, darunter 44 881 232 Taler als Vollzahlungen auf nom. 51 001 400 Taler Schuldverschreibungen.

¹⁾ Näheres über die gelegentlich der Emission dieser Anleihe gemachten Fehler s. oben S. 202 ff.

2. Durch Begebung von nom. 20 Mill. Taler 5%iger Bundesschatzanweisungen. Es gelangten zur Ausfertigung: laut Bekanntmachung vom 31. Juli 1870

nom. 10 Mill. Taler mit Laufrist von 4 Monaten (ab 1. August).

nom. 10 „ „ „ „ „ 6 „

Nachdem durch Präsidialverordnung vom 2. Oktober 1870 der durch eine fundierte Anleihe zu deckende Betrag des Kredits vom 21. Juli 1870 von nom. 100 auf nom. 80 Mill. Taler herabgesetzt worden war, wurden laut Bekanntmachung vom 16. Oktober 1870 weitere nom. 20 Mill. Taler 3 $\frac{1}{2}$ %iger Schatzanweisungen begeben, und zwar

nom. 10 Mill. Taler mit Laufrist von 4 Monaten ab 1. November,

nom. 10 „ „ „ „ „ 4 „ „ 1. Dezember.

Den durch die Subskription nicht gedeckten Rest der auf 80 Mill. Taler reduzierten Anleihe im Betrage von 19 875 496 Taler übernahm im Oktober 1870 zu 95 $\frac{3}{4}$ % ein Konsortium, bestehend aus: der Kgl. Seehandlung, Preuß. Bank, M. A. von Rothschild & Söhne, S. Bleichröder, Robert Warschauer & Co., Mendelssohn & Co., Gebr. Schickler, H. C. Plaut, J. Mart. Magnus, der Berliner Handels-Gesellschaft, Disconto-Gesellschaft, Preuß. Zentral-Boden-Kredit-Akt.-Gesellschaft, Sal. Oppenheim jun. & Co. und Norddeutschen Bank. — Von einer öffentlichen Subskription wurde abgesehen; am 17. Januar 1871 konnte sich das Konsortium auflösen.

Ferner wurden laut Erlaß vom 18. Oktober 1870 auf Grund der Gesetze vom 29. November 1866 und 20. Mai 1869, betreffend die Erweiterung der Bundes-Kriegsmarine und die Herstellung der Küstenverteidigung an die Seehandlung nom. 3,7 Mill. Taler 3 $\frac{1}{2}$ %ige Bundesschatzanweisungen mit Laufrist von 6 Monaten ab 15. November 1870 begeben.

Durch Erlaß vom 27. Januar 1871 wurde die auf nom. 80 Mill. Taler reduzierte 5% Norddeutsche Bundesanleihe von 1870 — zwecks Verminderung der umlaufenden Schatzanweisungen um

nom. 25 Mill. Taler — auf nom. 105 000 000 Taler erhöht. Von diesem 25 Mill. Taler betragenden Mehrnominale übernahm das obige Anleihekonsortium zum freihändigen Verkauf nom. 22 Mill. Taler zum Kurse von $98\frac{1}{2}\%$, während nom. 3 Mill. Taler von der Regierung anderweitig untergebracht wurden.

Durch Gesetz vom 29. November 1870 wurde der Kriegskredit um 100 Mill. Taler erhöht. Davon wurden realisiert:

1. nom. 51 Mill. Taler oder nom. 7 500 000 £ in 5%igen Schatzanweisungen mit 5jähriger Lauffrist durch Subskription vom 14. bis 16. Dezember 1870.

Die Subskription fand gleichzeitig in Norddeutschland und in London statt, und zwar wurden zur Zeichnung aufgelegt:

a) in Norddeutschland nom. 30 600 000 Taler oder nom. 4 500 000 £ zum Kurse von $95\frac{1}{4}\%$. (Die Subskribenten hatten die Wahl zwischen Taler- und £-Stücken.)

Zeichnungsergebnis: 102 696 600 Taler und 5 115 500 £.

b) in London durch die London Joint-Stock-Bank (nur £-Stücke): nom. 3 000 000 £ (20 400 000 Taler) zum Kurse von 96 % Fast dreifache Überzeichnung der aufgelegten Summe.

2. nom. 51 Mill. Taler oder nom. 7 500 000 £ durch Subskription vom 25. und 27. Januar 1871. Die Subskription fand wiederum gleichzeitig in Norddeutschland und in London (durch die London Joint-Stock-Bank) statt.

a) Subskription in Norddeutschland: nom. 30 600 000 Taler oder 4 500 000 £ zum Kurse von $96\frac{1}{2}\%$.

Zeichnungsergebnis: 120 675 000 Taler und 942 800 £.

b) Subskription in London: nom. 20 400 000 Taler = nom. 3 000 000 £ zum Kurse von 96 %. Ebenfalls günstiges Zeichnungsergebnis.

Der durch Gesetz vom 26. April 1871 bewilligte Kredit von 120 000 000 Talern wurde nicht mehr in Anspruch genommen.

Die Kursbewegung der Kriegsanleihen ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Kurse an der Berliner Börse im Kriegsjahr 1870/71.

Norddeutsche Bundes-Anleihe. Schatzscheine.

1870: 1)

September 5. $95\frac{1}{2}$ — 96 etw. — $95\frac{1}{2}$ bez.
 6. 95 — $94\frac{1}{2}$ — 95 bez. u. Gld.
 7. $95\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ bez.
 8. 96 — $96\frac{1}{4}$ bez. u. Gld.
 9. $96\frac{5}{8}$ bez.*)
 10. 97 bez. u. Gld.*)
 12. $96\frac{3}{4}$ bez.*)
 13. $96\frac{3}{4}$ — $\frac{7}{8}$ bez.*)
 14. $96\frac{7}{8}$ bez.*)
 15. 97 bez. u. Br.*)
 16. $96\frac{7}{8}$ bez.*)
 17. $96\frac{7}{8}$ bez.*)
 19. $96\frac{7}{8}$ bez.*)
 20. 97 bez.*)
 21. $97\frac{1}{4}$ bez. u. Gld.*)
 22. $97\frac{1}{2}$ bez. u. Gld.*)
 23. $97\frac{3}{4}$ bez. u. Gld.*)
 24. $97\frac{7}{8}$ bez.*)
 26. $97\frac{7}{8}$ bez. u. Gld.*)
 27. $97\frac{7}{8}$ bez.*)
 28. $97\frac{7}{8}$ bez.*)
 29. $97\frac{3}{4}$ bez.*)
 30. $97\frac{5}{8}$ — $\frac{7}{8}$ bez.*)

Oktober 1. $97\frac{3}{4}$ bez.*)
 3. $97\frac{5}{8}$ bez.*)
 4. $97\frac{5}{8}$ bez.*)
 5. $97\frac{3}{4}$ bez.
 6. $97\frac{3}{4}$ bez.*)
 7. $97\frac{7}{8}$ bez.*)
 8. $97\frac{7}{8}$ bez.*)
 10. $97\frac{7}{8}$ bez.*)
 11. $97\frac{1}{2}$ bez.*)
 12. $97\frac{1}{2}$ bez.*)
 13. $97\frac{3}{8}$ bez.*)
 14. $96\frac{3}{4}$ bez. u. Gld.*)
 15. 97 bez.*)
 17. $97\frac{3}{8}$ bez. u. Gld.
 18. $97\frac{1}{2}$ bez.*)

1) Vor dem 5. September fand keine Notiz der Bundes-Anleihe statt.

*) Kleine Appoints über Notiz bezahlt.

Kurse an der Berliner Börse im Kriegsjahr 1870/71.

Norddeutsche Bundes-Anleihe.

Schatzscheine.

1870:¹⁾

Oktober	19.	$97\frac{1}{2}$	bez. *)
	20.	$97\frac{1}{2}$	bez. *)
	21.	$97\frac{1}{2}$	bez. *)
	22.	$97\frac{5}{8}$	bez. *)
	24.	$97\frac{5}{8}$	bez. *)
	25.	$97\frac{1}{2}$	bez. *)
	26.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	27.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	28.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	29.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	31.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
November	1.	$97\frac{1}{4}$	bez.
	2.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	3.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	4.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	5.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	7.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	8.	$97\frac{1}{4}$	bez. *)
	10.	$97\frac{1}{8}$	bez. *)
	11.	$97-96\frac{3}{4}$	bez. *)
	12.	$96\frac{3}{4}$	bez. *)
	14.	96	bez. *)
	15.	$96\frac{3}{8}$	bez. *)
	16.	$96\frac{3}{8}$	bez. *)
	17.	$95\frac{1}{2}-95$	bez.
	18.	$95\frac{1}{4}-95$	bez. *)
	19.	$95\frac{1}{4}-\frac{3}{8}$	bez. *)
	21.	96	bez. *)
	22.	96	bez. *)
	23.	96	bez. *)
	24.	96	bez. *)
	25.	$95\frac{7}{8}$	bez. *)
	26.	$95\frac{1}{2}$	bez. *)
	28.	$95\frac{1}{4}$	bez. *)
	29.	$95\frac{1}{2}$	bez. *)
	30.	$95\frac{5}{8}$	bez. u. Gld.
Dezember	1.	96	bez.
	2.	96	bez.
	3.	96	bez.
	5.	96	bez.

¹⁾ Vor dem 5. September fand keine Notiz der Bundes-Anleihe statt.

*) Kleine Appoints über Notiz bezahlt.

Kurse an der Berliner Börse im Kriegsjahr 1870/71.

Norddeutsche Bundes-Anleihe.

Schatzscheine.

1870:¹⁾

Dezember	6. $95\frac{7}{8}$ bez.	
	7. $95\frac{7}{8}$ bez.	
	8. $95\frac{7}{8}$ bez.	
	9. $95\frac{7}{8}$ bez.	
	10. $95\frac{3}{4}$ bez.	
	12. $95\frac{3}{4}$ bez.	
	13. $95\frac{3}{4}$ bez.	
	14. $95\frac{1}{2}$ Post, bez. u. Gld.	
	15. $95\frac{5}{8}$ bez. u. Gld.	
	16. $95\frac{1}{2}$ bez.	
	17. $95\frac{5}{8}$ bez. u. Gld.	
	19. $95\frac{3}{4}$ bez.	
	20. $95\frac{3}{4}$ bez.	
	21. $95\frac{3}{4}$ bez.	
	22. $95\frac{3}{4}$ bez.	
	23. 96 bez.	
	24. 96 bez.	
	27. $96\frac{1}{4}$ bez.	$96\frac{1}{2}$ bez.
	28. $96\frac{1}{4}$ bez.	$96\frac{5}{8}$ bez. £-St. $96\frac{1}{2}$ bez.
	29. 96 bez.	$96\frac{5}{8}$ bez. $96\frac{1}{2}$ bez.
	30. 96 bez.	$96\frac{5}{8}$ bez. $96\frac{5}{8}$ b. u. B.
		97 bez. $96\frac{5}{8}$ bez.

1871 :

Januar	3. $96\frac{1}{4}$ bez.	$97\frac{3}{8}$ bez. £-St. $96\frac{3}{4}$ bez.
	4. $96\frac{1}{4}$ bez.	$97\frac{3}{8}$ bez. $96\frac{3}{4}$ bez.
	5. $96\frac{1}{4}$ bez.	$97\frac{5}{8}$ bez. 97 bez.
	6. $96\frac{1}{4}$ bez.	$97\frac{5}{8}$ b. u. B. 97 b. u. B.
	7. $96\frac{1}{4}$ bez.	$97\frac{1}{8}$ bez. $96\frac{1}{2}$ bez.
	9. $96\frac{1}{4}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ bez. $96\frac{5}{8}$ bez.
	10. $96\frac{1}{4}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ b. u. B. $96\frac{5}{8}$ bez.
	11. $96\frac{1}{4}$ bez.	97 bez. $96\frac{3}{4}$ bez.
	12. $96\frac{1}{4}$ bez.	97 bez. $96\frac{5}{8}$ bez.
	13. $96\frac{1}{4}$ bez.	97 bez. $96\frac{5}{8}$ Gld.
	14. $96\frac{1}{4}$ bez.	97 bez. $96\frac{3}{4}$ bez.
	16. $96\frac{1}{4}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ bez. 97 bez.
	17. $96\frac{3}{8}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ b. u. G. $96\frac{7}{8}$ bez.
	18. $96\frac{3}{8}$ bez.	$97\frac{3}{8}$ bez. $96\frac{7}{8}$ —97 bez.
	19. $96\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{3}{8}$ bez. 97 etw. bez.
	20. $96\frac{1}{2}$ bez.	97 bez. $96\frac{7}{8}$ bez.
	21. $96\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{1}{8}$ bez. $96\frac{7}{8}$ bez.
	23. $96\frac{5}{8}$ bez.	97 bez. $96\frac{3}{4}$ bez.
	24. $96\frac{5}{8}$ bez.	97 bez. $96\frac{5}{8}$ bez. u. Gld.
	25. $96\frac{5}{8}$ bez.	97 bez. $96\frac{3}{4}$ bez.

¹⁾ Vor dem 5. September fand keine Notiz der Bundes-Anleihe statt.

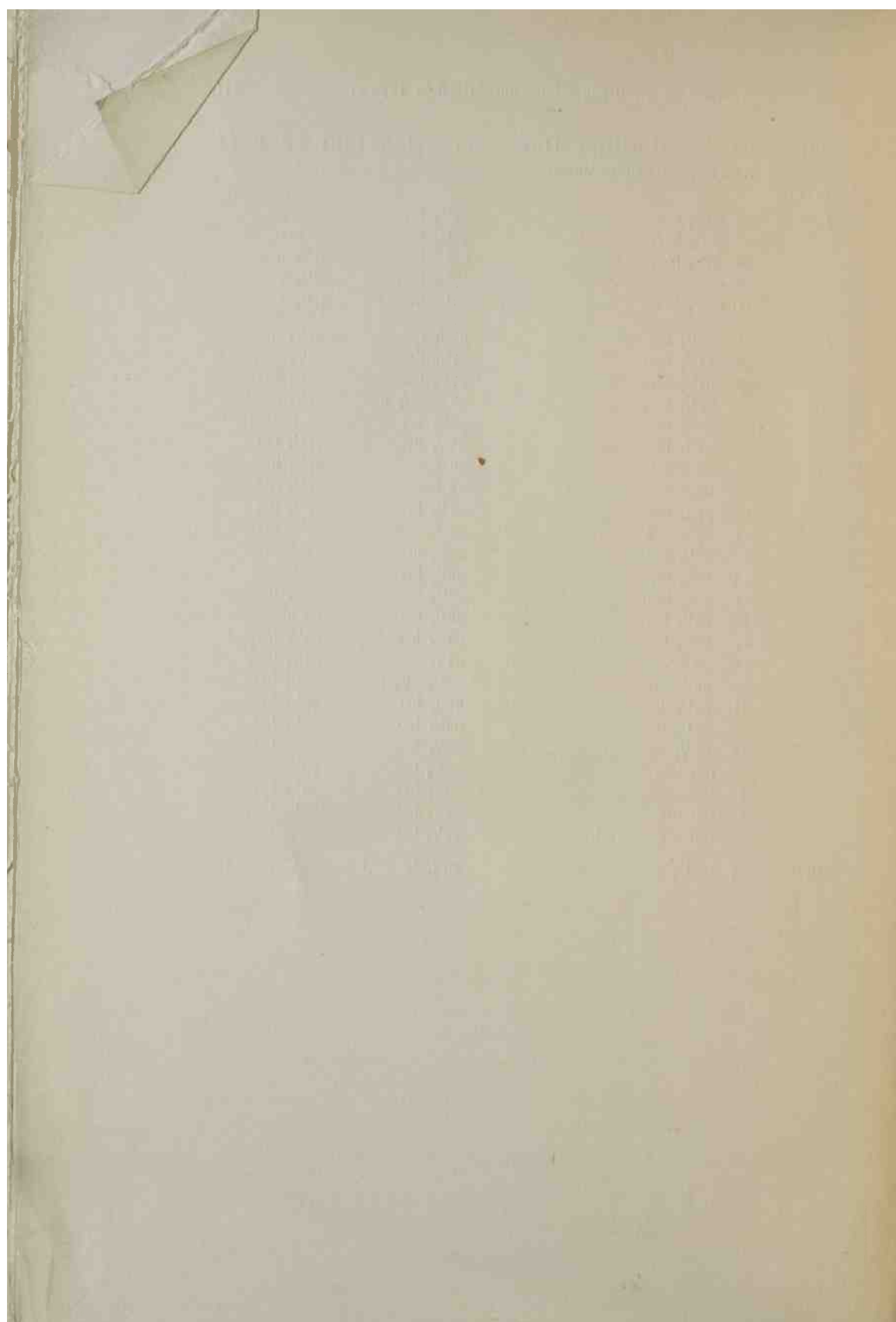
Kurse an der Berliner Börse im Kriegsjahr 1870/71.

Norddeutsche Bundes-Anleihe.

Schatzscheine.

1871:

Januar	26. $96\frac{3}{4}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ bez.	97 bez.
	27. $96\frac{3}{4}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ bez.	97 bez.
	28. $96\frac{7}{8}$ bez.	$97\frac{3}{8}$ bez.	$97\frac{1}{8}$ bez.
	30. 97 bez.	$97\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ bez.
	31. $97\frac{3}{4}$ bez.	$97\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ bez.
Februar	1. $97\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{1}{2}$ bez.	£-St. $97\frac{1}{4}$ bez.
	2. $97\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ bez.
	3. $97\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{5}{8}$ bez.	$97\frac{1}{4}$ bez.
	4. $97\frac{3}{4}$ bez.	98— $98\frac{1}{2}$ bez.	$97\frac{5}{8}$ bez.
	6. $98\frac{1}{4}$ bez.	$98\frac{1}{2}$ bez.	98 b. u. G.
	7. $98\frac{1}{4}$ bez.	$98\frac{3}{8}$ bez.	$97\frac{7}{8}$ bez.
	8. 98 bez.	98 bez.	$97\frac{3}{4}$ bez.
	9. 98 bez.	98 bez.	$97\frac{5}{8}$ Gld.
	10. $97\frac{3}{4}$ bez.	$97\frac{3}{4}$ bez.	$97\frac{5}{8}$ bez.
	11. $97\frac{7}{8}$ bez.	98 bez.	$97\frac{5}{8}$ bez.
	13. $98\frac{1}{8}$ bez.	$98\frac{1}{8}$ bez.	$97\frac{7}{8}$ bez.
	14. $98\frac{3}{8}$ bez.	$98\frac{3}{8}$ bez.	98 bez.
	15. $98\frac{1}{2}$ bez.	$98\frac{1}{2}$ bez.	$98\frac{1}{8}$ bez.
	16. $98\frac{1}{2}$ bez.	$98\frac{3}{8}$ bez.	98 bez.
	17. $98\frac{3}{4}$ bez.	$98\frac{3}{8}$ bez.	$98\frac{1}{8}$ bez.
	18. 99 bez.	$98\frac{5}{8}$ bez.	$98\frac{1}{2}$ bez.
	20. $99\frac{1}{4}$ bez.	$98\frac{3}{4}$ —99 bez.	$98\frac{3}{4}$ bez.
	21. $99\frac{1}{4}$ bez.	$99\frac{1}{4}$ bez.	$99\frac{1}{8}$ bez.
	22. $99\frac{1}{2}$ bez.	$99\frac{1}{4}$ bez.	$99\frac{1}{8}$ bez.
	23. $99\frac{3}{4}$ bez.	$99\frac{1}{2}$ bez.	$99\frac{3}{8}$ bez.
	24. 100 bez.	$99\frac{3}{4}$ bez.	$99\frac{3}{4}$ bez.
	25. 100 bez.	$99\frac{3}{4}$ bez.	$99\frac{3}{4}$ bez.
	27. 100 bez.	$99\frac{7}{8}$ bez.	$99\frac{7}{8}$ bez.
	28. 100 bez. u. Gld.	$99\frac{7}{8}$ bez.	$99\frac{7}{8}$ bez.
März	1. $100\frac{1}{4}$ bez.	$99\frac{7}{8}$ b. u. G.	$99\frac{7}{8}$ b. u. G.



Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Die Reichsbank 1876—1910. Organisation und Geschäftsverkehr, statistisch dargestellt. (VIII u. 251 Seiten. gr. 4^o.) 1912.

Preis: 6 Mark.

Das vorliegende Tabellenwerk bildet im großen Ganzen eine Fortführung des der Jubiläumsdenkschrift „Die Reichsbank 1876 bis 1900“ beigegebenen statistischen Materials. Bei der hervorragenden Stellung der Reichsbank im Geld- und Kreditwesen lassen die Tabellen das Auf und Nieder des Erwerbslebens deutlich erkennen und bieten zudem Anhaltspunkte für die Beurteilung unserer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse seit 1876. Ihre Veröffentlichung entspricht um so mehr einem vielfach hervorgetretenen Bedürfnis, als die erwähnte, 1901 erschienene Jubiläumsdenkschrift im Buchhandel vergriffen ist und die für die Bankenquete hergestellten und hier wieder mit verwerteter Übersichten nur den persönlich beteiligten Interessenten mitgeteilt werden konnten. Dank der systematischen Gliederung des Stoffes und den erläuternden Anmerkungen sind gute Übersichtlichkeit und leichtes Verständnis für die tabellarischen Aufstellungen erzielt. Banken, Großkaufleute und Volkswirtschaftler werden dieses Werk nicht entbehren können.

Die Kapitalanlagen der deutschen Privatversicherungsgesellschaften und ihre Bedeutung für den deutschen Geld- und Kapitalmarkt. Eine banktechnische Studie. Von Dr. phil. Hans Hilbert. Mit 8 Tabellen. 1908.

Preis: 6 Mark.

„Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ XXVIII, 1:

Der Verfasser geht von dem Gedanken aus, daß die moderne volkswirtschaftliche Bedeutung der Versicherungen nicht mehr allein in der versicherungsmäßigen Betätigung liegt, sondern daß sich die Gesellschaften durch die wachsende Anhäufung von Kapitalien in steigendem Maße zu Kreditinstituten herausgebildet haben, die für den deutschen Geld- und Kapitalmarkt ähnliche Bedeutung gewonnen haben wie Sparkassen und Depositenbanken.

Der Verfasser kommt zu dem Resultat, daß das Maß der Hypothekenanlagen bei den deutschen Lebensversicherungen absolut zu weitgehend sei, weniger wegen der schweren Realisierbarkeit der Forderungen als vielmehr aus Bedenken, die in der Bevorzugung eines lokal begrenzten Gebietes, wie es Berlin darstellt, liegen. Besonders tritt der Verfasser dafür ein, daß die Gesellschaften mehr als bisher das Diskont- und Lombardgeschäft pflegen sollten.

Die New Yorker Fondsbörse (Stock Exchange). Ihre Geschichte, Verfassung und wirtschaftliche Bedeutung von Dr. jur. Kurt Freiherr von Reibnitz, Regierungsassessor. Dr. phil. 1912.

Preis: 4 Mark.

Inhalt: Erster Teil: Die Geschichte der Stock Exchange. I. 1817—1857. 1. Die ersten Anfänge einer Fondsbörse in New York 1792—1817. 2. Die Gründung der Stock Exchange. 3. Die Krisis 1818. 4. Die Krisis 1837. 5. Die Krisis 1857. — II. 1860—1873. 1. Die Krisis 1860. 2. Die Börse während des Sezessionskrieges 1861—1865. 3. Die Goldspekulation. 4. Der schwarze Freitag 1869. 5. Der Erie corner. — III. Die Krisis von 1873. — IV. 1879—1890. 1. Die Börsenkrise 1884. 2. Die Börsenkrise 1890. — V. Die Krisis von 1892. — VI. 1896—1906. 1. Der Aufschwung 1896—1898. 2. Die Börse während des spanisch-amerikanischen Krieges 1898. 3. Der Northern Pacific Corner und die Börsenkrise 1901. 4. Die Depression 1903. 5. Der Aufschwung 1904 und 1905. — VII. Die Krisis von 1907 und ihre Folgen.

Zweiter Teil: Die Verfassung der Stock Exchange. I. Ihre Organisation. — II. Ihre rechtliche Struktur. — III. Die Mitgliedschaft der Stock Exchange. 1. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft. 2. Rechte und Pflichten der Mitglieder. — IV. Der Effektenhandel. 1. Das Brokergeschäft. 2. Rechte und Pflichten der broker. 3. Die Zulassung zum Handel an der Stock Exchange. 4. Die verschiedenen Arten des Effektengeschäfts. — V. Die Hilfsmittel des Effektenhandels. 1. Das Clearinghaus in New York. 2. Das Effekten-clearinghaus der Stock Exchange. 3. Der Ticker.

Dritter Teil: Die wirtschaftliche Bedeutung der Stock Exchange. I. Die Bedeutung der Stock Exchange für das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten. 1. Die Basis der Kapitalsassoziation. 2. Die Basis der großen Finanz- und Eisenbahngruppen. 3. Der Wertmesser der allgemeinen Wirtschaftslage und der einzelnen Unternehmungen. 4. Die Bedeutung der andern Fondsbörsen New Yorks. 5. Die Wechselwirkungen zwischen Börse und Weltmarkt. 6. Die Ursachen und Wirkungen der Spekulation. — II. Die internationale Bedeutung der Stock Exchange. — Schlußbetrachtungen. — Literaturverzeichnis.

Theorie und Praxis in der Entwicklung der französischen Staatsschuld seit dem Jahre 1870. Von Dr. Georg Sydow. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Adolf Wagner.

Mit 2 Abbildungen im Text. 1903.

Preis: 5 Mark.

Monarchisches Prinzip und Ministerverantwortlichkeit. Eine politische Studie von P. G. Hoffmann. 1911.

Preis: 2 Mark.

Inhalt: I. Das deutsche monarchische Prinzip. — II. Der preußische Beamtenstaat. — III. Die Verfassung. — IV. Bismarcks Staatsanschauung. — V. Die Staatsanschauung der Gegenwart. — VI. Die Ministerverantwortlichkeit. — VII. Das deutsch-preußische Ministerkollegium und der Reichskanzler. Vossische Zeitung vom 25. April 1911:

Der Verfasser ist der in der Geschichte der deutschen Kolonialpolitik bestens bekannte Vizeadmiral, ein für Freiheit und Vaterland gleich begeisterter Mann. Seine Schrift befaßt sich mit den Beziehungen zwischen Staat, Staatsoberhaupt, Minister und Volksvertretung und vertritt die Anschauung, daß die Formel von der Vereinigung der Staatsgewalt im Oberhaupt des Staates für einen modernen Großstaat eine inhaltslose Devise ist, die auf Verständnis bei der öffentlichen Meinung nicht mehr rechnen kann. Die Hoffmannsche Studie unternimmt es mit glänzendem Erfolg, den überreichen Stoff in der leichten Form eines Essays zusammenzufassen.

Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Die Finanzierung nordamerikanischer Eisenbahngesellschaften. Von Dr. Ernst Picard. (IV, 196 S.) 1912. Preis: 6 Mark.

Inhalt: I. Die Bedeutung der amerikanischen Eisenbahnwertpapiere für den Effektenmarkt Europas und Amerikas. — II. Die rechtliche Stellung der amerikanischen Eisenbahngesellschaften und ihre Konzessionierung. — III. Die den amerikanischen Eisenbahngesellschaften gewährten Unterstützungen. — IV. Die Aktien der Eisenbahngesellschaften. — V. Die ersten Arten der Eisenbahnobligationen. — VI. Der Absatz von Eisenbahnwertpapieren mit Hilfe von Finanzierungsinstituten. — VII. Die Konzentration im amerikanischen Eisenbahnwesen und die zu ihrer Förderung angewandten Finanzierungsmittel. — VIII. Die zunehmende Verschuldung der Bahnen mit Hilfe neuer Formen von Obligationen. — IX. Die Politik der Reorganisationen. — X. Die modernsten Mittel der Eisenbahnfinanzierung und ihre Anwendung. — XI. Die Forderungen der Railroad Securities Commission bezüglich künftiger Finanzierung der Bahngesellschaften.

Die Eisenbahnpolitik Frankreichs in Nordafrika nebst einem Überblick über das Problem der Transsaharabahn. Von Dr. jur. Albert Schander, Assistent am Kgl. Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. Mit vier farbigen Karten. (Probleme der Weltwirtschaft, Hrsg. von Prof. Dr. B. Harms. Kiel. 12.) 1913. Preis: 20 Mark.

Inhalt: Erster Teil. **Algerien.** I. Die Geschichte der Eisenbahnpolitik Frankreichs in Algerien. II. Das System der Eisenbahnpolitik Frankreichs in Algerien. Erster Abschnitt. Die gesetzlichen Grundlagen des algerischen Eisenbahnwesens. Zweiter Abschnitt. Der Vertrag. Anhang. — Zweiter Teil. **Tunesien.** I. Die Geschichte der Eisenbahnpolitik Frankreichs in Tunesien. II. Das System der Eisenbahnpolitik Frankreichs in Tunesien. Erster Abschnitt. Die gesetzlichen Grundlagen des tunesischen Eisenbahnwesens. Zweiter Abschnitt. Der Vertrag. Anhang. — Dritter Teil. **Überblick über das Problem der Transsaharabahn.** — Literatur. — Karte von Algerien und Tunesien.

Die Arbeit zeigt sich als eine vollständige Darstellung der französischen Eisenbahnpolitik in Nordafrika und zwar ebenso in ihrer verwaltungsrechtlichen wie verkehrstechnischen und finanziellen Bedeutung. Eine solche Untersuchung hat mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Frankreichs koloniale Eisenbahnpolitik schlechthin vorbildlich für alle Kolonialvölker geworden ist, einen besonderen Reiz. Zugleich ist die umfangreiche Studie als Nachschlagewerk gedreht und demgemäß birgt sie ausführliche historische Zustandsschilderungen. Das Buch dürfte deshalb als Quelle auch dann noch Wert haben, wenn es im übrigen infolge der schnellen Entwicklung des französischen Eisenbahnwesens nicht mehr „up to date“ sein wird.

Deutsch-türkische Handelsbeziehungen seit dem Berliner Vertrag unter besonderer Berücksichtigung der Handelswege. Von Dr. J. Krauß. 1901. Preis: 2 Mark 50 Pf.

Neu-Kamerun. Das von Frankreich an Deutschland im Abkommen vom 4. November 1911 abgetretene Gebiet. Beschrieben auf Grund der bisher vorliegenden Mitteilungen von Dr. Karl Ritter. Mit 2 farbigen Karten. (Veröffentlichungen des Reichskolonialamts. IV.) 1912. Preis: 9 Mark.

Inhalt: Vorwort des Reichskolonialamts. — I. Die natürlichen Verhältnisse. 1. Das Südgebiet. 2. Der Sanga-Vorsprung. 3. Das Ostgebiet. — II. Handel, Verkehr, Bevölkerung und Arbeiterfrage. — III. Die Verwaltungs- und Finanzeinrichtung. 1. Verwaltungseinrichtung. 2. Finanzeinrichtung. — IV. Das Domänial- und Konzessionssystem und der freie Handel. 1. Das Domänialsystem. 2. Das Konzessionssystem. 3. Die Konzession und der freie Handel. — Anhang. Petermanns geogr. Mitteilungen, 1913, März.

Der Verf. gibt zunächst einen Überblick über die natürlichen Verhältnisse von Französisch-Aequatorialafrika im allgemeinen und geht dann zur Besprechung der orographischen, hydrographischen und klimatischen Verhältnisse, der Pflanzen- und Tierwelt, sowie der Bevölkerung des Südgebiets, des Sangazipfels und des Ostgebiets der Reihe nach über. Es folgt dann eine Darstellung des Handels, Verkehrs und der Arbeiterverhältnisse, der sich eine Darlegung der bisherigen französischen Verwaltungs- und Finanzeinrichtungen anschließt. Weiter folgt eine sehr eingehende und in ihrer Vollständigkeit wegen der Schwierigkeit der Materialbeschaffung sehr dankenswerte Darlegung des Domänial- und Konzessionssystems, die zum Teil auf den Sammlungen und Vorarbeiten des Hamburger Kolonialinstituts fußt. Am Schluß wird die Frage des Verhältnisses der Konzessionen zum freien Handel einer objektiven Erörterung unterzogen. Im Anhang sind die in Betracht kommenden Staatsverträge sowie die wichtigeren Dekrete der französischen Regierung in bezug auf die Konzessionsgesellschaften und Verträge der Regierung mit den Verkehrsgesellschaften zum Abdruck gelangt. Die beiden Karten erläutern die bisherigen Verwaltungsgebiete in Alt- und Neu-Kamerun sowie die Territorien der Konzessionsgesellschaften. Daß dem Verfasser als Nichtfachmann hier und da kleine Unebenheiten bei der Schilderung der klimatischen Verhältnisse unterlaufen sind, tut dem Wert der dankenswerterweise durchaus objektiv gehaltenen Schrift keinen Abbruch. Zu wünschen wäre, daß dieselbe namentlich von den deutschen Finanzkreisen recht eingehend beachtet und gewürdigt würde. v. Danckolmann.

Weimar. — Druck von R. Wagner Sohn.